

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Reprint der Ausgabe Berlin 1951.

Die vorliegende Ausgabe der Schrift „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück“ entspricht der von Lenin redigierten Ausgabe von 1907, für die Lenin persönlich Kürzungen gegenüber der Erstausgabe von 1904 vorgenommen hat. Es handelt sich um einen unveränderten Nachdruck aus dem Band I der Ausgewählten Werke in zwei Bänden, Moskau 1946 (Nachdruck: Verlag Olga Benario und Herbert Baum, Offenbach 2004).

Die von Lenin 1907 nicht aufgenommenen Passagen werden der Vollständigkeit halber im Anhang abgedruckt, wiedergegeben nach Lenin Werke, Band 7, Berlin 1956, S. 276–335 und S. 351–382.

VKS GmbH
Postfach 10 20 51
D-63020 Offenbach
1. Auflage 2006
ISBN 3-86589-042-3

W. I. Lenin

**Ein Schritt vorwärts,
zwei Schritte zurück**

Verlag Olga Benario und Herbert Baum

ZUR VORLIEGENDEN AUSGABE

W. I. Lenins Werk „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück“ wurde in den Monaten Februar bis Mai 1904 geschrieben und erschien zum erstenmal im Mai 1904 in Genf. Wir finden dazu in der „Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki), Kurzer Lehrgang“ folgende Ausführungen:

„Die grundlegenden organisatorischen Leitsätze, die Lenin in diesem Buch entwickelte und die in der Folge die Organisationsgrundlagen der bolschewistischen Partei wurden, bestehen in folgendem:

1. Die marxistische Partei ist ein Teil, ein Trupp der Arbeiterklasse. Die Arbeiterklasse hat jedoch viele Trupps, folglich kann nicht jeder Trupp der Arbeiterklasse als Partei der Arbeiterklasse bezeichnet werden. Die Partei unterscheidet sich von anderen Trupps der Arbeiterklasse vor allem dadurch, daß sie keinen einfachen Trupp, sondern den *Vortrupp*, den *bewußten* Trupp, den *marxistischen* Trupp der Arbeiterklasse darstellt, der mit der Kenntnis des gesellschaftlichen Lebens, mit der Kenntnis der Entwicklungsgesetze des gesellschaftlichen Lebens, mit der Kenntnis der Gesetze des Klassenkampfes gewappnet und infolgedessen fähig ist, die Arbeiterklasse zu führen, ihren Kampf zu leiten. Daher darf man die Partei und die Arbeiterklasse nicht verwechseln, wie man den Teil und das Ganze nicht verwechseln darf, man darf nicht fordern, daß sich jeder Streikende für ein Mitglied der Partei erklären kann, denn wer Partei und Klasse verwechselt, der setzt das Niveau der Bewußtheit der Partei auf das Niveau ‚jedes Streikenden‘ herab, der liquidiert die Partei als bewußten Vortrupp der Arbeiterklasse. Die Aufgabe der Partei besteht nicht darin, ihr Niveau auf das Niveau ‚jedes Streikenden‘ zu *senken*, sondern darin, die Massen der Arbeiter zu *heben*, ‚jeden Streikenden‘ auf das Niveau der Partei zu *heben*.

„Wir sind die Partei der Klasse“, schrieb Lenin, „und deshalb muß *fast die gesamte Klasse* (und in Kriegszeiten, in der Epoche des Bürgerkrieges, restlos die gesamte Klasse) unter der Leitung unserer Partei handeln, sie muß sich unserer Partei so eng wie möglich anschließen, doch wäre es „Manilowerei“ und „Nachtrabpolitik“, wollte man glauben, daß irgendwann unter der Herrschaft des Kapitalismus *fast die gesamte Klasse* oder gar die gesamte Klasse imstande wäre, sich bis zu der Bewußtheit und der Aktivität zu erheben, auf der ihr Vortrupp, ihre sozialdemokratische Partei steht. Kein vernünftiger Sozialdemokrat hat je daran gezweifelt, daß unter dem Kapitalismus selbst die Gewerkschaftsorganisation (die primitiver, dem Bewußtsein der unentwickelten Schichten zugänglicher ist) außerstande ist, *fast die gesamte* oder die gesamte Arbeiterklasse zu erfassen. Es würde bedeuten, nur sich selbst zu betrügen, die Augen vor der gewaltigen Größe unserer Aufgaben zu verschließen, diese Aufgaben einzuengen, wollte man den Unterschied zwischen dem Vortrupp und all den Massen, die sich zu ihm hingezogen fühlen, vergessen, wollte man die ständige Pflicht des Vortrupps vergessen, immer breitere Schichten auf das Niveau dieses Vortrupps zu *heben*.“¹

2. Die Partei ist nicht nur der Vortrupp, der bewußte Trupp der Arbeiterklasse, sondern zugleich auch der *organisierte* Trupp der Arbeiterklasse, der seine Disziplin besitzt, die für alle seine Mitglieder verbindlich ist. Deshalb müssen die Parteimitglieder unbedingt Mitglieder einer der Organisationen der Partei sein. Wäre die Partei kein *organisierter* Trupp der Klasse, kein *Organisations-system*, sondern eine einfache Summe von Menschen, die sich selbst für Parteimitglieder erklären, aber keiner der Organisationen der Partei angehören und daher *nicht organisiert*, folglich auch nicht verpflichtet sind, sich den Parteibeschlüssen unterzuordnen, so würde die Partei niemals einen einheitlichen Willen haben, würde sie niemals die Aktionseinheit ihrer Mitglieder verwirklichen können und würde infolgedessen nicht die Möglichkeit haben, den Kampf der Arbeiterklasse zu leiten. Die Partei kann nur dann den Kampf der Arbeiterklasse praktisch leiten und die Arbeiterklasse auf ein Ziel hinlenken, wenn alle ihre Mitglieder in einem einheitlichen gemeinsamen Trupp *organisiert* sind, der durch die Einheit des Willens, die Einheit der Aktionen, die Einheit der Disziplin zusammengeschweißt ist.

¹ Siehe vorliegende Ausgabe, S. 57. *Die Red.*

Der Einwand der Menschewiki, daß in diesem Falle viele Intellektuelle, zum Beispiel Professoren, Studenten, Gymnasiasten u. dgl., außerhalb der Partei verbleiben würden, da sie keiner Parteiorganisation beitreten wollen, entweder deswegen, weil ihnen die Parteidisziplin beschwerlich ist, oder deswegen, wie Plechanow auf dem II. Parteitag sagte, weil sie es ‚als erniedrigend betrachten, in diese oder jene Ortsorganisation einzutreten‘ — dieser Einwand der Menschewiki schlägt ihnen selbst ins Gesicht, denn die Partei braucht keine Mitglieder, denen die Parteidisziplin beschwerlich ist und die sich fürchten, in eine Parteiorganisation einzutreten. Die Arbeiter fürchten die Disziplin und die Organisation nicht und treten gern einer Organisation bei, wenn sie sich entschlossen haben, Mitglieder der Partei zu werden. Die Disziplin und die Organisation fürchten individualistisch gesinnte Intellektuelle, und diese werden wirklich außerhalb der Partei bleiben. Das ist aber gerade gut, denn die Partei wird von dem Zustrom unbeständiger Elemente befreit werden, der besonders jetzt, in der Periode des beginnenden Aufschwungs der bürgerlich-demokratischen Revolution, zugenommen hat.

‚Wenn ich sage‘, schrieb Lenin, ‚daß die Partei die *Summe* (nicht die einfache arithmetische Summe, sondern ein Komplex) von *Organisationen* sein muß, . . . bringe ich damit ganz klar und genau meinen Wunsch, meine Forderung zum Ausdruck, daß die Partei als Vortrupp der Klasse etwas möglichst *Organisiertes* darstelle, daß die Partei nur solche Elemente in sich aufnehme, die *wenigstens ein Mindestmaß an Organisiertheit ermöglichen*.‘¹

Und ferner:

‚In *Worten* verteidigt Martows Formel die Interessen der breiten Schichten des Proletariats; in der *Tat* wird diese Formel den Interessen der *bürgerlichen Intelligenz* dienen, die sich vor der proletarischen Disziplin und Organisation scheut. Niemand wird zu leugnen wagen, daß die *Intelligenz als besondere Schicht* der modernen kapitalistischen Gesellschaft im großen und ganzen gerade durch den *Individualismus* und die Unfähigkeit zur Disziplin und Organisation gekennzeichnet ist . . .‘²

¹ Siehe ebenda, S. 55. *Die Red.*

² Siehe ebenda, S. 64. *Die Red.*

Und schließlich:

„Das Proletariat fürchtet die Organisation und die Disziplin nicht... Das Proletariat wird keinen Finger dafür rühren, daß die HerrenProfessoren und Gymnasiasten, die keiner Organisation beitreten wollen, als Parteimitglieder anerkannt werden, nur weil sie unter der Kontrolle einer Organisation arbeiten... Nicht dem Proletariat, sondern *manchen Intellektuellen* in unserer Partei mangelt es an *Selbsterziehung* im Geiste der Organisation und der Disziplin...“¹

3. Die Partei ist nicht einfach ein organisierter Trupp, sondern unter allen Organisationen der Arbeiterklasse *die höchste Form der Organisation*, die berufen ist, alle anderen Organisationen der Arbeiterklasse *zu leiten*. Die Partei als höchste Form der Organisation, die aus den besten Menschen der Klasse besteht, die mit der fortgeschrittenen Theorie, mit der Kenntnis der Gesetze des Klassenkampfes und mit der Erfahrung der revolutionären Bewegung gewappnet sind, hat alle Möglichkeiten — und ist verpflichtet —, alle anderen Organisationen der Arbeiterklasse zu leiten. Das Bestreben der Menschewiki, die leitende Rolle der Partei zu verkleinern und herabzusetzen, führt zur Schwächung aller anderen, von der Partei geleiteten Organisationen des Proletariats, folglich zur Schwächung und Entwaffnung des Proletariats, denn „das Proletariat besitzt keine andere Waffe im Kampf um die Macht als die Organisation“².

4. Die Partei ist die *Verkörperung der Verbindung* des Vortrupps der Arbeiterklasse mit den *Millionenmassen der Arbeiterklasse*. Mag die Partei der beste Vortrupp sein und mag sie noch so gut organisiert sein, sie kann dennoch ohne Verbindung mit den parteilosen Massen, ohne Mehrung dieser Verbindungen, ohne Festigung dieser Verbindungen nicht leben und sich entwickeln. Eine Partei, die sich abgekapselt hat, die sich von den Massen abgesondert und die Verbindungen mit ihrer Klasse verloren oder auch nur abgeschwächt hat, muß das Vertrauen und die Unterstützung der Massen verlieren und folglich unvermeidlich unter-

¹ Siehe ebenda, S. 102. *Die Red.*

² Siehe ebenda, S. 131. *Die Red.*

gehen. Um ein vollkräftiges Leben zu führen und sich zu entwickeln, muß die Partei die Verbindungen mit den Massen mehren und das Vertrauen der Millionenmassen ihrer Klasse erlangen.

„Um eine sozialdemokratische Partei zu sein“, sagte Lenin, „muß man die Unterstützung gerade der Klasse erlangen.“¹

5. Die Partei muß – um richtig zu funktionieren und die Massen planmäßig zu leiten – auf der Grundlage des *Zentralismus* organisiert sein, ein einheitliches Statut, eine einheitliche Parteidisziplin, ein einheitliches leitendes Organ in Gestalt des Parteitags und in der Zeit zwischen den Parteitag in Gestalt des Zentralkomitees der Partei an der Spitze haben, wobei sich die Minderheit der Mehrheit, die einzelnen Organisationen dem Zentrum, die unteren Organisationen den höheren unterordnen müssen. Ohne diese Vorbedingungen kann die Partei der Arbeiterklasse keine wirkliche Partei sein, kann sie ihre Aufgaben bei der Führung der Klasse nicht erfüllen.

Natürlich konnten die Parteiorganisationen zu jenen Zeiten infolge der Illegalität der Partei unter dem Regime der zaristischen Selbstherrschaft nicht auf der Grundlage der Wählbarkeit von unten aufgebaut sein; die Partei war gezwungen, einen streng konspirativen Charakter zu tragen. Lenin war jedoch der Auffassung, daß diese *vorübergehende* Erscheinung im Leben unserer Partei schon in den ersten Tagen nach der Beseitigung des Zarismus wegfallen wird, wo die Partei zu einer offen auftretenden und legalen Partei werden wird und die Parteiorganisationen auf der Grundlage demokratischer Wahlen, auf der Grundlage des *demokratischen Zentralismus* aufgebaut sein werden.

„Früher“, schrieb Lenin, „war unsere Partei kein formal organisiertes Ganzes, sondern nur die Summe vereinzelter Gruppen, und darum konnte es auch keine anderen Beziehungen zwischen diesen Gruppen geben als die ideologische Beeinflussung. Jetzt sind wir eine organisierte Partei geworden, und dies eben bedeutet die Schaffung einer Macht, die Verwandlung der

¹ W. I. Lenin, Werke, 4. Ausgabe, Bd. 7, Moskau 1946, S. 245, russ. *Die Red.*

Autorität der Ideen in eine Autorität der Macht, die Unterordnung der unteren Parteikörperschaften unter die höheren.¹

Lenin beschuldigte die Menschewiki des organisatorischen Nihilismus und des Edelanarchismus, der die Macht der Partei und ihre Disziplin über sich nicht duldet, und schrieb:

„Dem russischen Nihilisten ist dieser Edelanarchismus besonders eigen. Die Parteiorganisation erscheint ihm als eine ungeheuerliche „Fabrik“, die Unterordnung des Teiles unter das Ganze und der Minderheit unter die Mehrheit erscheint ihm als „Hörigkeit“ . . . die Arbeitsteilung unter der Leitung des Zentrums ruft bei ihm ein tragikomisches Gezeter gegen die Verwandlung der Menschen in „Rädchen und Schraubchen“ hervor (wobei als besonders mörderische Art dieser Verwandlung die Verwandlung von Redakteuren in Mitarbeiter betrachtet wird), die Erwähnung des Organisationsstatuts der Partei ruft eine verächtliche Grimasse und die geringschätzige Bemerkung (an die Adresse der „Formalisten“) hervor, daß es ja auch ganz ohne Statut gehe.“²

6. Will die Partei die *Einheit* ihrer Reihen bewahren, so muß sie in ihrer Praxis eine *einheitliche* proletarische Disziplin durchsetzen, die für alle Parteimitglieder *gleicherweise* verbindlich ist, sowohl für die Führer als auch für die einfachen Mitglieder. Daher darf es in der Partei keine Teilung geben in ‚Auserwählte‘, für die die Disziplin nicht verbindlich ist, und ‚Nichtauserwählte‘, die sich der Disziplin fügen müssen. Ohne diese Vorbedingung kann die Unversehrtheit der Partei und die Einheit ihrer Reihen nicht gewahrt werden.

„Das vollständige Fehlen *vernünftiger* Argumente‘, schrieb Lenin, „gegen die vom Parteitag eingesetzte Redaktion bei Martow und Konsorten wird am besten durch das von ihnen selber geprägte Sprüchlein beleuchtet: ‚Wir sind keine Leibeigenen!‘ . . . Die Mentalität des bürgerlichen Intellektuellen, der sich zu den „erwählten Geistern“ zählt, die über der Massenorganisation und der Massendisziplin stehen, tritt hier mit ausgezeichneter Prägnanz hervor . . . Dem Intellektuellen-Individualismus . . . erscheint *jede* proletarische Organisation und Disziplin als *Leibeigenschaft*.“²

¹ Ebenda, S. 358/359. *Die Red.*

² Siehe vorliegende Ausgabe, S. 105/106. *Die Red.*

³ W. I. Lenin, Werke, Bd. 7, S. 328 u. 329, russ. *Die Red.*

Und ferner:

„... in dem Maße, wie sich bei uns eine *wirkliche* Partei herausbildet, muß der klassenbewußte Arbeiter lernen, die Mentalität eines Soldaten der proletarischen Armee von der Mentalität eines bürgerlichen Intellektuellen zu unterscheiden, der mit anarchistischen Phrasen prunkt; er muß lernen, die Erfüllung der Pflichten eines Parteimitglieds nicht nur von den einfachen Mitgliedern, sondern auch von den „Leuten an der Spitze“ zu fordern...“¹

Die Ergebnisse der Analyse der Meinungsverschiedenheiten zusammenfassend und die Position der Menschewiki als ‚Opportunismus in Organisationsfragen‘ kennzeichnend, hielt Lenin es für eine der Hauptsünden des Menschewismus, daß dieser die Bedeutung der *Parteiorganisation* als Waffe des Proletariats im Kampfe um seine Befreiung unterschätzt. Die Menschewiki waren der Auffassung, daß die *Parteiorganisation* des Proletariats keine ernsthafte Bedeutung für den Sieg der Revolution habe. Entgegen den Menschewiki war Lenin der Auffassung, daß die *ideologische* Vereinigung des Proletariats allein für den Sieg *nicht genügt* – um zu siegen, muß man die ideologische *Einheit* durch die ‚materielle Einheit der *Organisation*‘ des Proletariats ‚*verankern*‘. Lenin war der Auffassung, daß das Proletariat nur unter dieser Bedingung eine unbesiegbare Kraft werden kann.

„Das Proletariat“, schrieb Lenin, „besitzt keine andere Waffe im Kampf um die Macht als die Organisation. Das Proletariat, das durch die Herrschaft der anarchischen Konkurrenz in der bürgerlichen Welt gespalten wird, das durch die unfreie Arbeit für das Kapital niedergedrückt wird, das ständig in die Tiefe völliger Verelendung, der Verwilderung und Entartung geworfen wird, kann und wird unbedingt nur dadurch eine unbesiegbare Kraft werden, daß seine ideologische Vereinigung auf Grund der Prinzipien des Marxismus durch die materielle Einheit der Organisation gefestigt wird, die Millionen Werktätiger zur Armee der Arbeiterklasse zusammenschließt. Dieser Armee wird weder die morsche Macht der russischen Selbstherrschaft noch die immer morscher werdende Macht des internationalen Kapitals standhalten.“²

Mit diesen prophetischen Worten schließt Lenin sein Werk.

¹ Siehe vorliegende Ausgabe, S. 109. *Die Red.*

² Siehe ebenda, S. 131. *Die Red.*

Das sind die grundlegenden organisatorischen Leitsätze, die Lenin in seinem berühmten Werk ‚Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück‘ entwickelt hat.

Die Bedeutung dieses Werkes besteht vor allem darin, daß es das Parteiprinzip gegen das Zirkelwesen und die Partei gegen die desorganisierenden Elemente behauptete, den menschowistischen Opportunismus in Organisationsfragen zerschlug und die Organisationsgrundlagen der bolschewistischen Partei schuf.

Damit ist jedoch seine Bedeutung nicht erschöpft. Seine historische Bedeutung besteht darin, daß Lenin in diesem Werke als erster in der Geschichte des Marxismus die *Lehre von der Partei* ausarbeitete als der führenden *Organisation* des Proletariats, als der *Hauptwaffe* in den Händen des Proletariats, ohne die man im Kampfe für die proletarische Diktatur nicht siegen kann.

Die Verbreitung des Werkes Lenins ‚Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück‘ unter den Parteiarbeitern führte dazu, daß sich die Mehrheit der Ortsorganisationen um Lenin zusammenschloß.“

*

Lenin hatte für sein Buch „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück (Die Krise in unserer Partei)“ die Sitzungsprotokolle und die Resolutionen des II. Parteitags der SDAPR, die Reden aller Delegierten und die auf dem Parteitag entstandenen politischen Gruppierungen sowie die Dokumente des ZK und des Parteirates sorgfältig studiert.

Lenins Buch rief bei den Menschewiki Erbitterung hervor. Plechanow forderte vom ZK, es solle sich von diesem Buch distanzieren. Die Versöhnler im ZK versuchten, den Druck und den Vertrieb aufzuhalten.

Die von Lenin in dieser Schrift entwickelten organisatorischen Prinzipien der Partei wurden von Genossen Stalin verteidigt. Er widmete dieser Frage seinen Artikel „Die Klasse der Proletarier und die Partei der Proletarier (Zu Punkt 1 des Parteistatuts)“ (J. W. Stalin, Werke, Bd. 1, Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 55–64)

und eine Reihe anderer Arbeiten. Gleichzeitig führte er die Lenin-schen Organisationsprinzipien in der Praxis durch.

Diese im Ausland herausgegebene Schrift Lenins fand unter den fortgeschrittenen Arbeitern Rußlands weite Verbreitung. Sie wurde bei Verhaftungen und Haussuchungen in Moskau, Petersburg, Riga, Saratow, Tula, Orel, Perm, Ufa, Kostroma, Schtschigry, Schawli (Gouvernement Kowno) und anderen Städten gefunden.

Die zweite russische Ausgabe von „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück“ erschien unter dem Pseudonym Wl. Iljin 1907 in Petersburg in einer Artikelsammlung von Lenin: „Aus 12 Jahren, Band 1. Zwei Richtungen im russischen Marxismus und in der russischen Sozialdemokratie“. Dieser Sammelband wurde sofort nach Erscheinen von der zaristischen Polizei beschlagnahmt.

Die vorliegende deutsche Ausgabe ist ein unveränderter Nachdruck aus dem Band I der Ausgewählten Werke in zwei Bänden, Moskau 1946. Der Text entspricht der Ausgabe von 1907, für die Lenin erhebliche Kürzungen gegenüber der Erstausgabe von 1904 vorgenommen hat; siehe hierzu Lenins Bemerkung auf S. 21 und seine Fußnoten auf S. 72 u. 90 der vorliegenden Ausgabe.

Außer dem Vorwort Lenins zur Erstausgabe von 1904 wurde in diese Ausgabe der auf „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück“ bezügliche Teil des Vorworts zum Sammelbuch „Aus 12 Jahren“ aufgenommen.

Die Anmerkungen der vorliegenden Ausgabe wurden teilweise der neuesten russischen Ausgabe (W. I. Lenin, Werke, Bd. 7, Moskau 1946) entnommen. Die hochgestellten Ziffern in eckigen Klammern verweisen auf diese Anmerkungen (S. 135–137). Hinzugefügt wurde eine Fremdwörterklärung.

Der Verlag

И. ЛЕНИН. Ein Schritt vorwärts, zwei Schritt rückwärts
(Über die Krise in unserer Partei).

РОССИЙСКАЯ СОЦИАЛДЕМОКРАТИЧЕСКАЯ РАБОЧАЯ ПАРТИЯ.

И. ЛЕНИНЪ.

**Шагъ впередъ,
два шага назадъ**

(Кризисъ въ нашей Парти).



ЖЕНЕВА

Типографія ПАРТИИ. Rue de la Coulouvreniere, 27.

1902

Umschlag der Erstausgabe

VORWORT

Wenn ein langwieriger, hartnäckiger, heißer Kampf vor sich geht, so pflegen sich gewöhnlich nach Ablauf einer gewissen Zeit die im Mittelpunkt stehenden, grundlegenden Streitfragen herauszukristallisieren, von deren Lösung der endgültige Ausgang des Feldzuges abhängt und im Vergleich mit denen all die verschiedenen kleinen und geringfügigen Kampfepisoden immer mehr und mehr in den Hintergrund treten.

So verhält es sich auch mit unserem innerparteilichen Kampf, der bereits seit einem halben Jahr die Aufmerksamkeit aller Parteimitglieder fesselt. Und gerade weil ich in dem vorliegenden Abriss des gesamten Kampfes viele Kleinigkeiten, die von geringfügigem Interesse sind, viele Streitigkeiten, die im Grunde genommen gar kein Interesse bieten, berühren mußte, eben deswegen möchte ich von Anfang an die Aufmerksamkeit des Lesers auf zwei wirklich zentrale, grundlegende Fragen lenken, die von größtem Interesse sind, die zweifellos geschichtliche Bedeutung haben und die dringendsten politischen Fragen in der Tagesordnung unserer Partei darstellen.

Die erste dieser Fragen ist die Frage der politischen Bedeutung jener Teilung unserer Partei in eine „Mehrheit“ und eine „Minderheit“, die auf dem II. Parteitag entstanden ist und alle früheren Teilungen der russischen Sozialdemokraten weit in den Hintergrund gerückt hat.

Die zweite Frage ist die Frage der prinzipiellen Bedeutung der Stellung der neuen „Iskra“^[1] zu den organisatorischen Fragen, soweit diese Stellung eine wirklich grundsätzliche ist.

Die erste Frage ist die Frage nach dem Ausgangspunkt unseres Parteikampfes, nach seiner Quelle, seinen Ursachen, seinem grundlegenden politischen Charakter. Die zweite Frage ist die Frage der

Endergebnisse dieses Kampfes, seines Ausganges, jenes prinzipiellen Fazits, das sich ergibt, wenn man alles zusammenfaßt, was in das Gebiet der Prinzipien gehört, und alles beiseite läßt, was in den Bereich des Gezänks fällt. Die erste Frage wird gelöst durch eine Analyse des Kampfs auf dem Parteitag, die zweite durch eine Analyse des neuen prinzipiellen Inhalts der neuen „Iskra“. Sowohl die eine wie die andere Analyse, die den Inhalt von neun Zehnteln meiner Broschüre bilden, führen zu der Schlußfolgerung, daß die „Mehrheit“ der revolutionäre, die „Minderheit“ der opportunistische Flügel unserer Partei ist. Die Meinungsverschiedenheiten, die diese beiden Flügel augenblicklich voneinander trennen, laufen in der Hauptsache nicht auf programmatische und nicht auf taktische, sondern nur auf organisatorische Fragen hinaus. Das neue System von Anschauungen, das in der neuen „Iskra“ um so deutlicher zum Ausdruck kommt, je mehr sie ihre Stellung zu vertiefen sucht und je mehr diese Stellung frei wird von dem Gezänk aus Anlaß der Kooptation, ist der Opportunismus in organisatorischen Fragen.

Den Hauptmangel der vorhandenen Literatur über unsere Parteikrise bildet auf dem Gebiet der Untersuchung und Beleuchtung der Tatsachen das fast völlige Fehlen einer Analyse der Parteitagsprotokolle; auf dem Gebiet der Klärung der entscheidenden Prinzipien in der organisatorischen Frage aber das Fehlen einer Analyse jenes Zusammenhangs, der zweifellos besteht zwischen dem Grundfehler der Genossen Martow und Axelrod in der Formulierung des ersten Paragraphen des Parteistatuts und in der Verteidigung dieser Formulierung einerseits und in dem ganzen „System“ (soweit hier von einem System überhaupt die Rede sein kann) der jetzigen grundsätzlichen Auffassungen der „Iskra“ in der Organisationsfrage andererseits. Die jetzige Redaktion der „Iskra“ bemerkt offenbar nicht einmal diesen Zusammenhang, obwohl die Bedeutung des Streites um den ersten Paragraphen in der Literatur der „Mehrheit“ bereits sehr oft vermerkt wurde. Im Grunde genommen vertiefen, entwickeln und erweitern jetzt nur die Genossen Axelrod und Martow ihren ursprünglichen Fehler in

bezug auf den ersten Paragraphen. Im Grunde genommen begann die ganze Stellung der Opportunisten in der organisatorischen Frage bereits in den Diskussionen über den ersten Paragraphen in Erscheinung zu treten: ihr Eintreten für eine verschwommene, nicht fest zusammengefügte Parteiorganisation; ihre Abneigung gegen den Gedanken (den „bürokratischen“ Gedanken) des Aufbaus der Partei von oben nach unten, ausgehend vom Parteitag und der von ihm geschaffenen Körperschaften; ihr Bestreben, von unten nach oben zu gehen und jedem Professor, jedem Gymnasiasten und „jedem Streikenden“ das Recht zu geben, sich zu den Parteimitgliedern zu zählen; ihre Feindseligkeit gegen den „Formalismus“, der vom Parteimitglied die Zugehörigkeit zu einer von der Partei anerkannten Organisation verlangt; ihre Vorliebe für die Psychologie des bürgerlichen Intellektuellen, der bereit ist, nur „platonisch die organisatorischen Beziehungen anzuerkennen“; ihre Nachgiebigkeit gegenüber opportunistischer Spitzfindigkeit und anarchistischen Phrasen; ihre Tendenz zum Autonomismus gegen den Zentralismus – mit einem Wort all das, was jetzt in der neuen „Iskra“ so üppige Blüten treibt und immer mehr und mehr die völlige und anschauliche Klärung des ursprünglich gemachten Fehlers fördert.

Was die Parteitagsprotokolle betrifft, so kann deren wahrhaft unverdiente Vernachlässigung nur erklärt werden durch die Überladung unserer Diskussionen mit Zänkereien, oder vielleicht auch durch die allzu große Menge allzu bitterer Wahrheiten in diesen Protokollen. Die Parteitagsprotokolle ergeben ein in seiner Art einziges und in der Genauigkeit, Vollständigkeit, Allseitigkeit, Reichhaltigkeit und Authentizität unersetzliches Bild der wirklichen Lage der Dinge in unserer Partei, ein Bild der Anschauungen, Stimmungen und Pläne, entworfen von den Teilnehmern der Bewegung selbst, ein Bild der bestehenden politischen Schattierungen innerhalb der Partei, ein Bild, das ihr Kräfteverhältnis, ihre Wechselbeziehungen und ihren Kampf zeigt. Gerade die Parteitagsprotokolle und nur diese Protokolle zeigen uns, inwieweit es uns gelungen ist, in Wirklichkeit alle Reste der alten, rein

zirkelmäßigen Bindungen abzustreifen und sie durch eine einheitliche, starke Parteibindung zu ersetzen. Jedes Parteimitglied ist verpflichtet, wenn es bewußt an den Arbeiten seiner Partei teilnehmen will, unseren Parteitag aufs sorgfältigste zu studieren, wirklich zu studieren, weil das bloße Lesen des Haufens von Rohmaterial, aus dem das Protokoll besteht, noch kein Bild vom Parteitag gibt. Nur durch sorgfältiges und selbständiges Studium kann man (und muß man) erreichen, daß die kurzen Konspunkte der Reden, die trockenen Auszüge aus den Diskussionen, die kleinen Zusammenstöße, verursacht durch nebensächliche (scheinbar nebensächliche) Fragen, zu einem einheitlichen Ganzen verschmolzen werden, damit vor den Parteimitgliedern die Figur jedes wichtigen Redners wie lebendig erstehe, das ganze politische Antlitz jeder Gruppe der Parteitagsdelegierten klarwerde. Der Schreiber dieser Zeilen wird seine Arbeit als nicht verloren betrachten, wenn es ihm gelungen ist, zu einem umfassenden und selbständigen Studium der Parteitagsprotokolle wenigstens den Anstoß gegeben zu haben.

Noch ein Wort über die Gegner der Sozialdemokratie. Sie feixen und sind schadenfroh über unsere Streitigkeiten; sie werden sich natürlich bemühen, einzelne Stellen aus meiner Broschüre, die den Mängeln und Unzulänglichkeiten unserer Partei gewidmet ist, für ihre Zwecke aus dem Zusammenhang zu reißen. Die russischen Sozialdemokraten haben bereits genügend im Kugelregen der Schlachten gestanden, um sich durch diese Nadelstiche nicht beirren zu lassen, um dessenungeachtet ihre Arbeit der Selbstkritik und der rücksichtslosen Enthüllung der eigenen Mängel fortzusetzen, die durch das Wachstum der Arbeiterbewegung unbedingt und unvermeidlich ihre Überwindung finden werden. Die Herren Gegner aber mögen versuchen, uns ein Bild der *wahren* Sachlage in ihren „Parteien“ zu zeigen, das auch nur im entferntesten an das Bild heranreicht, das die Protokolle unseres II. Parteitags wiedergeben!

Mai 1904

N. Lenin

VORWORT ZUR AUSGABE VON 1907

Die Broschüre „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück“ erschien in Genf im Sommer 1904. Sie schildert das erste Stadium der Spaltung zwischen Menschewiki und Bolschewiki, die auf dem II. Parteitag (August 1903) begonnen hatte. Aus dieser Broschüre habe ich etwa die Hälfte gestrichen; denn die kleinen Einzelheiten des Organisationskampfes, besonders wegen der personellen Zusammensetzung der Parteizentren, können den heutigen Leser absolut nicht interessieren und verdienen es im Grunde genommen, der Vergessenheit anheimzufallen. Wesentlich scheinen mir hier die Analyse des Kampfes der taktischen und sonstigen Anschauungen auf dem zweiten Parteitag und die Polemik gegen die organisatorischen Anschauungen der Menschewiki: Das eine wie das andere ist notwendig zum Verständnis des Menschewismus und des Bolschewismus als zweier Strömungen, die der gesamten Tätigkeit der Arbeiterpartei in unserer Revolution ihren Stempel aufgedrückt haben.

Von den Debatten auf dem II. Parteitag der Sozialdemokratischen Partei hebe ich die Debatten über das Agrarprogramm hervor. Die Ereignisse haben unzweifelhaft bewiesen, daß unser damaliges Programm (Rückgabe der Bodenabschnitte) viel zu eng war und die Kräfte der revolutionär-demokratischen Bauernbewegung *unterschätzte*. Darüber werde ich genauer im zweiten Band der vorliegenden Ausgabe sprechen.¹ Hier ist zu unterstreichen, daß auch *dieses viel zu enge* Agrarprogramm dem rechten Flügel der Sozialdemokratischen Partei damals *viel zu breit* erschien. Martynow und andere Ökonomen bekämpften es, weil es angeblich viel zu weit ging! Hieraus ist zu ersehen, welche ernste praktische Be-

¹ Siehe W. I. Lenin, „Das Agrarprogramm der Sozialdemokratie in der ersten russischen Revolution von 1905—1907“, Dietz Verlag, Berlin 1950, S. 48—51. *Die Red.*

deutung der ganze Kampf der alten „Iskra“ gegen den Ökonomismus, der Kampf gegen die Einengung und Herabsetzung des gesamten Charakters der sozialdemokratischen Politik hatte.

Die Meinungsverschiedenheiten mit den Menschewiki beschränkten sich damals (in der ersten Hälfte des Jahres 1904) auf organisatorische Fragen. Ich bezeichnete die Position der Menschewiki als „Opportunismus in organisatorischen Fragen“. P. B. Axelrod, der dem widersprach, schrieb an Kautsky: „Mit meinem schwachen Verstande kann ich nicht begreifen, was das eigentlich ist, dieser ‚Opportunismus in organisatorischen Fragen‘, der als etwas Selbständiges in den Vordergrund gerückt wird, ohne organischen Zusammenhang mit den programmatischen und taktischen Anschauungen“ (Brief vom 6. Juni 1904, abgedruckt in dem Sammelwerk der neuen „Iskra“ „In zwei Jahren“, Bd. II, S. 149).

Welches der organische Zusammenhang des Opportunismus in den organisatorischen und den taktischen Anschauungen ist, das hat die gesamte Geschichte des Menschewismus in den Jahren 1905 bis 1907 zur Genüge gezeigt. Was aber die angebliche Unverständlichkeit des Opportunismus in organisatorischen Fragen betrifft, so hat das Leben die Richtigkeit meines Urteils so glänzend bestätigt, wie ich es nicht erwarten konnte. Ich weise nur darauf hin, daß sogar der *Menschewik* Tscherewanin jetzt zugeben muß (siehe seine Broschüre über den Londoner Parteitag der SDAPR im Jahre 1907), daß sich aus den organisatorischen Plänen Axelrods (dem berüchtigten „Arbeiterkongreß“ usw.) nur Spaltungen ergeben, die für die Sache des Proletariats verhängnisvoll sind. Und das ist noch nicht alles. Der gleiche Menschewik Tscherewanin erzählt dort, daß Plechanow in London innerhalb der menschewistischen Fraktion gegen den „organisatorischen Anarchismus“ zu kämpfen hatte. Nicht umsonst also habe ich 1904 gegen den „Opportunismus in organisatorischen Fragen“ gekämpft, wenn sowohl Tscherewanin als auch Plechanow 1907 den „organisatorischen Anarchismus“ der einflußreichen Menschewiki zugeben mußten.

a) Die Vorbereitung des Parteitags

Die „Iskra“^[1] hat von Anfang an, in ihrer Ankündigung von 1900, die dem Erscheinen des Blattes voranging, erklärt, daß man sich voneinander abgrenzen müsse, bevor man sich vereinigt. Die „Iskra“ suchte die Konferenz im Jahre 1902^[2] in eine private Beratung zu verwandeln und nicht in einen Parteitag.¹ Die „Iskra“ ging im Sommer und im Herbst 1902, als sie das auf dieser Beratung gewählte Organisationskomitee erneuerte, außerordentlich vorsichtig vor. Die Abgrenzung wurde schließlich vollbracht, wie wir alle anerkennen mußten. Das Organisationskomitee konstituierte sich ganz am Ende des Jahres 1902. Die „Iskra“ begrüßt seine Konsolidierung und erklärt — in dem *Redaktionsartikel* der Nr. 32 —, daß die Einberufung des Parteitags die *dringendste*, unaufschiebbare Notwendigkeit sei.² So kann man uns wohl zuallerletzt den Vorwurf machen, wir seien mit der Einberufung des II. Parteitags voreilig gewesen. Wir haben gerade nach der Regel gehandelt: siebenmal messen, einmal abschneiden.

b) Die Bedeutung der Gruppierungen auf dem Parteitag

Worin bestand die Hauptaufgabe des Parteitags? In der Schaffung einer *wirklichen* Partei auf denjenigen prinzipiellen und

¹ Siehe Protokoll des II. Parteitags, S. 20.

² W. I. Lenin, Sämtliche Werke, Bd. V, Wien-Berlin 1950, S. 323. *Die Red.*

organisatorischen Grundlagen, die von der „Iskra“ aufgestellt und ausgearbeitet worden waren. Daß der Parteitag gerade in dieser Richtung zu arbeiten hatte, das war vorausbestimmt durch die dreijährige Tätigkeit der „Iskra“ und ihre Anerkennung durch die Mehrheit der Parteikomitees. Das Programm und die Richtung der „Iskra“ sollten zum Programm und zur Richtung der Partei werden, die Organisationspläne der „Iskra“ sollten im Organisationsstatut der Partei ihre Verankerung finden. Aber selbstverständlich konnte ein solches Ergebnis nicht ohne Kampf erzielt werden: Die Vollständigkeit in der Vertretung auf dem Parteitag sicherte die Anwesenheit auch solcher Organisationen, die einen entschiedenen Kampf gegen die „Iskra“ führten („Bund“^[9] und „Rabotscheje Djelo“^[4]), ferner Organisationen, die zwar in Worten die „Iskra“ als leitendes Organ anerkannten, in Wirklichkeit aber ihre besonderen Pläne verfolgten und sich durch Unbeständigkeit in grundsätzlichen Fragen auszeichneten (die Gruppe „Jushny Rabotschi“^[5] und die Delegierten einiger Komitees, die sich ihr angeschlossen hatten). Unter diesen Umständen mußte sich der Parteitag notgedrungen in einen *Schauplatz des Kampfes für den Sieg der „Iskra“-Richtung verwandeln*. Daß der Parteitag auch in Wirklichkeit ein solcher Kampf war, wird sofort jedem klar, der nur einigermaßen aufmerksam die Protokolle liest. Unsere Aufgabe besteht jetzt darin, die Hauptgruppierungen, die sich in den verschiedenen Fragen auf dem Parteitag herausbildeten, bis ins einzelne zu verfolgen und auf Grund der genauen Angaben der Protokolle das politische Gesicht einer jeden Hauptgruppe des Parteitags wiederherzustellen. Was stellten denn jene Gruppen, jene Richtungen und jene Schattierungen dar, die sich auf dem Parteitag, unter der Führung der „Iskra“, zu einer einheitlichen Partei verschmelzen sollten? Das müssen wir durch eine Analyse der Diskussionen und Abstimmungen aufzeigen. Die Klärung dieses Umstandes ist von entscheidender Wichtigkeit sowohl für das Studium dessen, was unsere Sozialdemokraten in Wirklichkeit sind, wie für das Verständnis der Ursachen der Meinungsverschiedenheiten.

c) Beginn des Parteitags
Konflikt mit dem Organisationskomitee

Es ist am zweckmäßigsten, die Analyse der Debatten und Abstimmungen auf dem Parteitag in der Reihenfolge der Sitzungen vorzunehmen, um nacheinander die immer mehr hervorgetretenen politischen Schattierungen zu kennzeichnen. Nur wenn es unbedingt notwendig sein wird, werden Abweichungen von der chronologischen Reihenfolge gemacht werden, um eng miteinander verbundene Fragen oder gleichartige Gruppierungen im Zusammenhang zu untersuchen. Im Interesse der Unvoreingenommenheit werden wir uns bemühen, auf *alle* wichtigsten Abstimmungen einzugehen, und natürlich eine Menge von Abstimmungen über Kleinigkeiten fortlassen, die unserem Parteitag übermäßig viel Zeit geraubt haben (zum Teil infolge unserer Unerfahrenheit und Unfähigkeit, das Material zwischen den Kommissions- und Plenarsitzungen zu verteilen, zum Teil infolge von Verschleppungen, die an Obstruktion grenzten).

Die erste Frage, die Debatten hervorgerufen hat, bei denen eine Verschiedenheit der Schattierungen sich bemerkbar zu machen begann, war die Frage, ob der Punkt „Die Stellung des ‚Bund‘ in der Partei“ an die erste Stelle (der „Tagesordnung“ des Parteitags) gerückt werden sollte oder nicht (S. 29–33 der Protokolle). Vom „Iskra“-Standpunkt, den Plechanow, Martow, Trotzki und ich verteidigten, konnte hierüber kein Zweifel bestehen. Das Ausscheiden des „Bund“ aus der Partei hat die Richtigkeit unserer Erwägungen anschaulich gezeigt: Wenn der „Bund“ nicht mit uns vereint marschieren und die organisatorischen Grundsätze anerkennen wollte, die zusammen mit der „Iskra“ die Mehrheit der Partei teilte – so war es nutzlos und unsinnig, „so zu tun“, als ob wir vereint marschierten, und den Parteitag nur in die Länge zu ziehen (wie es die Bundisten taten). Die Frage war bereits in der Literatur vollkommen geklärt, und für jedes einigermaßen denkende Parteimitglied war es klar, daß man nur noch die Frage offen zu stellen brauchte, um dann offen und ehrlich zu wählen: Autonomie (vereint marschieren) oder Föderation (sich trennen).

Die in ihrer ganzen Politik unentschlossenen Bundisten wollten auch hier ausweichen und die Lösung der Frage auf die lange Bank schieben. Ihnen schloß sich Genosse Akimow an, der sofort, anscheinend im Namen aller Anhänger des „Rabotscheje Djelo“, die organisatorischen Differenzen mit der „Iskra“ in den Vordergrund rückte (S. 31 der Protokolle). Auf die Seite des „Bund“ und des „Rabotscheje Djelo“ stellte sich Genosse Machow (zwei Stimmen des Nikolajewer Komitees, das kurz vorher seine Solidarität mit der „Iskra“ zum Ausdruck gebracht hatte!). Dem Genossen Machow war die Frage vollkommen unklar, und als „wunden Punkt“ betrachtete er auch „die Frage des demokratischen Aufbaus oder, umgekehrt (das beachte man!), des Zentralismus“.

Gegen die „Iskra“-Leute wandten sich also der „Bund“, das „Rabotscheje Djelo“ und Genosse Machow, die zusammen gerade die zehn Stimmen hatten, die gegen uns abgegeben wurden (S. 33). Für die „Iskra“-Leute wurden 30 Stimmen abgegeben — eine Zahl, um die herum, wie wir weiter sehen werden, die Stimmen der „Iskra“-Leute oft schwankten. Elf Delegierte haben sich, wie es sich herausstellte, der Stimme enthalten — anscheinend sind sie weder für die eine noch für die andere der kämpfenden „Parteien“ eingetreten. Es ist interessant, festzustellen, daß bei der Abstimmung über den Paragraphen 2 des Statuts des „Bund“ (die Ablehnung dieses Paragraphen hat die Ausscheidung des „Bund“ aus der Partei zur Folge gehabt) die Zahl der für Paragraphen 2 abgegebenen Stimmen und der Stimmenthaltungen ebenfalls zehn betrug (S. 289 der Protokolle), wobei es eben die drei Anhänger des „Rabotscheje Djelo“ (Bruker, Martynow und Akimow) und Genosse Machow waren, die sich der Stimme enthielten. Offenbar hat die Abstimmung über die *Stelle* der Frage des „Bund“ in der Tagesordnung eine *nicht zufällige* Gruppierung ergeben. Offenbar waren all diese Genossen nicht nur in der technischen Frage über die Reihenfolge der Beratungen, sondern *auch sachlich* mit der „Iskra“ nicht einverstanden.

Nach der Abstimmung über die Stelle der Frage des „Bund“ in der Tagesordnung tauchte plötzlich die Frage der Gruppe

„Borba“^[6] auf, die ebenfalls zu einer außerordentlich interessanten Gruppierung führte und die mit dem „wundesten“ Punkt des Parteitags, der Frage der personellen Zusammensetzung der zentralen Körperschaften, eng verknüpft war. Die Kommission, die über die Zusammensetzung des Parteitags zu bestimmen hatte, war dagegen, daß die Gruppe „Borba“ eingeladen wurde, entsprechend dem *zweimaligen* Beschluß des Organisationskomitees (siehe S. 383 u. 375 der Protokolle) und dem Bericht *seiner Vertreter in der Kommission* (S. 35).

Genosse Jegorow, *Mitglied des Organisationskomitees*, erklärt, daß „die Frage der Gruppe ‚Borba‘“ (wohlgemerkt der Gruppe „Borba“ und nicht irgendeines ihrer Mitglieder) „für ihn eine neue Frage sei“, und bittet um eine Pause. Wie für ein Mitglied des Organisationskomitees eine Frage, die zweimal vom Organisationskomitee entschieden wurde, neu sein konnte, bleibt in Dunkel gehüllt. Während der Pause fand eine Sitzung des Organisationskomitees statt (S. 40 der Protokolle), und zwar der Mitglieder des Organisationskomitees, die zufällig auf dem Parteitag anwesend waren (mehrere Mitglieder des Organisationskomitees aus den Reihen der alten Mitglieder der „Iskra“-Organisation fehlten auf dem Parteitag). Es beginnen die Debatten über die Gruppe „Borba“. Die Leute vom „Rabotscheje Djelo“ sind für ihre Zulassung (Martynow, Akimow und Bruker, S. 36–38). Die „Iskra“-Leute (Pawlowitsch, Sorokin, Lange^[7], Trotzki, Martow u. a.) – dagegen. Der Parteitag teilt sich wieder in die uns bereits bekannte Gruppierung. Um die Gruppe „Borba“ entspinnt sich ein hartnäckiger Kampf, und Genosse Martow tritt mit einer besonders ausführlichen (S. 38) „Kampfrede“ hervor, in der er mit Recht auf die „Ungleichmäßigkeit der Vertretung“ der russischen und der ausländischen Gruppen hinweist, auf den Umstand, daß es wohl kaum „gut“ gewesen wäre, einer ausländischen Gruppe ein „Vorrecht“ einzuräumen (goldene Worte, die jetzt vom Standpunkt der Ereignisse, die sich nach dem Parteitag abspielten, besonders lehrreich sind!), daß man das „organisatorische Durcheinander in der Partei“ nicht fördern dürfe, „das durch eine, von keinen grund-

sätzlichen Erwägungen hervorgerufene Zersplitterung gekennzeichnet ist“. Außer den Anhängern des „Rabotscheje Djelo“ tritt *niemand* offen und mit einer Begründung für die Gruppe „Borba“ auf, bis die Rednerliste geschlossen ist (S. 40).

Nachdem die Rednerliste geschlossen war und zur *Sache* nicht mehr gesprochen werden konnte, „forderte“ Genosse Jegorow „dringend, daß der soeben angenommene Beschluß des Organisationskomitees angehört werde“. Kein Wunder, daß die Delegierten des Parteitag über eine solche Handlungsweise empört waren, und Genosse Plechanow brachte als Vorsitzender seine „Verwunderung darüber zum Ausdruck, wie Genosse Jegorow auf seiner Forderung bestehen konnte“. Es war klar, daß es nur eins von beiden geben konnte: entweder offen und bestimmt vor dem ganzen Parteitag zur Sache sprechen, oder überhaupt nicht sprechen. Aber erst die Rednerliste schließen lassen und dann unter dem Vorwand des „Schlußwortes“ dem Parteitag eine *neue* Entschliebung des Organisationskomitees vorlegen – und zwar gerade zu der behandelten Frage –, das muß als ein Stoß von hinterrücks bezeichnet werden!

Die Sitzung wird nach der Mittagspause wieder eröffnet und das Büro, das immer noch Bedenken hatte, beschließt, von jeder „Formalität“ Abstand zu nehmen und zu dem letzten, auf Parteitagen nur in äußersten Fällen gebräuchlichen Mittel der „kameradschaftlichen Auseinandersetzung“ zu greifen. Der Vertreter des Organisationskomitees Popow gibt die Entschliebung bekannt, die von allen Mitgliedern des Organisationskomitees gegen ein Mitglied, den Genossen Pawlowitsch (S. 45), angenommen wurde und die dem Parteitag vorschlägt, Rjazanov einzuladen.

Pawlowitsch erklärt, daß er die Rechtmäßigkeit der Sitzung des Organisationskomitees bestreite und daß die neue Entschliebung des Organisationskomitees „*im Widerspruch steht zu seinem früheren Beschluß*“. Die Erklärung ruft einen Sturm hervor. Genosse Jegorow, ebenfalls Mitglied des Organisationskomitees und Mitglied der Gruppe „Jushny Rabotschi“, weicht einer sachlichen Antwort aus und will das Schwergewicht auf die Frage der Disziplin verlegen. Genosse Pawlowitsch soll angeblich die Parteidisziplin

verletzt haben (!), denn das Organisationskomitee habe nach Erörterung des Einspruchs von Pawlowitsch beschlossen, „dem Parteitag von der besonderen Meinung Pawlowitschs nicht Mitteilung zu machen“. Die Debatten werden auf die Frage der Parteidisziplin verschoben, und Plechanow setzt unter lautem Beifall des Parteitags dem Genossen Jegorow klar auseinander, daß „*wir keine gebundenen Mandate haben*“ (S. 42, siehe S. 379, Statut des Parteitags, Paragraph 7: „Die Delegierten dürfen in ihren Vollmachten nicht durch gebundene Mandate beschränkt werden. In der Ausübung ihrer Vollmachten sind sie vollkommen frei und unabhängig“). „Der Parteitag ist die oberste Parteinstanz“, und folglich verletzt derjenige die Parteidisziplin und das Parteitagsstatut, der in irgendeiner Weise verhindert, daß ein beliebiger Delegierter sich *unmittelbar* an den Parteitag wende, und zwar in *allen* Fragen des Parteilebens, ohne jede Ausnahme. Der strittige Punkt läuft also auf das Dilemma hinaus: Zirkelprinzip oder Parteiprinzip? Einschränkung der Rechte der Parteitagsdelegierten im Namen eingebildeter Rechte oder Statuten verschiedener Kollegien und Zirkel, oder die *vollständige*, nicht nur in Worten, sondern in Wirklichkeit vollständige Auflösung *aller* unteren Instanzen und alten Grüppchen vor dem Parteitag, bis wirkliche Parteikörperschaften gebildet sind. Der Leser ersieht schon hieraus, welche gewaltige grundsätzliche Wichtigkeit diese Streitfrage ganz zu Beginn des Parteitags besaß (dritte Sitzung), der sich den tatsächlichen Wiederaufbau der Partei zum Ziel gesetzt hatte. In diesem Streit konzentrierte sich sozusagen der Konflikt der alten Zirkel und Grüppchen (wie zum Beispiel des „Jushny Rabotschi“) mit der wiederauferstehenden Partei. Und die Gruppen der „Iskra“-Gegner offenbarten sich sofort: sowohl der Bundist Abramson als auch Genosse Martynow, ein eifriger Anhänger der jetzigen Redaktion der „Iskra“, und der uns bekannte Genosse Machow — sie alle treten für Jegorow und die Gruppe „Jushny Rabotschi“ gegen Pawlowitsch ein. Genosse Martynow, der jetzt, mit Machow und Axelrod wetteifernd, in organisatorischem „Demokratismus“ schwelgt, erinnert sogar an ... die Armee, wo man sich nur auf

dem Wege über eine untere Instanz an die höhere wenden kann! Der wahre Sinn dieser „kompakten“ „Iskra“-feindlichen Opposition war vollkommen klar für jeden, der auf dem Parteitag war, oder der die innere Geschichte unserer Partei bis zum Parteitag aufmerksam verfolgt hat. Die Aufgabe der Opposition (die vielleicht nicht immer von allen ihren Vertretern erkannt und manchmal nur dem Trägheitsgesetz folgend verteidigt wird) bestand darin, die Unabhängigkeit, die Absonderung, die Klüngelinteressen der kleinen Grüppchen zu schützen vor dem Aufsaugen durch die breite, auf Grundlage der „Iskra“-Richtung aufgebaute Partei.

Gerade von diesem Standpunkt aus trat an die Frage auch Genosse Martow heran, der sich damals noch nicht mit Martynow vereinigt hatte. Genosse Martow zieht entschieden, und zwar mit Recht, gegen jene ins Feld, die „in ihrer Vorstellung von Parteidisziplin über die Pflichten eines Revolutionärs gegenüber der Gruppe *niederer* Ordnung, der er angehört, nicht hinausgehen“. „Keine *Zwangsgruppierung* (hervorgehoben von Martow) innerhalb der einheitlichen Partei ist zulässig“, erklärt Martow den Verfechtern des Zirkelwesens, ohne vor auszusehen, wie sehr er mit diesen Worten sein eigenes politisches Verhalten am Schluß des Parteitags und nach dem Parteitag geißelt...

d) Die Auflösung der Gruppe „Jushny Rabotschi“

Die Verteilung der Delegierten in der Frage des Organisationskomitees könnte vielleicht zufällig erscheinen. Aber eine solche Meinung wäre irrig, und um sie zu beseitigen, wollen wir von der chronologischen Reihenfolge abweichen und sofort den Konflikt behandeln, der sich zwar am Ende des Parteitags ereignete, aber mit dem vorhergehenden aufs engste verbunden war. Dieser Konflikt betraf die Auflösung der Gruppe „Jushny Rabotschi“. Gegen die organisatorischen Tendenzen der „Iskra“-Richtung — den vollständigen Zusammenschluß der Parteikräfte und die Beseitigung des die Kräfte zersplitternden Chaos — standen hier die Interessen

einer Gruppe, die eine nützliche Arbeit verrichtet hatte, als eine wirkliche Partei noch fehlte, und die jetzt bei einer Zentralisierung der Arbeit überflüssig wurde. Im Namen der Interessen eines Zirkels konnte die Gruppe „Jushny Rabotschi“ mit nicht geringerem Recht als die alte „Iskra“-Redaktion auf die Erhaltung der „Kontinuität“ und auf ihre Unantastbarkeit Anspruch erheben. Im Namen der Interessen der Partei mußte diese Gruppe sich der Verschiebung ihrer Kräfte in „die entsprechenden Parteiorganisationen“ fügen (S. 313, Schluß der vom Parteitag angenommenen Resolution). Vom Standpunkt der Interessen eines Zirkels und der „Spießbürgerlichkeit“ mußte die Auflösung einer nützlichen Gruppe „heikel“ erscheinen (nach dem Ausdruck der Genossen Russow und Deutsch), einer Gruppe, die sich ebenso dagegen sträubte wie die alte Redaktion der „Iskra“. Vom Standpunkt der Interessen der Partei war die Auflösung, das „Aufsaugen“ (ein Ausdruck Gussews) durch die Partei notwendig. Die Gruppe „Jushny Rabotschi“ erklärte direkt, daß sie es „nicht für notwendig halte“, sich für aufgelöst zu erklären, und verlange, daß „der Parteitag entschieden seine Meinung sage“, und zwar „unverzüglich: ja oder nein“. Die Gruppe „Jushny Rabotschi“ berief sich offen auf dieselbe „Kontinuität“, an die die alte Redaktion der „Iskra“ zu appellieren begonnen hatte... nach ihrer Auflösung! „Obwohl wir alle zusammen die einheitliche Partei bilden“, sagte Genosse Jegorow, „so besteht sie doch aus einer ganzen Reihe von Organisationen, denen man *als geschichtlichen Größen* Rechnung tragen muß... Wenn eine solche Organisation *für die Partei nicht schädlich ist, so braucht sie nicht aufgelöst zu werden.*“

Auf diese Weise war die wichtige *grundsätzliche* Frage ganz klar gestellt, und alle „Iskra“-Leute wandten sich, solange noch die Interessen ihres eigenen Zirkeltums nicht an die Oberfläche drängten, entschieden gegen die unbeständigen Elemente (die Bundisten und zwei Anhänger des „Rabotscheje Djelo“ waren zu dieser Zeit nicht mehr auf dem Parteitag; sie wären zweifellos mit allen Kräften dafür eingetreten, daß es notwendig sei, „den geschichtlichen Größen Rechnung zu tragen“). Die Abstimmung

ergab 31 Stimmen für, 5 Stimmen gegen die Auflösung, bei 5 Stimmenthaltungen (4 Stimmen der Mitglieder der Gruppe „Jushny Rabotschi“ und noch 1 Stimme, wahrscheinlich die Bjelows, nach seinen früheren Erklärungen zu urteilen, S. 308). Es bildete sich eine deutliche Gruppe von 10 Stimmen, die dem konsequenten Organisationsplan der „Iskra“ schroff ablehnend gegenüberstand und das Zirkelprinzip gegen das Parteiprinzip verteidigte. In den Debatten stellen die „Iskra“-Leute gerade diese Frage grundsätzlich (siehe die Rede Langes, S. 315), sie wenden sich gegen die Handwerkserei und die Zerfahrenheit, lehnen es ab, auf die „Sympathien“ einzelner Organisationen Rücksicht zu nehmen, und sagen offen, daß „die Sache der Vereinigung der Partei und der Sieg jener Grundsätze des Programms, die wir hier bestätigt haben, schon früher erreicht worden wären, wenn die Genossen vom ‚Jushny Rabotschi‘ schon vor ein oder zwei Jahren einen mehr grundsätzlichen Standpunkt vertreten hätten“. In diesem Sinne sprechen auch Orlow, Gussew, Ljadow, Murawjew, Russow, Pawlowitsch, Glebow und Gorin. Die „Iskra“-Leute von der „Minderheit“ erheben sich nicht nur nicht gegen diese wiederholt auf dem Parteitag erhobenen bestimmten Hinweise auf die ungenügend grundsätzliche Politik und „Linie“ des „Jushny Rabotschi“, Machows und anderer, sie machen nicht nur keine Vorbehalte in dieser Hinsicht, sondern schließen sich, im Gegenteil — durch den Mund von Deutsch — ihnen entschieden an, sie verurteilen das „Chaos“ und begrüßen die „offene Stellung der Frage“ (S. 315) durch Genossen Russow.

Bei der Gruppe „Jushny Rabotschi“ hat die Frage ihrer Auflösung eine starke Empörung ausgelöst, deren Spuren auch in den Protokollen zu finden sind (man darf nicht vergessen, daß die Protokolle nur ein blasses Bild von den Debatten geben, denn anstatt der ungekürzten Rede bringen sie nur ganz gedrängte Zusammenfassungen und Auszüge). Genosse Jegorow bezeichnete sogar die bloße Erwähnung des Namens der Gruppe „Rabotschaja Mysl“^[8] neben dem „Jushny Rabotschi“ als „Lüge“ — ein bezeichnendes Musterbeispiel dessen, welches Verhalten zum

konsequenten Ökonomismus auf dem Parteitag herrschte. Sogar noch viel später, in der 37. Sitzung, spricht Genosse Jegorow von der Auflösung des „Jushny Rabotschi“ mit der größten Gereiztheit (S. 356) und bittet, ins Protokoll aufzunehmen, daß bei der Behandlung der Frage des „Jushny Rabotschi“ die Mitglieder dieser Gruppe weder über die Mittel zur Herausgabe des Blattes noch über die Kontrolle des Zentralorgans und des Zentralkomitees befragt wurden. Genosse Popow macht während der Debatten über den „Jushny Rabotschi“ Anspielungen auf eine kompakte Mehrheit, die die Frage dieser Gruppe gewissermaßen im voraus entschieden hat. „Jetzt“, sagt er (S. 316), „nach den Reden der Genossen Gussew und Orlow, ist alles klar.“ Der Sinn dieser Worte ist unzweideutig: Jetzt, wo sich die Anhänger der „Iskra“ geäußert und eine Resolution vorgeschlagen haben, ist alles klar, das heißt es ist klar, daß der „Jushny Rabotschi“ entgegen seinem Willen aufgelöst werden wird.

e) Der Konflikt wegen der Gleichberechtigung der Sprachen

Kehren wir zur Tagesordnung des Parteitags zurück.

Wir haben uns jetzt davon überzeugt, daß noch vor Eintritt in die sachliche Behandlung der Fragen auf dem Parteitag sich nicht nur eine ganz bestimmte Gruppe von „Iskra“-Gegnern (8 Stimmen) deutlich herausgebildet hatte, sondern auch eine Gruppe von unbeständigen Zwischenelementen, die bereit waren, diese acht zu unterstützen und sie auf ungefähr 16 bis 18 Stimmen zu erhöhen.

Die Frage nach der Stellung des „Bund“ in der Partei, die vom Parteitag außerordentlich, allzu ausführlich erörtert wurde, lief auf die Entscheidung über eine grundsätzliche These hinaus, während die praktische Lösung verschoben wurde bis zur Beratung über die organisatorischen Beziehungen. Da in der Literatur vor dem Parteitag der Erläuterung der hierzu gehörenden Probleme ziemlich viel Raum gewidmet war, hat die Diskussion auf dem Partei-

tag verhältnismäßig wenig Neues gezeitigt. Es muß noch bemerkt werden, daß die Anhänger des „Rabotscheje Djelo“ (Martynow, Akimow und Bruker), die sich mit der Resolution Martows einverstanden erklärten, den Vorbehalt machten, daß sie ihre Unzulänglichkeit zugeben und in ihren Schlußfolgerungen anderer Meinung sind (S. 69, 73, 83 u. 86).

Von der Frage der Stellung des „Bund“ ging der Parteitag zum Programm über. Die Diskussion drehte sich hier zum größten Teil um kleinere Korrekturen von geringem Interesse. Grundsätzlich äußerte sich die Opposition der „Iskra“-Gegner nur in dem Feldzug des Genossen Martynow gegen die vielgenannte Stellung der Frage der Spontaneität und Bewußtheit. Hinter Martynow stellten sich selbstverständlich geschlossen die Bundisten und die „Rabotscheje-Djelo“-Leute. Die Unzulänglichkeit seiner Einwände wurde unter anderem von Martow und Plechanow aufgezeigt. Als Kuriosum sei hervorgehoben, daß die Redaktion der „Iskra“ jetzt auf die Seite Martynows übergegangen ist und das Gegenteil von dem behauptet, was sie auf dem Parteitag behauptet hatte!

Wir lassen die Diskussion über die Anerkennung der „Iskra“ als Zentralorgan und den Beginn der Debatten über das Statut (es wird zweckmäßig sein, sie zusammen mit der Erörterung des Statuts zu behandeln) beiseite und wollen zu den prinzipiellen Schattierungen übergehen, die sie bei der Erörterung des Programms offenbart haben. Vor allem wollen wir eine höchst charakteristische Einzelheit hervorheben: die Debatten über die Frage des Proportionalwahlsystems. Genosse Jegorow vom „Jushny Rabotschi“ trat für die Aufnahme dieser Frage ins Programm ein, und zwar so, daß er die berechtigte Bemerkung Possadowskis (eines „Iskra“-Anhängers aus der „Minderheit“) über „eine ernste Meinungsverschiedenheit“ hervorrief. „Es unterliegt keinem Zweifel“, sagte Genosse Possadowski, „daß wir in folgender Grundfrage miteinander nicht übereinstimmen: *Ist es notwendig, unsere künftige Politik den einen oder anderen demokratischen Grundprinzipien unterzuordnen und ihnen einen absoluten Wert zuzusprechen, oder aber müssen alle demokratischen Prinzipien*

ausschließlich den Vorteilen unserer Partei untergeordnet werden? Ich trete entschieden für das letztere ein.“ Plechanow „schließt sich ganz“ Possadowski an und wehrt sich in noch bestimmteren und entschiedeneren Ausdrücken gegen den „absoluten Wert der demokratischen Prinzipien“, er wehrt sich dagegen, daß sie „abstrakt“ betrachtet werden. „Hypothetisch ist der Fall denkbar“, sagt er, „wo wir Sozialdemokraten uns gegen das allgemeine Wahlrecht aussprechen. Die Bourgeoisie der italienischen Republiken hat einst den Leuten, die dem Adel angehörten, die politischen Rechte abgesprochen. Das revolutionäre Proletariat könnte die politischen Rechte der höheren Klassen ebenso einschränken, wie die höheren Klassen einstmals seine politischen Rechte eingeschränkt hatten.“ Plechanows Rede wurde mit Händeklatschen und mit *Zischen* aufgenommen, und als Plechanow gegen den Zwischenruf¹ „Sie dürfen nicht zischen“ Einspruch erhob und die Genossen bat, sich keinen Zwang anzutun, da stand Genosse Jegorow auf und sagte: „Wenn solche Reden Händeklatschen hervorrufen, bin ich verpflichtet zu zischen.“ Zusammen mit Genossen Goldblatt (einem Delegierten des „Bund“) wandte sich Genosse Jegorow gegen die Auffassungen Possadowskis und Plechanows. Leider wurden die Debatten geschlossen und die mit ihnen im Zusammenhang aufgetauchte Frage verschwand sofort von der Bildfläche.

Die Meinungsverschiedenheit trat noch deutlicher in Erscheinung in der Frage der „Gleichberechtigung der Sprachen“ (S. 171 ff. der Protokolle). In dieser Frage sind nicht so sehr die Debatten bezeichnend wie die Abstimmungen: Wenn wir ihre Summe zusammenzählen, so erhalten wir die unglaubliche Zahl *sechzehn!* Und worum ging es? Um die Frage, ob es genüge, im Programm von einer Gleichberechtigung aller Bürger, unabhängig von Geschlecht usw. *und Sprache* zu reden, oder ob es notwendig sei, zu sagen: „Freiheit der Sprache“ oder „Gleichberechtigung der Sprachen“. Genosse Martow hat auf dem Liga-Kongreß diese Episode ziemlich richtig gekennzeichnet, als er sagte,

¹ Zwischenruf — bei Lenin deutsch. *Die Red.*

daß „der geringfügige Streit um die Fassung dieses Punktes des Programms eine prinzipielle Bedeutung angenommen habe, denn die Hälfte des Parteitags war bereit, die Programmkommission zu stürzen“. Gerade so war es. Der Anlaß des Konfliktes war ganz geringfügig, und dennoch hat der Konflikt einen wirklich *prinzipiellen* Charakter und darum auch eine ungeheuer erbitterte Form angenommen. Es kam sogar zu dem Versuch, die Programmkommission „zu stürzen“, zu der Verdächtigung, man wolle „den Parteitag hereinlegen“ (diesen Verdacht sprach Jegorow gegen Martow aus!), zu einem Austausch von persönlichen Bemerkungen, die in grobe Schimpfereien ausarteten (S. 178). Sogar Genosse Popow „drückte sein Bedauern aus, daß aus Anlaß von Kleinigkeiten *eine solche Atmosphäre* (von mir hervorgehoben, S. 182) entstanden sei“, wie sie in den letzten drei Sitzungen herrschte (S. 16, 17 u. 18).

Alle diese Äußerungen sind im höchsten Grade bestimmt und weisen kategorisch auf jene auffallende Tatsache hin, daß die Atmosphäre der „Verdächtigungen“ und der äußerst erbitterten Formen des Kampfes („Sturz“), deren Erzeugung nachher auf dem Liga-Kongreß der Mehrheit der „Iskra“-Leute vorgeworfen wurde, in Wirklichkeit *lange bevor wir uns in eine Mehrheit und eine Minderheit gespalten hatten*, entstanden war. Nicht Schroffheiten und nicht Witze haben den Konflikt geschaffen — sie waren nur ein *Symptom* dafür, daß in der politischen Gruppierung des Parteitags selbst ein „Widerspruch“ vorhanden ist, daß in ihr alle Keime für einen Konflikt stecken, eine innere Ungleichartigkeit sich birgt, die aus jedem, *selbst dem geringfügigsten* Anlaß, mit immanenter Kraft durchbricht.

Von dem Standpunkt, von dem ich den Parteitag betrachte, ist der verzweifelt scharfe Konflikt *prinzipiellen* Charakters aus „geringfügigem“ Anlaß durchaus erklärlich und unvermeidlich. Da wir auf dem Parteitag *die ganze Zeit hindurch* einen Kampf der „Iskra“-Leute gegen die „Iskra“-Gegner hatten, zwischen denen die unbeständigen Elemente standen, und da diese zusammen mit den Gegnern der „Iskra“ ein Drittel der Stimmen bildeten (8 + 10 = 18 von 51, nach meiner natürlich nur annähern-

den Berechnung), so ist es vollkommen verständlich und natürlich, daß jeder Abfall, sei es auch nur einer geringen Minderheit, von den „Iskra“-Leuten die Möglichkeit des Sieges der Gegner der „Iskra“-Richtung schuf und daher einen „wütenden“ Kampf hervorrief. Das ist nicht ein Ergebnis unangebracht scharfer Angriffe und Ausfälle, sondern das Ergebnis einer politischen Kombination. Nicht die Schroffheiten haben den politischen Konflikt geschaffen, sondern das Bestehen eines politischen Konfliktes in der Gruppierung des Parteitags selber erzeugte Schroffheiten und Angriffe — in dieser Gegenüberstellung besteht unser entscheidendes prinzipielles Auseinandergehen mit Martow in der Einschätzung der politischen Bedeutung und der Ergebnisse des Parteitags.

Im Verlauf des ganzen Parteitags gab es drei wichtige Fälle des Abfalls einer kleinen Zahl von „Iskra“-Leuten von der Mehrheit der „Iskra“-Leute — die Gleichberechtigung der Sprachen, Paragraph 1 des Statuts und die Wahlen —, und in allen diesen drei Fällen entstand ein erbitterter Kampf, der letzten Endes zu der jetzigen schweren Krise in der Partei geführt hat. Um diese Krise und diesen Kampf politisch zu erfassen, muß man die politischen Gruppierungen der Schattierungen analysieren, die auf dem Parteitag aufeinandergestoßen sind.

Der Krieg begann mit dem Streit zwischen dem Genossen Martow und dem Führer der Bundisten, Genossen Liber (S. 171/172). Martow beweist, daß die Forderung der „Gleichberechtigung der Bürger“ ausreichend sei. Die „Freiheit der Sprachen“ wird abgelehnt, aber sofort wird die Forderung der „Gleichberechtigung der Sprachen“ gestellt, und zugleich mit Liber tritt Genosse Jegorow in die Schanze. Martow erklärt, es sei *Fetischismus*, „wenn die Redner bei ihrer Ansicht beharren, daß die Nationalitäten gleichberechtigt seien und daß die Rechtsungleichheit nur auf dem Gebiet der Sprache bestehe. Indes muß die Frage gerade umgekehrt betrachtet werden: Es besteht eine Rechtsungleichheit der Nationalitäten, die unter anderem auch darin zum Ausdruck kommt, daß Leute, die einer bestimmten Nation angehören, des Rechtes beraubt sind, ihre Muttersprache zu gebrauchen“ (S. 172).

Die Gruppierung der Delegierten in diesem Kampf wird besonders deutlich dank der Überfülle namentlicher Abstimmungen. Davon gab es volle drei. Gegen den Kern der „Iskra“-Leute stehen während der ganzen Zeit geschlossen alle Gegner der „Iskra“-Richtung (acht Stimmen) und mit den kleinsten Schwankungen das ganze Zentrum (Machow, Lwow, Jegorow, Popow, Medwedjew, Iwanow, Zarew und Bjelow – nur die beiden letzten schwankten am Anfang, bald enthielten sie sich der Stimme, bald stimmten sie mit uns, und erst bei der dritten Abstimmung nahmen sie eine klare Stellung ein). Von den „Iskra“-Leuten fällt ein Teil ab – hauptsächlich die Kaukasier (drei mit sechs Stimmen), und dank diesem Umstand bekommt schließlich die Richtung des „Fetischismus“ das Übergewicht. Bei der dritten Abstimmung, bei der Anhänger der beiden Tendenzen ihre Stellung am klarsten zum Ausdruck gebracht hatten, trennten sich von den „Iskra“-Leuten der Mehrheit die drei Kaukasier mit den sechs Stimmen und gingen auf die andere Seite über. Von den „Iskra“-Leuten der Minderheit trennten sich zwei mit zwei Stimmen – Possadowski und Kostitsch. Bei den ersten zwei Abstimmungen gingen auf die andere Seite über oder enthielten sich der Stimme: Lenski, Stepanow und Gorski von der Mehrheit der „Iskra“-Leute und Deutsch von der Minderheit. *Der Abfall von acht Stimmen von „Iskra“-Leuten (von insgesamt 33) gab der Koalition der „Iskra“-Gegner und der unbeständigen Elemente das Übergewicht.* Das ist eben jene *grundlegende Tatsache* der Parteitagsgruppierung, die sich bei der Abstimmung über den Paragraphen 1 des Statuts und bei den Wahlen wiederholt hat (nur daß *andere* „Iskra“-Leute abgefallen sind).

f) *Das Agrarprogramm*

Die prinzipielle Unbeständigkeit der „Iskra“-Gegner und des „Zentrums“ äußerte sich deutlich auch in der Debatte über das Agrarprogramm, die auf dem Parteitag nicht wenig Zeit in An-

spruch genommen (siehe S. 190—226 der Protokolle) und viele außerordentlich interessante Fragen aufgeworfen hat. Wie zu erwarten war, wird der Feldzug gegen das Programm von Genossen Martynow eröffnet (nach nebensächlichen Bemerkungen der Genossen Liber und Jegorow). Er führt das alte Argument ins Feld, man müsse „gerade die gegebene geschichtliche Ungerechtigkeit“^[9] korrigieren, durch die wir angeblich indirekt „die anderen geschichtlichen Ungerechtigkeiten heiligen“ usw. Auf seine Seite stellt sich auch Genosse Jegorow, für den sogar „unklar ist, welche Bedeutung dieses Programm haben soll. Ist es ein Programm für uns, das heißt bestimmt es die Forderungen, die wir aufstellen, oder wollen wir es volkstümlich machen“ (!?!?). Genosse Liber „möchte gern auf dasselbe hinweisen, worauf schon Genosse Jegorow hingewiesen hat“. Genosse Machow tritt mit der ihm eigentümlichen Entschiedenheit auf und erklärt, daß „die Mehrheit (?) der Redner entschieden nicht versteht, was das aufgestellte Programm darstellt und welche Ziele es verfolgt“. Das vorgeschlagene Programm könne „man wohl kaum für ein sozialdemokratisches Agrarprogramm halten! Es „... erweckt ein wenig den Anschein, als wolle man mit der Korrektur der geschichtlichen Ungerechtigkeiten spielen“, in ihm sei „eine Nuance Demagogie und Abenteuerertum“ enthalten. Die theoretische Bekräftigung dieses tiefsinnigen Gedankens ist die übliche Übertreibung und Verflachung seitens des Vulgärmarxismus: Die „Iskra“-Leute wollen angeblich „mit den Bauern umgehen, als wären sie in ihrer Zusammensetzung etwas Einheitliches: da aber die Bauernschaft schon seit langem (?) in Klassen geschichtet ist, so führt die Aufstellung eines einheitlichen Programms unvermeidlich dazu, daß das Programm als Ganzes demagogisch wird und bei der Verwirklichung zu einem Abenteuer entarten muß“ (S. 202). Genosse Machow „plaudert“ hier die wahre Ursache des ablehnenden Verhaltens vieler Sozialdemokraten zu unserem Agrarprogramm aus, die wohl bereit sind, die „Iskra“ anzuerkennen (wie sie selbst Machow anerkannt hat), die aber über die Richtung der „Iskra“, über ihre theoretische und praktische Stellung gar nicht nach-

gedacht haben. Gerade die Vulgarisierung des Marxismus in seiner Anwendung auf eine so verwickelte und vielseitige Erscheinung wie die gegenwärtige Struktur der russischen Bauernwirtschaft — nicht aber die Meinungsverschiedenheiten in Einzelfragen — war und ist die Ursache des Nichtverstehens dieses Programms. Und auf diesem vulgärmarxistischen Standpunkt einigten sich sehr rasch die Führer der „Iskra“-Gegner (Liber und Martynow) und des „Zentrums“ — Jegorow und Machow. Genosse Jegorow brachte ebenfalls einen der charakteristischen Züge des „Jushny Rabotschi“ und der ihm nahestehenden Gruppen und Zirkel offen zum Ausdruck, nämlich das Nichtverstehen der Bedeutung der Bauernbewegung, das Verkennen der Tatsache, daß nicht eine Überschätzung, sondern im Gegenteil viel eher eine Unterschätzung dieser Bedeutung (und der Mangel an Kräften für die Ausnutzung der Bewegung) die schwache Seite unserer Sozialdemokratie während der ersten berühmten Bauernaufstände^[10] war. „Ich bin weit entfernt von der Begeisterung der Redaktion für die Bauernbewegung“, sagte Genosse Jegorow, „jener Begeisterung, die nach den Bauernunruhen viele Sozialdemokraten erfaßt hat.“ Genosse Jegorow hat sich leider nur nicht die Mühe genommen, dem Parteitag einigermaßen genau zu sagen, worin diese Begeisterung der *Redaktion* zum Ausdruck gekommen ist, er hat sich nicht die Mühe genommen, konkrete Angaben über das von der „Iskra“ gebrachte literarische Material zu machen. Er hat außerdem vergessen, daß *alle* Hauptpunkte unseres Agrarprogramms von der „Iskra“ bereits in ihrer dritten Nummer¹ entwickelt waren, das heißt *lange* vor den Bauernunruhen. Wer nicht nur ein Lippenbekenntnis für die „Iskra“ abgelegt hat, für den wäre es kein Unglück gewesen, sich auch etwas mehr um ihre theoretischen und taktischen Grundsätze zu kümmern!

„Nein, in der Bauernschaft können wir nicht viel ausrichten!“ ruft Genosse Jegorow aus und erläutert weiter diesen Ausruf nicht im Sinne eines Protestes gegen diese oder jene besondere „Begei-

¹ Siehe W. I. Lenin, Sämtliche Werke, Bd. IV, 1. Halbbd., Wien-Berlin 1928, S. 112. *Die Red.*

sterung“, sondern im Sinne einer Ablehnung unserer ganzen Stellung: „Das bedeutet eben, daß unsere Losung mit der abenteuerlichen Losung nicht konkurrieren kann.“ Eine höchst charakteristische Formulierung eines prinzipienlosen Verhaltens zu der Frage, das alles auf die „Konkurrenz“ der Losungen der verschiedenen Parteien zurückführt! Und das sagt der Redner, nachdem er seine „Befriedigung“ über die theoretischen Erklärungen ausgesprochen hat, in denen darauf hingewiesen wurde, daß wir einen dauernden Erfolg in der Agitation anstreben und uns durch vorübergehende Mißerfolge nicht beirren lassen und daß ein dauernder Erfolg (trotz des lärmenden Geschreis der „Konkurrenten“ ... für eine Minute) ohne eine feste theoretische Grundlage des Programms unmöglich ist (S. 196). Welch ein Wirrwarr wird hier aufgedeckt durch diese Versicherung der „Befriedigung“ und die sofortige Wiederholung der vulgären, von dem alten Ökonomismus übernommenen Grundsätze, für den der „Konkurrenzkampf der Losungen“ über alle Fragen nicht nur des Agrarprogramms, sondern auch des ganzen Programms und der gesamten Taktik des wirtschaftlichen und des politischen Kampfes entschied. „Ihr werdet den Landarbeiter nicht zwingen“, sagte Genosse Jegorow, „Schulter an Schulter mit den reichen Bauern um die Bodenabschnitte“ (Otreski^[11]) zu kämpfen, die sich bereits zum großen Teil in den Händen dieser reichen Bauern befinden.“

Wieder dieselbe Vereinfachung, die zweifellos mit unserem opportunistischen Ökonomismus verwandt ist, der darauf bestand, daß es unmöglich sei, den Proletarier „zu zwingen“, um das zu kämpfen, was sich zum nicht geringen Teil in den Händen der Bourgeoisie befindet und künftig zu einem noch größeren Teil in ihre Hände geraten wird. Wieder dieselbe Vulgarisierung, die die russischen Besonderheiten der allgemein kapitalistischen Beziehungen zwischen Landarbeiter und reichem Bauer vergißt. Die Bodenabschnitte lasten heutzutage *auch* auf dem Landarbeiter, den man nicht erst „zu zwingen“ braucht, für die Befreiung von der Versklavung zu kämpfen. „Zwingen“ muß man manche Intellektuelle – man muß sie zwingen, ihre Aufgaben breiter auf-

zufassen, bei der Erörterung konkreter Fragen auf Schablonen zu verzichten, mit der geschichtlichen Konjunktur zu rechnen, die unsere Ziele kompliziert und modifiziert. Nur das Vorurteil, daß der Bauer dumm sei, ein Vorurteil, das nach der richtigen Bemerkung des Genossen Martow (S. 202) in den Reden des Genossen Machow und anderer Gegner des Agrarprogramms zum Vorschein kommt – nur dies Vorurteil erklärt die Tatsache, daß diese unsere Gegner die realen Lebensbedingungen unseres Landarbeiters vergessen.

Nachdem die Frage bis zu dem nackten Gegensatz: Arbeiter und Kapitalist – vereinfacht worden war, suchten die Vertreter unseres „Zentrums“, wie üblich, ihre Beschränktheit auf den Bauer abzuwälzen. „Eben weil ich den Bauer“, führte Genosse Machow an, „in den Grenzen seines engen Klassenstandpunktes für klug halte, glaube ich, daß er für das kleinbürgerliche Ideal der Entzweiung und Aufteilung sein wird.“ Hier werden offensichtlich zwei Dinge miteinander verwechselt: die Kennzeichnung des Klassenstandpunktes des Bauern als eines Kleinbürgers, *und die Einengung* dieses Klassenstandpunktes, *seine* Reduzierung auf ein „enges Maß“. In dieser Reduzierung besteht eben der Irrtum der Jegorow und der Machow (genau so wie der Irrtum der Martynow und der Akimow in der Reduzierung des Standpunktes des Proletariats auf ein enges Maß bestand). Indes lehren sowohl die Logik wie die Geschichte, daß der kleinbürgerliche Klassenstandpunkt gerade infolge der zwiespältigen Lage des Kleinbürgers mehr oder weniger eng, mehr oder weniger fortschrittlich sein kann. Unsere Aufgabe kann keineswegs darin bestehen, wegen der Beschränktheit („Dummheit“) des Bauern oder wegen des „Vorurteils“, das ihn beherrscht, die Flinte ins Korn zu werfen, sondern im Gegenteil, wir müssen sein Gesichtsfeld ständig erweitern und den Sieg seines Urteils über seine Vorurteile fördern.

Der vulgär-„marxistische“ Standpunkt in der russischen Agrarfrage fand seinen höchsten Ausdruck in den Schlußworten der prinzipiellen Rede des Genossen Machow, eines treuen Verteidigers der alten „Iskra“-Redaktion. Nicht umsonst wurden diese Worte

mit – allerdings ironischem – Beifall aufgenommen. „Ich weiß natürlich nicht, was ich als Übel bezeichnen soll“, sagt Genosse Machow, empört über die Bemerkung Plechanows, daß die Bewegung zugunsten der Schwarzen Umteilung^[12] uns keineswegs schrecke, daß nicht wir diese fortschrittliche (bürgerlich-fortschrittliche) Bewegung aufhalten würden. „Aber diese Revolution, wenn man sie so nennen darf, wird nicht revolutionär sein. Ich möchte besser sagen, daß das keine Revolution mehr, sondern eine Reaktion sein wird (*Lachen*), eine Revolution in der Art eines Aufruhrs . . . Eine solche Revolution wird uns zurückwerfen, wir werden nach ihr eine gewisse Zeit brauchen, um wieder zu der Lage zu kommen, die wir jetzt haben. Wir haben aber jetzt viel mehr als zur Zeit der französischen Revolution (*ironischer Beifall*), wir haben eine sozialdemokratische Partei (*Lachen*) . . .“

Wir sehen also, daß auch in den rein prinzipiellen Fragen, die das Agrarprogramm aufgeworfen hat, die uns bereits bekannte Gruppierung sofort zum Vorschein kam. Die „Iskra“-Gegner (8 Stimmen) ziehen ins Feld im Namen des Vulgärmarxismus, hinter ihnen trotten die Führer des „Zentrums“, die Jegorow und Machow, einher, sich ständig verwirrend und zu demselben engen Standpunkt zurückkehrend. Es ist darum vollkommen natürlich, daß bei der Abstimmung über gewisse Punkte des Agrarprogramms 30 und 35 Stimmen dafür abgegeben wurden (S. 225 u. 226), das heißt gerade annähernd jene Zahl, die wir auch bei der Diskussion über den Zeitpunkt der Erörterung der Frage des „Bund“, bei dem Konflikt mit dem Organisationskomitee und bei der Frage der Auflösung der Gruppe „Jushny Rabotschi“ hatten. Es braucht nur eine Frage aufgeworfen zu werden, die einigermaßen über den Rahmen der üblichen und bereits feststehenden Schablone hinausgeht, die eine einigermaßen selbständige Anwendung der Marxschen Theorie auf die eigentümlichen und neuen (für die Deutschen neuen) sozialökonomischen Verhältnisse erfordert – und sofort erweist es sich, daß nur drei Fünftel der „Iskra“-Leute auf der Höhe der Aufgaben zu stehen imstande sind, sofort macht das ganze „Zentrum“ eine Schwenkung in der Richtung der Liber und Martynow.

Aus den Debatten zum Agrarprogramm wird der Kampf der „Iskra“-Leute gegen gute zwei Fünftel des Parteitags deutlich erkennbar. Die kaukasischen Delegierten haben hier einen vollkommen richtigen Standpunkt eingenommen — wahrscheinlich hauptsächlich dank dem Umstand, daß die nahe Kenntnis der örtlichen Formen zahlreicher Überreste der Leibeigenschaft sie vor jenen abstrakt-schulmäßigen, nackten Gegenüberstellungen bewahrte, mit denen sich die Machow begnügten. Gegen Martynow und Liber, Machow und Jegorow wandten sich auch Plechanow und Gussew (der bestätigte, daß „eine so pessimistische Ansicht über unsere Arbeit im Dorfe“ ... wie die Ansicht des Genossen Jegorow ... ihm „nicht selten unter den in Rußland wirkenden Genossen begegnet ist“), Kostrow^[23], Karski und Trotzki. Der letztere wies mit Recht darauf hin, daß die „gutgemeinten Ratschläge“ der Kritiker des Agrarprogramms „allzusehr nach *Philistertum* riechen“.

Als Trotzki von den Argumenten sprach, die nach „Philistertum“ riechen, wies er darauf hin, daß „wir uns in der beginnenden revolutionären Periode mit der Bauernschaft verbünden müssen“ ... „Angesichts dieser Aufgabe ist der Skeptizismus und die politische ‚Weitsichtigkeit‘ Machows und Jegorows schädlicher als jede Kurzsichtigkeit.“ Genosse Kostitsch, ein anderer „Iskra“-Anhänger der Minderheit, hat sehr treffend auf die „Zweifel an sich selbst und an der eigenen grundsätzlichen Standhaftigkeit“ bei dem Genossen Machow hingewiesen — eine Charakteristik, die haargenau auf unser „Zentrum“ paßt. „Im Pessimismus sind sich Genosse Machow und Genosse Jegorow begegnet, obwohl zwischen ihnen Schattierungen bestehen“, fuhr Genosse Kostitsch fort. „Machow vergißt, daß die Sozialdemokraten heute bereits in der Bauernschaft arbeiten und deren Bewegung, soweit es möglich ist, leiten. Mit diesem ihrem Pessimismus setzen sie dem Schwung unserer Arbeit engere Grenzen.“ (S. 210.)

Um die Frage der Programm-Diskussionen auf dem Parteitag abzuschließen, muß noch die kurze Debatte über die Unterstützung der oppositionellen Strömungen erwähnt werden. In unserem Pro-

gramm wird deutlich gesagt, daß die Sozialdemokratische Partei „jede *oppositionelle* und revolutionäre Bewegung unterstützt, *die sich gegen die in Rußland bestehende gesellschaftliche und politische Ordnung richtet*“. Man sollte glauben, daß dieser letzte Vorbehalt mit genügender Genauigkeit sagt, *welche* von den oppositionellen Strömungen wir *eigentlich* unterstützen. Trotzdem hat sich der Unterschied der Schattierungen, die in unserer Partei bereits seit langem bestehen, sofort *auch hier* offenbart, so wenig auch vorauszusehen war, daß in einer so oft durchgekauten Frage noch „Mißverständnisse und Bedenken“ möglich sein sollten! Es hat sich also offenbar nicht um Mißverständnisse gehandelt, sondern um *Schattierungen*. Machow, Liber und Martynow haben sofort Alarm geschlagen.

Machow beginnt wieder mit der vulgären Vereinfachung des Marxismus. „Bei uns ist die einzige revolutionäre Klasse das Proletariat“, erklärt er und zieht aus diesem richtigen Satz sofort den falschen Schluß: „Die übrigen sind ‚belanglos‘, das fünfte Rad am Wagen“ (*allgemeine Heiterkeit*)... „Ja, das fünfte Rad am Wagen, und sie wollen nur die Nutznießer sein. Ich bin dagegen, daß wir sie unterstützen.“ (S. 226.) Die unvergleichliche Formulierung der Stellung des Genossen Machow hat viele (von seinen Anhängern) in Verlegenheit gebracht, aber im wesentlichen erklärten sich sowohl Liber wie Martynow mit ihm einverstanden, indem sie vorschlugen, das Wort „oppositionell“ zu streichen oder es durch die Hinzufügung von „demokratisch oppositionell“ einzuschränken. Gegen diese Korrektur Martynows wehrte sich mit Recht Plechanow: „Wir müssen die Liberalen kritisieren“, sagte er, „ihre Halbheit entlarven. Das ist richtig... aber wenn wir die Beschränktheit und Engherzigkeit aller anderen Bewegungen neben der sozialdemokratischen entlarven, so sind wir verpflichtet, dem Proletariat klar auseinanderzusetzen, daß im Vergleich mit der Selbstherrschaft sogar eine Verfassung, die nicht einmal das allgemeine Wahlrecht gibt, schon ein Schritt vorwärts ist und daß das Proletariat darum die bestehende Ordnung einer solchen Verfassung nicht vorziehen dürfe.“ Die Genossen Martynow, Liber und

Machow waren damit nicht einverstanden und verteidigten ihren Standpunkt, der von Axelrod, Starowjer, Trotzki und noch einmal von Plechanow angegriffen wurde. Genosse Machow brachte es dabei fertig, sich noch einmal selbst zu schlagen. Zuerst sagte er, daß die übrigen Klassen (außer dem Proletariat) „belanglos“ seien und er „dagegen sei, daß man sie unterstützt“. Dann erbarmte er sich ihrer und gab zu, daß „die ihrem Wesen nach reaktionäre Bourgeoisie häufig revolutionär ist – wenn es sich zum Beispiel um den Kampf gegen den Feudalismus und seine Überreste handelt“. „Es gibt aber Gruppen“, fuhr er fort, „die immer(?) reaktionär sind – so zum Beispiel die Handwerker.“ Zu solchen Redeb Blüten in prinzipieller Hinsicht verstiegen sich also jene Führer unseres „Zentrums“, die später mit Schaum vor dem Munde die alte „Iskra“-Redaktion verteidigten! Gerade die Handwerker haben sogar in Westeuropa, wo das Zunftwesen so stark war, ebenso wie die übrigen Kleinbürger in den Städten zur Zeit des Sturzes des Absolutismus einen besonders revolutionären Geist offenbart. Es ist besonders sinnlos, wenn russische Sozialdemokraten gedankenlos das wiederholen, was unsere westeuropäischen Genossen von den jetzigen Handwerkern sagen, in einer Epoche, die ein Jahrhundert oder ein halbes Jahrhundert von dem Sturze des Absolutismus entfernt ist. In Rußland ist das Gerede von dem reaktionären Geist der Handwerker im Vergleich zur Bourgeoisie auf dem Gebiet der politischen Fragen nichts anderes als eine schablonenhaft eingepaukte Phrase.¹

¹ Ein anderer Führer dieser „Zentrums“-Gruppe, Genosse Jegorow, äußerte sich zur Frage der Unterstützung der oppositionellen Strömungen an anderer Stelle, anlässlich der Resolution Axelrods über die Sozialrevolutionäre (S. 359). Genosse Jegorow sah einen „Widerspruch“ zwischen der Forderung des Programms, jede oppositionelle und revolutionäre Bewegung zu unterstützen, und dem ablehnenden Verhalten zu den Sozialrevolutionären und den Liberalen. In anderer Form und von einer etwas anderen Seite an die Frage herangehend, offenbart Genosse Jegorow auch hier dieselbe beschränkte Auffassung des Marxismus und dasselbe unbeständige, halb feindliche Verhältnis zu der (von ihm „anerkannten“) Stellung der „Iskra“, die auch die Genossen Machow, Liber und Martynow offenbart haben.

g) Das Parteistatut

Vom Programm ging der Parteitag zum Parteistatut über (wir übergehen die Frage des Zentralorgans und die Berichte der Delegierten, die leider von den meisten Delegierten in befriedigender Form nicht vorgelegt werden konnten). Es ist unnötig zu sagen, daß die Frage des Statuts für uns alle von gewaltiger Bedeutung war. In der Tat, die „Iskra“ ist ja von Anfang an nicht nur als literarisches Organ aufgetreten, sondern auch als *organisatorische Zelle*. In dem Redaktionsartikel der Nr. 4 („Womit beginnen?“) hat die „Iskra“ einen ganzen Organisationsplan aufgestellt und diesen Plan *drei Jahre lang* systematisch, unbeirrt durchgeführt. Als der II. Parteitag die „Iskra“ als Zentralorgan anerkannte, da waren von den drei Punkten zur Begründung der entsprechenden Resolution (S. 147) zwei Punkte *gerade diesem Organisationsplan und den organisatorischen Ideen der „Iskra“* gewidmet: ihrer Rolle in der Leitung der *praktischen* Parteiarbeit und der führenden Rolle in der Vereinheitlichung der Arbeit. Es ist daher vollkommen natürlich, daß die Arbeit der „Iskra“ und die ganze Arbeit der Parteiorganisation, das ganze Werk des *tatsächlichen* Wiederaufbaus der Partei, *nicht* als vollendet betrachtet werden *konnte* ohne die Anerkennung bestimmter organisatorischer Ideen durch die gesamte Partei, ohne die formale Fixierung dieser Ideen. Diese Aufgabe sollte das Organisationsstatut der Partei erfüllen.

Die Hauptgedanken, die die „Iskra“ bestrebt war der Parteiorganisation zugrunde zu legen, liefen im wesentlichen auf folgende zwei hinaus. Der erste, der Gedanke des Zentralismus, bestimmte prinzipiell die Methode der Lösung aller einzelnen und organisatorischen Teilfragen. Der zweite Hauptgedanke — die besondere Rolle des ideologisch leitenden Organs, der Zeitung — zog die zeitweiligen und besonderen Bedürfnisse eben der russischen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in den Verhältnissen der politischen Sklaverei, unter den Bedingungen der Entstehung einer *ursprünglichen* Operationsbasis für den revolutionären Ansturm im Auslande in Betracht. Der erste Gedanke, der allein prinzipielle,

mußte das ganze Statut durchdringen; der zweite, als Teilgedanke, das Resultat der zeitweiligen Umstände des Orts und der Methode der Aktion, fand seinen Ausdruck in der *scheinbaren* Abweichung vom Zentralismus, in der Schaffung *zweier Zentralstellen: des Zentralorgans und des Zentralkomitees*. Diese beiden Hauptgedanken der Parteiorganisation der „Iskra“-Richtung wurden von mir in dem Redaktionsartikel der „Iskra“ (Nr. 4) „Womit beginnen?“¹ und in „Was tun?“² entwickelt und schließlich in der Form fast eines Statuts im „Brief an einen Genossen“³ ausführlich auseinandergesetzt. Im Grunde genommen blieb nur noch die redaktionelle Arbeit der Formulierung der Paragraphen des Statuts, das eben diese Ideen ins Leben umsetzen sollte, wenn die Anerkennung der „Iskra“ nicht nur auf dem Papier, nicht nur eine konventionelle Phrase bleiben sollte.

*h) Die Debatten über den Zentralismus vor
der Spaltung bei den „Iskra“-Leuten*

Bevor wir zu der wirklich interessanten Frage übergehen, die zweifellos die verschiedenen Schattierungen in den Ansichten über die Formulierung des Paragraphen 1 des Statuts offenbart, wollen wir noch ein wenig auf die kurze allgemeine Debatte über das Statut eingehen, die die 14. und einen Teil der 15. Sitzung des Parteitag's ausgefüllt hat. Genosse Martow hatte sich meinen organisatorischen Ansichten *angeschlossen* (S. 157) und nur in zwei *Einzelfragen* war er nicht einverstanden. Hingegen haben sowohl die „Iskra“-Gegner wie das „Zentrum“ sofort einen Feldzug gegen die beiden *Hauptgedanken* des ganzen Organisationsplans der „Iskra“ (und folglich auch des ganzen Statuts) eröffnet: sowohl gegen den Zentralismus wie auch gegen die „zwei zentralen

¹ Siehe in W. I. Lenin, „Was tun?“, Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 11–20. *Die Red.*

² Siehe W. I. Lenin, „Was tun?“, Dietz Verlag, Berlin 1951. *Die Red.*

³ W. I. Lenin, *Sämtliche Werke*, Bd. V, S. 251–272. *Die Red.*

Körperschaften“. Genosse Liber bezeichnete mein Statut als „organisiertes Mißtrauen“ und erblickte einen *Dezentralismus* in den zwei zentralen Körperschaften (dasselbe taten die Genossen Popow und Jegorow). Genosse Akimow drückte den Wunsch aus, den Kompetenzbereich der örtlichen Komitees breiter festzulegen, insbesondere ihnen selber „das Recht, ihre Zusammensetzung zu ändern“, zu überlassen. „Es ist notwendig, ihnen eine größere Aktionsfreiheit zu gewähren... Die örtlichen Komitees müssen von den aktiven Genossen des betreffenden Ortes gewählt werden, ebenso wie das Zentralkomitee von den Vertretern aller aktiven Organisationen in Rußland gewählt wird. Wenn man aber auch das nicht zulassen kann, so mag die Zahl der vom Zentralkomitee für die örtlichen Komitees ernannten Mitglieder beschränkt werden...“ (S. 158.) Genosse Akimow souffliert hier, wie man sieht, das Argument gegen das „Übermaß an Zentralismus“, aber Genosse Martow bleibt taub auch gegen diese autoritativen Worte, solange die Niederlage in der Frage der Zusammensetzung der zentralen Stellen ihn nicht zwingt, Akimow zu folgen. Damals wetterten gegen den „ungeheuerlichen“ Zentralismus nur diejenigen, für die der Zentralismus der „Iskra“ offenkundig *unvoreteilhaft* war: Es wetterten Akimow, Liber, Goldblatt, ihnen *folgte* behutsam und vorsichtig (so daß immer die Möglichkeit umzukehren blieb) Jegorow (siehe S. 156 u. 272). Damals war es der überwiegenden Mehrheit der Partei noch klar, daß gerade die Klüngelinteressen, die Zirkelinteressen des „Bund“, des „Jushny Rabotschi“ usw. die Ursache des Protestes gegen den Zentralismus waren.

Man betrachte zum Beispiel die Rede des Genossen Goldblatt (S. 160/161). Er ist ungehalten über meinen „ungeheuerlichen“ Zentralismus, der angeblich zur „Vernichtung“ der unteren Organisationen führe, der „durchtränkt ist vom Bestreben, der Zentralleitung eine unbeschränkte Gewalt, das Recht der unbeschränkten Einmischung in alles einzuräumen“, der den Organisationen „nur das Recht gewährt, sich ohne zu murren dem unterzuordnen, was von oben herab befohlen wird“ usw. „Die im Entwurf vorgesehene Zentralleitung wird sich in einem leeren Raum erweisen, um den

herum es keine Peripherie geben wird, sondern nur eine gewisse amorphe Masse, in der sich die ausführenden Vertrauensleute bewegen werden.“ Man lachte über den „Bund“, der im Kampfe gegen *unseren Zentralismus bei sich selbst* der Zentralleitung *noch bestimmter* umrissene unbeschränkte Rechte einräumt (so zum Beispiel die Einführung und den Ausschluß von Mitgliedern und sogar die Nichtzulassung von Delegierten auf den Parteitag).

In der Frage der zwei zentralen Parteikörperschaften hat sich die Gruppierung ebenfalls deutlich gezeigt: Gegen *sämtliche* „Iskra“-Leute stehen sowohl Liber als auch Akimow und auch Popow und Jegorow. Aus jenen Organisationsideen, die die *alte* „Iskra“ stets entwickelt hat (und die in *Worten* von den Genossen Popow und Jegorow gebilligt wurden!), ergab sich der Plan der zwei zentralen Körperschaften von selber. Die Politik der *alten* „Iskra“ widersprach vollkommen den Plänen des „Jushny Rabotschi“, den Plänen zur Gründung eines parallelen volkstümlichen Organs und seiner Umwandlung in ein tatsächlich vorherrschendes Organ. Hier eben liegt die Wurzel jenes auf den ersten Blick seltsamen Widerspruchs, daß alle „Iskra“-Gegner und der ganze Sumpf für eine einzige Zentralleitung, das heißt für *einen angeblich größeren Zentralismus* eintreten. Natürlich hat es (besonders unter dem Sumpf) auch solche Delegierte gegeben, die wohl kaum klar begriffen, wozu die Organisationspläne des „Jushny Rabotschi“ führen würden und kraft der Entwicklung der Dinge führen mußten, aber sie wurden von ihrer eigenen unentschlossenen und unsicheren Natur in das Lager der „Iskra“-Gegner gestoßen.

Unter den Reden der „Iskra“-Leute während *dieser* (der Spaltung der „Iskra“-Leute vorangegangenen) Debatten über das Statut sind besonders die Reden des Genossen Martow („Zustimmung“ zu meinen organisatorischen Gedanken) und Trotzki's bemerkenswert. Trotzki hat den Genossen Akimow und Liber so geantwortet: „Das Statut, sagte er“ (Genosse Akimow), „bestimmt den Kompetenzbereich des Zentralkomitees nicht genügend genau. Ich kann ihm nicht zustimmen. Im Gegenteil, es ist eine genaue Definition gegeben, die besagt: Sofern die Partei ein einheitliches Ganzes

ist, muß ihr die Kontrolle über die örtlichen Komitees gesichert sein. Genosse Liber sagte, meinen Ausdruck gebrauchend, das Statut sei ein ‚organisiertes Mißtrauen‘. Das stimmt. Aber ich gebrauchte diesen Ausdruck hinsichtlich des von den Vertretern des ‚Bund‘ vorgeschlagenen Statuts, das das ‚organisierte Mißtrauen‘ eines Teiles der Partei gegen die Gesamtpartei darstellte. Unser Statut aber ist ein organisiertes Mißtrauen der Partei gegen alle ihre Teile, das heißt die Kontrolle über alle örtlichen, bezirkweise zusammengefaßten, nationalen und sonstigen Organisationen.“ (S. 158.)

i) Der Paragraph 1 des Statuts

Wir führen in der Fußnote die verschiedenen Formulierungen an, um derentwillen auf dem Parteitag interessante Debatten entbrannten.¹ Diese Debatten füllten fast zwei Sitzungen aus und endeten mit *zwei namentlichen Abstimmungen* (während des ganzen Parteitags hat es, wenn ich nicht irre, nur acht namentliche Abstimmungen gegeben; angesichts des großen Zeitverlustes, den solche Abstimmungen hervorriefen, wurden sie nur in besonders wichtigen Fällen vorgenommen). Zweifellos wurde hier eine prinzipielle Frage berührt. Das Interesse des Parteitags für die Diskussion war ungeheuer groß. An der Abstimmung beteiligten sich *sämtliche* Delegierte — eine auf unserem Parteitag (wie auf jedem Kongreß) seltene Erscheinung, die ebenfalls von dem großen Interesse der Diskutierenden Zeugnis ablegt.

¹ Paragraph 1 in meinem Entwurf: „Als Mitglied der Partei gilt jeder, der ihr Programm anerkennt und die Partei sowohl mit materiellen Mitteln als auch durch die persönliche Mitarbeit in einer der Parteiorganisationen unterstützt.“

Paragraph 1 in der Fassung, die von Martow auf dem Parteitag vorgeschlagen und vom Parteitag angenommen wurde: „Als Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands gilt jeder, der ihr Programm anerkennt, die Partei mit materiellen Mitteln unterstützt und ihr unter der Leitung einer ihrer Organisationen einen regelmäßigen persönlichen Beistand leistet.“

Worin, fragt es sich, bestand das Wesen der Streitfrage? Ich habe schon auf dem Parteitag gesagt und nachher mehrmals wiederholt, daß „ich unsere Meinungsverschiedenheit (über den Paragraphen 1) gar nicht für so wesentlich halte, daß von ihr das Sein oder Nichtsein unserer Partei abhängen sollte. An einem schlechten Punkt des Statuts werden wir noch lange nicht zugrunde gehen“! (S. 250.)¹ Diese Meinungsverschiedenheit deckt zwar prinzipielle Schattierungen auf, konnte aber an und für sich keineswegs einen solchen Bruch (in Wirklichkeit, wenn man ohne Konvention sprechen will, eine solche Spaltung) hervorrufen, wie er sich nach dem Parteitag ergeben hat. Doch jede *kleine* Meinungsverschiedenheit kann *groß* werden, wenn man auf ihr beharrt, wenn man sie in den Vordergrund rückt, wenn man *darangeht*, nach allen Wurzeln und allen Verzweigungen dieser Meinungsverschiedenheit zu suchen. Jede *kleine* Meinungsverschiedenheit kann eine *gewaltige* Bedeutung erlangen, wenn sie als Ausgangspunkt einer *Wendung* zu gewissen fehlerhaften Auffassungen dient und wenn diese fehlerhaften Auffassungen sich kraft neuer und neu hinzukommender Meinungsverschiedenheiten mit anarchischen Aktionen, die die Partei zur Spaltung führen, vereinigen.

Gerade so verhielt sich auch die Sache in diesem Fall.

Jetzt ist die Frage bereits so *gestellt*: Spiegelte sich nicht in der Formulierung Martows, die von Axelrod verteidigt wurde, seine (oder ihre) Unbeständigkeit, Wankelmütigkeit und politische Verschwommenheit, wie ich auf dem Parteitag ausführte (S. 333), seine (oder ihre) Abweichung zum Jaurèsismus^[14] und Anarchismus, wie Plechanow auf dem Kongreß der Liga meinte? (S. 102 u. a. der Protokolle des Liga-Kongresses.) Oder spiegelte sich in meiner Formulierung, die von Plechanow verteidigt wurde, eine falsche, bürokratische, formalistische, pompadourhafte und nichtsozialdemokratische Auffassung des Zentralismus? *Opportunismus und Anarchismus oder Bürokratismus und Formalismus?* — so ist die Frage *jetzt gestellt*, wo die kleine Meinungsverschiedenheit zu einer großen geworden ist. Wir müssen gerade *diese*, uns von den Gescheh-

¹ W. I. Lenin, Sämtliche Werke, Bd. VI, Wien-Berlin 1930, S. 53. *Die Red.*

nissen aufgedrängte Fragestellung *im Auge haben*, wenn wir die Argumente für und gegen meine Formulierung *sachlich* prüfen.

Beginnen wir die Prüfung dieser Argumente mit der Analyse der Parteitagdebatten. Die erste Rede, die des Genossen Jegorow, ist nur darum interessant, weil seine Haltung (non liquet, mir ist noch nicht klar, ich weiß noch nicht, wo die Wahrheit liegt) sehr bezeichnend ist für die Stellung vieler Delegierter, für die es nicht leicht war, sich in der wirklich neuen, ziemlich komplizierten und ins einzelne gehenden Frage auszukennen. Die folgende Rede, die Rede des Genossen Axelrod, stellt die Frage sofort prinzipiell. Das war die erste prinzipielle Rede, richtiger gesagt, überhaupt die erste Rede des Genossen Axelrod auf dem Parteitag, und man kann sein erstes Auftreten mit dem berühmten „Professor“ wohl kaum als besonders gelungen anerkennen. „Ich glaube“, sagte Genosse Axelrod, „wir müssen die beiden Begriffe Partei und Organisation auseinanderhalten. Hier aber werden diese beiden Begriffe zusammengeworfen. Das ist gefährlich.“ Das ist das erste Argument gegen meine Formulierung. Man betrachte es näher. Wenn ich sage, daß die Partei die *Summe* (nicht die einfache arithmetische Summe, sondern ein Komplex) von *Organisationen*¹ sein muß, folgt dann daraus, daß ich die Begriffe Partei und Organisation „zusammenwerfe“? Keineswegs! Ich bringe damit ganz klar und genau meinen Wunsch, meine Forderung zum Ausdruck, daß die Partei als Vortrupp der Klasse etwas möglichst *Organisiertes* darstelle, daß die Partei nur solche Elemente in sich aufnehme, die *wenigstens ein Mindestmaß an Organisiertheit ermöglichen*. Mein Widersacher verwechselt dagegen die

¹ Das Wort „Organisation“ wird gewöhnlich in zweifachem Sinne gebraucht, in einem weiteren und in einem engeren. Im engen Sinne des Wortes bedeutet es die einzelne, wenn auch ganz lose Zelle der menschlichen Gemeinschaft. Im weiten Sinne bedeutet es die Summe solcher zu einem Ganzen zusammengefaßten Zellen. Die Flotte, die Armee, der Staat zum Beispiel sind zu gleicher Zeit eine Summe von Organisationen (im engen Sinne des Wortes) und eine Art gesellschaftlicher Organisation (im weiten Sinne des Wortes). Die Schulbehörde ist eine Organisation (im weiten Sinne des Wortes), die Schulbehörde besteht aus einer Reihe von Organisationen (im engen Sinne des

in der Partei organisierten Elemente mit den nichtorganisierten, die Leute, die sich leiten lassen, mit denen, die sich nicht leiten lassen, die fortschrittlichen mit den unverbesserlich rückständigen Leuten, denn die verbesserlich rückständigen können der Organisation beitreten. *Diese Verwechslung* ist in der Tat *gefährlich*. Genosse Axelrod beruft sich ferner auf die „streng konspirativen und zentralistischen Organisationen der Vergangenheit“ („Semlja i Wolja“^[15] und „Narodnaja Wolja“^[16]): Um diese herum soll sich „eine ganze Reihe von Leuten gruppiert haben, die keiner Organisation angehörten, die ihr aber so oder anders halfen und als Mitglied der Partei galten... Dieser Grundsatz muß in der sozialdemokratischen Organisation noch strenger durchgeführt werden.“ Damit sind wir gerade an einem der *Kernpunkte* der Frage angelangt: Ist „dieses Prinzip“ wirklich ein sozialdemokratisches — ein Prinzip, das denen erlaubt, sich Parteimitglieder zu nennen, die keiner Parteiorganisation angehören und nur „so oder anders der Partei helfen“? Und Plechanow hat auf diese Frage die einzig mögliche Antwort gegeben: „Axelrod hatte unrecht mit seinem Hinweis auf die siebziger Jahre. Damals existierte eine gut organisierte und ausgezeichnet disziplinierte Zentralleitung, um sie herum gab es von ihr geschaffene Organisationen verschiedener Kategorien, und was außerhalb dieser Organisationen bestand, war Chaos, Anarchie. Die Bestandteile dieses Chaos nannten sich Parteimitglieder, aber die Sache gewann dadurch nicht, sie verlor nur. Wir brauchen diese Anarchie der siebziger Jahre nicht nachzuahmen, sondern müssen sie vermeiden.“ „Dieses Prinzip“, das Genosse Axelrod für ein sozialdemokratisches ausgeben wollte, ist also in Wirklichkeit ein *anarchistisches Prinzip*. Um das zu

Wortes). Genau so ist die Partei eine Organisation, *muß* sie eine Organisation *sein* (im weiten Sinne des Wortes); zugleich muß die Partei aus einer ganzen Reihe mannigfaltiger Organisationen (im engen Sinne des Wortes) bestehen. Deshalb hat Genosse Axelrod, der von der Trennung der Begriffe Partei und Organisation spricht, erstens diesen Unterschied im weiten und im engen Sinne des Wortes Organisation nicht in Betracht gezogen, und zweitens nicht bemerkt, daß er selbst die organisierten und die nichtorganisierten Elemente *in einen Topf geworfen hat*.

widerlegen, muß die *Möglichkeit* der Kontrolle, der Leitung und der Disziplin außerhalb der Organisation gezeigt werden, muß die *Notwendigkeit* gezeigt werden, den „Elementen des Chaos“ die Bezeichnung von Parteimitgliedern zuzuerkennen. Die Verteidiger der Formulierung des Genossen Martow haben *weder das eine noch das andere* gezeigt und konnten es auch nicht zeigen. Genosse Axelrod hat als Beispiel einen „Professor“ genommen, der „sich für einen Sozialdemokraten hält und das offen erklärt“. Um den Gedanken, der in diesem Beispiel enthalten ist, zu Ende zu führen, hätte Genosse Axelrod weiter fragen müssen: Erkennen denn die organisierten Sozialdemokraten selber diesen Professor als Sozialdemokraten an? Ohne diese weitere Frage zu stellen, verläßt Genosse Axelrod seine Beweisführung auf halbem Wege. In der Tat, entweder – oder. Entweder die organisierten Sozialdemokraten erkennen den uns interessierenden Professor als Sozialdemokraten an – und warum sollen sie ihn dann nicht auch in diese oder jene sozialdemokratische Organisation aufnehmen? Erst wenn er aufgenommen ist, werden die „Erklärungen“ des Professors seinen Taten entsprechen, werden sie keine leeren Redensarten sein (wie es allzuoft mit den Erklärungen von Professoren der Fall ist). Oder aber die organisierten Sozialdemokraten erkennen den Professor als Sozialdemokraten *nicht* an, und dann ist es zwecklos, sinnlos und *schädlich*, ihm das Recht zu geben, den ehrenvollen und verantwortlichen Namen eines Parteimitgliedes zu tragen. Die Sache läuft also eben auf eine konsequente Durchführung des Prinzips der Organisation oder auf eine Billigung der Zerfahrenheit und Anarchie hinaus. Bauen wir, ausgehend von dem bereits vorhandenen und festgefügteten Kern der *Sozialdemokraten*, der zum Beispiel den Parteitag organisiert und der die Pflicht hat, alle möglichen Parteiorganisationen zu erweitern und zu vermehren, eine Partei auf, oder begnügen wir uns mit der beruhigenden *Redensart*, daß alle, die helfen, auch Parteimitglieder seien? „Nehmen wir die Formel Lenins an“, fuhr Genosse Axelrod fort, „dann werfen wir einen Teil von Leuten über Bord, die zwar nicht unmittelbar in die Organisation auf-

genommen werden können, aber trotzdem Parteimitglieder sind.“ Die Verwechslung der Begriffe, deren Genosse Axelrod mich beschuldigen wollte, tritt bei ihm selbst mit voller Deutlichkeit zutage: Er nimmt bereits als gegeben an, daß alle, die der Partei helfen, Parteimitglieder *sind*, während doch gerade um diese Frage gestritten wird und die Opponenten erst den *Nachweis* für die Notwendigkeit und den Nutzen einer solchen Auslegung zu erbringen haben. Was ist der Inhalt dieses auf den ersten Blick so fürchterlichen Ausdrucks: über Bord werfen? Wenn nur die Mitglieder jener Organisationen als Parteimitglieder gelten sollen, die als Parteiorganisationen anerkannt sind, so können doch die Leute, die nicht „unmittelbar“ irgendeiner Parteiorganisation beitreten können, in einer parteilosen, aber der Partei nahestehenden Organisation arbeiten. Von einem Überbordwerfen im Sinne des Fernhaltens von der Arbeit, der Ausschaltung von der Bewegung kann also gar nicht die Rede sein. Im Gegenteil, je stärker unsere Parteiorganisationen sein werden, denen *wirkliche* Sozialdemokraten angehören, um so weniger Wankelmütigkeit und Unbeständigkeit wird es *innerhalb* der Partei geben, um so breiter, vielseitiger, reicher und fruchtbarer wird der Einfluß der Partei auf die sie umgebenden, von ihr geleiteten *Arbeitermassen* sein. Man darf doch wirklich die Partei als Vortrupp der Arbeiterklasse nicht mit der ganzen Klasse verwechseln. Und gerade einer solchen Verwechslung (die für unseren opportunistischen Ökonomismus überhaupt kennzeichnend ist), verfällt Genosse Axelrod, wenn er sagt: „Wir schaffen natürlich vor allem eine Organisation der aktivsten Elemente in der Partei, eine Organisation von Revolutionären, doch müssen wir, wenn wir die Partei der Klasse sind, darauf bedacht sein, daß nicht Leute außerhalb der Partei bleiben, die sich bewußt, wenn auch nicht ganz aktiv, an diese Partei anlehnen.“ Erstens werden keineswegs nur die Organisationen der Revolutionäre, sondern auch *eine ganze Reihe* von Arbeiterorganisationen, die als Parteiorganisationen anerkannt sind, zu den aktiven Elementen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei gehören. Zweitens, aus welchem Grunde, kraft

welcher Logik soll sich aus der Tatsache, daß wir die Partei der Klasse sind, die Schlußfolgerung ergeben, daß eine Unterscheidung zwischen denen, die der Partei *angehören*, und denen, die sich an die Partei *anlehnen*, *überflüssig sei*? Ganz im Gegenteil: Gerade weil ein Unterschied im Grad der Bewußtheit und im Grad der Aktivität besteht, muß auch eine Unterscheidung im Grad der Nähe zur Partei gemacht werden. Wir sind die Partei der Klasse, und deshalb muß *fast die gesamte Klasse* (und in Kriegszeiten, in der Epoche des Bürgerkrieges, restlos die gesamte Klasse) unter der Leitung unserer Partei handeln, sie muß sich unserer Partei so eng wie möglich anschließen, doch wäre es „Manilowerei“^[17] und „Nachtrabpolitik“, wollte man glauben, daß irgendwann unter der Herrschaft des Kapitalismus fast die gesamte Klasse oder gar die gesamte Klasse imstande wäre, sich bis zu der Bewußtheit und der Aktivität zu erheben, auf der ihr Vortrupp, ihre sozialdemokratische Partei steht. Kein vernünftiger Sozialdemokrat hat je daran gezweifelt, daß unter dem Kapitalismus selbst die Gewerkschaftsorganisation (die primitiver, dem Bewußtsein der unentwickelten Schichten zugänglicher ist) außerstande ist, fast die gesamte oder die gesamte Arbeiterklasse zu erfassen. Es würde bedeuten, nur sich selbst zu betrügen, die Augen vor der gewaltigen Größe unserer Aufgaben zu verschließen, diese Aufgaben einzuengen, wollte man den Unterschied zwischen dem Vortrupp und all den Massen, die sich zu ihm hingezogen fühlen, vergessen, wollte man die ständige Pflicht des Vortrupps vergessen, immer breitere Schichten auf das Niveau dieses Vortrupps *zu heben*. Es heißt nämlich die Augen verschließen und das vergessen, wenn man den Unterschied verwischt zwischen denen, die der Partei angehören, und denen, die sich an sie anlehnen, zwischen den bewußten und aktiven Genossen und den Helfern.

Wenn man sich zur *Rechtfertigung* der organisatorischen Verschwommenheit, zur *Rechtfertigung* dessen, daß man Organisation und Desorganisation miteinander verwechselt, darauf beruft, daß wir die Partei der Klasse sind, so wiederholt man den Fehler

Nadjeshdins, der die „philosophische und sozial-historische Frage nach den ‚Wurzeln‘ der Bewegung ‚in der Tiefe‘ mit der technisch-organisatorischen Frage verwechselte“. Gerade diese leichtfertige Verwechslung Axelrods wiederholten dann Dutzende Male Redner, die die Formulierung des Genossen Martow verteidigten. „Je weiter die Bezeichnung Parteimitglied verbreitet sein wird, um so besser“, sagte Martow, ohne jedoch zu erklären, welchen Nutzen man von der Verbreitung einer *Bezeichnung* eigentlich haben kann, die dem Inhalt nicht entspricht. Kann man denn leugnen, daß die Kontrolle über die Mitglieder, die der Parteiorganisation nicht angehören, eine Fiktion ist? Die weite Verbreitung einer Fiktion ist schädlich und nicht nützlich. „Wir sollten uns nur freuen, wenn jeder Streikende, jeder Demonstrierende, der für seine Handlungen zur Verantwortung gezogen wird, sich für ein Parteimitglied erklären kann“ (S. 239). Wirklich? *Jeder Streikende* soll das Recht haben, *sich für ein Parteimitglied zu erklären*? Mit dieser These führt Genosse Martow seinen Fehler sofort ad absurdum¹, denn er *setzt* damit den Sozialdemokratismus zum Streikismus *herab* und wiederholt so die Trugschlüsse der Aki-mow. Wir sollten uns nur freuen, wenn es der Sozialdemokratie gelingt, jeden Streik zu leiten, denn es ist die direkte und unbedingte Pflicht der Sozialdemokratie, den Klassenkampf des Proletariats in allen Erscheinungsformen zu leiten, der Streik aber ist eine der tiefstgehenden und mächtigsten Äußerungen dieses Kampfes. Doch wir wären Nachtrabpolitiker, wollten wir die *Gleichsetzung* einer solchen primitiven, ipso facto² nicht mehr als trade-unionistischen^[18] Form des Kampfes mit dem allumfassenden und bewußten sozialdemokratischen Kampf zulassen. Wir würden opportunistisch *eine bewußte Lüge legalisieren*, wenn wir jedem Streikenden das Recht einräumten, „sich für ein Parteimitglied zu erklären“, denn eine solche „Erklärung“ würde *in sehr vielen Fällen* der Wahrheit nicht entsprechen. Wir würden uns von Malinowschen Träumereien einlullen lassen, wollten wir den anderen

¹ zum Widerspruch. *Die Red.*

² durch die Tatsache selbst. *Die Red.*

und uns selber weismachen, daß bei der maßlosen Zersplitterung, Unterdrückung und Stumpfheit, die unter dem Kapitalismus auf sehr breiten Schichten der „ungelernten“, unqualifizierten Arbeiter lasten müssen, *jeder Streikende* Sozialdemokrat und Mitglied der Sozialdemokratischen Partei *sein* kann. Gerade an dem Beispiel des „*Streikenden*“ wird der Unterschied zwischen dem *revolutionären Streben*, jeden Streik sozialdemokratisch zu leiten, und der *opportunistischen Phrase*, die *jeden* Streikenden zum Parteimitglied erklärt, besonders klar ersichtlich. Wir sind die Partei der Klasse, soweit wir *tatsächlich* fast die gesamte oder sogar die gesamte Klasse des Proletariats sozialdemokratisch leiten; aber daraus können nur die Akimow den Schluß ziehen, daß wir *in Worten* Partei und Klasse gleichsetzen müssen.

„Ich fürchte keine Verschwörerorganisation“, sagte in derselben Rede Genosse Martow, „doch“, fügte er hinzu, „hat die Verschwörerorganisation für mich nur insofern Sinn, als sie von einer umfassenden sozialdemokratischen Arbeiterpartei umhüllt ist“ (S. 239). Man hätte, um genau zu sein, sagen sollen: insofern sie von einer breiten sozialdemokratischen Arbeiterbewegung umhüllt ist. Aber auch in dieser Form ist die Behauptung des Genossen Martow nicht nur unbestreitbar – sie ist geradezu eine Binsenwahrheit. Ich gehe nur darum auf diesen Punkt ein, weil die folgenden Redner aus der Binsenwahrheit des Genossen Martow das sehr *beliebte und sehr vulgäre* Argument gemacht haben, Lenin wolle „die Gesamtsumme der Parteimitglieder auf die Summe der Verschwörer beschränken“. Diesen Schluß, über den man nur lächeln kann, haben die Genossen Possadowski und Popow gezogen, und als er von Martynow und Akimow aufgegriffen wurde, offenbarte sich sein wahrer Charakter vollkommen, nämlich der Charakter einer opportunistischen Phrase. Im gegenwärtigen Augenblick wird dasselbe Argument in der neuen „Iskra“ von Genossen Axelrod entwickelt, damit die Leserwelt die neuen organisatorischen Ansichten der neuen Redaktion kennenlerne. Schon auf dem Parteitag, in der ersten Sitzung, in der die Frage

des Paragraphen 1 behandelt wurde, merkte ich, daß meine Opponenten diese billige Waffe ausnutzen wollen, und warnte daher in meiner Rede (S. 240): „Man glaube nicht, daß die Parteiorganisationen nur aus Berufsrevolutionären bestehen müssen. Wir brauchen die mannigfaltigsten Organisationen aller Arten, Rangunterschiede und Schattierungen, angefangen von außerordentlich engen und konspirativen Organisationen bis zu sehr breiten, freien, losen Organisationen¹.“ Das ist eine so augenfällig selbstverständliche Wahrheit, daß ich es für überflüssig hielt, auf sie näher einzugehen. Ich habe darauf bereits in „Was tun?“ hingewiesen und im „Brief an einen Genossen“ habe ich diesen Gedanken konkreter entwickelt. Die Betriebszirkel — schrieb ich dort — „sind für uns besonders wichtig: Beruht doch die ganze Hauptkraft der Bewegung auf der Organisiertheit der Arbeiter in den *Großbetrieben*, denn die Großbetriebe (und Fabriken) umfassen nicht nur zahlenmäßig, sondern noch viel mehr dem Einfluß, der Entwicklung und der Kampffähigkeit nach den allerwichtigsten Teil der Arbeiterklasse. Jeder Betrieb muß unsere Festung sein . . . Das Betriebsunterkomitee muß sich Mühe geben, den ganzen Betrieb, einen möglichst großen Teil der Arbeiter durch ein Netz von allen möglichen Zirkeln (oder Agenten) zu erfassen . . . Alle Gruppen, Zirkel, Unterkomitees usw. müssen die Befugnisse von Einrichtungen oder Unterabteilungen des Komitees besitzen. Ein Teil von ihnen wird offen den Wunsch aussprechen, der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands beizutreten, und wird ihr, *unter der Voraussetzung der Bestätigung* durch das Komitee, angehören, sie werden (im Auftrage des Komitees oder im Einverständnis mit ihm) bestimmte Funktionen übernehmen und sich verpflichten, sich den Anordnungen der Parteiorgane unterzuordnen, sie werden *alle Rechte der Parteimitglieder erhalten* und als nächste Kandidaten für das Komitee betrachtet werden usw. Andere Gruppen werden der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands *nicht beitreten*, ihre Stellung wird weiter die von Zirkeln sein, die von Parteimitgliedern ge-

¹ lose Organisationen — bei Lenin deutsch. *Die Red.*

schaffen werden oder die sich an die eine oder die andere Partei-
gruppe anlehnen usw.“ (S. 17 u. 18.)¹ Aus den von mir hervor-
gehobenen Worten ist besonders deutlich zu ersehen, daß der
Gedanke meiner Formulierung des Paragraphen 1 schon im „Brief
an einen Genossen“ vollkommen zum Ausdruck gekommen ist. Die
Bedingungen des Eintritts in die Partei sind hier offen genannt,
nämlich: 1. ein gewisser Grad von Organisiertheit und 2. die
Bestätigung des Parteikomitees. Auf der nächstfolgenden Seite
sage ich auch annähernd, welche Gruppen und Organisationen
aus welchen Erwägungen in die Partei aufgenommen werden
dürfen (oder nicht aufgenommen werden dürfen). „Die Gruppen
der Austräger müssen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
Rußlands angehören und eine bestimmte Anzahl von Parteimit-
gliedern und Funktionären kennen. Eine Gruppe, die die Arbeits-
bedingungen in den Berufen studiert und Entwürfe von gewerk-
schaftlichen Forderungen ausarbeitet, muß nicht unbedingt der
Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands angehören. Eine
Gruppe von Studenten, Offizieren, Angestellten, die sich, *unter
Teilnahme* von einem oder zwei Parteimitgliedern, mit Selbst-
bildungsarbeit beschäftigen, darf manchmal sogar überhaupt
nicht von deren Zugehörigkeit zur Partei wissen usw.“ (S. 18
u. 19.)²

Nach dem Grad der Organisiertheit im allgemeinen und dem
Grad der Konspirativität der Organisation insbesondere kann man
etwa folgende Kategorien unterscheiden: 1. die Organisationen
der Revolutionäre; 2. die Organisationen der Arbeiter, die mög-
lichst breit und mannigfaltig sein müssen (ich beschränke mich
allein auf die Arbeiterklasse und setze als selbstverständlich vor-
aus, daß gewisse Elemente der anderen Klassen unter gewissen
Bedingungen ebenfalls hierzu gehören werden). Diese beiden
Kategorien bilden die Partei. Ferner 3. die Organisationen der
Arbeiter, die sich an die Partei anlehnen; 4. die Organisationen
der Arbeiter, die sich an die Partei nicht anlehnen, aber sich fak-

¹ Siehe W. I. Lenin, Sämtliche Werke, Bd. V, S. 261, 263–265. *Die Red.*

² Siehe ebenda, S. 265/266. *Die Red.*

tisch ihrer Kontrolle und Leitung unterordnen; 5. die unorganisierten Elemente der Arbeiterklasse, die sich zum Teil wenigstens in den Fällen wichtiger Äußerungen des Klassenkampfes ebenfalls der Leitung der Sozialdemokratie unterordnen. So ungefähr stellt sich die Sache von meinem Standpunkt aus dar. Vom Standpunkt des Genossen Martow dagegen bleibt die Grenze der Partei völlig unbestimmt, denn „jeder Streikende“ darf „sich für ein Parteimitglied erklären“. Welchen Nutzen bringt diese Verschwommenheit? Eine weite Verbreitung des „Namens“. Der Schaden, den sie bringt, ist das Hineintragen des *desorganisierenden* Gedankens der Vermengung von Klasse und Partei.

Zur Beleuchtung der von uns aufgestellten allgemeinen Sätze werfen wir noch einen flüchtigen Blick auf die weiteren Debatten zu Paragraph 1 auf dem Parteitag. Genosse Bruker tritt (zum Vergnügen des Genossen Martow) für meine Formulierung ein. Aber es erweist sich, daß *sein* Bündnis mit mir – zum Unterschied vom Bündnis des Genossen Akimow mit Martow – auf einem Mißverständnis beruht. Genosse Bruker „ist mit dem ganzen Statut und seinem ganzen Geiste nicht einverstanden“ (S. 259) und verteidigt meine Formel *als Grundlage* des von den Anhängern des „Rabotscheje Djelo“ ersehnten *Demokratismus*. Genosse Bruker hat sich noch nicht zu dem Standpunkt erhoben, daß man im politischen Kampf mitunter *das kleinere Übel* wählen muß: Genosse Bruker hat nicht bemerkt, daß es nutzlos ist, auf einem Parteitag, wie dem unseren, den *Demokratismus* zu verteidigen. Genosse Akimow hat sich als weitblickender erwiesen. Er hat die Frage ganz richtig gestellt, als er zugab, daß „die Genossen Martow und Lenin darum streiten, welche Formulierung ihr gemeinsames Ziel besser erreicht“ (S. 252). „Ich und Bruker“, fährt er fort, „wollen jene wählen, *die das Ziel in geringerem Maße erreicht*. Ich wähle in dieser Hinsicht die Formulierung Martows.“ Und Genosse Akimow erklärte offenherzig, daß er „ihr Ziel selbst“ (das Ziel von Plechanow, Martow und mir: die Schaffung einer leitenden Organisation von Revolutionären) als „nicht zu wirklichen und als schädlich“ betrachte; ebenso wie Genosse Mar-

tynow¹ vertritt er die Idee der Ökonomen, daß „eine Organisation von Revolutionären“ nicht notwendig sei. Er sei „vom Glauben erfüllt, daß das Leben sich dennoch in unserer Parteiorganisation Bahn brechen werde, unabhängig davon, ob man ihr mit der Formel Martows oder mit der Formel Lenins den Weg versperren wird“. Es würde überflüssig sein, auf diese, der „Nachtrabpolitik“ entspringende Auffassung vom „Leben“ einzugehen, wenn wir nicht auch beim Genossen Martow auf sie gestoßen wären. Die zweite Rede des Genossen Martow (S. 245) ist überhaupt so interessant, daß es sich lohnt, sie ausführlich zu prüfen.

Das erste Argument des Genossen Martow: Die Kontrolle der Parteiorganisationen über die Parteimitglieder, die den Organisationen nicht angehören, ist „zu verwirklichen, soweit das Komitee, das irgend jemand eine bestimmte Funktion überträgt, die Möglichkeit hat, sie zu überwachen“ (S. 245). Diese These ist außerordentlich charakteristisch, denn sie „verrät“, wenn man sich so ausdrücken darf, *wer* die Formulierung Martows braucht und wem sie *in Wirklichkeit* nutzen wird: einzelnen Intellektuellen oder Arbeitergruppen und Arbeitermassen. Die Sache ist nämlich die, daß zwei Auslegungen der Martowschen Formel möglich sind: 1. Jeder hat das Recht, „sich“ als Parteimitglied „zu erklären“ (die Worte stammen von Martow selber), der ihr unter der Leitung einer ihrer Organisationen einen regelmäßigen persönlichen Beistand leistet; 2. jede Parteiorganisation *hat das Recht*,

¹ Genosse Martynow will sich übrigens von Genossen Akimow abgrenzen, will beweisen, daß verschwörerisch nicht konspirativ bedeute, daß hinter dem Unterschied dieser Worte ein Unterschied der Begriffe stecke. Was das für ein Unterschied ist, haben weder Genosse Martynow noch der jetzt in seine Fußstapfen tretende Genosse Axelrod erklärt. Genosse Martynow „tut so“, als ob ich zum Beispiel in „Was tun?“ (ebenso wie in den „Aufgaben“ [W. I. Lenin, „Die Aufgaben der russischen Sozialdemokraten“, Dietz Verlag, Berlin 1950. *Die Red.*]) mich nicht entschieden gegen „die Einengung des politischen Kampfes zu einer Verschwörung“ ausgesprochen hätte, Genosse Martynow möchte die Hörer zwingen, zu vergessen, daß diejenigen, gegen die ich kämpfte, die Notwendigkeit einer Organisation von Revolutionären nicht einsahen, wie Genosse Akimow sie auch heute nicht einsehen will.

jeden als Parteimitglied *anzuerkennen*, der ihr unter ihrer Leitung einen regelmäßigen persönlichen Beistand leistet. Nur die erstgenannte Auslegung gibt tatsächlich „jedem Streikenden“ die Möglichkeit, sich Parteimitglied zu nennen, und darum hat *sie allein* sich sofort die Herzen der Liber, Akimow und Martynow erobert. Doch diese Auslegung ist schon offenkundig eine Phrase, denn dann müßte das auf die gesamte Arbeiterklasse angewandt werden, und der Unterschied zwischen Partei und Klasse würde verwischt sein; von der Kontrolle und Leitung „eines jeden Streikenden“ kann man nur „symbolisch“ sprechen. Darum kam Genosse Martow in seiner zweiten Rede sofort auf die zweite Auslegung zu sprechen (obwohl sie, nebenbei bemerkt, *vom Parteitag direkt abgelehnt* worden war, der die Resolution Kostitschs zurückgewiesen hatte, S. 255): Das Komitee wird Funktionen übertragen und ihre Ausführung überwachen. Solche besonderen Aufträge werden natürlich nie der *Masse* der Arbeiter erteilt werden, den *Tausenden* von Proletariern (von denen Genosse Axelrod und Genosse Martynow reden) — sie werden oft gerade den *Professoren* anvertraut werden, von denen Genosse Axelrod sprach, jenen *Gymnasiasten*, um die sich Genosse Liber und Genosse Popow sorgten (S. 241), jener *revolutionären Jugend*, auf die sich Genosse Axelrod in seiner zweiten Rede berief (S. 242). Mit einem Wort, die Formel des Genossen Martow wird entweder ein toter Buchstabe, eine hohle Redensart bleiben, oder sie wird hauptsächlich und fast ausschließlich „für die Intellektuellen, die durch und durch vom bürgerlichen Individualismus durchtränkt sind“ und der Organisation nicht beitreten wollen, von Nutzen sein. In *Worten* verteidigt Martows Formel die Interessen der breiten Schichten des Proletariats; *in der Tat* wird diese Formel den Interessen der *bürgerlichen Intelligenz* dienen, die sich vor der proletarischen Disziplin und Organisation scheut. Niemand wird zu leugnen wagen, daß *die Intelligenz als besondere Schicht* der modernen kapitalistischen Gesellschaft im großen und ganzen *gerade durch den Individualismus* und die Unfähigkeit zur Disziplin und Organisation gekennzeichnet ist (man vergleiche zum Beispiel die

bekanntem Artikel Kautskys über die Intellektuellen); hierdurch unter anderem unterscheidet sich diese Gesellschaftsschicht ungünstig vom Proletariat; darin besteht eine der Erklärungen für die Schwächlichkeit und die Unbeständigkeit der Intellektuellen, eine Eigenschaft, die das Proletariat so oft zu fühlen bekommt; und diese Eigenschaft der Intellektuellen steht in unlöslichem Zusammenhang mit ihren gewöhnlichen Lebensbedingungen, ihren Erwerbsverhältnissen, die in sehr vielem den *Existenzbedingungen des Kleinbürgertums* ähnlich sehen (Einzelarbeit oder Beschäftigung in sehr kleinen Gemeinschaften usw.). Es ist schließlich auch kein Zufall, daß gerade die Verteidiger der Formel des Genossen Martow als Beispiel Professoren und Gymnasiasten anführen mußten! Nicht die Verfechter des breiten proletarischen Kampfes sind in den Debatten über Paragraph 1 gegen die Verfechter der radikalen Verschwörerorganisation aufgetreten, wie es die Genossen Martynow und Axelrod dachten, sondern Anhänger des *bürgerlich-intellektuellen Individualismus* gerieten in Konflikt mit den *Anhängern der proletarischen Organisation und Disziplin*.

Genosse Popow sagte: „Überall, in Petersburg wie auch in Nikolajew oder Odessa, gibt es, nach Aussage der Vertreter dieser Städte, Dutzende von Arbeitern, die unsere Literatur verbreiten, die mündliche Agitation betreiben und die nicht Mitglieder der Organisation sein können. Man kann sie in die Organisation eintragen, sie aber als Mitglieder zu betrachten ist nicht möglich.“ (S. 241.) Warum können sie nicht Mitglieder der Organisation sein? Das ist ein Geheimnis des Genossen Popow geblieben. Ich habe bereits oben die Stelle aus dem „Brief an einen Genossen“ angeführt, die zeigt, daß gerade der Einschluß aller solcher Arbeiter (zu Hunderten und nicht zu Dutzenden) in die Organisation sowohl möglich wie notwendig ist, wobei sehr viele von diesen Organisationen in die Partei aufgenommen werden können und müssen.

Das zweite Argument des Genossen Martow: „Für Lenin gibt es keine anderen Organisationen in der Partei als nur die Parteiorganisation.“ ... Vollkommen richtig! ... „Für mich dagegen

muß es solche Organisationen geben. Das Leben schafft Organisationen und vermehrt sie rascher, als wir sie in die Hierarchie unserer Kampforganisation der Berufsrevolutionäre einschließen können...“ Das ist in zwei Hinsichten falsch: 1. Das „Leben“ schafft bedeutend weniger tüchtige Organisationen von Revolutionären, als wir sie brauchen, als es für die Arbeiterbewegung erforderlich ist; 2. unsere Partei muß nicht nur die Hierarchie der Organisationen von Revolutionären sein, sondern auch eine Hierarchie der Masse von Arbeiterorganisationen... „Lenin glaubt, das Zentralkomitee werde als Parteiorganisation nur die Organisationen bestätigen, die in prinzipieller Hinsicht vollkommen zuverlässig sind. Doch Genosse Bruker versteht sehr wohl, daß das Leben (sic!¹) seine Rechte geltend machen wird, und daß das Zentralkomitee gezwungen sein wird — um nicht eine Menge von Organisationen außerhalb der Partei zu lassen —, sie zu legalisieren, trotz ihrem durchaus unzuverlässigen Charakter. Darum eben schließt sich Genosse Bruker der Ansicht Lenins an...“ Gewiß, würde das Zentralkomitee *unbedingt* aus Leuten bestehen, die sich nicht von ihrer eigenen Meinung leiten lassen, sondern von dem, was die andern sagen, dann würde das „Leben“ seine Rechte in dem Sinne „geltend machen“, daß die rückständigen Elemente der Partei die Oberhand gewinnen müßten. Doch kann man keinen einzigen *vernünftigen* Grund anführen, der ein *vernünftiges* Zentralkomitee zwingen könnte, der Partei „unzuverlässige“ Elemente zuzuführen. Gerade durch diese Berufung auf das „Leben“, das unzuverlässige Elemente „vermehrt“, zeigt Genosse Martow anschaulich den opportunistischen Charakter seines Organisationsplanes!... „Ich aber meine“, fährt er fort, „daß wir eine solche Organisation (die nicht ganz zuverlässig ist), wenn sie bereit ist, das Parteiprogramm und die Parteikontrolle anzunehmen, in die Partei aufnehmen können, ohne sie dadurch zu einer Parteiorganisation zu machen. Ich würde es für einen großen Triumph unserer Partei halten, wenn zum Beispiel irgendein Verband von ‚Unabhängigen‘ erklärte, daß er den Standpunkt der

¹ so, genau so! *Die Red.*

Sozialdemokratie und ihr Programm annimmt und in die Partei eintritt, was jedoch nicht bedeutet, daß wir diesen Verband in die Parteiorganisation einschließen . . .“ Zu einem solchen Durcheinander führt die Formel Martows: parteilose Organisationen, die der Partei angehören! Man stelle sich nur *sein* Schema vor: Partei = 1. Organisationen der Revolutionäre + 2. Organisationen von Arbeitern, die als Parteiorganisationen anerkannt sind, + 3. Organisationen von Arbeitern, die als Parteiorganisationen nicht anerkannt sind (vorwiegend aus der Zahl der „unabhängigen“ Organisationen), + 4. Einzelgänger, die verschiedene Funktionen erfüllen, Professoren, Gymnasiasten usw., + 5. „jeder Streikende“. Diesem wunderbaren Plan könnte man nur noch die Worte des Genossen Liber zur Seite stellen: „Es ist nicht unsere Aufgabe, nur eine Organisation zu organisieren (!!), wir können und müssen die Partei organisieren“ (S. 241). Ja, gewiß, wir können und müssen es tun, aber dazu brauchen wir nicht sinnlose Worte über die „Organisierung von Organisationen“, sondern die *direkte Forderung*; daß die Parteimitglieder tatsächlich *an der Organisierung arbeiten*. Von der „Organisierung der Partei“ reden und unter dem Deckmantel des Wortes Partei jede Unorganisiertheit und jedes Durcheinander verteidigen, heißt leere Phrasen dreschen.

„Unsere Formulierung“, sagt Genosse Martow, „bringt das Bestreben zum Ausdruck, daß zwischen der Organisation der Revolutionäre und der Masse eine Reihe von Organisationen stehen.“ Das ist eben nicht der Fall. Gerade dieses wirklich obligatorische Bestreben bringt Martows Formel *nicht zum Ausdruck*, denn *sie gibt nicht den Antrieb, sich zu organisieren*, sie enthält nicht die Forderung der Organisierung, sie trennt nicht den Organisierten von dem Unorganisierten. Sie gibt nur einen *Namen*, und aus diesem Anlaß muß man unwillkürlich an die Worte des Genossen Axelrod denken: „Durch keine Dekrete kann man ihnen“ (den Zirkeln der revolutionären Jugend usw.) „und einzelnen Leuten verbieten, sich Sozialdemokraten zu nennen“ (reinste Wahrheit!) „oder sich sogar selbst als einen Teil der Partei zu betrachten . . .“ Das ist nun schon *unbedingt falsch!* Man kann *niemandem* ver-

bieten, sich Sozialdemokrat zu nennen, und es wäre *auch unnötig*, denn dieses Wort bringt *unmittelbar* nur ein System von Überzeugungen zum Ausdruck und nicht bestimmte organisatorische Beziehungen. Man kann und muß aber einzelnen Zirkeln und Leuten verbieten, „sich als einen Teil der Partei zu betrachten“, wenn diese Zirkel und Leute der Sache der Partei schaden, sie demoralisieren und desorganisieren. Es wäre lächerlich, von der *Partei* als von einem Ganzen, von einer politischen Größe zu reden, wenn sie einem Zirkel nicht „durch Dekret verbieten könnte“, „sich als einen Teil“ des Ganzen „zu betrachten“! Wozu wäre es denn sonst notwendig, Bestimmungen für die Art und Weise und die Bedingungen des Ausschlusses aus der Partei zu treffen? Genosse Axelrod hat den Grundfehler des Genossen Martow in anschaulicher Weise ad absurdum geführt; er hat diesen Fehler sogar zu einer *opportunistischen Theorie* erhoben, als er hinzufügte: „In der Formulierung Lenins steht der Paragraph 1 in einem direkten prinzipiellen Widerspruch zu dem Wesen (!) selber, zu den Aufgaben der sozialdemokratischen Partei des Proletariats“ (S. 243). Das bedeutet nicht mehr und nicht weniger als folgendes: Stellt man an die Partei höhere Anforderungen als an die Klasse, so steht das in einem prinzipiellen Widerspruch zum Wesen selbst der Aufgaben des Proletariats. Kein Wunder, daß Akimow sich mit allen Kräften für eine solche *Theorie* eingesetzt hat.

Die Gerechtigkeit fordert die Feststellung, daß Genosse Axelrod, der *jetzt* diese irrige, offenkundig zum Opportunismus neigende Formulierung zu einem Keim *neuer* Anschauungen machen möchte, auf dem Parteitag im Gegenteil seine Bereitschaft bekundete, „zu kuhhandeln“, als er sagte: „Aber ich merke, daß ich offene Türen einrenne“ (ich merke das auch in der neuen „Iskra“), „... denn Genosse Lenin kommt mit seinen Peripherie-Zirkeln, die als Teil der Parteiorganisation zu betrachten sind, meiner Forderung entgegen“ (und nicht allein mit den Peripherie-Zirkeln, sondern auch mit allen möglichen Arbeiterverbänden: siehe S. 242 der Protokolle, aus der Rede des Genossen Strachow, und die oben angeführten Stellen aus dem „Brief an einen Genos-

sen“) . . . „Es bleiben noch die Einzelpersonen, aber auch hier könnte man etwas abhandeln.“ Ich erwiderte dem Genossen Axelrod, daß ich im allgemeinen nicht abgeneigt sei, etwas zu handeln, und muß jetzt erläutern, in welchem Sinne das gesagt war. Gerade in Hinsicht auf die Einzelpersonen, auf alle diese Professoren, Gymnasiasten usw. wäre ich am wenigsten zu Zugeständnissen bereit gewesen; wenn aber über Arbeiterorganisationen ein Zweifel entstanden wäre, so würde ich mich bereit erklärt haben (obwohl ich oben nachgewiesen habe, daß solche Zweifel unbegründet sind), zu meinem Paragraphen 1 eine Anmerkung etwa folgender Art hinzuzufügen: „Arbeiterorganisationen, die das Programm und das Statut der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands annehmen, müssen in möglichst großer Zahl in die Parteiorganisation aufgenommen werden.“ Gewiß, streng gesprochen gehört ein solcher Wunsch nicht in das Statut, das sich auf rechtliche Bestimmungen zu beschränken hat, sondern er gehört in erläuternde Kommentare, in Broschüren (und ich habe bereits gesagt, daß ich in meinen Broschüren lange vor dem Statut solche Erläuterungen gebracht habe), aber eine solche Anmerkung würde wenigstens nicht die Spur *falscher* Gedanken enthalten, die zur Desorganisation führen könnten, nicht die Spur von *opportunistischen* Betrachtungen¹ und „*anarchistischen Konzeptionen*“, wie sie zweifellos in der Formulierung des Genossen Martow enthalten sind.

¹ Zu solchen Betrachtungen, die bei den Versuchen, der Martowschen Formel eine Begründung zu geben, unvermeidlich auftauchen, gehört insbesondere der Satz Trotzki's (siehe S. 248 u. 346), daß „der Opportunismus durch kompliziertere (oder durch tiefere) Ursachen bestimmt wird als dieser oder jener Punkt des Statuts — er wird hervorgerufen durch die relative Entwicklungsstufe der bürgerlichen Demokratie und des Proletariats“ . . . Es handelt sich nicht darum, daß Punkte des Statuts Opportunismus erzeugen können, sondern darum, mit Hilfe dieser Punkte eine mehr oder weniger scharfe Waffe gegen den Opportunismus zu schmieden. Je tiefer seine Ursachen sind, um so schärfer muß diese Waffe sein. Darum ist es Nachtrahpolitik reinsten Wassers, wenn man durch die „tiefen Ursachen“ des Opportunismus eine Formulierung *rechtfertigt*, die ihm Tür und Tor öffnet. Als Trotzki gegen Genossen Liber war, verstand er, daß das Statut ein „organisiertes Mißtrauen“ des Ganzen gegen einen Teil, der Vorhut gegen die rück-

Der letzte von mir in Anführungsstrichen angeführte Ausdruck stammt von Genossen Pawlowitsch, der es mit vollem Recht als „Anarchismus“ bezeichnete, daß man die Mitglieder als „unver-

ständigen Massen ist; als sich aber Trotzki im Lager des Genossen Liber erwies, vergaß er das und begann sogar die Schwäche und die mangelnde Festigkeit in unserer Organisation dieses Mißtrauens (des Mißtrauens gegen den Opportunismus) durch „komplizierte Ursachen“, durch „das Entwicklungsniveau des Proletariats“ usw. zu erklären. Ein anderes Argument Trotzki's: „Für die intellektuelle Jugend, die so oder anders organisiert ist, ist es viel leichter, *sich selbst* in die Listen der Partei einzutragen“ (von mir hervorgehoben). Ja, so ist es! Darum krankt jene Formulierung an intellektueller Verschwommenheit, auf Grund deren sogar unorganisierte Elemente *sich* als Parteimitglieder erklären können, nicht aber meine Formulierung, die das Recht ausschaltet, „*sich selbst*“ in die Listen der Parteimitglieder „einzutragen“. Trotzki meint, wenn das Zentralkomitee die Organisationen der Opportunisten „nicht anerkennt“, so nur wegen des Charakters der Leute, sobald aber diese Leute als politische Persönlichkeiten bekannt sind, seien sie nicht gefährlich und man könne sie durch einen allgemeinen Partei-boycott entfernen. Das trifft nur in den Fällen zu, in denen es sich um eine Entfernung aus der Partei handelt (aber auch da nur zur Hälfte, denn eine organisierte Partei entfernt durch Abstimmung und nicht durch Boykott). Das ist vollkommen falsch hinsichtlich der viel häufigeren Fälle, wo es unsinnig ist, zu entfernen, wo man nur kontrollieren muß. Zum Zwecke der Kontrolle kann das Zentralkomitee absichtlich unter bestimmten Bedingungen eine nicht ganz zuverlässige, aber arbeitsfähige Organisation in die Partei aufnehmen, um sie zu prüfen, um zu versuchen, sie auf den richtigen Weg zu bringen, um durch seine Anleitung ihre teilweisen Abweichungen zu paralysieren usw. Eine solche Aufnahme in die Partei ist nicht gefährlich, wenn im allgemeinen nicht zugelassen wird, daß man „*sich selbst*“ als Parteimitglied „einträgt“. Eine solche Aufnahme wird oft von Nutzen sein für den offenen und verantwortlichen, der Kontrolle unterworfenen Ausdruck (und für die Erörterung) irriger Auffassungen und einer irrigen Taktik. „Wenn aber juristische Definitionen den tatsächlichen Verhältnissen entsprechen sollen, so muß die Formel des Genossen Lenin abgelehnt werden“, sagt Trotzki, und wiederum spricht er wie ein Opportunist. Die tatsächlichen Beziehungen sind nicht tot, sondern leben und entwickeln sich. Die juristischen Definitionen können der fortschrittlichen Entwicklung dieser Beziehungen entsprechen, können aber auch (wenn diese Definitionen schlecht sind) einem Rückschritt oder einem Stillstand „entsprechen“. Dieser letztgenannte Fall ist eben der „Fall“ des Genossen Martow.

antwortliche und sich selbst in die Partei *eintragende*“ bezeichnet. „In der Übertragung in eine einfache Sprache“, erklärte Genosse Pawlowitsch dem Genossen Liber meine Formulierung, „bedeutet sie folgendes: Willst du Parteimitglied sein, so darfst du auch die organisatorischen Beziehungen nicht nur platonisch anerkennen.“ Ebenso richtig hat Genosse Pawlowitsch auf den Widerspruch zwischen der Formel des Genossen Martow und jenem unbestrittenen Grundsatz des wissenschaftlichen Sozialismus hingewiesen, den derselbe Genosse Martow so ungeschickt angeführt hat. „Unsere Partei ist die bewußte Trägerin des unbewußten Prozesses.“ So ist es. Und eben darum ist es falsch, danach zu streben, daß „jeder Streikende“ sich Parteimitglied nenne, dann wäre „jeder Streik“ nicht nur der elementare Ausdruck des machtvollen Klasseninstinkts und des Klassenkampfes, der unvermeidlich zur sozialen Revolution führt, sondern ein *bewußter Ausdruck* dieses Prozesses, dann . . . dann wäre der Generalstreik nicht eine anarchistische Phrase, dann würde unsere Partei sofort und mit einem Schläge die gesamte Arbeiterklasse *erfassen* und folglich auch sofort *der gesamten bürgerlichen Gesellschaft* ein Ende machen . . . Um *in Wirklichkeit* die bewußte Trägerin zu sein, muß die Partei es verstehen, solche organisatorische Verhältnisse zu schaffen, die *ein gewisses Niveau* der Bewußtheit *sichern* und dieses Niveau systematisch heben. „Geht man schon den Weg Martows“, sagte Genosse Pawlowitsch, „so muß man vor allem den Punkt über die Anerkennung des *Programms* streichen, denn um das Programm anzunehmen, muß man es sich zu eigen machen und begreifen . . . Die Anerkennung des Programms setzt ein ziemlich hohes Niveau der politischen Bewußtheit voraus.“ Wir werden es nie zulassen, daß die *Unterstützung* der Sozialdemokratie, daß die *Beteiligung* an dem von ihr geleiteten Kampf durch irgendwelche Forderungen (Aneignung, Verständnis usw.) künstlich *beschränkt* wird, denn diese *Beteiligung* selbst *hebt* allein dadurch, daß sie in Erscheinung tritt, sowohl die Bewußtheit als auch die organisatorischen Instinkte; haben wir uns aber zu planmäßiger Arbeit *in der Partei vereinigt*, so müssen wir dafür sorgen, daß diese Planmäßigkeit gesichert ist.

Daß die Warnung des Genossen Pawlowitsch hinsichtlich des Programms sich nicht als überflüssig erwiesen hat, das zeigte sich *sofort* noch während *derselben* Sitzung. Die Genossen Akimow und Liber, die der Formulierung des Genossen Martow zum Siege verholfen haben¹, haben *sofort* ihre wahre Natur offenbart, indem sie forderten (S. 254/255), daß man (um Mitglied der Partei zu sein) auch das Programm nur platonisch, nur seine „entscheidenden Grundsätze“ anzuerkennen brauche. Der Antrag des Genossen Akimow ist vom Standpunkt des Genossen Martow durchaus logisch, unterstrich Genosse Pawlowitsch.

*

Die Gruppierung der Stimmen in der Frage des ersten Paragraphen des Statuts hat eine Erscheinung genau derselben Art offenbart wie in dem Konflikt wegen der Gleichberechtigung der Sprachen: Der Abfall (ungefähr) eines Viertels der „Iskra“-Mehrheit gibt den „Iskra“-Gegnern, denen das „Zentrum“ folgt, die Möglichkeit zu siegen.²

Die interessante, aber leider zu kurze sachliche Debatte entstand aus Anlaß der Resolution Starowjers über die Liberalen. Sie ist vom Parteitag angenommen worden, wie aus den Unterschriften, die sie trug, zu ersehen ist (S. 357 u. 358), denn drei Anhänger der „Mehrheit“ (Braun, Orlow, Ossipow^[19]) haben sowohl *für sie* ge-

¹ Für sie wurden 28 Stimmen, gegen sie 22 Stimmen abgegeben. Von den acht „Iskra“-Gegnern waren sieben für Martow, einer für mich. Ohne die Unterstützung der Opportunisten hätte Martow seine opportunistische Formel nicht durchgesetzt.

² Die Paragraphen *j*, *k*, *l*, *m* sind in dieser Ausgabe weggelassen, da sie fast ausschließlich die Beschreibung kleiner Streitigkeiten über Einzelheiten des Statuts oder von Streitigkeiten über die personelle Zusammensetzung der zentralen Parteikörperschaften enthalten. Weder das eine noch das andere ist für den heutigen Leser von Interesse und ist auch nicht von Wichtigkeit für die Klärung der Meinungsverschiedenheiten zwischen „Minderheit“ und „Mehrheit“. Wir führen nur das Ende des Paragraphen *m* an, das eine noch auf dem II. Parteitag berührte taktische Frage betrifft. [Fußnote Lenins zur Ausgabe von 1907. *Die Red.*]

stimmt als auch für die Resolution Plechanows, ohne zwischen den beiden Resolutionen einen unversöhnlichen Widerspruch zu sehen. Ein unversöhnlicher Widerspruch besteht auf den ersten Blick zwischen ihnen nicht, denn die Resolution Plechanows legt das allgemeine Prinzip fest, bringt eine bestimmte prinzipielle und taktische Stellung zum *bürgerlichen Liberalismus in Rußland* zum Ausdruck, während die Resolution Starowjers den Versuch macht, die *konkreten Bedingungen für die Zulässigkeit „zeitweiliger Abkommen“* mit „liberalen oder liberal-demokratischen Strömungen“ zu bestimmen. Der Inhalt ist in beiden Resolutionen verschieden. Aber die Resolution Starowjers leidet eben an *politischer Verschwommenheit* und ist infolgedessen flach und kleinlich. Sie *bestimmt nicht den Klasseninhalt des russischen Liberalismus*, sie weist nicht auf *bestimmte* politische Strömungen hin, die ihn zum Ausdruck bringen, sie setzt dem Proletariat nicht seine *Grundaufgaben* der Propaganda und Agitation diesen bestimmten Strömungen gegenüber auseinander, sie wirft (infolge ihrer Verschwommenheit) so verschiedene Dinge in einen Topf wie die Studentenbewegung und die „Oswoboshdenije“^[20]-Richtung, sie schreibt zu kleinlich, zu kasuistisch *drei* konkrete Bedingungen vor, unter denen „zeitweilige Abkommen“ zulässig sind. Die politische Verschwommenheit führt auch in diesem Falle, wie in vielen anderen Fällen, zur Kasuistik. Das Fehlen eines allgemeinen Prinzips und der Versuch, die „Bedingungen“ aufzuzählen, führen zu einer kleinlichen und streng gesprochen *falschen* Darstellung dieser Bedingungen. Man betrachte in der Tat diese drei Bedingungen Starowjers: 1. Die „liberalen oder liberal-demokratischen Strömungen“ müssen „klar und unzweideutig erklären, daß sie sich in ihrem Kampf gegen die absolutistische Regierung entschieden auf die Seite der russischen Sozialdemokratie stellen“. Worin besteht der Unterschied zwischen den liberalen und den liberal-demokratischen Strömungen? Die Resolution gibt keine Unterlagen für die Beantwortung dieser Frage. Besteht er vielleicht darin, daß die liberalen Strömungen die Stellung der politisch am wenigsten fortschrittlichen Schichten des Bürgertums, die liberal-demokratischen

die Stellung der fortschrittlichsten Schichten der Bourgeoisie und des Kleinbürgertums zum Ausdruck bringen? Wenn ja, hält es dann Genosse Starowjer wirklich für möglich, daß die am wenigsten fortschrittlichen (aber doch fortschrittlichen, denn sonst könnte man nicht von Liberalismus reden) Schichten der Bourgeoisie „sich entschieden auf die Seite der Sozialdemokratie stellen werden“?? Das wäre unsinnig, und selbst wenn die Vertreter einer solchen Richtung „*das klar und unzweideutig erklärten*“ (eine ganz unmögliche Annahme), so wären wir, die Partei des Proletariats, *verpflichtet*, ihren Erklärungen *nicht zu glauben*. Ein Liberaler sein und sich entschieden auf die Seite der Sozialdemokratie stellen — eins schließt das andere aus.

Weiter. Nehmen wir den Fall an, die „liberalen oder liberal-demokratischen Strömungen“ erklärten klar und unzweideutig, daß sie sich in ihrem Kampf gegen die Selbstherrschaft entschieden auf die Seite der *Sozialrevolutionäre* stellen. Diese Annahme ist viel weniger unwahrscheinlich (infolge des bürgerlich-demokratischen Wesens der sozialrevolutionären Richtung) als die Annahme des Genossen Starowjer. Aus dem Sinn seiner Resolution ergibt sich wegen ihrer Verschwommenheit und Kasuistik, daß *in diesem Falle zeitweilige Abkommen* mit solchen Liberalen *unzulässig* seien. Aber diese unvermeidliche Schlußfolgerung aus der Resolution des Genossen Starowjer führt zu einer *direkt falschen* These. Zeitweilige Abkommen sind auch mit Sozialrevolutionären zulässig (siehe die Parteitagresolution über diese Frage) und *folglich* auch mit Liberalen, die sich auf die Seite der Sozialrevolutionäre stellen.

Die zweite Bedingung: wenn diese Strömungen „in ihren Programmen keine Forderungen aufstellen, die den Interessen der Arbeiterklasse und der Demokratie im allgemeinen widersprechen oder ihr Bewußtsein verdunkeln“. Auch hier derselbe Fehler: Es gibt und kann keine liberal-demokratischen Strömungen geben, die in ihren Programmen nicht Forderungen aufstellten, die den Interessen der Arbeiterklasse widersprechen und ihr (der Arbeiterklasse) Bewußtsein verdunkeln. Sogar eine der demokratischsten Fraktionen unserer liberal-demokratischen Strömung, die Fraktion der

Sozialrevolutionäre, stellt in ihrem Programm, das ebenso verworren ist wie alle liberalen Programme, Forderungen auf, die den Interessen der Arbeiterklasse widersprechen und ihr Bewußtsein verdunkeln. Aus dieser Tatsache muß die *Notwendigkeit* abgeleitet werden, „die Beschränktheit und Unzulänglichkeit der Freiheitsbewegung der Bourgeoisie zu entlarven“, keineswegs aber die Unzulässigkeit zeitweiliger Abkommen.

Schließlich ist auch die dritte „Bedingung“ des Genossen Starowjer (daß die Liberal-Demokraten das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht zu ihrer Kampflösung machen müssen) in der allgemeinen Form, in der sie hier gestellt ist, *falsch*: *Es wäre unvernünftig*, zeitweilige und Teilabkommen mit liberal-demokratischen Strömungen, die die Losung einer Zensus-Verfassung, einer „kümmerlichen“ Verfassung überhaupt, aufstellen, für in keinem Falle zulässig zu erklären. Eigentlich gehört gerade hierher die „Strömung“ der Herren vom „Oswoboshdenije“, aber es wäre eine politische Kurzsichtigkeit, die unvereinbar ist mit den Prinzipien des Marxismus, wollte man sich die Hände binden und von vornherein alle „zeitweiligen Abkommen“, wenn auch nur mit den schüchternsten Liberalen, verbieten.

Die Bilanz: Die Resolution des Genossen Starowjer, die auch von den Genossen Martow und Axelrod gezeichnet ist, ist *irrig*, und der dritte Parteitag wird vernünftig handeln, wenn er sie für ungültig erklärt. Sie leidet an *politischer Verschwommenheit* der theoretischen und taktischen Stellungnahme, sie ist kasuistisch in den praktischen „Bedingungen“, die sie fordert. Sie *verwechselt zwei Fragen*: 1. die Entlarvung der „gegenrevolutionären und anti-proletarischen“ Züge *jeder* liberal-demokratischen Strömung und den unbedingt notwendigen *Kampf* gegen diese Züge, und 2. die *Bedingung* der zeitweiligen und Teilabkommen mit einer beliebigen von diesen Strömungen. Sie enthält nicht das, was notwendig wäre (eine Analyse des Klasseninhalts des Liberalismus), und enthält das, was überflüssig ist (sie schreibt „Bedingungen“ vor). Es hat überhaupt keinen Sinn, auf einem Parteitag die konkreten „Bedingungen“ zeitweiliger Abkommen auszuarbeiten, wo nicht

einmal ein bestimmter Kontrahent vorhanden ist — das Subjekt solcher möglichen Abkommen; ja, selbst wenn ein solches „Subjekt“ vorhanden wäre, so würde es hundertmal zweckmäßiger sein, die Bestimmung der „Bedingungen“ für ein zeitweiliges Abkommen den zentralen Parteikörperschaften zu überlassen, wie es der Parteitag hinsichtlich der „Strömung“ der Herren Sozialrevolutionäre auch getan hat (siehe die Plechanowsche Abänderung des Schlusses der Resolution des Genossen Axelrod, S. 362 u. 15 der Protokolle).

Was die Einwände der „Minderheit“ gegen die Resolution Plechanows anbelangt, so lautete das einzige Argument des Genossen Martow: Die Resolution Plechanows „endet mit der armseligen Schlußfolgerung: Ein Literat muß entlarvt werden. Heißt das nicht, mit Kanonen auf Spatzen schießen?“ (S. 358.) Dieses Argument, in dem das Fehlen des Gedankens verdeckt wird durch das starke Wort „armselige Schlußfolgerung“, gibt uns ein neues Musterbeispiel der anspruchsvollen Phrase. Erstens spricht die Resolution Plechanows von der „Entlarvung der Beschränktheit und Unzulänglichkeit der Freiheitsbewegung der Bourgeoisie vor dem Proletariat, wo immer auch diese Beschränktheit und Unzulänglichkeit in Erscheinung treten sollte“. Darum ist die Behauptung des Genossen Martow (auf dem Kongreß der Liga, S. 88 der Protokolle), daß „die ganze Aufmerksamkeit nur auf Struve^[21], nur auf einen Liberalen gerichtet sein muß“, der reinste Unsinn. Zweitens, heißt es eine elementare politische Offensichtlichkeit einem witzigen Wort opfern, wenn man Herrn Struve mit einem „Spatzen“ vergleicht, wenn es um die Möglichkeit zeitweiliger Abkommen mit den russischen Liberalen geht? Nein, Herr Struve ist kein Spatz, sondern eine politische Größe, und er ist es, nicht weil er persönlich eine sehr hervorragende Gestalt wäre. Die Bedeutung einer politischen Größe gibt ihm seine Stellung, die Stellung des einzigen Vertreters des russischen Liberalismus, des einigermaßen aktionsfähigen und organisierten Liberalismus in der illegalen Welt. Wenn man darum von den russischen Liberalen und von dem Verhältnis unserer Partei zu ihnen spricht, und dabei nicht

gerade Herrn Struve, nicht gerade das „Oswoboshdenije“ im Auge hat, so heißt das reden, um nichts zu sagen. Oder vielleicht versucht Genosse Martow, uns *auch nur eine einzige* „liberale oder liberal-demokratische Strömung“ in Rußland aufzuzeigen, die sich heute auch nur annähernd mit der Richtung des „Oswoboshdenije“ vergleichen könnte? Es wäre interessant, sich einen solchen Versuch anzusehen!

„Der Name Struve sagt den Arbeitern nichts“ — unterstützte Genosse Kostrow den Genossen Martow. Das ist schon — ich bitte die Genossen Kostrow und Martow, mir nicht zu zürnen — ein Akimowsches Argument. Das erinnert bereits an das Proletariat im Genitiv^[22].

Welchen Arbeitern „sagt der Name Struve nichts“ (und der Name des „Oswoboshdenije“, das in der Resolution des Genossen Plechanow neben dem Namen des Herrn Struve steht)? Solchen, die von den „liberalen und liberal-demokratischen“ Strömungen in Rußland nur sehr wenig oder gar nichts wissen. Es fragt sich nun, wie sich unser Parteitag solchen Arbeitern gegenüber zu verhalten hat: Muß er den Parteimitgliedern den Auftrag geben, diese Arbeiter mit der einzigen bestimmten liberalen Strömung in Rußland vertraut zu machen? Oder muß er diesen den Arbeitern — wegen ihrer geringen Vertrautheit mit der Politik — wenig bekannten Namen *verschweigen*? Wenn Genosse Kostrow, nachdem er den ersten Schritt in den Spuren des Genossen Akimow getan hat, nicht auch den zweiten Schritt tun will, so wird er diese Frage sicherlich im erstgenannten Sinne beantworten. Wenn er sie aber in diesem Sinne beantwortet hat, so wird er sehen, wie unzulänglich sein Argument gewesen ist. Auf *jeden Fall können* die Worte „Struve“ und „Oswoboshdenije“ in der Plechanowschen Resolution den Arbeitern sehr viel mehr *geben* als die Worte „liberale und liberal-demokratische Strömung“ in der Resolution des Genossen Starowjer.

Der russische Arbeiter kann heutzutage die einigermaßen offen hervortretenden politischen Tendenzen unseres Liberalismus nicht anders kennenlernen als aus dem „Oswoboshdenije“. Die legale

liberale Literatur ist, eben wegen ihrer Nebelhaftigkeit, untauglich. Und wir müssen so eifrig wie nur möglich (und vor möglichst breiten Arbeitermassen) die Waffe unserer Kritik gegen die Leute vom „Oswoboshdenije“ richten, damit das russische Proletariat im Augenblick der herannahenden Revolution imstande sei, die unvermeidlichen Versuche der Herren vom „Oswoboshdenije“, dem demokratischen Charakter des Umsturzes Zügel anzulegen, durch die wirkliche Kritik der Waffe zu paralysieren.

*n) Das allgemeine Bild des Kampfes auf dem Parteitag
Der revolutionäre und der opportunistische Flügel
der Partei*

Nun wollen wir die Bilanz ziehen, um auf Grund des *gesamten* Parteitagsmaterials auf die Frage zu antworten: Aus welchen Elementen, Gruppen und Schattierungen haben sich endgültig die Mehrheit und die Minderheit gebildet, denen es beschieden war, eine gewisse Zeitlang die grundlegende Teilung in unserer Partei zu werden? Es ist notwendig, aus jenem gesamten Material über die prinzipiellen theoretischen und taktischen Schattierungen, das in den Parteitagsprotokollen in so reichem Maße enthalten ist, die Bilanz zu ziehen. Ohne die allgemeine „Bilanz“, ohne das allgemeine Bild des ganzen Parteitags und aller Hauptgruppierungen bei den Abstimmungen bleibt dieses Material zu sehr zersplittert, verstreut, so daß diese oder jene einzelnen Gruppierungen auf den ersten Blick als etwas Zufälliges erscheinen, besonders demjenigen, der sich nicht die Mühe eines selbständigen und allseitigen *Studiums* der Parteitagsprotokolle nimmt (gibt es aber viele Leser, die sich diese Mühe genommen haben?).

In den englischen Parlamentsberichten stößt man oft auf das charakteristische Wort *division* — Teilung. Die Kammer „teilte sich“ in diese oder jene Mehrheit und Minderheit, heißt es von der Abstimmung über irgendeine Frage. Die „Teilung“ unserer sozialdemokratischen Kammer bei der Erörterung der verschiedenen

Fragen auf dem Parteitag gibt ein *in seiner Art einziges, in seiner Vollständigkeit und Genauigkeit unersetzliches* Bild des inneren Kampfes in der Partei, ein Bild ihrer Schattierungen und Gruppen. Um dieses Bild anschaulich zu machen, um ein wirkliches *Bild* zu erhalten und nicht einen Haufen zusammenhangloser, zersplitterter, isolierter großer und kleiner Tatsachen, um dem endlosen und sinnlosen Streit um die einzelnen Abstimmungen (wer hat für wen gestimmt und wer hat wen unterstützt?) ein Ende zu setzen, habe ich beschlossen, den Versuch zu machen, *alle Haupttypen* der „Teilungen“ auf unserem Parteitag in einem *Diagramm* darzustellen. Eine solche Methode wird wahrscheinlich sehr vielen merkwürdig erscheinen, doch zweifle ich, ob man eine andere Darstellungsmethode finden könnte, eine möglichst vollständige und genaue, die tatsächlich die Dinge verallgemeinert und die Bilanz zieht. Ob dieser oder jener Delegierte für oder gegen einen bestimmten Vorschlag gestimmt hat, das kann bei namentlichen Abstimmungen mit unbedingter Genauigkeit festgestellt werden; bei einigen wichtigen nichtnamentlichen Abstimmungen kann das mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit, mit genügend hoher Annäherung an die Wirklichkeit auf Grund des Protokolls festgestellt werden. Wenn man dabei *alle* namentlichen Abstimmungen und alle jene nichtnamentlichen in Betracht zieht, in denen halbwegs wichtige Fragen berührt wurden (was man zum Beispiel nach der Ausführlichkeit und Leidenschaftlichkeit der Debatten beurteilen kann), so erhält man eine Darstellung unseres innerparteilichen Kampfes, die sich durch die größte Objektivität auszeichnet, die auf Grund der vorhandenen Unterlagen zu erreichen ist. Dabei werden wir uns Mühe geben, anstatt einer fotografischen Darstellung, das heißt der Darstellung jeder einzelnen Abstimmung, ein Bild zu geben, das heißt *alle Haupttypen* der Abstimmungen anzuführen und von allen verhältnismäßig unwichtigen Abweichungen und Abarten, die die Sache nur verwirren würden, abzusehen. Auf jeden Fall wird jeder auf Grund der Protokolle imstande sein, jeden Strich auf unserem Bild nachzuprüfen, es durch eine beliebige einzelne Abstimmung zu ergänzen, mit einem Wort, an ihm Kritik

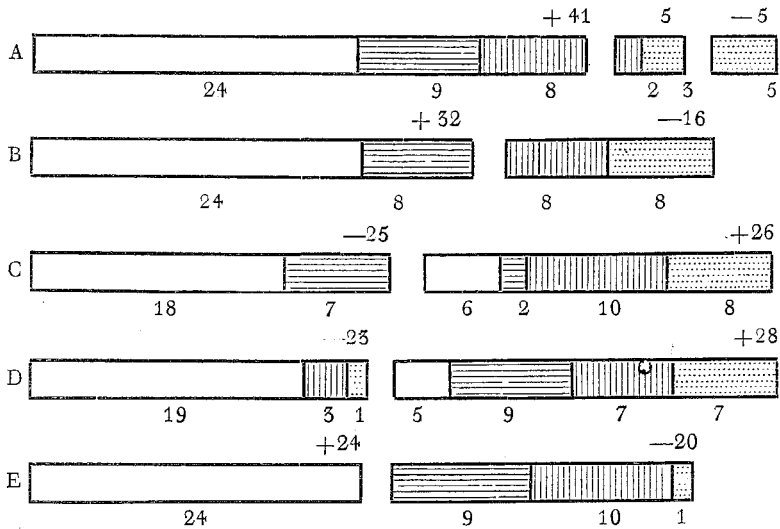
zu üben nicht nur durch Erwägungen, Zweifel und Hinweise auf einzelne Fälle, sondern durch die Herstellung eines *anderen Bildes* auf Grund derselben Unterlagen.

Wir tragen jeden Delegierten, der an der Abstimmung teilgenommen hat, in das Diagramm ein und wollen durch besondere Schraffierung die vier Hauptgruppen kennzeichnen, deren Herausbildung wir im Verlauf der Parteitagsdebatten aufmerksam verfolgt haben, und zwar: 1. die „Iskra“-Leute der Mehrheit; 2. die „Iskra“-Leute der Minderheit; 3. das „Zentrum“ und 4. die „Iskra“-Gegner. Den Unterschied der prinzipiellen Schattierungen zwischen diesen Gruppen haben wir *an einer Menge Beispiele* gesehen, und wenn irgendwem die *Namen* der Gruppen nicht gefallen, die die Liebhaber des Zickzackkurses zu sehr an die Organisation der „Iskra“ und an die Richtung der „Iskra“ erinnern, so wollen wir bemerken, daß es hier nicht um Namen geht. Jetzt, wo wir die Schattierungen in *allen* Parteitagsdebatten untersucht haben, fällt es nicht schwer, die bereits eingebürgerten und zur Gewohnheit gewordenen Parteinamen (die irgendwem das Ohr verletzen) durch die Charakterisierung *des Wesens der Schattierungen* zu ersetzen, *durch die sich die einzelnen Gruppen unterscheiden*. Wenn wir das tun, so erhalten wir für dieselben vier Gruppen die folgenden Bezeichnungen: 1. die konsequenten revolutionären Sozialdemokraten; 2. die kleinen Opportunisten; 3. die mittleren Opportunisten und 4. die (mit unserem russischen Maßstab gemessen) großen Opportunisten.

Gehen wir zur ausführlichen Darstellung dessen über, welche Arten von Abstimmungen auf dem beigefügten Diagramm „abgebildet“ sind (siehe das Diagramm „Das allgemeine Bild des Kampfes auf dem Parteitag“).

Die erste Art der Abstimmungen (A) umfaßt die Fälle, in denen das „Zentrum“ zusammen mit den „Iskra“-Leuten gegen die „Iskra“-Gegner oder einen Teil von ihnen stimmte. Hierher gehört die Abstimmung über das Programm im ganzen (nur Genosse Akimow enthielt sich der Stimme, alle übrigen stimmten dafür), die Abstimmung über die prinzipielle Resolution gegen die

DAS ALLGEMEINE BILD DES KAMPFES
AUF DEM II. PARTEITAG DER SDAPR 1903



Die Ziffern mit vorgestelltem + bzw. — bedeuten die Gesamtzahl der Stimmen, die in bestimmten Fragen für bzw. gegen abgegeben wurden. Die daruntergestellten Ziffern bedeuten die Stimmenzahl jeder der vier Gruppen. Welche Abstimmungen unter die Arten A—E fallen, ist im Text erläutert.

Bezeichnung der Gruppen:

□	„Iskra“-Leute der Mehrheit
▨	„Iskra“-Leute der Minderheit
▩	Zentrum
▤	„Iskra“-Gegner

Föderation (mit Ausnahme der fünf Bundisten stimmten alle dafür), die Abstimmung über den Paragraphen 2 des Statuts des „Bund“ (gegen uns stimmten die fünf Bundisten, fünf Delegierte enthielten sich der Stimme: Martynow, Akimow, Bruker und Machow mit zwei Stimmen, die übrigen stimmten mit uns); *diese Abstimmung ist im Diagramm A dargestellt*. Weiter waren von derselben Art *drei* Abstimmungen über die Bestätigung der „Iskra“ als Zentralorgan der Partei; die Redaktion (fünf Stimmen) enthielt sich der Stimme, dagegen stimmten in allen drei Abstimmungen zwei Delegierte (Akimow und Bruker), und außerdem enthielten sich die fünf Bundisten und Genosse Martynow der Stimme, als über die *Motivierung* der Bestätigung der „Iskra“ abgestimmt wurde.¹

Der Typus der Abstimmungen, den wir hier untersuchen, gibt eine Antwort auf die außerordentlich interessante und wichtige Frage: Wann ging das „Zentrum“ des Parteitags mit den „Iskra“-Leuten zusammen? Entweder – mit wenigen Ausnahmen – dann, wenn *auch die Gegner der „Iskra“-Richtung mit uns gingen* (die Annahme des Programms, die Bestätigung der „Iskra“ unabhängig von der Motivierung), oder wenn es sich um solche *Erklärungen* handelte, die noch nicht unmittelbar zu einer bestimmten politischen Stellung verpflichteten (die Anerkennung der organisatorischen Arbeit der „Iskra“ verpflichtet noch nicht, ihre Organisationspolitik Sondergruppen gegenüber tatsächlich durchzuführen; die Ablehnung der Föderation hindert noch nicht, sich in der Frage eines konkreten Planes der Föderation der Stimme zu enthalten, wie wir das am Beispiel des Genossen Machow gesehen haben). Wir haben schon weiter oben, als wir von der Bedeutung

¹ Warum ist für die Darstellung auf dem Diagramm gerade die Abstimmung über den Paragraphen 2 des Statuts des „Bund“ gewählt worden? Weil die Abstimmungen über die Anerkennung der „Iskra“ weniger vollständig sind und die Abstimmungen über das Programm und über die Föderation weniger bestimmte konkret-politische Beschlüsse betreffen. Im allgemeinen ändert die Auswahl der einen oder anderen unter den *gleichartigen* Abstimmungen nichts an den Grundzügen des Bildes, wovon sich jeder leicht überzeugen kann, wenn er entsprechende Änderungen vornimmt.

der Gruppierungen auf dem Parteitag im allgemeinen sprachen, gesehen, bis zu welchem Grade diese Frage in der offiziellen Schilderung der offiziellen „Iskra“ falsch dargestellt wird; diese *verwischt und vertuscht* (durch den Mund Martows) den Unterschied zwischen den „Iskra“-Leuten und dem „Zentrum“, zwischen den konsequenten revolutionären Sozialdemokraten und den Opportunisten dadurch, daß sie sich auf *solche Fälle beruft, wo auch die Gegner der „Iskra“ mit uns gegangen sind!* Sogar die am weitesten „rechts“ stehenden deutschen und französischen Opportunisten in den sozialdemokratischen Parteien stimmten nicht gegen solche Punkte wie die *Anerkennung des Programms im ganzen.*

Die zweite Art der Abstimmungen (B) umfaßt die Fälle, wo die konsequenten und die inkonsequenten „Iskra“-Leute zusammen gegen alle „Iskra“-Gegner und das ganze „Zentrum“ stimmten. Die Fälle beziehen sich hauptsächlich auf die Fragen, in denen es sich um die Durchführung konkret-bestimmter Pläne der Politik der „Iskra“ handelte, in denen es um die Anerkennung der „Iskra“ *in der Tat und nicht nur in Worten* ging. Hierher gehört der *Konflikt mit dem Organisationskomitee*¹, die Frage, ob die Stellung des „Bund“ in der Partei an den ersten Platz gesetzt werden sollte, die Auflösung der Gruppe „Jushny Rabotschi“, zwei Ab-

¹ Eben diese Abstimmung ist im Diagramm B dargestellt: Die „Iskra“-Leute erhielten 32 Stimmen, die Resolution der Bundisten 16 Stimmen. Wir müssen dazu bemerken, daß es unter den Abstimmungen dieser Art *keine einzige namentliche* Abstimmung gegeben hat. Auf die Verteilung der Delegierten weisen nur mit sehr hohem Grade der Wahrscheinlichkeit Angaben von zweierlei Art hin: 1. In der Diskussion sprechen sich die Redner beider Gruppen der „Iskra“-Richtung für den Standpunkt der „Iskra“-Leute, die Redner der „Iskra“-Gegner und des Zentrums dagegen aus; 2. die Zahl der Stimmen „für“ nähert sich immer der Zahl 33. Man darf auch nicht vergessen, daß wir bei der Analyse der Debatten auf dem Parteitag, auch abgesehen von den Abstimmungen, *eine ganze Reihe* von Fällen feststellten, wo das „Zentrum“ mit den „Iskra“-Gegnern (den Opportunisten) gegen uns ging. Hierher gehören die Fragen des absoluten Wertes demokratischer Forderungen, der Unterstützung oppositioneller Elemente, der Beschränkung des Zentralismus usw.

stimmungen über das Agrarprogramm und schließlich, sechstens, die Abstimmung *gegen* den Auslandsbund russischer Sozialdemokraten („Rabotscheje Djelo“), das heißt die Anerkennung der Liga als einziger Organisation der Partei im Ausland. Das alte Zirkelwesen vor dem Zusammenschluß der Partei, die Interessen der opportunistischen Organisationen oder Grüppchen, die enge Auffassung des Marxismus kämpften hier gegen die prinzipielle und folgerichtige Politik der revolutionären Sozialdemokratie. Die „Iskra“-Leute der Minderheit stimmten noch in einer ganzen Reihe von Fällen, in einer ganzen Reihe (vom Standpunkt des Organisationskomitees, des „Jushny Rabotschi“, des „Rabotscheje Djelo“) äußerst wichtiger Abstimmungen mit uns, . . . solange es sich nicht um *ihr eigenes* Zirkelwesen, ihre eigene Inkonsequenz handelte. Die „Teilung“ bei der hier untersuchten Art von Abstimmungen zeigt anschaulich, daß das *Zentrum* in einer Reihe von Fragen der Verwirklichung unserer Prinzipien *mit den Gegnern der „Iskra“ ging*, ihnen viel näher stand als uns, *in Wirklichkeit* sehr viel mehr zum *opportunistischen* als zum *revolutionären* Flügel der Sozialdemokratie neigte. Die „Iskra“-Leute *dem Namen nach*, die sich schämten, „Iskra“-Leute *zu sein*, offenbarten ihre Natur, und der unvermeidliche Kampf brachte nicht wenig Gereiztheit mit sich, die vor den Genossen, die am wenigsten nachzudenken pflegen und sich am meisten beeinflussen lassen, die Bedeutung der sich in diesem Kampf offenbarenden prinzipiellen Schattierungen verbarg. Aber jetzt, wo der Eifer des Gefechts etwas gedämpft ist und die Protokolle der objektive Extrakt einer Reihe heißer Schlachten sind, jetzt können nur Leute, die die Augen schließen, nicht sehen, daß die Vereinigung der Machow und Jegorow mit den Akimow und Liber kein Zufall war und kein Zufall sein konnte.

Die dritte Art der Abstimmungen auf dem Parteitag, die von den fünf Teilen des Diagramms die drei letzten umfaßt (und zwar C, D und E), ist dadurch gekennzeichnet, daß *ein kleiner Teil der „Iskra“-Leute sich abtrennt und auf die Seite der „Iskra“-Gegner übergeht*, die darum auch siegen (solange sie auf dem

Parteitag bleiben). Um die Entwicklung dieser *Koalition* der „Iskra“-Leute der Minderheit mit den Gegnern der „Iskra“ mit aller Genauigkeit zu untersuchen, werden alle drei Haupttypen der *namentlichen* Abstimmungen dieser Art geführt. C ist die Abstimmung über die Frage der Gleichberechtigung der Sprachen (es wurde die letzte der drei namentlichen Abstimmungen zu diesem Punkt als die vollständigste genommen). Alle „Iskra“-Gegner und das ganze Zentrum stehen wie ein Wall gegen uns, von den „Iskra“-Leuten aber haben sich ein Teil der Mehrheit und ein Teil der Minderheit abgesondert. *Es ist noch nicht zu ersehen, welche „Iskra“-Leute einer endgültigen und dauerhaften Koalition mit der opportunistischen „Rechten“ des Parteitags fähig sind.* Weiter folgt die Abstimmung vom Typus D — über den Paragraphen 1 des Statuts (von zwei Abstimmungen ist die gewählt worden, die ein klares Bild gab, das heißt bei der sich niemand der Stimme enthielt). *Die Koalition nimmt schärfere Umrisse an und wird solider:* Von den „Iskra“-Leuten der Minderheit stehen bereits *alle* auf der Seite Akimows und Libers, von den „Iskra“-Leuten der Mehrheit eine sehr geringe Zahl, die die drei Delegierten des „Zentrums“ und den einen von den „Iskra“-Gegnern, die zu uns übergegangen sind, kompensiert. Ein einfacher Blick auf das Diagramm genügt, um sich davon zu überzeugen, welche Elemente zufällig und zeitweilig bald auf die eine, bald auf die andere Seite übergangen, und welche *mit unaufhaltbarer Gewalt einer festen Koalition mit Akimow zutrieben.* Bei der letzten Abstimmung (E — die Wahlen zu dem Zentralorgan, dem Zentralkomitee und dem Parteirat), *die eben die endgültige Teilung in eine Mehrheit und eine Minderheit darstellt,* zeigt sich klar die vollständige Verschmelzung der „Iskra“-Leute der Minderheit mit dem *ganzen* „Zentrum“ und den *Resten* der „Iskra“-Gegner. Von den acht „Iskra“-Gegnern war zu der Zeit *nur noch* Genosse Bruker auf dem Parteitag anwesend (dem Genosse Akimow seinen Fehler schon auseinandergesetzt hatte und der den ihm rechtmäßig zukommenden Platz in den Reihen der *Martow-Leute* einnahm). Der Umstand, daß sieben *der am weitesten „rechts“*

stehenden Opportunisten den Parteitag verließen, hat den Ausgang der Wahlen gegen Martow entschieden.¹

Und nun wollen wir die Bilanz des Parteitags ziehen, gestützt auf die objektiven Angaben über die Abstimmungen *aller Art*.

Viel wurde über den „zufälligen“ Charakter der Mehrheit auf unserem Parteitag geredet. Aus dem Diagramm geht klar hervor, daß man in einem, aber *nur in einem Sinn* die Mehrheit zufällig nennen kann, nämlich in dem Sinn, daß die sieben opportunistischsten Elemente der „*Rechten*“ den Parteitag *zufällig* verlassen haben. *Nur* soweit dieses Verlassen *zufällig* war, ist auch unsere Mehrheit zufällig (nicht mehr). Ein einfacher Blick auf das Diagramm zeigt besser als lange Ausführungen, auf welcher Seite diese sieben Genossen gewesen wären, auf welcher Seite *sie hätten sein müssen*.² Aber es fragt sich, wie weit man die Tatsache, daß die sieben Delegierten den Parteitag verlassen haben, tatsächlich als zufällig betrachten kann. Das ist eine Frage, die sich Leute ungerne stellen, die sehr gern von der „Zufälligkeit“ der Mehrheit sprechen. Das ist eine ihnen unangenehme Frage. Ist es ein Zufall, daß die wütendsten Vertreter des *rechten* und nicht des *linken* Flügels unserer Partei den Parteitag verlassen haben? Ist es ein Zufall, daß die *Opportunisten* ihn verlassen haben und nicht die konsequenten *revolutionären Sozialdemokraten*? Steht dieses „zufällige“ Verlassen nicht in einem gewissen Zusammen-

¹ Die sieben Opportunisten, die den II. Parteitag verließen, waren die fünf Bundisten (der „Bund“ trennte sich auf dem II. Parteitag von der Partei, nachdem der Grundsatz der Föderation abgelehnt worden war) und zwei Anhänger des „Rabotscheje Djelo“, die Genossen Martynow und Akimow. Diese beiden Genossen verließen den Parteitag, nachdem *nur* die die „Iskra“-Richtung vertretende Liga als Auslandsorganisation der Partei anerkannt worden war, das heißt nachdem man den Auslandsbund russischer Sozialdemokraten, der zur „Rabotscheje-Djelo“-Gruppe gehörte, aufgelöst hatte. [Fußnote Lenins zur Ausgabe von 1907. *Die Red.*]

² Wir werden weiter unten sehen, daß nach dem Parteitag sowohl Genosse Akimow als auch das Woronesher Komitee, das dem Genossen Akimow am *nächsten* stand, ihre Sympathie für die „*Minderheit*“ offen zum Ausdruck gebracht haben.

hang mit jenem Kampf gegen den opportunistischen Flügel, der während des ganzen Parteitags geführt wurde und der in unserem Diagramm so anschaulich zum Ausdruck kommt?

Es genügt, diese der Minderheit unangenehmen Fragen zu stellen, um sich darüber klarzuwerden, welche Tatsache durch das Gerede über die Zufälligkeit der Mehrheit *verdeckt* wird. Es ist die unzweifelhafte und unanfechtbare Tatsache, *daß die Minderheit von den am meisten zum Opportunismus neigenden Mitgliedern unserer Partei gebildet wurde*. Die Minderheit bildeten die theoretisch *am wenigsten standhaften, grundsätzlich am wenigsten konsequenten* Elemente der Partei. Die Minderheit entstand eben aus dem *rechten Flügel* der Partei. Die Teilung in eine Mehrheit und eine Minderheit ist die direkte und unvermeidliche Fortsetzung jener Teilung der Sozialdemokratie in eine revolutionäre und eine opportunistische, in den Berg und die Gironde^[23], die nicht erst gestern und nicht nur in der russischen Arbeiterpartei entstanden ist und die sicherlich nicht morgen verschwinden wird.

Diese Tatsache ist für die Klärung der Ursachen und der Etappen der Meinungsverschiedenheiten von kardinaler Bedeutung. Diese Tatsache *zu umgehen* versuchen durch Leugnung oder Vertuschung des Kampfes auf dem Parteitag und der in ihm zum Ausdruck gekommenen prinzipiellen Schattierungen, heißt sich ein vollständiges geistiges und politisches Armutzeugnis ausstellen. Um aber diese Tatsache *zu widerlegen*, müßte man *erstens* nachweisen, daß das allgemeine Bild der Abstimmungen und „Teilungen“ auf unserem Parteitag nicht so war, wie ich es dargestellt habe; müßte man *zweitens* nachweisen, daß die konsequentesten revolutionären Sozialdemokraten, die in Rußland den Namen „Iskra“-Leute tragen, in allen Fragen, in denen es auf dem Parteitag „Teilungen“ gab, *im wesentlichen im Unrecht waren*.

Die Tatsache, daß die Minderheit sich aus den opportunistischsten, am wenigsten standhaften und am wenigsten konsequenten Elementen der Partei zusammensetzte, gibt übrigens eine Antwort auf viele Bedenken und Einwände, mit denen sich Leute, die mit der Sache schlecht vertraut sind oder die Frage nicht genügend

durchdacht haben, an die Mehrheit wenden. Ist es nicht kleinlich, sagt man uns, die *Spaltung* aus einem kleinen Fehler der Genossen Martow und Axelrod erklären zu wollen? Ja, ihr Herren, der Fehler des Genossen Martow war nicht groß (darauf habe ich schon auf dem Parteitag, während des Gefechts, hingewiesen), aber aus diesem kleinen Fehler *konnte sich (und hat sich)* viel Schaden ergeben, weil Delegierte, die *eine ganze Reihe von Fehlern* begingen, in einer ganzen Reihe von Fragen Neigung zum Opportunismus und prinzipielle Inkonsequenz bekundeten, Genossen Martow auf ihre Seite hinüberzogen. Eine individuelle und unwichtige Tatsache war die von den Genossen Martow und Axelrod gezeigte Unbeständigkeit; aber keine individuelle, sondern eine *Parteiangelegenheit* und eine *nicht ganz unwichtige* Tatsache war die Bildung einer sehr bedeutenden Minderheit aus *allen* am wenigsten standhaften Elementen, *aus allen denen*, die entweder die „Iskra“-Richtung gar nicht anerkannten und sie direkt bekämpften, oder für sie zwar ein Lippenbekenntnis ablegten, in Wirklichkeit aber durchweg mit den Gegnern der „Iskra“ zusammengingen.

Ist es nicht lächerlich, die Spaltung mit der Herrschaft des verkrusteten Zirkelwesens und des revolutionären Spießertums in dem kleinen Kreis der alten „Iskra“-Redaktion *erklären* zu wollen? Nein, das ist nicht lächerlich, denn zur Unterstützung *dieses individuellen* Zirkelwesens *hat sich in unserer Partei alles erhoben*, was während des ganzen Parteitags *für jedes Zirkelwesen* gekämpft hat, alles, was *überhaupt nicht imstande war*, sich über das revolutionäre Spießertum *zu erheben*, alles, was sich auf den „geschichtlichen“ Charakter des Übels des Spießertums und des Zirkelwesens berief, um dieses Übel zu rechtfertigen und zu erhalten. Als eine Zufälligkeit kann vielleicht noch der Umstand betrachtet werden, daß in einem kleinen Zirkel der „Iskra“-Redaktion die engen Zirkelinteressen über das Parteiprinzip die Oberhand gewannen. Nicht zufällig aber war es, daß zur tatkräftigen Verteidigung dieses Zirkelwesens sich die Genossen Akimow und Bruker erhoben, denen die „geschichtliche Kontinuität“ des berühmten Woronesher Komitees und der berühmten Petersburger

„Arbeiterorganisation“^[24] nicht weniger (wenn nicht mehr) am Herzen lag; die Genossen Jegorow, die den „Mord“ am „Rabotscheje Djelo“ ebenso bitter (wenn nicht noch bitterer) beweinten wie den „Mord“ an der alten Redaktion; die Genossen Machow und viele andere. Sage mir, mit wem du umgehst, und ich werde dir sagen, wer du bist — lautet eine Lebensweisheit. Sage mir, wer dein politischer Verbündeter ist, wer für dich stimmt — und ich werde dir sagen, was deine *politische Physiognomie* ist.

Der kleine Fehler der Genossen Martow und Axelrod blieb *klein* und konnte *klein* bleiben, solange er nicht als Ausgangspunkt für ein *dauerhaftes Bündnis* zwischen ihnen und dem ganzen opportunistischen Flügel unserer Partei diente, solange er nicht infolge dieses Bündnisses zu einem *Wiederaufleben* des Opportunismus führte, zu einer *Revanche* aller jener Leute, gegen die die „Iskra“ gekämpft hatte und die bereit waren, *jetzt* mit größter Freude an den konsequenten Anhängern der revolutionären Sozialdemokratie *ihre Wut auszulassen*. Die Ereignisse nach dem Parteitag haben gerade dazu geführt, daß wir in der neuen „Iskra“ eben ein Wiederaufleben des Opportunismus sehen, eine Revanche der Akimow und Bruker (siehe das Blatt des Woronesher Komitees¹), die Begeisterung der Martynow, denen endlich (endlich!) erlaubt ist, in der verhaßten „Iskra“ dem verhaßten „Feind“ für alle Kränkungen der Vergangenheit einen Fußtritt zu versetzen.

An sich stellte die Tatsache der Teilung des Parteitags (und der Partei) in einen linken und einen rechten, einen revolutionären und einen opportunistischen Flügel nicht nur nichts Furchtbares und Kritisches, sondern nicht einmal etwas Anomales dar. Im Gegenteil, das ganze letzte Jahrzehnt der Geschichte der russischen (und nicht nur der russischen) Sozialdemokratie hat unweigerlich und unvermeidlich zu einer solchen Teilung geführt. Daß die Grundlage der Teilung eine Reihe sehr *kleiner* Fehler des rechten Flügels, (verhältnismäßig) sehr unwichtiger Meinungsverschiedenheiten bildeten — dieser Umstand (der bei einem oberflächlichen Beobachter und einem philisterhaften Geist An-

¹ Siehe vorliegende Ausgabe, S. 124—126. *Die Red.*

stoß erregen mag) bedeutete *für unsere Partei als Ganzes einen großen Schritt vorwärts*. Früher hatten wir in wichtigen Fragen Meinungsverschiedenheiten, in Fragen, die manchmal sogar eine Spaltung rechtfertigen konnten; jetzt sind wir uns über alles Große und Wichtige einig, jetzt trennen uns nur *Schattierungen*, um die man streiten kann *und muß*, um die sich zu spalten aber nur sinnlos und kindlich wäre (wie schon sehr richtig Genosse Plechanow in dem interessanten Artikel „Was sollen wir nicht tun?“ gesagt hat, auf den wir noch zurückkommen werden). *Jetzt*, wo das *anarchistische Verhalten* der Minderheit *nach dem Parteitag* die Partei fast zur Spaltung gebracht hat, kann man oft Neunmalweisen begegnen, die sagen: Hat es denn überhaupt gelohnt, auf dem Parteitag um solche Kleinigkeiten zu streiten wie den Konflikt mit dem Organisationskomitee, die Auflösung der Gruppe „Jushny Rabotschi“ oder „Rabotscheje Djelo“, wie den Paragraphen 1 des Statuts, die Auflösung der alten Redaktion usw.? Wer so überlegt, der bringt eben einen Zirkelstandpunkt in Parteiangelegenheiten hinein: Ein Kampf der *Schattierungen* ist in der Partei *unvermeidlich und notwendig*, solange der Kampf nicht zu Anarchie und Spaltung führt, solange der Kampf sich *in einem Rahmen* bewegt, der von allen Genossen und Parteimitgliedern gemeinsam gebilligt worden ist. Auch *unser Kampf* gegen den rechten Flügel *auf dem Parteitag*, gegen Akimow und Axelrod, gegen Martynow und Martow *ist keineswegs über diesen Rahmen hinausgegangen*. Es genügt, sich zum Beispiel in Erinnerung zu rufen, daß, als die Genossen Martynow und Akimow den Parteitag verließen, *wir alle bereit waren*, den Gedanken einer „Kränkung“ weit von uns zu weisen; *wir stimmten alle* (mit 32 Stimmen) für die Resolution Trotzki's, die diese Genossen aufforderte, sich mit den Erläuterungen zufrieden zu geben und ihre Erklärung zurückzunehmen.¹

¹ Die Paragraphen *o* und *p* sind in dieser Ausgabe weggelassen, weil in ihnen der Kampf um die personelle Zusammensetzung der zentralen Körperschaften nach dem Parteitag geschildert wird, das heißt etwas, worin es sehr wenig Prinzipielles und überwiegend Gezänk gab. [Fußnote Lenins zur Ausgabe von 1907. *Die Red.*]

q) Die neue „Iskra“

Der Opportunismus in organisatorischen Fragen

Als Grundlage für die Untersuchung der prinzipiellen Stellung der neuen „Iskra“ müssen zweifellos zwei Feuilletons des Genossen Axelrod¹ genommen werden. Die konkrete Bedeutung einer ganzen Reihe von Worten, die er besonders liebt, haben wir oben ausführlich aufgezeigt², und wir müssen uns jetzt bemühen, von dieser konkreten Bedeutung zu abstrahieren, in den Gedankengang einzudringen, der die „Minderheit“ (aus diesem oder jenem kleinen und kleinlichen Anlaß) zwang, gerade zu diesen und nicht zu irgendwelchen anderen Losungen zu gelangen, wir müssen die prinzipielle Bedeutung dieser Losungen unabhängig von ihrem Ursprung, unabhängig von der „Kooptation“ untersuchen. Wir leben jetzt im Zeichen der Nachgiebigkeit: Machen wir also dem Genossen Axelrod ein Zugeständnis und nehmen wir seine Theorie „ernst“.

Die Grundthese des Genossen Axelrod (Nr. 57 der „Iskra“) besagt, daß „unsere Bewegung von Anfang an zwei entgegengesetzte Tendenzen in sich barg, deren Antagonismus sich gleichzeitig mit ihrer eigenen Entwicklung weiterentwickeln und in ihr widerspiegeln mußte“. Nämlich: „Prinzipiell ist das proletarische Ziel der Bewegung (in Rußland) dasselbe wie das der Sozialdemokratie des Westens.“ Aber bei uns geht die Einwirkung auf die Arbeitermassen „von einem ihnen fremden sozialen Element“, von der radikalen Intelligenz aus. Genosse Axelrod stellt also den Antagonismus zwischen den proletarischen und den radikal-intellektuellen Tendenzen in unserer Partei fest.

¹ Diese Feuilletons sind im Sammelband „Zwei Jahre ‚Iskra‘“, II. Teil, S. 122 ff. (Petersburg 1906), erschienen. [Fußnote Lenins zur Ausgabe von 1907. *Die Red.*]

² Diese „konkrete Bedeutung“ bezieht sich auf den Kampf während des Parteitags und nachher um die personelle Zusammensetzung der zentralen Körperschaften, dessen Schilderung in dieser Ausgabe weggelassen ist. [Fußnote Lenins zur Ausgabe von 1907. *Die Red.*]

Darin hat Genosse Axelrod unbedingt recht. Das Vorhandensein eines solchen Antagonismus (und nicht nur in der russischen Sozialdemokratischen Partei) unterliegt keinem Zweifel. Mehr als das. Jeder weiß, daß gerade aus diesem Antagonismus sich in hohem Maße die Teilung der heutigen Sozialdemokratie in eine revolutionäre (orthodoxe) und eine opportunistische (revisionistische, ministerialistische^[25], reformistische) erklärt, die sich auch in Rußland in den letzten zehn Jahren unserer Bewegung vollständig offenbarte. Jeder weiß auch, daß die orthodoxe Sozialdemokratie gerade die proletarischen Tendenzen, die opportunistische Sozialdemokratie aber die Tendenzen der demokratischen Intelligenz zum Ausdruck bringt.

Aber wenn Genosse Axelrod bis hart an diese allgemein bekannte Tatsache herankommt, beginnt er sich ängstlich zurückzuziehen. Er macht *nicht den geringsten Versuch*, zu analysieren, wie diese Teilung in der Geschichte der russischen Sozialdemokratie im allgemeinen und auf unserem Parteitag im besonderen zum Ausdruck gekommen ist, obgleich Genosse Axelrod gerade aus Anlaß des Parteitags schreibt! Wie die gesamte Redaktion der neuen „Iskra“ offenbart Genosse Axelrod eine *Todesangst* vor den Protokollen dieses Parteitags. Das darf uns nach allem oben Dargelegten nicht wundern, aber bei einem „Theoretiker“, der angeblich die verschiedenen Tendenzen in unserer Bewegung erforscht, ist das ein origineller Fall von *Angst vor der Wahrheit*. Dank dieser seiner Eigenschaft schiebt Genosse Axelrod das neueste und genaueste Material über die Tendenzen unserer Bewegung von sich und sucht die Rettung auf dem Gebiet angenehmer Träumereien. „Hat doch der legale oder der halbe Marxismus unseren Liberalen einen literarischen Führer gegeben“, sagt er. „Warum soll nicht der Schabernack der Geschichte der revolutionären bürgerlichen Demokratie einen Führer aus der Schule des orthodoxen revolutionären Marxismus geben?“ Zu dieser dem Genossen Axelrod sehr angenehmen Träumerei können wir nur sagen, daß ein gelegentlicher Schabernack der Geschichte keineswegs einen *Schabernack in den Gedanken* eines Menschen rechtfertigt, der an

die Analyse dieser Geschichte herangeht. Als in dem Führer des halben Marxismus der Liberale zum Vorschein kam, da haben sich die Leute, die den Wunsch hatten (*und es verstanden*), seine „Tendenzen“ zu verfolgen, nicht auf mögliche Schabernacke der Geschichte berufen, sondern auf Dutzende und Hunderte von Beispielen in der Psychologie und Logik dieses Führers, auf die Besonderheiten seiner ganzen literarischen Physiognomie, die die Widerspiegelung des Marxismus in der bürgerlichen Literatur verrieten.^[26] Wenn aber Genosse Axelrod, der es unternommen hat, die „allgemein-revolutionären und proletarischen Tendenzen in unserer Bewegung“ zu analysieren, nicht imstande gewesen ist, *durch etwas, auch nur durch irgend etwas* bei bestimmten Vertretern des ihm so verhaßten orthodoxen Flügels der Partei gewisse Tendenzen aufzuzeigen und nachzuweisen, so hat er sich damit nur ein *feierliches Armutszugnis* ausgestellt. Es muß schon ganz schlecht um die Sache des Genossen Axelrod bestellt sein, wenn ihm nur übrigbleibt, sich auf mögliche Schabernacke der Geschichte zu berufen!

Ein anderer Hinweis des Genossen Axelrod — auf die „Jakobiner“ — ist noch lehrreicher. Genossen Axelrod dürfte wohl nicht unbekannt sein, daß die Teilung der heutigen Sozialdemokratie in eine revolutionäre und eine opportunistische schon seit langem und nicht nur in Rußland den Anlaß zu „geschichtlichen Analogien mit der Epoche der großen französischen Revolution“ gegeben hat. Genossen Axelrod dürfte wohl nicht unbekannt sein, daß die *Girondisten der heutigen Sozialdemokratie* stets und überall zu den Worten „Jakobinertum“, „Blanquismus“^[27] usw. Zuflucht nehmen, um ihre Gegner zu charakterisieren. Wir wollen also Genossen Axelrods Angst vor der Wahrheit nicht nachahmen und uns die Protokolle unseres Parteitags ansehen: Vielleicht gibt es in ihnen Material für die Analyse und Überprüfung der Tendenzen und Analogien, mit denen wir uns hier befassen.

Das erste Beispiel. Die Diskussion über das Programm auf dem Parteitag. Genosse Akimow (der mit Genossen Martynow vollkommen „einverstanden ist“) erklärt: „Der Absatz über die Er-

oberung der politischen Macht (über die Diktatur des Proletariats) hat im Vergleich zu allen anderen sozialdemokratischen Programmen eine solche Fassung erhalten, daß er von Genossen Plechanow so ausgelegt werden konnte und tatsächlich so ausgelegt wurde, als müßte die Rolle der Führer der Organisation die von ihr geführte Klasse in den Hintergrund schieben und die Organisation von der Klasse absondern. Darum ist die Formulierung unserer politischen Aufgaben genau dieselbe wie die der „Narodnaja Wolja“ (S. 124 der Protokolle). Genossen Akimow antworten Genosse Plechanow und andere „Iskra“-Leute und werfen ihm Opportunismus vor. Findet Genosse Axelrod nicht, daß diese Diskussion (in Wirklichkeit, und nicht in den eingebildeten Schabernacken der Geschichte) uns den Antagonismus zwischen den *heutigen Jakobinern* und den *heutigen Girondisten* in der Sozialdemokratie aufzeigt? Und hat nicht darum Genosse Axelrod angefangen, von den Jakobinern zu reden, weil er sich (infolge der von ihm begangenen Fehler) in der Gesellschaft der *Girondisten* der Sozialdemokratie erwiesen hat?

Das zweite Beispiel. Genosse Possadowski wirft die Frage der „ernsten Meinungsverschiedenheiten“ in der „Grundfrage“ nach dem „absoluten Wert der demokratischen Prinzipien“ auf (S. 169). Zusammen mit Plechanow leugnet er ihren absoluten Wert. Die Vertreter des „Zentrums“ oder des Sumpfes (Jegorow) und der „Iskra“-Gegner (Goldblatt) erheben dagegen entschiedenen Einspruch, sie sehen bei Plechanow eine „Nachahmung der bürgerlichen Taktik“ (S. 170) — *das ist eben die Idee des Genossen Axelrod von der Verbindung zwischen Orthodoxie und bürgerlicher Tendenz*, nur mit dem Unterschied, daß bei Axelrod diese Idee in der Luft hängt, während sie bei Goldblatt mit bestimmten Debatten verknüpft ist. Wir fragen noch einmal, findet Genosse Axelrod nicht, daß auch diese Diskussion auf unserem Parteitag uns *anschaulich* den Antagonismus zwischen Jakobinern und Girondisten in der heutigen Sozialdemokratie zeigt? Zetert Genosse Axelrod nicht darum über die Jakobiner, weil er sich in der Gesellschaft der Girondisten erwiesen hat?

Das dritte Beispiel. Die Diskussion über den Paragraphen 1 des Statuts. Wer verteidigt „*die proletarischen Tendenzen in unserer Bewegung*“, wer unterstreicht, daß der Arbeiter die Organisation nicht fürchtet, daß der Proletarier für die Anarchie nichts übrig hat, daß er die Aufforderung „Organisiert euch!“ zu schätzen weiß? Wer warnt vor der bürgerlichen Intelligenz, die ganz von Opportunismus durchtränkt ist? *Die Jakobiner der Sozialdemokratie*. Und wer schmußgelt die radikale Intelligenz in die Partei hinein, wer ist besorgt um die Professoren, Gymnasiasten, um die Einzelgänger, um die radikale Jugend? *Der Girondist Axelrod gemeinsam mit dem Girondisten Liber*.

Sehr ungeschickt verteidigt sich Genosse Axelrod gegen die „falsche Beschuldigung des Opportunismus“, die auf unserem Parteitag gegen die Mehrheit der Gruppe „Befreiung der Arbeit“ offen verbreitet worden ist! Er verteidigt sich so, daß er durch das Nachsingen der abgeleierte[n] Bernsteinschen Melodie von Jakobinertum, Blanquismus usw. die Beschuldigung bestätigt! Er schreit über die Gefahr der radikalen Intelligenz, um seine eigenen Reden auf dem Parteitag zu übertönen, die Besorgtheit um diese Intelligenz atmen.

Es steckt nichts als *Opportunismus* in diesen „furchtbaren“ Wörtchen: Jakobinertum usw. Der Jakobiner, der untrennbar verbunden ist mit der *Organisation* des Proletariats, das sich seiner Klasseninteressen *bewußt* geworden ist — das ist eben der *revolutionäre Sozialdemokrat*. Der Girondist, der sich nach den Professoren und Gymnasiasten sehnt, der die Diktatur des Proletariats fürchtet, der sich um den absoluten Wert der demokratischen Forderungen sorgt — das ist eben der *Opportunist*. Nur Opportunisten können auch heute noch eine Gefahr in Verschwörerorganisationen sehen, heute, wo der Gedanke der Einengung des politischen Kampfes bis zur Verschwörung tausendmal in der Literatur widerlegt, vom Leben längst widerlegt und verdrängt worden ist, wo die kardinale Bedeutung der politischen Massenagitation auseinandergesetzt und bis zum Erbrechen wiedergekaut worden ist. Die tatsächliche Grundlage der Angst vor Verschwörertum, vor dem Blanquismus

ist nicht dieser oder jener hervortretende Zug der praktischen Bewegung (wie Bernstein und Konsorten seit langem vergeblich nachzuweisen suchen), sondern die girondistische Ängstlichkeit des bürgerlichen Intellektuellen, dessen Psychologie bei heutigen Sozialdemokraten so oft zum Durchbruch gelangt. Nichts ist lächerlicher als diese Anstrengungen der neuen „Iskra“, ein *neues Wort* zu sagen (das seinerzeit hundertmal gesagt worden ist), um uns vor der Taktik der französischen verschwörerischen Revolutionäre der vierziger und sechziger Jahre zu warnen (Nr. 62, Leitartikel).^[28] In der nächsten Nummer der „Iskra“ werden uns die Girondisten der heutigen Sozialdemokratie wahrscheinlich eine Gruppe französischer Verschwörer der vierziger Jahre zeigen, für die die Bedeutung der politischen Agitation in den Arbeitermassen, die Bedeutung der Arbeiterzeitung als Grundlage der Einwirkung der Partei auf die Klasse eine längst auswendig gelernte Binsenwahrheit war.

Das Streben der neuen „Iskra“, in Gestalt neuer Worte altbekanntes Zeug zu wiederholen und Binsenwahrheiten wiederzukäuen, ist jedoch gar kein Zufall, sondern die unvermeidliche Folge der Lage, in der sich Axelrod und Martow erwiesen, nachdem sie in den opportunistischen Flügel unserer Partei geraten waren. Die Lage verpflichtet. Man wird gezwungen, opportunistische Phrasen zu wiederholen, man wird gezwungen, *rückwärts zu schauen*, um vielleicht in der *fernen Vergangenheit* irgendeine Rechtfertigung für seine Stellung zu finden, die vom Standpunkt des Parteitagskampfes und der Schattierungen und Gruppierungen, die sich auf dem Parteitag gebildet haben, nicht zu verteidigen ist. Den Akimowschen tiefsinnigen Überlegungen über Jakobinertum und Blanquismus fügt Genosse Axelrod die ebenfalls Akimowschen Beschwerden darüber hinzu, daß nicht nur die „Ökonomen“, sondern auch die „Politiker“ „einseitig“ waren, sich zu sehr „hinreißen ließen“ usw. usw. Wenn man die hochtrabenden Ausführungen über dieses Thema in der neuen „Iskra“ liest, die dünnlich den Anspruch erhebt, über allen diesen Einseitigkeiten und Schwärmereien zu stehen, da fragt man sich erstaunt: Wessen

Porträt malen sie, wo hören sie solche Reden? Wer weiß denn nicht, daß die Teilung der russischen Sozialdemokraten in „Ökonomen“ und „Politiker“ längst überlebt ist? Man durchblättere die „Iskra“ aus den letzten ein bis zwei Jahren vor dem Parteitag, und man wird sehen, daß der Kampf gegen den „Ökonomismus“ abebbt und bereits im Jahre 1902 vollkommen aufhört; man wird sehen, daß zum Beispiel im Juli 1903 (Nr. 43) von den „Zeiten des Ökonomismus“ als von „endgültig überwundenen“ Zeiten gesprochen wird: Der Ökonomismus wird als „endgültig zu Grabe getragen“, die Schwärmerei der Politiker als augenscheinlicher Atavismus betrachtet. Aus welchem Grunde kehrt also die neue Redaktion der „Iskra“ zu dieser endgültig überwundenen Gruppierung zurück? Haben wir denn auf dem Parteitag gegen die Akimow wegen der Fehler gekämpft, die sie vor zwei Jahren im „Rabotscheje Djelo“ begangen haben? Täten wir das, so wären wir vollkommene Idioten. Aber jeder weiß, daß wir das nicht getan haben, daß wir auf dem Parteitag die Akimow nicht wegen ihrer alten, endgültig begrabenen Fehler im „Rabotscheje Djelo“, sondern wegen der *neuen Fehler* bekämpft haben, die sie in ihren Ausführungen und in ihren Abstimmungen auf dem Parteitag begingen. Nicht auf Grund ihrer Stellung im „Rabotscheje Djelo“, sondern auf Grund ihrer Stellung auf dem Parteitag haben wir geurteilt, welche Fehler tatsächlich überwunden sind und welche noch leben und Diskussionen notwendig machen. Zur Zeit des Parteitags bestand die alte Teilung in „Ökonomen“ und „Politiker“ nicht mehr, aber es waren noch verschiedenartige opportunistische Tendenzen vorhanden, die in den Debatten und Abstimmungen über eine Reihe von Fragen zum Ausdruck kamen und die schließlich zu einer neuen Teilung der Partei in eine „Mehrheit“ und eine „Minderheit“ führten. Die Sache ist eben die, daß die neue Redaktion der „Iskra“ aus leichtverständlichen Gründen bestrebt ist, den Zusammenhang zwischen dieser neuen Teilung und dem *heutigen* Opportunismus in unserer Partei zu vertuschen, und daß sie darum gezwungen ist, von der neuen Teilung zur alten zurückzugehen. Da sie nicht imstande sind, den politischen Ursprung der neuen

Teilung zu erklären (oder aus Nachgiebigkeit einen Schleier¹ auf diesen Ursprung werfen wollen), so sind sie gezwungen, das längst Durchgekaute über eine längst überwundene, alte Teilung noch einmal durchzukauen. Jeder weiß, daß der neuen Teilung eine Meinungsverschiedenheit in *organisatorischen* Fragen zugrunde liegt, die mit einem Streit um die Prinzipien der Organisation (Paragraph 1 des Statuts) begann und mit einer der Anarchisten würdigen „Praxis“ endete. Der alten Teilung in „Ökonomen“ und „Politiker“ lag eine Meinungsverschiedenheit hauptsächlich in *taktischen* Fragen zugrunde.

Dieses Zurückgehen von verwickelteren, wirklich zeitgemäßen und dringenden Fragen des Parteilebens zu längst gelösten Fragen, die künstlich ausgegraben werden, sucht die neue „Iskra“ mit einem lächerlichen Tiefsinn zu rechtfertigen, der nur als Nachtrabpolitik bezeichnet werden kann. Dank der leichten Feder des Genossen Axelrod geht durch alle Aufsätze der neuen „Iskra“ wie ein roter Faden der tiefe „Gedanke“, daß der Inhalt wichtiger sei als die Form, daß das Programm und die Taktik wichtiger seien als die Organisation, daß „die Lebensfähigkeit der Organisation direkt proportional ist dem Umfang und der Bedeutung jenes Inhaltes, den sie in die Bewegung hineinragen wird“, daß der Zentralismus nicht „etwas sich selbst Genügendes“, kein „alles rettender Talisman“ sei usw. usw. Tiefe, große Wahrheiten! Das Pro-

¹ Siehe den Artikel Plechanows über den „Ökonomismus“ in Nr. 53 der „Iskra“. In den Untertitel dieses Artikels hat sich anscheinend ein kleiner Druckfehler eingeschlichen. Anstatt: „Laute Gedanken über den zweiten Parteitag“ muß es augenscheinlich heißen: „Über den Kongreß der *Liga*“ oder vielleicht „Über die *Kooptation*“. So sehr unter bestimmten Bedingungen die Nachgiebigkeit in persönlichen Ansprüchen am Platze sein kann, so sehr ist es (vom Partei- und nicht vom spießbürgerlichen Standpunkt) unzulässig, daß die die Partei beschäftigenden Fragen durcheinandergeworfen werden, daß die Frage des neuen Fehlers Martows und Axelrods, die begonnen haben, von der Orthodoxie zum Opportunismus abzuschwenken, ersetzt wird durch die Frage des alten Fehlers (an die außer der neuen „Iskra“ niemand jetzt erinnert) der Martynow und Akimow, die vielleicht heute bereit sind, in vielen Fragen des Programms und der Taktik vom Opportunismus zur Orthodoxie umzuschwenken.

gramm ist tatsächlich wichtiger als die Taktik, die Taktik wichtiger als die Organisation. Das Abc ist wichtiger als die Wortlehre, diese wichtiger als die Satzlehre — was aber soll man von Leuten sagen, die beim Examen in der Satzlehre durchgefallen sind und jetzt wichtig tun und sich damit brüsten, daß sie in der unteren Klasse sitzengeblieben sind? Genosse Axelrod urteilte über prinzipielle Fragen der Organisation wie ein Opportunist (Paragraph 1) und handelte in der Organisation wie ein Anarchist — und jetzt vertieft er die Sozialdemokratie: Die Trauben sind zu sauer! Was ist eigentlich die Organisation? sie ist doch nur eine Form; was ist Zentralismus? er ist doch kein Talisman; was ist die Satzlehre? sie ist doch weniger wichtig als die Wortlehre, sie ist nur eine Form der Verbindung der Elemente der Wortlehre. . . „Wird Genosse Alexandrow mit uns nicht einverstanden sein“, fragt die neue Redaktion der „Iskra“ siegesbewußt, „wenn wir sagen, daß der Parteitag durch die Ausarbeitung des Parteiprogramms die Zentralisierung der Parteiarbeit sehr viel mehr gefördert hat als durch die Annahme des Statuts, wie vollkommen dieses auch sein möge?“ (Nr. 56, Beilage.) Es ist zu hoffen, daß dieser klassische Ausspruch eine nicht weniger breite und nicht weniger solide geschichtliche Berühmtheit erlangen wird als die berühmte Phrase des Genossen Kritschewski, daß die Sozialdemokratie sich ebenso wie die Menschheit immer nur Aufgaben stelle, die verwirklicht werden können. Dieser Tiefsinn der neuen „Iskra“ ist doch ganz vom gleichen Schlag. Warum ist die Phrase des Genossen Kritschewski verlacht worden? Weil er den Fehler eines gewissen Teiles der Sozialdemokraten in Fragen der Taktik, die Unfähigkeit, politische Aufgaben richtig zu stellen, durch eine Platitude rechtfertigte, die er für Philosophie ausgab. Genau in derselben Weise rechtfertigte die neue „Iskra“ den Fehler eines gewissen Teiles der Sozialdemokraten in Organisationsfragen und die intellektuelle Unbeständigkeit gewisser Genossen, die sie zur anarchistischen Phrase geführt hat, durch die Platitude, daß das Programm wichtiger sei als das Statut, Programmfragen wichtiger seien als Organisationsfragen! Ist das nicht Nachtrabpolitik? Heißt das

nicht, sich damit brüsten, daß man in einer unteren Klasse sitzengeblieben ist?

Die Annahme des Programms fördert die Zentralisierung der Arbeit mehr als die Annahme des Statuts. Wie riecht doch diese abgeschmackte Behauptung, die für Philosophie ausgegeben wird, nach radikalem Intellektuellentum, das der bürgerlichen Dekadenz viel näher steht als dem Sozialdemokratismus! Das Wort Zentralisierung wird doch in dieser berühmten Phrase in einem schon ganz *symbolischen* Sinne aufgefaßt. Wenn die Verfasser dieser Phrase nicht denken können oder wollen, so sollten sie sich doch wenigstens die einfache Tatsache in Erinnerung rufen, daß die Annahme des Programms zusammen mit den Bundisten nicht nur zu keiner Zentralisierung unserer gemeinsamen Arbeit geführt, sondern uns nicht einmal vor einer Spaltung bewahrt hat. Die Einheit in Fragen des Programms und in Fragen der Taktik ist eine notwendige, aber noch nicht genügende Bedingung für die Vereinigung der Partei, für die Zentralisierung der Parteiarbeit (du lieber Gott! welche Binsenwahrheiten muß man heutzutage, wo alle Begriffe in Verwirrung geraten sind, wiederkauen!). Für diese Vereinigung ist noch die Einheit der Organisation notwendig, die in einer aus dem Rahmen eines Familienzirkels halbwegs herausgewachsenen Partei undenkbar ist ohne ein festgestelltes Statut, ohne die Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit, ohne die Unterordnung des Teiles unter das Ganze. Solange wir keine Einheit in den Grundfragen des Programms und der Taktik hatten, sagten wir auch offen, daß wir im Zeitalter der Zerfahrenheit und des Zirkelwesens leben; wir erklärten offen, daß man sich voneinander abgrenzen müsse, bevor man sich vereinigt; wir sprachen gar nicht von den Formen einer gemeinsamen Organisation, sondern ausschließlich von den neuen (damals wirklich neuen) Fragen des Kampfes gegen den Opportunismus auf dem Gebiet des Programms und der Taktik. Jetzt hat dieser Kampf, wie alle anerkennen, bereits eine genügende Einheit gesichert, die im Parteiprogramm und in den Parteiresolutionen über die Fragen der Taktik formuliert worden ist; jetzt mußten wir den nächsten

Schritt tun, und wir haben ihn mit allgemeiner Zustimmung getan: Wir haben die *Formen* einer einheitlichen, alle Zirkel zu einem Ganzen zusammenfassenden Organisation ausgearbeitet. Man hat uns zurückgeschleppt zum anarchistischen Verhalten, zur anarchistischen Phrase, zur Wiederherstellung eines Zirkels an Stelle der Parteiredaktion, und jetzt wird dieser Schritt zurück dadurch gerechtfertigt, daß das Abc die literarische Rede mehr fördere als die Kenntnis der Satzlehre.

Die Philosophie der Nachtrabpolitik, die vor drei Jahren in den Fragen der Taktik Blüten trieb, erlebt jetzt in der Anwendung auf Fragen der Organisation ihre Wiederauferstehung. Man betrachte die folgende Erwägung der neuen Redaktion: „Die sozialdemokratische Kampfrichtung“, sagt Genosse Axelrod, „muß in der Partei nicht nur durch den ideologischen Kampf, sondern auch durch bestimmte Formen der Organisation durchgeführt werden.“ Die Redaktion belehrt uns: „Nicht übel ist diese Gegenüberstellung des ideologischen Kampfes und der Formen der Organisation. Der ideologische Kampf ist ein Prozeß, die Formen der Organisation aber sind nur . . . Formen“ (bei Gott, so steht es wörtlich gedruckt in Nr. 56, Beilage, S. 4, Spalte 1, unten!), „die dem in Fluß befindlichen, sich entwickelnden Inhalt, der sich entwickelnden Parteiarbeit eine Hülle geben sollen.“ Das ist schon ganz im Geiste der Anekdote, daß eine Kugel eine Kugel und eine Bombe eine Bombe ist. Der ideologische Kampf ist ein Prozeß, die Formen der Organisation sind aber nur Formen, die dem Inhalt die Hülle geben! Worum es geht, ist, ob unser ideologischer Kampf sich in *höhere* Formen hüllen wird, in die Formen einer für alle bindenden Parteiorganisation, oder in die Formen der alten Zerfahrenheit und des alten Zirkelwesens. Man hat uns von höheren Formen zu primitiveren zurückgeschleppt und rechtfertigt das damit, daß der ideologische Kampf ein Prozeß sei, die Formen aber nur Formen seien. In genau derselben Weise schleppte uns einst Genosse Kritschewski von der „Taktik als Plan“ zurück zur „Taktik als Prozeß“.

Man betrachte die anspruchsvollen Phrasen der neuen „Iskra“

von der „Selbsterziehung des Proletariats“, die denen entgegengehalten werden, die es angeblich fertigbringen, über der Form den Inhalt zu vergessen (Nr. 58, Leitartikel). Ist das nicht eine zweite Auflage des Akimowismus? Die erste Auflage versuchte die Rückständigkeit eines gewissen Teiles der sozialdemokratischen Intelligenz in der Stellung der taktischen Aufgaben durch Hinweise auf den „tieferen“ Inhalt des „proletarischen Kampfes“, durch Hinweise auf die Selbsterziehung des Proletariats zu rechtfertigen. Die zweite Auflage des Akimowismus rechtfertigt die Rückständigkeit eines gewissen Teiles der sozialdemokratischen Intelligenz in Fragen der Theorie und der Praxis der Organisation durch ebenso tiefsinnige Hinweise darauf, daß die Organisation nur eine Form sei und daß es nur auf die Selbsterziehung des Proletariats ankomme. Das Proletariat fürchtet die Organisation und die Disziplin nicht, ihr Herren, die ihr euch um den jüngeren Bruder sorgt! Das Proletariat wird keinen Finger dafür rühren, daß die Herren Professoren und Gymnasiasten, die keiner Organisation beitreten wollen, als Parteimitglieder anerkannt werden, nur weil sie unter der Kontrolle einer Organisation arbeiten. Das Proletariat wird durch sein ganzes Leben viel radikaler zur Organisation erzogen als viele Intellektuelle. Das Proletariat, das sich unser Programm und unsere Taktik auch nur einigermaßen zu eigen gemacht hat, wird die Rückständigkeit in Fragen der Organisation nicht durch Hinweise darauf rechtfertigen wollen, daß die Form weniger wichtig sei als der Inhalt. Nicht dem Proletariat, sondern *manchen Intellektuellen* in unserer Partei mangelt es an *Selbsterziehung* im Geiste der Organisation und der Disziplin, im Geiste der Feindschaft und der Verachtung für die anarchistische Phrase. Die Akimow der zweiten Auflage verleumdete das Proletariat hinsichtlich der mangelnden Vorbereitung zur Organisation, ebenso wie die Akimow der ersten Auflage es hinsichtlich der mangelnden Vorbereitung zum politischen Kampf verleumdete. Ein Proletarier, der ein bewußter Sozialdemokrat geworden ist und sich als Parteimitglied fühlt, wird die Nachtrabpolitik in Organisationsfragen mit derselben Verachtung

ablehnen, mit der er sie in den Fragen der Taktik abgelehnt hat.

Man betrachte schließlich den Scharfsinn des „Praktikers“ der neuen „Iskra“. „Die richtig verstandene Idee einer zentralistischen ‚Kampforganisation‘“, sagt er, „die die *Tätigkeit*“ (eine die Sache vertiefende Hervorhebung) „der Revolutionäre vereinigt und zentralisiert, kann natürlich nur, wenn eine solche Tätigkeit vorhanden ist, ins Leben umgesetzt werden“ (wie neu und wie klug); „die Organisation selber kann als Form“ (hört, hört!) „nur *gleichzeitig*“ (hervorgehoben, wie überall in diesem Zitat, vom Verfasser) „mit dem Wachstum der revolutionären Arbeit, die ihr Inhalt ist, wachsen“ (Nr. 57) Erinnert das nicht wieder an jenen Helden im Volksepos, der beim Anblick eines Leichenzuges ausruft: Möget ihr immerfort zu tragen haben!^[29] Sicherlich wird sich in unserer Partei kein einziger Praktiker (ohne Anführungsstriche) finden, der nicht verstehen würde, daß gerade die Form unserer Tätigkeit (das heißt die Organisation) seit sehr langer Zeit hinter dem Inhalt zurückbleibt, und zwar fürchterlich zurückbleibt, daß das an die zurückbleibenden Leute gerichtete Geschrei: Geht im gleichen Schritt, eilt nicht voraus! — nur der Parteidummköpfe würdig ist. Man versuche zum Beispiel unsere Partei mit dem „Bund“ zu vergleichen. Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß der *Inhalt*¹ der Arbeit unserer Partei unermeßlich reichhaltiger, vielseitiger, umfassender und tiefer ist als der der Arbeit des „Bund“. Größer ist der theoretische Elan, entwickelter das Programm, umfassender und tiefer die Einwirkung auf die Arbeitermassen (und nicht nur ausschließlich auf die organisierten Handwerker), vielseitiger die Agitation und Propaganda, lebendiger der Puls der politischen Arbeit bei den fortgeschritteneren und bei den Durchschnittsarbeitern, machtvoller die *Volksbewe-*

¹ Ich sehe schon ganz davon ab, daß der *Inhalt* unserer Parteiarbeit auf dem Parteitag (im Programm usw.) nur *um den Preis eines Kampfes* im Sinne der revolutionären Sozialdemokratie festgestellt werden konnte, um den Preis eines Kampfes gegen dieselben „Iskra“-Gegner und denselben Sumpf, deren Vertreter in unserer „Minderheit“ zahlenmäßig überwiegen.

gungen bei Demonstrationen und Generalstreiks, energischer die Tätigkeit unter den nichtproletarischen Schichten. Und die „Form“? Die „Form“ unserer Arbeit ist im Verhältnis zu der des „Bund“ in ganz unzulässiger Weise so weit zurückgeblieben, daß es in die Augen sticht, daß es die Schamröte bei dem hervorruft, der den Angelegenheiten seiner Partei nicht gleichgültig gegenübersteht. Die Rückständigkeit der Organisation der Arbeit im Vergleich zu ihrem Inhalt — das ist unser wunder Punkt, und sie war der wunder Punkt schon lange vor dem Parteitag, lange vor der Bildung des Organisationskomitees. Die geringe Entwicklung und Dauerhaftigkeit der Form nimmt die Möglichkeit, weitere ernste Schritte in der Entwicklung des Inhalts zu machen, sie ruft einen beschämenden Stillstand hervor, führt zur Vergeudung der Kräfte, zu einem Mißverhältnis zwischen Wort und Tat. Alle leiden maßlos unter diesem Mißverhältnis — und da kommen die Axelrod und die „Praktiker“ der neuen „Iskra“ mit der tiefsinnigen Predigt: Die Form muß in natürlicher Weise nur gleichzeitig mit dem Inhalt emporwachsen!

Dahin führt ein kleiner Fehler in der Organisationsfrage (Paragraph 1), wenn man den Unsinn *vertiefen* und die opportunistische Phrase philosophisch begründen will. Mit langsamem Schritt, im schüchternen Zickzack — wir haben diese Weise in der Anwendung auf die Fragen der Taktik gehört; wir hören sie jetzt in der Anwendung auf die Fragen der Organisation. *Die Nachtrabpolitik in organisatorischen Fragen* ist das natürliche und unvermeidliche Produkt der Psychologie des *anarchistischen Individualisten*, wenn dieser seine (zunächst vielleicht zufälligen) anarchistischen Abweichungen zu einem *System von Anschauungen*, zu einer besonderen *prinzipiellen Meinungsverschiedenheit* erhebt. Auf dem Kongreß der Liga haben wir den Anfang dieses Anarchismus gesehen, in der neuen „Iskra“ sehen wir die Versuche, ihn zu einem System von Anschauungen zu erheben. Diese Versuche bestätigen in merkwürdiger Weise das schon auf dem Parteitag geäußerte Argument von der Verschiedenheit der Standpunkte des bürgerlichen Intellektuellen, der sich der Sozialdemokratie anschließt,

und des Proletariers, der sich seiner Klasseninteressen bewußt geworden ist. Derselbe „Praktiker“ der neuen „Iskra“ zum Beispiel, dessen Scharfsinn wir schon kennengelernt haben, wirft mir vor, ich stellte mir die Partei „als eine ungeheure Fabrik“ vor, an deren Spitze ein Direktor, das Zentralkomitee, stehe (Nr. 57, Beilage). Der „Praktiker“ hat keine Ahnung, daß das von ihm gebrauchte furchtbare Wort sofort die Psychologie des bürgerlichen Intellektuellen verrät, der weder die Praxis noch die Theorie der proletarischen Organisation kennt. Gerade die Fabrik, die manchem nur als Schreckgespenst erscheint, ist die höchste Form der kapitalistischen Kooperation, die das Proletariat vereinigte und disziplinierte, die es lehrte, sich zu organisieren, die es an die Spitze aller übrigen Schichten der werktätigen und ausgebeuteten Bevölkerung stellte. Gerade der Marxismus als Ideologie des durch den Kapitalismus geschulten Proletariats belehrte und belehrt die unbeständigen Intellektuellen über den Unterschied zwischen der ausbeuterischen Seite der Fabrik (der auf der Angst vor dem Hungertod aufgebauten Disziplin) und ihrer organisierenden Seite (der auf der gemeinsamen, durch die Bedingungen der technisch hochentwickelten Produktion vereinigten Arbeit aufgebauten Disziplin). Disziplin und Organisation, die der bürgerliche Intellektuelle so schwer begreift, eignet sich das Proletariat gerade dank der „Schule“, die die Fabrik für es ist, besonders leicht an. Die tödliche Angst vor dieser Schule, das vollständige Nichtbegreifen ihrer organisierenden Bedeutung sind eben für Denkmethode charakteristisch, die die kleinbürgerlichen Existenzbedingungen widerspiegeln und jene Art von Anarchismus erzeugen, die die deutschen Sozialdemokraten Edelanarchismus¹ nennen, das heißt den Anarchismus des „edlen“ Herrn, den Herrenanarchismus möchte ich sagen. Dem russischen Nihilisten ist dieser Edelanarchismus besonders eigen. Die Parteiorganisation erscheint ihm als eine ungeheuerliche „Fabrik“, die Unterordnung des Teiles unter das Ganze und der Minderheit unter die Mehrheit erscheint ihm als „Hörigkeit“ (siehe die Feuilletons Axelrods), die Arbeitsteilung unter der Leitung des

¹ Edelanarchismus — bei Lenin deutsch. *Die Red.*

Zentrums ruft bei ihm ein tragikomisches Gezeter gegen die Verwandlung der Menschen in „Rädchen und Schraubchen“ hervor (wobei als besonders mörderische Art dieser Verwandlung die Verwandlung von Redakteuren in Mitarbeiter betrachtet wird), die Erwähnung des Organisationsstatuts der Partei ruft eine verächtliche Grimasse und die geringschätzigte Bemerkung (an die Adresse der „Formalisten“) hervor, daß es ja auch ganz ohne Statut gehe.

Es ist unglaublich, aber eine Tatsache: Gerade eine solche erbauliche Bemerkung richtet an mich Genosse Martow in Nr. 58 der „Iskra“, wobei er sich zwecks größerer Überzeugungskraft auf meine eigenen Worte aus dem „Brief an einen Genossen“ beruft. Ist das nicht „Edelanarchismus“, ist das keine Nachtrabpolitik, wenn man in der Zeit, wo es schon eine Partei gibt, mit Beispielen aus der Zeit der Zerfahrenheit, aus der Zeit der Zirkel die Aufrechterhaltung und Anpreisung des Zirkelwesens und der Anarchie rechtfertigt?

Warum brauchten wir früher keine Statuten? Weil die Partei aus einzelnen Zirkeln bestand, die durch kein organisatorisches Band miteinander verbunden waren. Der Übergang von einem Zirkel in einen anderen war nur Sache des „guten Willens“ des einen oder anderen Individuums, das es mit keinem in einer bestimmten Form zum Ausdruck gebrachten Willen des Ganzen zu tun hatte. Die strittigen Fragen innerhalb der Zirkel wurden nicht nach dem Statut entschieden, „sondern durch Kampf und durch die Drohung fortzugehen“: so drückte ich mich in meinem „Brief an einen Genossen“ aus¹, wobei ich mich auf die Erfahrung einer Reihe von Zirkeln im allgemeinen und insbesondere unseres eigenen Redaktionssechserkollegiums stützte. In der Zeit der Zirkel war eine solche Erscheinung natürlich und unvermeidlich, aber niemandem fiel es ein, sie anzupreisen, sie als Ideal zu betrachten, alle beschwerten sich über diese Zerfahrenheit, allen war sie lästig, und alle sehnten sich nach einer Verschmelzung der zersplitterten Zirkel zu einer fest geformten Parteioorganisation. Und jetzt, wo

¹ W. I. Lenin, Sämtliche Werke, Bd. V, S. 271. *Die Red.*

diese Verschmelzung zustande gekommen ist, schleppt man uns zurück, tischt man uns — als höchste organisatorische Auffassungen — eine anarchistische Phrase auf! Den Leuten, die sich an den weiten Schlafrock und die Pantoffeln des familienzirkelmäßigen Oblomowtums^[30] gewöhnt haben, erscheint das formale Statut eng, beschränkt, lästig, niedrig, bürokratisch, knechtend, den freien „Prozeß“ des ideologischen Kampfes beengend. Der Edelanarchismus versteht nicht, daß ein formales Statut gerade zu dem Zwecke notwendig ist, die engen Zirkelbindungen durch eine breite Parteinbindung zu ersetzen. Es war nicht möglich, die Verbindung innerhalb des Zirkels oder zwischen den Zirkeln in eine feste Form zu bringen, und das war auch nicht notwendig, denn diese Verbindung wurde durch Freundschaftsbeziehungen oder durch ein „Vertrauen“, das keine Rechenschaft zu geben hatte und nicht motiviert war, aufrechterhalten. Die Verbindung in einer Partei kann und darf sich weder auf das eine noch auf das andere stützen, sie muß ihre Grundlage in einem *formalen*, (vom Standpunkt des undisziplinierten Intellektuellen) „bürokratisch“ redigierten Statut haben, dessen strenge Beachtung uns allein von dem Zirkeldünkel, den Zirkellaunen, den Zirkelmethoden des Gezänks, das man den „freien Prozeß des ideologischen Kampfes“ nennt, bewahren kann.

Die Redaktion der neuen „Iskra“ spielt gegen Alexandrow dadurch einen Trumpf aus, daß sie belehrend darauf hinweist, daß „das Vertrauen ein heikles Ding“ sei, „das man weder in das Herz noch in den Kopf einhämmern“ könne (Nr.56, Beilage). Die Redaktion begreift nicht, daß eben diese Betonung der Kategorie des Vertrauens, des *nackten* Vertrauens immer wieder den Edelanarchismus und die Nachtrabpolitik in organisatorischen Fragen vollkommen verrät. Als ich nur Mitglied eines Zirkels war, des Redaktionssechserkollegiums oder der „Iskra“-Organisation, hatte ich das Recht, mich, wenn ich mit X nicht zusammenarbeiten wollte, zur Rechtfertigung nur auf mein Mißtrauen zu berufen, über das ich keine Rechenschaft schuldig war und das nicht begründet zu werden brauchte. Seitdem ich Mitglied der Partei bin,

habe ich kein Recht, mich nur auf mein unbestimmtes Mißtrauen zu berufen, denn das würde bloß allen möglichen Dummheiten und dem Dünkel des alten Zirkelwesens Tür und Tor öffnen; ich bin *verpflichtet*, mein „Vertrauen“ oder „Mißtrauen“ mit formellen Argumenten zu begründen, das heißt mit dem Hinweis auf diese oder jene formell festgelegte Bestimmung unseres Programms, unserer Taktik, unseres Statuts; ich bin verpflichtet, mich nicht auf ein willkürliches „Vertrauen“ oder „Mißtrauen“ zu beschränken, sondern ich muß anerkennen, daß über alle meine Beschlüsse und überhaupt über alle Beschlüsse eines Teiles der Partei vor der Gesamtpartei *Rechenschaft abgelegt werden muß*; ich bin verpflichtet, den *formell vorgeschriebenen* Weg zu gehen, um meinem „Mißtrauen“ Ausdruck zu geben, um die Ansichten und die Wünsche durchzusetzen, die sich aus diesem Mißtrauen ergeben. Wir haben uns bereits vom *Zirkelstandpunkt* des willkürlichen „Vertrauens“ zum *Parteistandpunkt* erhoben, der die Einhaltung der formell vorgeschriebenen Methoden verlangt, mit deren Hilfe das Vertrauen zum Ausdruck gebracht und *überprüft* wird, die Redaktion aber zerrt uns zurück und nennt ihre Nachtrabpolitik neue organisatorische Auffassungen!

Man sehe, wie unsere sogenannte Parteidredaktion über literarische Gruppen urteilt, die eine Vertretung in der Redaktion verlangen könnten. „Wir werden nicht empört sein, wir werden nicht über Disziplin zetern“ — belehren uns die Edelanarchisten, die stets jede Disziplin von oben herab betrachtet haben. Wir werden uns entweder mit der Gruppe, wenn sie tüchtig ist, „verständigen“ (sic!) oder ihre Forderungen verlachen.

Sieh mal an, welch erhabener Edelmut tritt hier gegen den vulgären „Fabrik“-Formalismus auf! In Wirklichkeit aber haben wir es mit einer neu aufpolierten Phraseologie des Zirkelwesens zu tun, die der Partei von der Redaktion aufgetischt wird, die fühlt, daß sie keine Parteikörperschaft ist, sondern der Scherben eines alten Zirkels. Das innerlich Falsche dieser Stellung führt unvermeidlich zu dem *anarchistischen* Tiefsinn, der die Zerfahrenheit, die heuchlerisch für überlebt erklärt wird, zum *Prinzip* der sozial-

demokratischen Organisation erhebt. Überflüssig ist jede Hierarchie unterster und oberster Parteikollegien und Instanzen — in den Augen der Edelanarchisten ist eine solche Hierarchie eine Kanzleierfindung der Ämter, Departements usw. (siehe das Feuilleton Axelrods); überflüssig ist jede Unterordnung des Teils unter das Ganze, überflüssig jede „formell-bürokratische“ Feststellung der *Parteimethoden* für „Verständigungen“ oder Abgrenzungen — mag das alte Zirkelgezänk geheiligt werden durch das Phrasengedresch über die „wahrhaft sozialdemokratischen“ Methoden der Organisation.

Hier ist es, wo der Proletarier, der die Schule der „Fabrik“ durchgemacht hat, dem anarchistischen Individualismus eine Lehre geben kann und muß. Der klassenbewußte Arbeiter hat längst jene Säuglingszeit überwunden, in der er dem Intellektuellen als solchem aus dem Wege ging. Der klassenbewußte Arbeiter versteht es, jenen reicheren Vorrat an Wissen, jenen breiteren politischen Gesichtskreis zu schätzen, den er bei den sozialdemokratischen Intellektuellen findet. Aber in dem Maße, wie sich bei uns eine *wirkliche* Partei herausbildet, muß der klassenbewußte Arbeiter lernen, die Mentalität eines Soldaten der proletarischen Armee von der Mentalität eines bürgerlichen Intellektuellen zu unterscheiden, der mit anarchistischen Phrasen prunkt; er muß lernen, die Erfüllung der Pflichten eines Parteimitglieds nicht nur von den einfachen Mitgliedern, sondern auch von den „Leuten an der Spitze“ zu fordern; er muß lernen, der Nachtrabpolitik in organisatorischen Fragen mit derselben Verachtung zu begegnen, mit der er in vergangenen Jahren der Nachtrabpolitik in den Fragen der Taktik begegnet ist.

In untrennbarer Verbindung mit dem Girondismus und dem Edelanarchismus steht die letzte charakteristische Besonderheit in der Stellung der neuen „Iskra“ zu den organisatorischen Fragen: die Verteidigung des *Autonomismus* gegen den Zentralismus. Eben diesen prinzipiellen Sinn hat (wenn es einen hat) das Geheul über Bürokratismus und Selbstherrschaft, das Bedauern über „die unverdiente Mißachtung jener, die nicht ‚Iskra‘-Leute sind“ (die auf

dem Parteitag den Autonomismus verteidigten), das lächerliche Geschrei über die Forderung des „unbedingten Gehorsams“, die bitteren Klagen über das „Pompadourmentum“ usw. usw. Der opportunistische Flügel jeder Partei verteidigt stets und rechtfertigt jede Rückständigkeit, die programmatische, die taktische und die organisatorische. Die Verteidigung der organisatorischen Rückständigkeit (der Nachtrabpolitik) der neuen „Iskra“ ist eng verbunden mit der Verteidigung des *Autonomismus*. Allerdings ist der Autonomismus durch die dreijährige Propaganda der alten „Iskra“, allgemein gesprochen, so sehr diskreditiert, daß die neue „Iskra“ sich *noch* schämt, offen für ihn einzutreten. Sie versichert uns noch ihrer Sympathien für den Zentralismus, aber das wird nur dadurch bewiesen, daß man das Wort Zentralismus in Kursivschrift druckt. In Wirklichkeit enthüllt die leiseste Berührung der Kritik mit den „Prinzipien“ des „wahrhaft sozialdemokratischen“ (und nicht anarchistischen?) Quasi-Zentralismus der neuen „Iskra“ auf jedem Schritt den Standpunkt des Autonomismus. Ist es denn jetzt nicht allen und jedem klar, daß Axelrod und Martow in organisatorischen Fragen zu Akimow umgeschwenkt sind? Haben sie das durch die bedeutsamen Worte von der „unverdienten Mißachtung jener, die nicht ‚Iskra‘-Leute sind“, nicht selber feierlich zugegeben? Und war es nicht der Autonomismus, den auf unserem Parteitag Akimow und seine Freunde verteidigten?

Eben der Autonomismus war es (wenn nicht gar der Anarchismus), den Martow und Axelrod auf dem Kongreß der Liga verteidigten, als sie mit komischem Eifer nachzuweisen versuchten, daß der Teil sich dem Ganzen nicht unterzuordnen brauche, daß der Teil in der Bestimmung seiner Beziehungen zum Ganzen autonom sei, daß das Statut der Auslandsliga, das diese Beziehungen formuliert, gegen den Willen der Parteimehrheit, gegen den Willen des Parteizentrums in Kraft treten könne. Eben der Autonomismus ist es, den Genosse Martow jetzt auch auf den Seiten der neuen „Iskra“ (Nr. 60) in der Frage der Ernennung der Mitglieder der Ortskomitees durch das Zentralkomitee offen verteidigt. Ich will nicht von den kindischen Sophismen reden, mit deren

Hilfe Genosse Martow den Autonomismus auf dem Kongreß der Liga verteidigte und jetzt in der neuen „Iskra“ verteidigt; für mich ist es wichtig, hier die unzweifelhafte Tendenz, *den Autonomismus gegen den Zentralismus zu verteidigen*, als prinzipielles, dem Opportunismus in organisatorischen Fragen eigenes Merkmal festzustellen.

Wohl der einzige Versuch einer *Analyse* des Begriffes des Bürokratismus ist die Gegenüberstellung des „formell-demokratischen“ (hervorgehoben vom Verfasser) und des „formell-bürokratischen Prinzips“ in der neuen „Iskra“ (Nr. 53). Diese Gegenüberstellung (leider ebensowenig entwickelt und auseinandergesetzt wie der Hinweis auf jene, die nicht „Iskra“-Leute sind) enthält ein Körnchen Wahrheit. Bürokratismus versus¹ Demokratismus, das heißt eben Zentralismus versus Autonomismus, das ist das organisatorische Prinzip der revolutionären Sozialdemokratie gegenüber dem organisatorischen Prinzip der Opportunisten der Sozialdemokratie. Das letztgenannte Prinzip ist bestrebt, von unten nach oben zu gehen, und darum verteidigt es überall, wo es möglich ist und soweit es möglich ist, den Autonomismus, den „Demokratismus“, der (bei denen, die mehr eifrig als klug sind) bis zum Anarchismus geht. Das erstgenannte Prinzip ist bestrebt, von oben auszugehen, und verteidigt die Erweiterung der Rechte und der Vollmachten der zentralen Körperschaft gegenüber dem Teil. In der Zeit der Zerfahrenheit und des Zirkelwesens war diese oberste Körperschaft, von der die revolutionäre Sozialdemokratie organisatorisch auszugehen bestrebt war, unvermeidlich einer der Zirkel, und zwar der Zirkel, der infolge seiner Tätigkeit und seiner revolutionären Konsequenz den größten Einfluß gewonnen hatte (in unserem Falle die „Iskra“-Organisation). In der Zeit der Wiederherstellung der tatsächlichen Parteieinheit und des Aufgehens der veralteten Zirkel in dieser Einheit ist eine solche oberste Körperschaft unbedingt *der Parteitag* das oberste Organ der Partei. Der Parteitag vereinigt nach Möglichkeit alle Vertreter der aktiven Organisationen, er ernennt die zentralen Körperschaften (oft in einer Zu-

¹ gegenüber. *Die Red.*

sammensetzung, die mehr die fortgeschrittenen als die rückständigen Elemente der Partei befriedigt, die mehr ihrem revolutionären als ihrem opportunistischen Flügel gefällt) und macht sie zu der obersten Körperschaft — bis zum nächsten Parteitag. So ist es wenigstens bei den Europäern der Sozialdemokratie, aber nach und nach, nicht ohne Schwierigkeit, nicht ohne Kampf und nicht ohne Gezänk beginnt diese den Anarchisten prinzipiell verhaßte Gewohnheit sich auch auf die Asiaten der Sozialdemokratie zu erstrecken.

Es ist im höchsten Grade interessant, festzustellen, daß die von mir aufgezeigten prinzipiellen Züge des Opportunismus in organisatorischen Fragen (Autonomismus, Edel- oder Intellektuellenanarchismus, Nachtrabpolitik und Girondismus) mutatis mutandis (mit entsprechenden Änderungen) in allen sozialdemokratischen Parteien der Welt, wo es nur eine Teilung in einen revolutionären und einen opportunistischen Flügel gibt (und wo gibt es das nicht?), zu beobachten sind. Besonders deutlich ist das gerade in der allerletzten Zeit in der deutschen Sozialdemokratischen Partei ans Tageslicht getreten, als die Niederlage bei den Wahlen im 20. sächsischen Wahlkreis (der sogenannte Fall Göhre¹) die *Prinzipien* der Parteiorganisation auf die Tagesordnung setzte. Besonders der Eifer der deutschen Opportunisten trug dazu bei, daß aus Anlaß dieses Falles die Frage prinzipiell gestellt wurde. Göhre (ein ehemaliger Pfarrer, der Verfasser des nicht unbekanntes Buches „Drei Monate Fabrikarbeiter“ und einer der „Helden“ des Dresdner Parteitags) ist selbst ein eingefleischter Opportunist, und das Organ der konsequenten deutschen Opportunisten, die „Sozialistischen Monatshefte“^[32], trat sofort für ihn ein.

Der Opportunismus im Programm ist natürlicherweise verbun-

¹ Göhre war am 16. Juni 1905 im 15. sächsischen Wahlkreis in den Reichstag gewählt worden, legte aber nach dem Dresdner Parteitag^[31] sein Mandat nieder; die Wähler des 20. Wahlkreises wollten nach dem Tode des Abgeordneten Rosenow wieder Göhre als ihren Kandidaten vorschlagen. Der Parteivorstand und der sächsische Landes-Parteivorstand wandten sich dagegen. Sie hatten zwar nicht das Recht, die Kandidatur Göhres formell zu verbieten, erreichten aber, daß Göhre auf die Kandidatur verzichtete. Bei den Wahlen erlitten die Sozialdemokraten eine Niederlage.

den mit dem Opportunismus in der Taktik und dem Opportunismus in organisatorischen Fragen. Den „neuen“ Standpunkt auseinanderzusetzen, unternahm Genosse Wolfgang Heine. Um dem Leser die Physiognomie dieses typischen Intellektuellen, der sich der Sozialdemokratie angeschlossen und opportunistische Denkgewohnheiten mitgebracht hat, zu charakterisieren, genügt es, zu sagen, daß Genosse Wolfgang Heine etwas weniger ist als ein deutscher Genosse Akimow und etwas mehr als ein deutscher Genosse Jegorow.

Genosse Wolfgang Heine ist in den „Sozialistischen Monatsheften“ mit nicht geringerem Pomp ins Feld gezogen als Genosse Axelrod in der neuen „Iskra“. Was ist schon allein die Überschrift des Aufsatzes wert: „Demokratische Randbemerkungen zum Fall Göhre“ (Nr. 4, April, „Sozialistische Monatshefte“). Und der Inhalt ist nicht weniger deklamatorisch. Genosse Wolfgang Heine wendet sich gegen die „Verletzung der Autonomie des Wahlkreises“, er verteidigt das „demokratische Prinzip“, er erhebt Protest gegen die Einmischung der „vorgesetzten Behörden“ (das heißt des Parteivorstandes) in die freie Wahl der Abgeordneten durch das Volk. Es handelt sich hier nicht um einen Zufall, belehrt uns Genosse Wolfgang Heine, sondern um die allgemeine „*Tendenz zur Bürokratisierung und Zentralisierung der Partei*“, eine Tendenz, die es auch früher gegeben habe, die aber jetzt besonders gefährlich werde. Man solle „grundsätzlich die lokalen Korporationen als die Träger des Lebens der Partei anerkennen“ (ein Plagiat aus der Broschüre des Genossen Martow „Noch einmal in der Minderheit“). Man solle „sich nicht gewöhnen, alle wichtigen politischen Entscheidungen von einer Zentrale aus zu treffen“, die Partei müsse gewarnt werden vor der „doktrinären Politik, die den Zusammenhang mit dem Leben verliert“ (entnommen der Rede des Genossen Martow auf dem Parteitag, in der er den Standpunkt vertrat, „das Leben wird sich das Seine nehmen“). „... Wenn man auf den Grund geht“, vertieft seine Argumentation Genosse W. Heine, „und von den persönlichen Differenzen, die, wie überall, auch hierbei stark mitgewirkt haben, absieht, so steckt in dieser

Erregung gegen die *Revisionisten*“ (hervorgehoben vom Verfasser, der, wie anzunehmen ist, auf die Verschiedenheit der Begriffe anspielt: Kampf gegen den Revisionismus und Kampf gegen die Revisionisten) „doch hauptsächlich das Mißtrauen gegen das *Outsidertum*¹“ (W. Heine hat anscheinend die Broschüre über den Kampf gegen den Belagerungszustand nicht gelesen und nimmt darum zu einem Anglizismus Zuflucht: Outsidertum), „der Tradition gegen das Ungewohnte, der unpersönlichen Institution gegen das Individuelle, kurz, dieselbe Tendenz, die vorher als Neigung zur Bürokratisierung und Zentralisierung der Partei nachgewiesen worden ist.“

Der Begriff der „Disziplin“ flößt Genossen Wolfgang Heine eine nicht weniger edle Empörung ein als dem Genossen Axelrod.

„... Man zieh“, schreibt er, „die Revisionisten des Mangels an Disziplin, weil sie in den ‚Sozialistischen Monatsheften‘ schrieben, ein Organ, dem man, weil es nicht *unter Kontrolle der Partei* stünde, sogar den Charakter einer sozialdemokratischen Zeitschrift absprechen wollte. Schon der Versuch dieser Einengung des Begriffs Sozialdemokraten, diese Betonung der *Disziplin* auf dem Gebiete geistiger Produktion, auf dem doch unbedingt Freiheit herrschen muß“ (man denke an das Wort: Der ideologische Kampf ist ein Prozeß, die Formen der Organisation aber nur Formen), „zeigt die Tendenz zur Bürokratisierung und zur Unterdrückung der Individualität.“ Und noch lange, lange wettet W. Heine auf alle möglichen Arten gegen diese verhaßte Tendenz, „eine alles umfassende große Organisation, möglichst zentralisiert, eine Taktik, eine Theorie“ zu schaffen; er wettet gegen die Forderung der „unbedingten Unterordnung“, der „blinden Unterordnung“, er wettet gegen den „vereinfachten Zentralismus“ usw. usw., buchstäblich „nach Axelrod“.

Die von W. Heine eröffnete Diskussion ging weiter, und da in der deutschen Partei kein Gezänk um eine Kooptation diese Diskussion verschüttete, da die deutschen Akimow ihre Stellung nicht nur auf Parteitag, sondern ständig in einem besonderen Organ

¹ Außenseitertum. *Die Red.*

klarlegen, so lief der Streit sehr bald auf eine Analyse der prinzipiellen Tendenzen der Orthodoxie und des Revisionismus in der organisatorischen Frage hinaus. Als Vertreter der revolutionären Richtung (der selbstverständlich wie auch bei uns „Diktatorenentum“, „Inquisitorentum“ und ähnliche schreckliche Dinge vorgeworfen wurden) trat Karl Kautsky auf („Neue Zeit“^[33], 1904, Nr. 28, Aufsatz „Wahlkreis und Partei“). Der Aufsatz W. Heines, sagt er, spricht „den Gedanken der ganzen revisionistischen Richtung“ aus. Nicht nur in Deutschland, sondern auch in Frankreich und in Italien treten die Opportunisten mit ihrer ganzen Kraft für den Autonomismus, für die Schwächung der Parteidisziplin, für ihre vollständige Aufhebung ein, überall führen ihre Tendenzen zur *Desorganisation*, zur Entartung des „demokratischen Prinzips“, zum *Anarchismus*. „Die Demokratie ist keineswegs Herrschaftslosigkeit“, belehrt Karl Kautsky die Opportunisten über die organisatorische Frage, „die Demokratie ist nicht Anarchie, sondern sie ist die Herrschaft der Masse über die von ihr Beauftragten, im Gegensatz zu anderen Herrschaftsformen, in denen die angeblichen Diener des Volkes in Wirklichkeit seine Herren sind.“ K. Kautsky untersucht eingehend die desorganisierende Rolle des opportunistischen Autonomismus in den verschiedenen Ländern; er weist nach, daß gerade der Anschluß einer „*Menge bürgerlicher Elemente*“¹ an die Sozialdemokratie den Opportunismus, den Autonomismus und die Tendenzen zur Verletzung der Disziplin stärkt; er erinnert immer und immer wieder daran, daß gerade die „Organisation die Waffe ist, die das Proletariat emanzipieren wird“, daß „die Organisation die dem Proletariat eigentümliche Waffe des Klassenkampfes“ ist.

In Deutschland, wo der Opportunismus schwächer ist als in Frankreich und Italien, haben es „die autonomistischen Tendenzen . . . noch nicht viel weiter gebracht als zu mehr oder weniger pathetischen Deklamationen über Diktatoren und Großinquisito-

¹ Als Beispiel nennt K. Kautsky *Jaurès*. Je mehr diese Leute zum Opportunismus neigen, um so mehr „mußte ihnen die Parteidisziplin als eine ungehörige Einengung ihrer freien Persönlichkeit erscheinen“.

ren, Bannstrahlen¹ und Ketzerriechereien, zu endlosen Nörgeleien, die endlosen Zwist erzeugen würden, wenn sie von der Gegenseite beantwortet würden“.

Kein Wunder, daß in Rußland, wo der Opportunismus in der Partei noch schwächer ist als in Deutschland, die autonomistischen Tendenzen weniger Ideen und mehr „pathetische Deklamationen“ und Gezänk gezeugt haben.

Kein Wunder, daß Kautsky zu dem Ergebnis kommt: „Ja, man kann sagen, daß vielleicht in keiner anderen Frage der Revisionismus aller Länder so einheitlich ist, trotz aller seiner Mannigfaltigkeit und Buntfarbigkeit, wie in der Organisationsfrage.“ Die Grundtendenzen der Orthodoxie und des Revisionismus auf diesem Gebiet formuliert auch K. Kautsky mit Hilfe des „furchtbaren Wortes“: Bürokratismus versus Demokratismus. „Man sagt uns“, schreibt Kautsky, es „soll die schönste Verletzung des demokratischen Prinzips in sich schließen, das da besagt, von unten herauf, durch die Selbständigkeit der Massen, nicht von oben herab auf bürokratischem Wege“ — wenn die Parteileitung das Recht erhält, die Wahl der Kandidaten (für den Reichstag) durch die örtlichen Wahlkreise zu beeinflussen. „Wenn es aber einen demokratischen Grundsatz gibt, dann ist es der, daß die Majorität das Übergewicht haben soll über die Minorität, und nicht umgekehrt . . .“ Die Wahl der Reichstagsabgeordneten von irgendeinem einzelnen Wahlkreis ist eine wichtige Frage für die Gesamtpartei, die wenigstens durch ihre Vertrauensmänner die Ernennung der Kandidaten beeinflussen muß. „Wem das zu bürokratisch oder zentralistisch erscheint, der möge vorschlagen, die Kandidaten sollen durch Urabstimmung sämtlicher Parteigenossen festgestellt werden. Wer das nicht für angängig hält, darf sich über den Mangel an Demokratie nicht beschweren, wenn diese Tätigkeit, wie manche andere, die der Gesamtpartei zufällt, von einer oder mehreren Parteinstanzen besorgt wird.“ Es war „seit jeher in der Partei üblich“, daß die

¹ Der Bannstrahl [bei Lenin deutsch. *Die Red.*] ist das deutsche Äquivalent für den russischen „Belagerungszustand“ und die „Ausnahmegesetze“. Das ist das „furchtbare Wort“ der deutschen Opportunisten.

einzelnen Wahlkreise sich mit der Parteileitung über die Aufstellung dieses oder jenes Kandidaten „freundschaftlich verständigten. Aber die Partei ist zu groß geworden, als daß dies stillschweigende Gewohnheitsrecht ausreichte. Das Gewohnheitsrecht hört auf, ein Recht zu sein, wenn es aufhört, als selbstverständlich anerkannt zu werden, wenn seine Bestimmungen, ja seine Existenz strittig werden. Da muß es ausdrücklich festgesetzt, kodifiziert werden“ . . . dann muß man zu einer „genauen statutarischen Festlegung und dadurch zu einer größeren Straffheit der Organisation“ übergehen.

Man sieht also in anderen Verhältnissen denselben Kampf des opportunistischen und des revolutionären Flügels der Partei in den organisatorischen Fragen, denselben Konflikt zwischen Autonomismus und Zentralismus, zwischen Demokratismus und „Bürokratismus“, zwischen den Tendenzen zur Lockerung der Strenge und zur Stärkung der Strenge von Organisation und Disziplin, zwischen der Mentalität des unbeständigen Intellektuellen und des standhaften Proletariers, zwischen dem intellektuellen Individualismus und der proletarischen Geschlossenheit. Es fragt sich, wie sich die *bürgerliche Demokratie* zu diesem Konflikt gestellt hat — nicht jene, die die zu Schabernacken aufgelegte Geschichte dem Genossen Axelrod irgendwann zu zeigen insgeheim versprochen hatte, sondern die wirkliche, die wahre bürgerliche Demokratie, die auch in Deutschland nicht weniger gelehrte und aufmerksame Vertreter hat, als es unsere Herren vom „Oswoboshdenije“ sind. Die deutsche bürgerliche Demokratie ist sofort auf die neue Diskussion eingegangen und hat sich sofort mit allen Kräften — ebenso wie die russische, wie immer und überall — für den opportunistischen Flügel der Sozialdemokratischen Partei eingesetzt. Das hervorragende Organ des deutschen Börsenkapitals, die „*Frankfurter Zeitung*“^[34], trat mit einem donnernden Leitartikel auf den Plan („Frankfurter Zeitung“, 7. April 1904, Nr. 97, Abendblatt), der zeigt, daß die skrupellosen Plagiate aus Axelrod geradezu eine neue Krankheit der deutschen Presse werden. Die gestrengen Demokraten der Frankfurter Börse geißeln die „Selbst-

herrschaft“ in der Sozialdemokratischen Partei, die „Parteidikatur“, die „autokratische Herrschaft der Parteibehörden“, diese „Interdikte“, mit denen man „zugleich den ganzen Revisionismus mitstrafen“ will (man denke an die „falsche Beschuldigung des Opportunismus“), diese Forderung des „blinden Gehorsams“, der „starren Disziplin“, die Forderung der lakaienhaften Unterordnung, die die Parteimitglieder in politische „Kadaver“ verwandelt (das ist noch viel schärfer als die Schräubchen und Rädchen!). „Jede persönliche Eigenart“, empören sich die Ritter der Börse beim Anblick der antidemokratischen Zustände in der Sozialdemokratie, „jede Individualität soll als verpönt gelten, weil man davon, wie der Referent über diese Frage (auf dem Parteitag der sächsischen Sozialdemokraten), Sindermann, offen erklärte, französische Zustände, Jaurèsismus und Millerandismus^[25] befürchtet.“

*

Soweit also in den neuen Wörtchen der neuen „Iskra“ zur organisatorischen Frage ein prinzipieller Sinn enthalten ist, unterliegt es keinem Zweifel, daß dieser Sinn opportunistisch ist. Diese Schlußfolgerung wird bekräftigt durch die ganze Analyse unseres Parteitages, der sich in einen revolutionären und einen opportunistischen Flügel teilte, und durch das Beispiel *aller* europäischen sozialdemokratischen Parteien, in denen der Opportunismus in der organisatorischen Frage in denselben Tendenzen, in denselben Anklagen und fast durchweg auch in denselben Worten zum Ausdruck kommt. Gewiß, die nationalen Besonderheiten der verschiedenen Parteien und die Ungleichartigkeit der politischen Verhältnisse in den verschiedenen Ländern drücken ihren Stempel auf, wodurch der deutsche Opportunismus dem französischen, der französische dem italienischen, der italienische dem russischen ganz unähnlich wird. Aber die Gleichartigkeit der Grundteilung aller dieser Parteien in einen revolutionären und einen opportunistischen Flügel, die Gleichartigkeit des Gedankengangs und der Tendenzen des Opportunismus in der organisatorischen Frage treten trotz

der erwähnten Verschiedenheit der Verhältnisse deutlich hervor.¹ Der Überfluß an Vertretern der radikalen Intelligenz in den Reihen unserer Marxisten und unserer Sozialdemokraten machte und macht das Vorhandensein des durch ihre Mentalität erzeugten Opportunismus auf den verschiedensten Gebieten und in den verschiedensten Formen unvermeidlich. Wir bekämpften den Opportunismus in den Grundfragen unserer Weltanschauung, in den Programmfragen; und das vollständige Auseinandergehen in den Zielen führte unvermeidlich zur unwiderruflichen Abgrenzung zwischen den Liberalen, die unseren legalen Marxismus verdorben haben, und den Sozialdemokraten. Wir bekämpften den Opportunismus in den Fragen der Taktik; und das Auseinandergehen mit den Genossen Kritschewski und Akimow in diesen weniger wichtigen Fragen war natürlich nur vorübergehend und von keiner Bildung verschiedener Parteien begleitet. Wir müssen jetzt den Opportunismus Martows und Axelrods in Fragen der Organisation überwinden, die selbstverständlich noch weniger grundlegend sind als die Fragen des Programms und der Taktik, die aber in diesem Augenblick in den Vordergrund unseres Parteilebens getreten sind.

Wenn man vom Kampf gegen den Opportunismus spricht, so darf man nie das charakteristische Merkmal des ganzen heutigen Opportunismus auf allen Gebieten vergessen: seine Unklarheit, Verschwommenheit, Ungreifbarkeit. Seiner ganzen Natur nach

¹ Niemand wird heute daran zweifeln, daß die alte Teilung der russischen Sozialdemokraten in den Fragen der Taktik in Ökonomen und Politiker von der gleichen Art war wie die Teilung der gesamten internationalen Sozialdemokratie in Opportunisten und Revolutionäre, obgleich der Unterschied zwischen den Genossen Martynow und Akimow einerseits und den Genossen von Vollmar und von Elm oder Jaurès und Millerand andererseits sehr groß ist. Genau so besteht zweifellos auch eine Gleichartigkeit der Grundteilungen in der organisatorischen Frage, trotz des ungeheuren Unterschieds der Verhältnisse zwischen politisch rechtlosen und politisch freien Ländern. Es ist äußerst charakteristisch, daß die prinzipienfeste Redaktion der neuen „Iskra“, die die Diskussion zwischen Kautsky und Heine flüchtig gestreift hat (Nr. 64), die Frage der *prinzipiellen Tendenzen* jedes Opportunismus und jeder Orthodoxie in der organisatorischen Frage ängstlich *vermied*.

geht der Opportunist stets einer klaren und unwiderruflichen Fragestellung aus dem Wege; er sucht eine Resultante, windet sich wie eine Schlange zwischen Standpunkten, die sich gegenseitig ausschließen, und bemüht sich, mit dem einen und mit dem anderen „einverstanden zu sein“, wobei er seine Meinungsverschiedenheit auf kleine Verbesserungsanträge, Zweifel, gute und unschuldige Wünsche usw. usw. beschränkt. Der Opportunist in Programmfragen, Genosse Eduard Bernstein, ist mit dem revolutionären Programm der Partei „einverstanden“, und obgleich er sicherlich seine „Umgestaltung von Grund auf“ wünscht, so hält er sie doch für unzeitgemäß, für unzweckmäßig, für nicht so wichtig wie die Klarlegung der „allgemeinen Grundsätze“ der „Kritik“ (die hauptsächlich in einer unkritischen Übernahme der Prinzipien und der Parolen der bürgerlichen Demokratie besteht). Der Opportunist in Fragen der Taktik, Genosse von Vollmar, ist ebenfalls mit der alten Taktik der revolutionären Sozialdemokratie einverstanden und beschränkt sich ebenfalls mehr auf Deklamationen, Verbesserungsanträge, kleine Verspottungen, ohne mit irgendeiner bestimmten „ministerialistischen“ Taktik aufzutreten. Die Opportunisten in Organisationsfragen, die Genossen Martow und Axelrod, haben auch bisher – trotz der offenen Aufforderungen – keine bestimmten prinzipiellen Thesen aufgestellt, die „statutarisch festgelegt“ werden könnten; auch sie hätten unbedingt eine „Umgestaltung“ unseres Organisationsstatuts „von Grund auf“ gewünscht („Iskra“ Nr. 58, S. 2, Spalte 3), aber sie ziehen es vor, sich zunächst mit „allgemeinen Fragen der Organisation“ zu befassen (denn eine wirklich grundlegende Umgestaltung unseres – trotz des Paragraphen 1 – doch zentralistischen Statuts würde unvermeidlich, wollte man sie im Sinne der neuen „Iskra“ vornehmen, zum Autonomismus führen, Genosse Martow möchte aber seine *prinzipielle* Tendenz zum Autonomismus sogar sich selber nicht eingestehen). Ihre „prinzipielle“ Stellung in der organisatorischen Frage schillert darum in allen Regenbogenfarben: Überwiegend sind es unschuldige pathetische Deklamationen über Selbstherrschertum und Bürokratismus, über blinden Gehorsam, über

Schräbchen und Rädchen — Deklamationen, die so unschuldig sind, daß es noch sehr schwerfällt, in ihnen den wirklich prinzipiellen Sinn vom wirklichen Kooptationssinn zu trennen. Aber je tiefer in den Wald, desto dichter das Holz: Die Versuche der Analyse und genauen Definierung des verhaßten „Bürokratismus“ führen unvermeidlich zum Autonomismus; die Versuche der „Vertiefung“ und Begründung führen unweigerlich zur Rechtfertigung der Rückständigkeit, zur Nachtrabpolitik, zu girondistischen Phrasen. Schließlich erscheint das Prinzip des *Anarchismus* auf der Bildfläche, als das einzige wirklich bestimmte und in der Praxis darum besonders klar hervortretende Prinzip (die Praxis geht der Theorie immer voran). Verhöhnung der Disziplin — Autonomismus — Anarchismus, das ist die Stufenleiter, an der unser Organisationsopportunismus bald hinauf, bald herunter klettert, von Stufe zu Stufe springend und jeder klaren Formulierung seiner Prinzipien aus dem Wege gehend.¹ Genau dieselbe Abstufung kann man auch am Opportunismus in Programm und Taktik beobachten: Verspottung der „Orthodoxie“, der Rechtgläubigkeit, Beschränktheit und Unbeweglichkeit — revisionistische „Kritik“ und Ministerialismus — bürgerliche Demokratie.

¹ Wer sich an die Debatten über den Paragraphen 1 erinnert, der wird jetzt klar sehen, daß der Fehler der Genossen Martow und Axelrod in der Frage des Paragraphen 1 bei der Entwicklung und Vertiefung dieses Fehlers *unvermeidlich* zum Organisationsopportunismus führt. Der Grundgedanke des Genossen Martow — sich selbst zur Partei zu zählen — ist eben ein falscher „Demokratismus“, der Gedanke des Aufbaus der Partei von unten nach oben. Meine Idee ist dagegen in dem Sinne „bürokratisch“, daß die Partei von oben nach unten aufgebaut werden soll, vom Parteitag zu den einzelnen Parteiorganisationen. Die Mentalität des bürgerlichen Intellektuellen, die anarchistischen Phrasen, der opportunistische, nachtrabpolitische Tiefsinn — all das ist schon in der Debatte über den Paragraphen 1 in Erscheinung getreten. Genosse Martow spricht von der „begonnenen Denkarbeit“ in der neuen „Iskra“. Das ist so weit richtig, als er und Axelrod, mit Paragraph 1 beginnend, tatsächlich ihren Gedanken eine neue Richtung geben. Schlimm ist nur, daß diese Richtung opportunistisch ist. Je weiter sie in dieser Richtung „arbeiten“ werden, um so tiefer werden sie im Sumpf steckenbleiben.

In engem psychologischem Zusammenhang mit dem Haß gegen die Disziplin steht die nichtabbrechende monotone Note des *Gekränktheits*, die in allen Schriften aller heutigen Opportunisten im allgemeinen und unserer Minderheit im besonderen erklingt. Sie werden verfolgt, bedrängt, verjagt, belagert, niedergetreten. In diesen Worten ist viel mehr psychologische und politische Wahrheit enthalten, als der Verfasser des netten und geistreichen Witzes über die Niedergetretenen und die Niedertretenden wahrscheinlich selber geahnt hat. Man betrachte in der Tat die Protokolle unseres Parteitags, und man wird sehen, daß die Minderheit durchweg Gekränkte sind, jene Leute, die die revolutionäre Sozialdemokratie irgendwann und mit irgend etwas gekränkt hat. Da sind die Bundisten und die „Rabotscheje-Djelo“-Leute, die wir so „kränkten“, daß sie den Parteitag verließen; da sind die Leute vom „Jushny Rabotschi“, die sich tödlich gekränkt fühlen durch die Abdrosselung der Organisationen überhaupt und ihrer eigenen im besonderen; da ist Genosse Machow, den man jedesmal, wenn er das Wort nahm, kränkte (weil er sich pünktlich jedesmal blamierte); da sind schließlich Genosse Martow und Genosse Axelrod, die man durch die „falsche Beschuldigung des Opportunismus“ in der Frage des Paragraphen 1 und durch die Niederlage bei den Wahlen gekränkt hat. Und all diese bitteren Kränkungen waren nicht das zufällige Ergebnis unerlaubter Witze, scharfer Ausfälle, wütender Polemik, des Türenwerfens und des Drohens mit der Faust, wie sehr viele Philister auch heute noch glauben, sondern das unvermeidliche politische Ergebnis der ganzen dreijährigen ideologischen Arbeit der „Iskra“. Wenn wir im Verlaufe dieser drei Jahre nicht nur mit der Zunge lose Reden geführt, sondern jene Überzeugungen zum Ausdruck gebracht haben, die in die Tat übergehen müssen, so waren wir gezwungen, auf dem Parteitag die „Iskra“-Gegner und den „Sumpf“ zu bekämpfen. Und als wir zusammen mit Genossen Martow, der in den ersten Reihen mit offenem Visier kämpfte, eine so große Menge von Leuten gekränkt hatten, da war es notwendig, nur noch ein bißchen, ein ganz klein wenig Genossen Axelrod und Genossen Martow zu kränken, um den Becher

zum Überlaufen zu bringen. Die Quantität schlug in Qualität um. Die Negation der Negation trat ein. Alle Gekränkten vergaßen die gegenseitigen Kränkungen, sie fielen einander schluchzend in die Arme und erhoben das Banner des „Aufstandes gegen den Leninismus“¹.

Der Aufstand ist eine herrliche Sache, wenn sich fortgeschrittene Schichten gegen reaktionäre erheben. Wenn sich der revolutionäre Flügel gegen den opportunistischen erhebt, so ist es gut. Wenn sich der opportunistische Flügel gegen den revolutionären erhebt, so ist es schlecht.

Genosse Plechanow ist gezwungen, an dieser schlechten Sache sozusagen als Kriegsgefangener teilzunehmen. Er bemüht sich, seinen Ärger auszulassen, greift einzelne ungeschickte Sätze bei dem Verfasser der einen oder der anderen Resolution zugunsten der „Mehrheit“ heraus und ruft dabei aus: „Armer Genosse Lenin! Schön sind seine orthodoxen Anhänger!“ („Iskra“ Nr. 63, Beilage.)

Nun, Genosse Plechanow, wenn ich arm bin, so ist die Redaktion der neuen „Iskra“ ganz bettelarm. Wie arm ich auch sein mag, so bin ich doch nicht so bettelarm, um gezwungen zu sein, die Augen vor dem Parteitag zu verschließen und in den Resolutionen der Komiteemitglieder Material für meinen Witz zu suchen. Wie arm ich auch sein mag, so bin ich doch tausendmal reicher als die Leute, deren Anhänger nicht zufällig diesen oder jenen ungeschickten Satz aussprechen, sondern sich in allen Fragen, sowohl in den Fragen der Organisation als auch der Taktik und auch des Programms hartnäckig und beharrlich an Prinzipien halten, die den Prinzipien der revolutionären Sozialdemokratie entgegengesetzt sind. Wie arm ich auch sein mag, so ist es doch nicht so weit mit mir gekommen, daß ich gezwungen wäre, das mir von solchen Anhängern gespendete *Lob vor der Öffentlichkeit zu verbergen*. Die Redaktion der neuen „Iskra“ aber ist gezwungen, das zu tun.

Weißt du, Leser, was das Woronesher Komitee der Sozialdemo-

¹ Dieser merkwürdige Ausdruck stammt von Genossen Martow.

kratischen Arbeiterpartei Rußlands ist? Wenn du das nicht weißt, dann lies die Parteitageprotokolle. Du wirst daraus erfahren, daß die Richtung dieses Komitees vollkommen von Genossen Akimow und Genossen Bruker vertreten wird, die auf dem Parteitag auf der ganzen Linie den revolutionären Flügel der Partei bekämpfen haben und die mehr als ein dutzendmal von allen – angefangen von Genossen Plechanow bis zu Genossen Popow – zu den Opponenten gezählt worden sind.

Dieses Woronesher Komitee erklärt nun in seinem Januarblatt (Nr. 12, 1904) das Folgende:

„In unserer ständig anwachsenden Partei hat sich im letzten Jahr ein großes und für die Partei wichtiges Ereignis vollzogen: Der Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands, der Vertreter ihrer Organisationen, hat stattgefunden. Die Einberufung eines Parteitags ist eine sehr komplizierte und unter dem monarchistischen Regime eine sehr riskante, schwierige Sache, daher ist es kein Wunder, daß die Einberufung des Parteitags *viel zu wünschen übrig ließ* und daß die Tagung selber, obgleich sie ohne Hindernis vonstatten ging, nicht alle Forderungen, die die Partei an sie gestellt hatte, befriedigt hat. Die Genossen, die die Konferenz (Beratung) im Jahre 1902 beauftragt hatte, den Parteitag einzuberufen, wurden verhaftet, *und so veranstalteten den Parteitag Leute, die nur von einer Richtung in der russischen Sozialdemokratie, der ‚Iskra‘-Richtung, dazu bestimmt wurden. Viele sozialdemokratische, aber nicht zur ‚Iskra‘-Richtung gehörende Organisationen wurden zu den Arbeiten des Parteitags nicht herangezogen: Zum Teil aus diesem Grunde ist die Aufgabe der Ausarbeitung eines Programms und eines Statuts der Partei äußerst unvollkommen durchgeführt worden; die großen Lücken im Statut, die zu gefährlichen Mißverständnissen führen können, werden von den Parteitagsdelegierten selber anerkannt. Auf dem Parteitag haben sich die ‚Iskra‘-Leute selber gespalten, und viele bedeutende Funktionäre der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands, die früher das Aktionsprogramm der ‚Iskra‘ vollkommen angenommen zu haben schienen, haben jetzt zugegeben, daß viele ihrer Ansichten, die hauptsächlich von Lenin und Plechanow vertreten wurden, nicht lebensfähig sind. Obwohl Lenin und Plechanow auf dem Parteitag die Oberhand gewannen, so machen doch die Macht des praktischen Lebens, die Forderungen der wirklichen Arbeit, in deren Reihen auch alle nicht zur ‚Iskra‘-Richtung Gehörenden stehen, die Fehler der Theoretiker rasch wieder gut und nach dem Parteitag haben sie bereits ernste Verbesserungen bewirkt. Die ‚Iskra‘ hat sich sehr geändert und verspricht, den Forderungen der Funktionäre der Sozial-*

demokratie im allgemeinen Aufmerksamkeit zu schenken. Obwohl nun die *Arbeiten des Parteitags* vom nächsten Parteitag *revidiert werden müssen* und obwohl sie, wie die Parteitagsdelegierten selber einsehen, nicht befriedigend sind und *darum nicht als unabänderliche Beschlüsse in die Partei eingehen können*, so hat der Parteitag doch die Lage in der Partei geklärt und ein reichhaltiges Material für die weitere theoretische und organisatorische Tätigkeit der Partei und eine ungeheuer lehrreiche Erfahrung für die allgemeine Parteiarbeit geliefert. Die Parteitagsbeschlüsse und das vom Parteitag ausgearbeitete Statut werden von allen Organisationen *berücksichtigt werden*, aber viele werden *davon absehen, sich ausschließlich von ihnen leiten zu lassen, angesichts ihrer offensichtlichen Unvollkommenheit*.

Im Woronesher Komitee, das die große Wichtigkeit der allgemeinen Parteiarbeit begriffen hat, haben alle Fragen im Zusammenhang mit der Organisierung des Parteitags einen lebhaften *Widerhall* gefunden. Das Komitee ist sich der großen Bedeutung der Geschehnisse auf dem Parteitag bewußt, es *begrüßt die in der 'Iskra'* — die zum Zentralorgan (Hauptorgan) geworden ist — *vollzogene Wendung*. Obwohl die Lage der Dinge in der Partei und im Zentralkomitee uns *noch* nicht befriedigt, so glauben wir doch, daß die schwierige Arbeit der Organisierung der Partei mit gemeinsamen Anstrengungen vervollkommnet werden wird. Angesichts der falschen Gerüchte erklärt das Woronesher Komitee den Genossen, daß von einem Austritt des Woronesher Komitees aus der Partei keine Rede sein kann. Das Woronesher Komitee versteht sehr gut, ein wie gefährlicher Präzedenzfall (Beispiel) der Austritt einer Arbeiterorganisation, wie sie das Woronesher Komitee darstellt, aus der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands sein würde, *welch ein Vorwurf damit auf der Partei lasten* und wie ungünstig das für die Arbeiterorganisationen sein würde, die einem solchen Beispiel folgen könnten. Wir dürfen keine neuen Spaltungen schaffen, sondern müssen hartnäckig nach der Vereinigung aller bewußten Arbeiter und Sozialisten in einer Partei streben. Außerdem war der II. Parteitag ein ordentlicher und nicht ein konstituierender Parteitag. Ausschlüsse aus der Partei können nur von einem Parteigericht vorgenommen werden, und keine einzige Organisation, auch nicht das Zentralkomitee, hat das Recht, irgendeine sozialdemokratische Organisation aus der Partei auszuschließen. Mehr als das. Auf dem

zweiten Parteitag ist der Paragraph 8 des Statuts angenommen worden, auf Grund dessen jede Organisation in ihren örtlichen Angelegenheiten autonom (selbständig) ist, und darum *steht dem Woronesher Komitee das volle Recht zu, seine organisatorischen Auffassungen im Leben und in der Partei durchzusetzen.*“

Die Redaktion der neuen „Iskra“, die sich in Nr. 61 auf dieses Flugblatt beruft, hat den zweiten, in großer Schrift gedruckten Teil der angeführten Tirade abgedruckt; den ersten, klein gedruckten Teil hat die Redaktion *wegzulassen vorgezogen.*

Sie hat sich geschämt.

r) Einiges über Dialektik Zwei Umwälzungen

Wenn wir einen allgemeinen Blick auf die Entwicklung unserer Parteikrise werfen, so sehen wir leicht, daß die Zusammensetzung der beiden kämpfenden Lager in der Hauptsache während der ganzen Zeit mit geringen Ausnahmen die gleiche blieb. Es war der Kampf des revolutionären und des opportunistischen Flügels unserer Partei. Dieser Kampf durchlief aber die verschiedensten Stadien, und jeder, der sich in der bereits angesammelten ungeheuren Literatur, in der Menge fragmentarischer Hinweise, aus dem Zusammenhang gerissener Zitate, einzelner Anschuldigungen usw. usw. zurechtfinden will, muß die Eigenarten jedes dieser Stadien genau kennen.

Jedes dieser Stadien ist gekennzeichnet durch eine wesentlich verschiedene Konjunktur des Kampfes und durch ein verschiedenes unmittelbares Angriffsziel; jedes Stadium ist sozusagen eine besondere Schlacht des gesamten Feldzugs. Man kann von unserem Kampf nichts verstehen, wenn man nicht die konkrete Lage studiert, in der sich jede Schlacht abgespielt hat. Wenn wir sie aber studiert haben, so werden wir deutlich sehen, daß die Entwicklung tatsächlich den dialektischen Weg, den Weg der Widersprüche geht: Die Minderheit wird zur Mehrheit, die Mehrheit zur Min-

derheit; jede Partei geht von der Verteidigung zum Angriff und vom Angriff zur Verteidigung über; der Ausgangspunkt des ideologischen Kampfes (Paragraph 1) wird „negiert“ und macht dem über alles dominierenden Gezänk Platz¹, dann aber beginnt die „Negation der Negation“, und irgendwie in den verschiedenen Zentren irgendwie „in Frieden lebend“, kehren wir zum Ausgangspunkt des rein ideologischen Kampfes zurück; aber schon ist diese „These“ durch alle Ergebnisse der „Antithese“ bereichert, und sie verwandelt sich in die höchste Synthese in dem Augenblick, wo der isolierte zufällige Fehler in der Frage des Paragraphen 1 zu einem Quasi-System opportunistischer Auffassungen in der organisatorischen Frage herangewachsen ist, wo die Verbindung zwischen dieser Erscheinung mit der Grundteilung unserer Partei in einen revolutionären und einen opportunistischen Flügel uns immer anschaulicher vor Augen tritt. Mit einem Wort, nicht nur die Gerste wächst nach Hegel, sondern auch die russischen Sozialdemokraten bekämpfen sich gegenseitig nach Hegel.

Aber die gewaltige Hegelsche Dialektik, die der Marxismus übernahm, wobei er sie auf die Füße stellte, darf nie verwechselt werden mit der vulgären Methode, die den Zickzackkurs der vom revolutionären zum opportunistischen Flügel überlaufenden politischen Funktionäre mit der vulgären Gewohnheit rechtfertigt, die einzelnen Erklärungen, die einzelnen Momente in der Entwicklung der verschiedenen Stadien eines einheitlichen Prozesses in einen Topf zu werfen. Die wahre Dialektik rechtfertigt nicht persönliche Fehler, sondern sie studiert die unvermeidlichen Wendungen, weist ihre Unvermeidlichkeit auf Grund eingehendster Erforschung der Entwicklung in ihrer ganzen Konkrettheit nach. Der Grundsatz der Dialektik lautet: Eine abstrakte Wahrheit gibt

¹ Die schwierige Frage der Abgrenzung zwischen Gezänk und grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten wird jetzt von selbst gelöst: Alles, was sich auf die Kooptation bezieht, ist kleinliches Gezänk; alles, was sich auf die Analyse des Kampfes auf dem Parteitag, auf die Diskussion über den Paragraphen 1 und über die Wendung zum Opportunismus und Anarchismus bezieht, ist grundsätzliche Meinungsverschiedenheit.

es nicht, die Wahrheit ist stets konkret . . . Und weiter darf man diese gewaltige Hegelsche Dialektik nicht mit der abgeschmackten Lebensweisheit verwechseln, die in dem italienischen Sprichwort zum Ausdruck kommt — *mettere la coda dove non va il capo* (den Schwanz durchstecken, wo der Kopf nicht durchkriechen kann).

Das Ergebnis der dialektischen Entwicklung unseres Parteikampfes läuft auf zwei Umwälzungen hinaus. Der Parteitag war eine wirkliche Umwälzung, wie Genosse Martow in seiner Broschüre „Noch einmal in der Minderheit“ richtig feststellte. Recht haben auch die Witzbolde aus der Minderheit, die sagen: Die Welt wird durch Revolutionen vorwärtsgetrieben, darum haben wir eine Revolution vollbracht! Sie haben tatsächlich nach dem Parteitag eine Revolution gemacht; richtig ist auch, daß die Welt, allgemein gesprochen, durch Revolutionen vorwärtsgetrieben wird. Aber durch diesen allgemeinen Ausspruch wird die konkrete Bedeutung jeder konkreten Revolution noch nicht bestimmt: Es gibt Revolutionen, die Reaktionen entsprechen, kann man, den unvergeßlichen Ausspruch des unvergeßlichen Genossen Machow paraphrasierend, sagen. Man muß wissen, ob der revolutionäre oder der opportunistische Flügel der Partei die reale Kraft gewesen ist, die die Umwälzung vollzog; man muß wissen, ob die Kämpfer von revolutionären oder von opportunistischen Grundsätzen be-seelt waren, um bestimmen zu können, ob diese oder jene konkrete Revolution die „Welt“ (unsere Partei) vorwärts- oder rückwärtsgetrieben hat.

Unser Parteitag war in seiner Art eine einzigartige, in der ganzen Geschichte der russischen revolutionären Bewegung noch nicht dagewesene Erscheinung. Zum ersten Male ist es einer konspirativen revolutionären Partei gelungen, aus dem Dunkel der Illegalität ans Tageslicht zu treten und in aller Öffentlichkeit den ganzen Verlauf und den Ausgang unseres inneren Parteikampfes, das ganze Antlitz unserer Partei und jedes irgendwie bemerkenswerten Teiles dieser Partei in Fragen des Programms, der Taktik und der Organisation zu zeigen. Zum ersten Male ist es uns gelungen, uns von der Tradition der dem Zirkelwesen eigenen Disziplinlosigkeit

und des revolutionären Spießertums frei zu machen und Dutzende der verschiedensten Gruppen zusammenzubringen, die häufig einander erbittert bekämpften, die ausschließlich durch die Macht der Idee miteinander verbunden und (im Prinzip) bereit waren, jede Gruppeneigentümlichkeit und Gruppenselbständigkeit dem gewaltigen, in Wirklichkeit zum erstenmal von uns geschaffenen Ganzen — *der Partei* — zu opfern. Aber in der Politik werden Opfer nicht ohne weiteres gebracht, sie müssen erkämpft werden. Der Kampf um die Auflösung von Organisationen mußte unvermeidlich ein furchtbar erbitterter sein. Der frische Wind des offenen, freien Kampfes verwandelte sich in einen Wirbelwind. Dieser Wirbelwind fegte — und es ist sehr gut, daß er es tat! — alle Überreste ausnahmslos aller Zirkelinteressen, Zirkelgefühle und -traditionen hinweg und schuf zum ersten Male wirkliche Parteikörperschaften.

Aber eine Sache ist es, sich als etwas zu bezeichnen, und eine andere Sache — es zu sein. Eine Sache ist es, im Prinzip das Zirkelwesen zugunsten der Partei zu opfern, eine andere Sache — auf seinen eigenen Zirkel zu verzichten. Der frische Wind erwies sich als zu frisch für Leute, die an das muffige Spießertum gewöhnt waren. „Die Partei hat ihren ersten Parteitag nicht ertragen“, wie sich (unwillkürlich) sehr richtig Genosse Martow in seiner Broschüre „Noch einmal in der Minderheit“ ausdrückte. Die durch die Auflösung von Organisationen verursachte Kränkung war zu groß. Der wilde Wirbelwind hat den ganzen Schlamm am Boden unseres Parteistromes aufgewühlt, und dieser Schlamm hat Rache geübt. Das alte, verkrustete Zirkelprinzip hat das noch junge Parteiprinzip bezwungen. Der aufs Haupt geschlagene opportunistische Flügel der Partei hat — natürlich vorübergehend — über den revolutionären Flügel die Oberhand gewonnen, nachdem er durch die zufällige Akimowsche Beute eine Stärkung erhalten hatte.

Das Ergebnis ist die neue „Iskra“, die zwangsläufig den von ihren Redakteuren auf dem Parteitag begangenen Fehler entwickeln und vertiefen muß. Die alte „Iskra“ lehrte die Wahr-

heiten des revolutionären Kampfes. Die neue „Iskra“ lehrt die Lebensweisheit: Nachgiebigkeit und Verträglichkeit. Die alte „Iskra“ war das Organ der kämpfenden Orthodoxie. Die neue „Iskra“ präsentiert uns eine Neuauflage des Opportunismus — hauptsächlich in Organisationsfragen. Die alte „Iskra“ hat sich die ehrenvolle Feindschaft sowohl der russischen wie der westeuropäischen Opportunisten erworben. Die neue „Iskra“ ist „klug“ geworden, und bald wird sie aufhören, sich des Lobes zu schämen, das die äußersten Opportunisten ihr spenden. Die alte „Iskra“ schritt unbeirrt ihrem Ziele zu, ihre Worte und ihre Taten gingen nicht auseinander. In der neuen „Iskra“ muß unvermeidlich das innerlich Falsche ihrer Stellung — sogar unabhängig von irgendeinem Willen oder Bewußtsein — politische Heuchelei erzeugen. Sie zetert über das Zirkelwesen, um den Sieg des Zirkelprinzips über das Parteiprinzip zu verdecken. Sie verurteilt pharisäisch die Spaltung, als könnte man sich in einer halbwegs organisierten Partei gegen die Spaltung irgendein anderes Mittel vorstellen als die Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit. Sie verkündet die Notwendigkeit, der revolutionären öffentlichen Meinung Rechnung zu tragen, und befaßt sich, die Lobeshymnen der Akimow verheimlichend, mit kleinlichem Klatsch über die Komitees, die dem revolutionären Flügel der Partei angehören. Welche Schande! Wie haben sie unsere alte „Iskra“ mit Schmach bedeckt!

Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück . . . Das kommt sowohl im Leben der Individuen als auch in der Geschichte der Nationen und in der Entwicklung der Parteien vor. Es wäre ein verbrecherischer Kleinmut, wollte man auch nur eine Minute an dem unvermeidlichen, vollständigen Triumph der Prinzipien der revolutionären Sozialdemokratie, der proletarischen Organisation und der Parteidisziplin zweifeln. Wir haben schon sehr viel errungen, wir müssen auch weiter kämpfen, ohne bei Mißerfolgen den Mut sinken zu lassen. Wir müssen standhaft kämpfen, die Spießmethoden des Zirkelgezänks verachten, die mit so großer Anstrengung geschaffene einheitliche Parteiverbindung aller Sozial-

demokraten Rußlands bis zur letzten Möglichkeit verteidigen und durch hartnäckige und systematische Arbeit zu erreichen suchen, daß alle Parteimitglieder, insbesondere die Arbeiter, die Parteipflichten, den Kampf auf dem zweiten Parteitag und alle Ursachen und Stadien unserer Meinungsverschiedenheiten vollständig und bewußt kennenlernen. Und daß sie auch das Verhängnisvolle des Opportunismus kennenlernen, der auf organisatorischem Gebiet ebenso wie auf dem Gebiet unseres Programms und unserer Taktik vor der bürgerlichen Mentalität hilflos die Waffen streckt, den Standpunkt der bürgerlichen Demokratie unkritisch übernimmt und die Waffe des proletarischen Klassenkampfes abstumpft.

Das Proletariat besitzt keine andere Waffe im Kampf um die Macht als die Organisation. Das Proletariat, das durch die Herrschaft der anarchischen Konkurrenz in der bürgerlichen Welt gespalten wird, das durch die unfreie Arbeit für das Kapital niedergedrückt wird, das ständig in die Tiefe völliger Verelendung, der Verwilderung und Entartung geworfen wird, kann und wird unbedingt nur dadurch eine unbesiegbare Kraft werden, daß seine ideologische Vereinigung auf Grund der Prinzipien des Marxismus durch die materielle Einheit der Organisation gefestigt wird, die Millionen Werktätiger zur Armee der Arbeiterklasse zusammenschließt. Dieser Armee wird weder die morsche Macht der russischen Selbstherrschaft noch die immer morscher werdende Macht des internationalen Kapitals standhalten. Diese Armee wird ihre Reihen immer enger zusammenschließen, trotz allen Zickzackkursen und allen Schritten zurück, trotz den opportunistischen Phrasen der Girondisten der heutigen Sozialdemokratie, trotz der selbstzufriedenen Anpreisung des rückständigen Zirkelwesens, trotz dem Flittergold des *Intellektuellen*-Anarchismus.

ANMERKUNGEN

¹ „*Iskra*“ (Der Funke) — erste gesamtrussische marxistische Zeitung, von Lenin im Ausland gegründet und illegal nach Rußland befördert. Die erste Nummer erschien im Dezember 1900. Die *alte* Leninsche „*Iskra*“ spielte eine gewaltige historische Rolle, da sie die Schaffung der selbständigen politischen Partei der Arbeiterklasse vorbereitet hat. Sie führte einen schonungslosen Kampf gegen den Ökonomismus und gegen andere der Arbeiterklasse feindliche Richtungen.

Die *neue* „*Iskra*“ — im Herbst 1903, nachdem sich Plechanow den Menschewiki angeschlossen hatte, trat Lenin aus der Redaktion der „*Iskra*“ aus; von Nr. 52 an war die „*Iskra*“, die man nun als *neue* „*Iskra*“ zu bezeichnen pflegte, ein opportunistisches Organ der Menschewiki. Die letzte Nummer der neuen „*Iskra*“ (Nr. 112) erschien am 8. Oktober 1905. 17 23

² *Konferenz im Jahre 1902* — Konferenz von Vertretern der Komitees der SDAPR vom 23. bis zum 28. März (5.—10. April) 1902 in Bialystok. Die „Ökonomen“ und Bundisten wollten die Konferenz zum Parteitag erklären. In einem von Lenin verfaßten Referat, das von einem Vertreter der „*Iskra*“ auf der Konferenz verlesen wurde, wurde der Beweis erbracht, daß ein solcher Parteitag nicht vorbereitet und nicht kompetent sei. Die Konferenz schuf ein Organisationskomitee zur Einberufung des II. Parteitags der SDAPR, dessen Mitglieder in ihrer Mehrzahl bald danach verhaftet wurden. Auf einer Konferenz in Pskow wurde im November desselben Jahres ein neues Organisationskomitee geschaffen. In dem „Bericht der Redaktion der ‚*Iskra*‘ an die Beratung (Konferenz) der Komitees der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands“ (Sämtliche Werke, Bd. V, S. 93—104) gab Lenin eine Würdigung der Konferenz von Bialystok. 23

³ „*Bund*“ (Allgemeiner jüdischer Arbeiterverband in Litauen, Polen und Rußland) — jüdische kleinbürgerliche, opportunistische Organisation, gegründet 1897. Der „*Bund*“ schloß sich 1898 der SDAPR auf ihrem I. Parteitag an. Auf dem II. Parteitag der SDAPR trat der „*Bund*“ aus der Partei aus, da der Parteitag die nationalistische Forderung des „*Bund*“, ihn als den einzigen Vertreter des jüdischen Proletariats anzuerkennen, abgelehnt hatte. Auf dem IV. Parteitag der SDAPR, auf dem die Menschewiki die Mehrheit hatten, wurde der „*Bund*“ aufs neue in die SDAPR

aufgenommen. Der „Bund“ unterstützte stets die Menschewiki und kämpfte gegen die Bolschewiki. 24

- ⁴ „*Rabotscheje Djelo*“ (Die Arbeitersache) — Auslandsorgan der „Ökonomen“, herausgegeben vom „Auslandsbund russischer Sozialdemokraten“, erschien in Genf von April 1899 bis Februar 1902 unter der Redaktion von B. N. Kritschewski, A. S. Martynow und W. P. Iwanschin. Es erschienen im ganzen 12 Nummern. Eine Kritik der Ansichten der „Arbeitersächler“ gab Lenin in „Was tun?“ (Dietz Verlag, Berlin 1951). 24
- ⁵ „*Jushny Rabotschi*“ (Arbeiter des Südens) — sozialdemokratische Gruppe, die von 1900 bis 1903 in Jekaterinoslaw eine illegale Zeitung unter demselben Titel herausgab. 24
- ⁶ „*Borba*“ (Der Kampf) — ausländische Literatengruppe, zählte sich zur SDAPR. Sie hatte sich 1901 als selbständige Gruppe in Paris gebildet. In Anbetracht ihres Abweichens von den Anschauungen und der Taktik der Sozialdemokraten, in Anbetracht ihrer desorganisierenden Tätigkeit und in Anbetracht des Fehlens einer Verbindung mit der sozialdemokratischen Organisation in Rußland wurde die Gruppe nicht zum II. Parteitag zugelassen. Die Gruppe „*Borba*“ wurde durch Beschluß des II. Parteitags aufgelöst. 27
- ⁷ *Sorokin* — Pseudonym des Bolschewiks N. E. Baumann; *Lange* — Pseudonym des Bolschewiks A. M. Stopani. 27
- ⁸ „*Rabotschaja Mysl*“ — Gruppe von „Ökonomen“, die eine Zeitung unter demselben Namen herausgab. Die Zeitung erschien von Oktober 1897 bis Dezember 1902. Lenin hat die Anschauungen dieser Gruppe als russische Spielart des internationalen Opportunismus in mehreren seiner Werke, besonders in Artikeln der „*Iskra*“ und in „Was tun?“ kritisiert. 32
- ⁹ Es handelt sich um die Forderung der Bauern nach Rückgabe des Bodens (der Boden„abschnitte“, der „*Otreski*“), den ihnen die Gutsbesitzer bei der Bauernreform 1861 geraubt hatten. Diese Forderung wurde in dem vom II. Parteitag der SDAPR angenommenen Programm in der Agrarfrage formuliert. 39
- ¹⁰ Gemeint sind die Bauernaufstände 1902 in den russischen Gouvernements Poltawa, Charkow, Woronesh u. a., die von einer Zerstörung der Gutshöfe begleitet waren. 40
- ¹¹ „*Otreski*“ (Boden„abschnitte“) — siehe Anmerkung 9. 41
- ¹² *Bewegung zugunsten der Schwarzen Umteilung* — Bauernbewegung für eine revolutionäre Umteilung der Gutsbesitzerländereien. 43
- ¹³ *Kostrow* — Pseudonym des kaukasischen Menschewiks N. N. Jordania. 44
- ¹⁴ *Jaurèsismus* — opportunistische Richtung in der sozialistischen Partei Frankreichs, die nach Jean Jaurès (1859—1914), dem Führer dieser Rich-

tung, so genannt wird. Der Jaurèsismus ist nach einer Definition Lenins „unbewußter Verrat der Interessen des Proletariats, Verwandlung des Proletariats in ein Anhängsel der Bourgeoisie, seine Korruption durch den Schein der Macht, die in Wirklichkeit in der bürgerlichen Gesellschaft unerreichbar ist“ (Sämtliche Werke, Bd. VII, S. 272). 52

- ¹⁵ Anhänger der „*Semlja i Wolja*“ (Land und Freiheit) oder *Volkstümler* — Mitglieder der 1876 gegründeten, dem Marxismus feindlichen Organisation der russischen kleinbürgerlichen Intelligenz, die der irrigen Ansicht war, daß die führende Klasse im Kampfe für den Sturz der Herrschaft des Zaren und der Gutsbesitzer nicht das Proletariat, sondern die Bauernschaft sei, daß der Kapitalismus in Rußland sich nicht entwickeln werde und daß der Weg zum Sozialismus über die bäuerliche Dorfgemeinschaft führe, die angeblich die Keimform des Sozialismus sei. Die Volkstümler suchten anfangs durch „Gehen ins Volk“, wo sie für ihre Ideen agitierten, die Bauern zum Kampfe gegen den Zarismus zu bewegen, die Bauernschaft folgte ihnen jedoch nicht. Da entschlossen sie sich, den Kampf ausschließlich mit ihren eigenen Kräften fortzusetzen, ohne das Volk, allein durch individuellen Terror gegen die prominenten Vertreter der Selbstherrschaft. Die Meinungsverschiedenheiten über die Kampfmethoden führten 1879 zur Spaltung der Organisation „*Semlja i Wolja*“ in *Narodowolzen* („*Narodnaja Wolja*“ — Volkswille), die Anhänger des Terrors waren, und in Anhänger des „*Tschornj Persdjel*“ (Schwarze Umteilung — siehe Anmerkung 12), die Gegner des Terrors waren. 54
- ¹⁶ „*Narodnaja Wolja*“ (Volkswille) — siehe Anmerkung 15. 54
- ¹⁷ *Manilowerei* (so benannt nach Manilow, einer Gestalt aus Gogols Werk „Die toten Seelen“ — Verkörperung der Gutmütigkeit, der leeren Träumerei und der Gefühlsduselei. 57
- ¹⁸ *Trade-Unions* — englische Gewerkschaftsverbände, entstanden in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts; ihre Mitglieder waren hauptsächlich qualifizierte, hochbezahlte Arbeiter. Unter dem Einfluß ihrer bürgerlichen Führer lehnten die Trade-Unions den politischen Kampf gegen die Kapitalistenklasse ab und degradierten die Arbeiterbewegung zu einem Anhängsel der liberalen Bourgeoisie. „Trade-Unionismus“ bedeutet „ideologische Versklavung der Arbeiter durch die Bourgeoisie“ (W. I. Lenin, „Was tun?“, Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 77). 58
- ¹⁹ *Ossipow* — Pseudonym der Bolschewikin R. S. Semljatschka, Mitglieds des ZK der SDAPR. 72
- ²⁰ „*Oswoboshdenije*“ (Die Befreiung) — illegales Organ bürgerlich-liberaler Richtung, erschien in Stuttgart in den Jahren 1902 bis 1905 unter der Redaktion von Struve (siehe Anmerkung 21). Um dieses Organ gruppierte sich der Kern der zukünftigen Partei der russischen liberal-

- monarchistischen Bourgeoisie, der Konstitutionell-Demokratischen Partei (Kadetten). 75
- ²¹ *Struve, P. B. (1870—1944)* — in Rußland in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts bekannter Vertreter des sogenannten „legalen“ Marxismus. 1905 einer der Führer der Kadettenpartei. Nach der Oktoberrevolution Teilnehmer und Organisator weißgardistischer Aktionen gegen die Sowjetmacht, Erzmonarchist. 76
- ²² Während der Erörterung des Parteiprogramms auf dem Parteitag bezeichnete der „Ökonomist“ Akimow (W. Machnowez) als einen Mangel des Programmentwurfs der „Iskra“ — der angeblich darauf hinweise, daß die Verfasser des Entwurfs die Interessen des Proletariats vergessen hätten — den Umstand, daß das Wort „Proletariat“ im Programm nirgends im Nominativ, als Subjekt, sondern nur im Genitiv, als Attribut zu dem Wort Partei, figuriere. Diese Erklärung Akimows wurde von den Delegierten mit allgemeiner Heiterkeit aufgenommen. 77
- ²³ *Berg und Gironde* — Bezeichnung zweier politischer Gruppierungen der Bourgeoisie in der französischen Revolution zu Ausgang des 18. Jahrhunderts. Berg — Jakobiner — nannte man die entschiedensten Vertreter der revolutionären Klasse der damaligen Zeit, der Bourgeoisie, die den Standpunkt vertraten, der Absolutismus und der Feudalismus müßten vernichtet werden. Die Girondisten schwankten im Gegensatz zu den Jakobinern zwischen Revolution und Konterrevolution und waren für Kompromisse mit der Monarchie.
Als „sozialistische Gironde“ bezeichnete Lenin die opportunistische Strömung in der Sozialdemokratie; als proletarische Jakobiner, als „Berg“ hingegen die revolutionären Sozialdemokraten. 87
- ²⁴ Das *Woronesher Komitee der SDAPR*, das von den „Ökonomisten“ geleitet wurde, nahm der „Iskra“, dem Organisationskomitee und dem von ihnen vorbereiteten II. Parteitag gegenüber eine feindliche Haltung ein. Daher wurde das Woronesher Komitee zum II. Parteitag nicht geladen. Die „*Arbeiterorganisation des Petersburger Kampfbundes*“ entstand im Herbst 1902 aus „Ökonomisten“, die sich vom Petersburger „Kampfbund“ abgespalten hatten. Die Delegierte dieser Organisation auf dem II. Parteitag war Bruker (Lydia Machnowez). 89
- ²⁵ *Ministerialisten* — Anhänger einer Beteiligung der Sozialisten an bürgerlichen Regierungen (der französische Sozialist *Millerand* war der erste Sozialist, der [1899] in eine bürgerliche Regierung eintrat). 92 118
- ²⁶ Gemeint sind die Anschauungen P. B. Struves (siehe Anmerkung 21), gegen den sich Lenin im Herbst 1894 in einem Referat „Die Widerspiegelung des Marxismus in der bürgerlichen Literatur“ gewandt hatte. 93

- ²⁷ *Blanquismus* — Strömung in der französischen sozialistischen Bewegung, an deren Spitze Louis-Auguste Blanqui (1805—1881) stand. Die Klassiker des Marxismus-Leninismus betrachteten Blanqui als einen hervorragenden Revolutionär und Anhänger des Sozialismus, kritisierten ihn aber gleichzeitig wegen seines Sektierertums und seiner Verschwörermethoden. Der Blanquismus lehnte den Klassenkampf ab und erwartete die Befreiung der Menschheit aus der Lohnsklaverei nicht vom Klassenkampf des Proletariats, sondern von der Verschwörung einer kleinen intellektuellen Minderheit. 93
- ²⁸ Lenin meint Martows Artikel in der „Iskra“ „Bereiten wir uns vor?“, in dem sich Martow gegen die Vorbereitung des allrussischen bewaffneten Aufstands wandte, da er die Vorbereitung des Aufstands als Utopie und Verschwörertum betrachtete. 96
- ²⁹ Worte aus einem russischen Volksmärchen, dessen Held, der dumme Iwan, seine Wünsche stets an unpassender Stelle ausspricht. 103
- ³⁰ *Oblomowtum* (nach Oblomow, dem Helden des gleichnamigen Romans des russischen Schriftstellers Gontscharow) — Verkörperung der Faulheit, Trägheit und des Strebens nach einer ruhigen und sorglosen Existenz. 107
- ³¹ Der *Dresdner Parteitag der deutschen Sozialdemokratie* fand vom 13. bis zum 20. September 1903 statt. Der Parteitag verurteilte die Revisionisten Bernstein, Braun, Göhre, David und andere, schloß sie jedoch nicht aus der Partei aus. Sie konnten die Propaganda ihrer opportunistischen Anschauungen ungehindert fortsetzen. 112
- ³² „*Sozialistische Monatshefte*“ — wichtigste Zeitschrift der Opportunisten in der deutschen Sozialdemokratie und Organ des internationalen Opportunismus, bezog im imperialistischen Weltkrieg 1914/18 die Position des Sozialchauvinismus. Die Zeitschrift erschien in Berlin von 1897 bis 1933. 112
- ³³ „*Die Neue Zeit*“ — theoretische Zeitschrift der deutschen Sozialdemokratie, die in Stuttgart von 1883 bis 1923 erschien. Von 1885 bis 1895 erschienen in der „Neuen Zeit“ mehrere Artikel von Engels. Er gab der Redaktion häufig Hinweise und kritisierte sie heftig wegen ihrer Abweichungen vom Marxismus. Seit der zweiten Hälfte der neunziger Jahre, seit Engels' Tode, brachte die Zeitschrift regelmäßig Aufsätze von Revisionisten. Im imperialistischen Weltkrieg bezog sie die zentristische Position Kautskys und unterstützte die Sozialchauvinisten. 115
- ³⁴ „*Frankfurter Zeitung*“ — eine der einflußreichsten bürgerlichen Zeitungen Deutschlands, die von 1856 bis 1943 in Frankfurt am Main erschien. 117

FREMDWORTERKLÄRUNG

- amorph* gestaltlos; formlos
Analogie gleiche Behandlung eines ähnlichen Gegenstands
Anarchie Gesetzlosigkeit
Anglizismus Eigenheit der englischen Sprache
anomal regelwidrig
Antagonismus unversöhnlicher Gegensatz
Äquivalent Gegenwert; Gegenstück
arithmetisch zahlenmäßig; rechnerisch
Atavismus Rückschlag in einen bereits überwundenen Zustand
Authentizität urkundliche Echtheit; Glaubwürdigkeit
autokratisch selbstherrlich
Autonomismus politische Selbstbestimmung, Selbständigkeit
autoritativ auf Autorität beruhend; maßgeblich
Definition Begriffsbestimmung
Dekadenz Verfall; Entartung
Deklamation kunstgerechter Vortrag; hier: volltönende, aber inhaltsarme Erklärung
demagogisch aufhetzend
demoralisieren die Zucht oder Disziplin auflösen
Desorganisation Auflösung; Unordnung
Dezentralismus politisches oder wirtschaftliches System der Lockerung des Organisationsgefüges, indem den unteren Gliedern eine größere Selbständigkeit eingeräumt wird
 (siehe Zentralismus)
- diskreditieren* in Verruf bringen
doktrinär an einer Lehre starr festhaltend
dominieren vorherrschen
Elan Schwung; Tatkraft
emanzipieren (aus Abhängigkeit) befreien
Fazit Ergebnis
Fetischismus Götzenanbetung
Fiktion Annahme; Einbildung
Föderation lockerer Zusammenschluß der Glieder zu einem Bund bei Wahrung ihrer Selbständigkeit
Hierarchie Rangordnung; gestufte Gliederung
hypothetisch als Annahme; (nur) theoretisch
immanent innewohnend; in der Sache liegend
Inquisitor Richter im peinlichen Gericht, im Ketzergericht
Interdikt Verbot
Kadaver Leichnam; Aas
kardinal grundsätzlich
Kasuistik Spitzfindigkeit; Haarspalterei
Kategorie Gattung; Begriffsform
kategorisch unbedingt gültig
Koalition Bündnis
kodifizieren in einem Gesetzbuch niederlegen
Kombination Herstellung eines Zusammenhangs
kompensieren gegeneinander ausgleichen

<i>Kompetenz</i> Zuständigkeit; Befugnis	<i>Peripherie</i> Randgebiet
<i>Konsolidierung</i> Vereinigung; Festigung	<i>pharisäisch</i> selbstgerecht; hochmütig
<i>Konzept</i> zusammenfassender Überblick	<i>Physiognomie</i> Antlitz; Gesichtsausdruck
<i>Konspiration</i> zum Schutz gegen Entdecktwerden erforderliches Verhalten von Revolutionären unter den Bedingungen der Illegalität	<i>Plagiat</i> Diebstahl geistigen Eigentums
<i>Kontinuität</i> Zusammenhang	<i>platonisch</i> geistig; unsinnlich (nach Art des griechischen Philosophen Plato); hier: formal; nur in Worten
<i>Kontrahent</i> Vertragspartner	<i>Polemik</i> literarische Fehde
<i>konventionell</i> herkömmlich	<i>proportional</i> verhältnismäßig; verhältnis-
<i>Konzeption</i> Fassung; Entwurf	<i>quasi</i> scheinbar
<i>Kooperation</i> Zusammenarbeit	<i>Reduzierung</i> Zurückführung; Verminderung
<i>Kooptation</i> Ergänzungswahl zu einer Körperschaft durch die bereits vorhandenen Mitglieder	<i>Resultante</i> (in der Mechanik: Mittelkraft, Diagonalkraft) hier etwa: „goldener Mittelweg“
<i>Korporation</i> Körperschaft	<i>Revanche</i> Vergeltung
<i>Lakai</i> Diener; unterwürfiger Mietling	<i>Sophismus</i> Wortverdrehung
<i>Mentalität</i> Denkweise	<i>soufflieren</i> einflüstern; vorsagen
<i>modifizieren</i> (leicht) abändern	<i>statutarisch</i> statutenmäßig; satzungsmäßig
<i>monoton</i> eintönig	<i>Talisman</i> zauberkräftiges Schutzmittel
<i>Motivierung</i> Begründung	<i>Tirade</i> Worterguß
<i>negieren</i> verneinen	<i>vulgär</i> gewöhnlich
<i>Nihilismus</i> Weltanschauung, die jeden Zweck und Sinn des Daseins leugnet	<i>Zensus</i> Vermögensangabe; mit Zensus-Verfassung ist eine Verfassung gemeint, die den Bürgern ein nach der Größe ihres Besitzes gestuftes Wahlrecht gewährt
<i>obligatorisch</i> bindend; verpflichtend	<i>Zentralismus</i> politisches oder wirtschaftliches System möglichster Zusammenfassung und Unterordnung der Kräfte unter ein zentrales Organ
<i>Obstruktion</i> Widerstand; Verhinderung der Beschlußfassung	
<i>Orthodoxie</i> Rechtgläubigkeit; hier: Festhalten am Marxismus	
<i>paralysieren</i> lähmen; unwirksam machen	
<i>paraphrasieren</i> (erklärend) umschreiben	

Anhang 1

Die Paragraphen j) bis m)

Nachfolgend werden der Vollständigkeit halber die in der (von Lenin persönlich redigierten) Ausgabe von 1907 nicht aufgenommenen Passagen abgedruckt, wiedergegeben nach Lenin Werke, Band 7, Berlin 1956, S. 276–335 und S. 351–382 (Anmerkungen nach S. 563–564).

j) DIE UNSCHULDIGEN OPFER DER FALSCHEN BESCHULDIGUNG DES OPPORTUNISMUS

Bevor wir zu den weiteren Debatten über das Statut übergehen, müssen wir, um unsere Differenzen in der Frage der personellen Zusammensetzung der zentralen Körperschaften zu klären, die *internen* Sitzungen der „Iskra“-Organisation streifen, die während des Parteitags stattfanden. Die letzte und wichtigste dieser vier Sitzungen trat *unmittelbar nach* der Abstimmung über § 1 des Statuts zusammen – derart war die in dieser Sitzung erfolgte Spaltung der „Iskra“-Organisation chronologisch und logisch die Voraussetzung für den weiteren Kampf.

Die internen Sitzungen der „Iskra“-Organisation* begannen bald nach dem Zwischenfall mit dem OK, der den Anlaß gab, die möglichen Kandidaturen für das ZK zu erörtern. Selbstverständlich trugen diese Sitzungen, da die gebundenen Mandate aufgehoben waren, ausschließlich beratenden, niemanden verpflichtenden Charakter, aber ihre Bedeutung war trotzdem ungeheuer groß. Die Wahl des ZK bot beträchtliche Schwierigkeiten für die Delegierten, die weder die konspirativen Namen noch die innere Arbeit der „Iskra“-Organisation kannten – einer Organisation, welche die faktische Einheit der Partei geschaffen und jene Leitung der praktischen Bewegung verwirklicht hatte, die einer der Gründe für die offizielle Anerkennung der „Iskra“ war. Wir haben bereits gesehen, daß den Iskristen, wenn sie zusammenhielten, auf dem Parteitag eine starke Mehrheit, fast drei Fünftel, vollauf gesichert war, und alle Delegierten verstanden das sehr gut. Alle Iskristen warteten denn auch darauf, daß die

* Um fruchtlose Streitigkeiten zu vermeiden, war ich schon auf der Liga-konferenz bestrebt, bei der Darstellung der Vorgänge in den internen Sitzungen einen möglichst engen Rahmen zu ziehen. Die wichtigsten Tatsachen sind auch in meinem „Brief an die Redaktion der „Iskra““ (S. 4) dargelegt. Gen. Martow hat sie in seiner „Antwort“ nicht bestritten.

„Iskra“-Organisation eine bestimmte personelle Zusammensetzung des ZK empfehlen werde, und kein einziges Mitglied dieser Organisation wandte sich auch nur mit einer Silbe gegen eine Vorbesprechung über die Zusammensetzung des ZK, niemand machte auch nur die leiseste Anspielung, daß man das gesamte OK bestätigen, d. h. es in das ZK umwandeln solle, ja sogar von einer Beratung mit dem gesamten OK bezüglich der Kandidaten für das ZK war keine Rede. Dieser Umstand ist ebenfalls außerordentlich charakteristisch und so wichtig, daß man ihn nicht aus dem Auge verlieren darf, denn jetzt, hinterher verteidigen die Martowleute mit allem Eifer das OK, womit sie nur zum hundertsten und tausendsten Male ihre eigene politische Charakterlosigkeit unter Beweis stellen.* Solange die Spaltung wegen der Zusammensetzung der Zentralstellen Martow noch nicht mit den Akimow zusammengeführt hatte, war für alle auf dem Parteitag eines klar, wovon sich jeder Unvoreingenommene aus den Parteitagsprotokollen und aus der ganzen Geschichte der „Iskra“ leicht überzeugen kann, nämlich daß das OK hauptsächlich eine Kommission zur Einberufung des Parteitags war, eine absichtlich aus Vertretern der verschiedenen Schattierungen bis zu den Bundisten einschließlich zusammengesetzte Kommission, während die tatsächliche Arbeit zur Schaffung der organisatorischen Einheit der Partei allein von der „Iskra“-Organisation geleistet wurde. (Man muß auch berücksichtigen, daß ganz zufällig mehrere iskristische Mitglieder des OK auf dem Parteitag abwesend waren, sowohl infolge von Verhaftungen als auch aus anderen „unverschuldeten“ Gründen.) Die Zusammensetzung der auf dem Parteitag anwesenden „Iskra“-Organisation ist bereits in der Broschüre des Gen. Pawlowitsch (siehe seinen „Brief über den II. Parteitag“, S. 13)¹ angeführt worden.

* Man stelle sich einmal dieses „Sittenbild“ vor: Ein Delegierter der „Iskra“-Organisation berät sich auf dem Parteitag nur mit ihr und macht auch nicht die leiseste Anspielung auf eine Besprechung mit dem OK. Nach seiner Niederlage sowohl in dieser Organisation wie auf dem Parteitag aber bedauert er auf einmal, daß das OK nicht bestätigt worden ist, beginnt er hinterher dessen Lob zu singen und die Organisation, die ihm sein Mandat gegeben hat, großspurig zu ignorieren! Man kann sich verbürgen, daß es in der Geschichte keiner wirklich sozialdemokratischen und keiner wirklichen Arbeiterpartei einen Parallellfall gibt.

Das endgültige Ergebnis der heißen Debatten in der „Iskra“-Organisation waren zwei Abstimmungen, die ich bereits in dem „Brief an die Redaktion“ angeführt habe. Die erste Abstimmung: „Eine von Martow unterstützte Kandidatur wird mit neun gegen vier Stimmen bei drei Stimmenthaltungen abgelehnt.“ Man sollte meinen, nichts könne einfacher und natürlicher sein als eine solche Tatsache: Mit allgemeiner Zustimmung aller auf dem Parteitag anwesenden 16 Mitglieder der „Iskra“-Organisation wird die Frage der möglichen Kandidaturen besprochen und eine der von Gen. Martow vorgeschlagenen Kandidaturen mit Stimmenmehrheit abgelehnt (und zwar die Kandidatur des Gen. Stein, wie jetzt Gen. Martow selber in seiner Schwatzhaftigkeit ausgeplaudert hat – S. 69 der Broschüre „Der Belagerungszustand“). Wir hatten uns doch gerade auf dem Parteitag versammelt, um unter anderem die Frage zu erörtern und zu entscheiden, wem der „Dirigentenstab“ anvertraut werden sollte, und es war unser aller Parteipflicht, diesem Punkt der Tagesordnung die ernsteste Aufmerksamkeit zu widmen, diese Frage im *Interesse der Sache* und nicht unter dem Gesichtspunkt „spießbürgerlicher Liebenswürdigkeiten“ zu lösen, wie sich Gen. Russow später mit vollem Recht ausgedrückt hat. Gewiß, bei der Erörterung der Kandidaturen konnte man auf dem Parteitag nicht umhin, auch gewisse persönliche Eigenschaften zu erwähnen, man mußte wohl oder übel seine Billigung oder Mißbilligung*

* Gen. Martow beklagte sich in der Liga bitter über die Schroffheit meiner Mißbilligung, ohne zu merken, daß sich aus seinen Klagen ein Schluß ergibt, der sich gegen ihn selber richtet. Lenin benahm sich, um seinen eigenen Ausdruck zu gebrauchen, einfach toll. (S. 63 der Ligaprotokolle.) Richtig. Er schlug die Tür zu. Stimmt. Er rief durch sein Verhalten (in der zweiten oder dritten Sitzung der „Iskra“-Organisation) die Empörung der in der Versammlung gebliebenen Mitglieder hervor. Die reine Wahrheit. Aber was folgt daraus? Lediglich, daß meine sachlichen Argumente in den strittigen Fragen überzeugend waren und durch den Verlauf des Parteitags bestätigt wurden. In der Tat, wenn schließlich von den 16 Mitgliedern der „Iskra“-Organisation neun zu mir standen, so ist es klar, daß dies *ungeachtet* der ungehörigen Schroffheiten, trotz ihnen geschah. Ohne die „Schroffheiten“ wären also vielleicht mehr als neun auf meiner Seite gewesen. Folglich waren die Argumente und Tatsachen um so überzeugender, je größer die „Empörung“ war, die sie zu überwinden hatten.

aussprechen, insbesondere in einer inoffiziellen Sitzung im engen Kreis. *Ich habe bereits auf der Ligakonferenz gesagt*, daß es Unsinn ist, die Mißbilligung einer Kandidatur als etwas „Ehrenrühriges“ zu betrachten (S. 49 der Ligaprotokolle), daß es Unsinn ist, eine „Szene“ zu machen und ein hysterisches Geschrei anzustimmen über etwas, was zur unmittelbaren Erfüllung der Parteipflicht gehört, nämlich die Funktionäre verantwortungsbewußt und umsichtig zu wählen. Indessen ist aber gerade das der Grund für die ganze Aufregung unserer Minderheit; sie haben *nach dem Parteitag* begonnen, über die „Zerstörung des guten Rufes“ (S. 70 der Ligaprotokolle) zu zetern und *in ihren Publikationen der breiten Öffentlichkeit* zu versichern, daß Gen. Stein der „führende Mann“ im einstigen OK gewesen sei und daß man ihn ohne Grund „irgendwelcher teuflischen Pläne“ beschuldigt habe (siehe S. 69 des „Belagerungszustands“). Oder ist es etwa kein hysterisches Geschrei, wenn man anläßlich der Billigung oder Mißbilligung einer Kandidatur über die „Zerstörung des guten Rufes“ zetert? Ist es kein kleinliches Gezänk, wenn Leute, nachdem sie sowohl in der inoffiziellen Versammlung der „Iskra“-Organisation als auch in der offiziellen, der höchsten Parteiversammlung, auf dem Parteitag, eine Niederlage erlitten haben, sich hinterher in der Öffentlichkeit beklagen und dem ehrenwerten Publikum die durchgefallenen Kandidaten als die „führenden Männer“ empfehlen? Wenn diese Leute der Partei hinterher durch Spaltung und durch die Forderung der *Kooptation* ihre Kandidaten aufzwingen? Bei uns haben sich in der stickigen Atmosphäre des Auslands die politischen Begriffe derart verwirrt, daß Gen. Martow die Parteipflicht nicht mehr von Zirkelwesen und Vetterwirtschaft zu unterscheiden vermag! Vermutlich ist es Bürokratismus und Formalismus, zu glauben, daß die Frage der Kandidaten *nur* auf Parteitag erörtert und entschieden werden darf, wo sich die Delegierten versammeln, um vor allem wichtige prinzipielle Fragen zu behandeln; wo die Vertreter der Bewegung zusammenkommen, die imstande sind, die Personenfrage unvoreingenommen zu erörtern, die imstande (und verpflichtet) sind, alle Auskünfte über die Kandidaten *einzufordern* und zu sammeln, um dann ihre entscheidende Stimme abzugeben; wo es natürlich und notwendig ist, dem Streit über den Dirigentenstab einen gewissen Platz einzuräumen. An Stelle dieser bürokratischen und formalistischen Auffassung sind bei uns jetzt andere Sitten eingeführt worden: wir wer-

den nach den Parteitag an allen Straßenecken vom politischen Begräbnis Iwan Iwanowitschs, von der Zerstörung des guten Rufes Iwan Nikiforowitschs reden; die Kandidaten werden in Broschüren von diesen oder jenen Literaten empfohlen werden, die sich dabei pharisäisch an die Brust schlagen und beteuern: Kein Zirkel, sondern eine Partei... Das Leserpublikum, besonders das skandalsüchtige, wird sich gierig auf die sensationelle Neuigkeit stürzen, daß der und der im OK der führende Mann war, wie Martow selber versichert.* Dieses Leserpublikum ist ja viel eher imstande, die Frage zu erörtern und zu entscheiden, als formalistische Körperschaften wie Parteitage mit ihren grob mechanischen Mehrheitsbeschlüssen... Ja, groß sind die Augiasställe des Auslandsgezänks, die von unseren wirklichen Parteiarbeitern noch gesäubert werden müssen!

Die zweite Abstimmung der „Iskra“-Organisation: „mit zehn gegen zwei Stimmen bei vier Stimmenthaltungen wird eine Fünferliste (für das ZK) angenommen, in die auf meinen Vorschlag hin je ein führender Genosse der nichtiskristischen Elemente und der iskristischen Minderheit aufgenommen worden sind“**. Diese Abstimmung ist äußerst wichtig, denn sie beweist klar und unwiderleglich die ganze Verlogenheit der nachher, in der Atmosphäre des Gezänks, aufgekommenen Gerüchte, wir hätten die Nichtiskristen aus der Partei hinauswerfen oder sie kaltstellen wollen, die Mehrheit hätte nur durch die eine Hälfte des Parteitags nur aus einer Hälfte wählen lassen usw. Das alles ist eine glatte Lüge. Die von mir erwähnte Abstimmung zeigt, daß wir die Nichtiskristen nicht nur aus der Partei, sondern selbst aus dem ZK nicht verdrängt, sondern unseren Opponenten eine recht beträchtliche *Minderheit* zugestanden haben. Die ganze Sache war die, daß sie die *Mehrheit haben*

* Ich habe ebenso wie Martow in der „Iskra“-Organisation einen Kandidaten für das ZK empfohlen und seine Wahl nicht durchgesetzt, einen Kandidaten, dessen glänzenden, ausschließlich durch Tatsachen belegten guten Ruf vor dem Parteitag und zu Beginn des Parteitags ich ebenfalls hätte anpreisen können. Aber das fällt mir gar nicht ein. Dieser Genosse *achtet sich selber hoch genug*, um niemandem zu *erlauben*, nach dem Parteitag seine Kandidatur in der Presse aufzustellen oder sich über ein politisches Begräbnis, eine Zerstörung des guten Rufes usw. zu beklagen.

** Siehe Werke, Bd. 7, S. 112. *Die Red.*

wollten, und als dieser bescheidene Wunsch nicht in Erfüllung ging, veranstalteten sie einen *Skandal* und weigerten sich überhaupt, den Zentralstellen anzugehören. Daß sich die Sache genauso verhielt, entgegen den Behauptungen des Gen. Martow in der Liga, geht aus folgendem Brief hervor, den die Minderheit der „Iskra“-Organisation kurz nach der Annahme von § 1 des Statuts auf dem Parteitag an uns, die Mehrheit der Iskristen (und die Mehrheit des Parteitags, nachdem sieben Delegierte ihn verlassen hatten), schickte. (Es sei bemerkt, daß die Sitzung der „Iskra“-Organisation, von der ich gesprochen habe, die letzte war: nach ihr fiel die Organisation *faktisch* auseinander, und jede Seite bemühte sich, die übrigen Parteitagsdelegierten zu überzeugen, daß sie recht hat.)

Hier der Wortlaut des Briefes:

„Nachdem wir die Erklärungen der Delegierten Sorokin und Sablina² über den Wunsch der Mehrheit der Redaktion und der Gruppe ‚Befreiung der Arbeit‘, an der Versammlung (am soundsovielten*) teilzunehmen, entgegengenommen und mit Hilfe dieser Delegierten festgestellt haben, daß in der vorigen Versammlung eine angeblich von uns ausgehende Liste der Kandidaten für das ZK verlesen worden ist, die man benutzt hat, um unsere ganze *politische* Stellung falsch zu charakterisieren; sowie im Hinblick darauf, daß erstens diese Liste ohne den geringsten Versuch, ihren Ursprung nachzuprüfen, uns zugeschrieben wurde; daß zweitens dieser Umstand zweifellos zusammenhängt mit der Beschuldigung des Opportunismus, die gegen die Mehrheit der Redaktion der ‚Iskra‘ und der Gruppe ‚Befreiung der Arbeit‘ offen erhoben wird; und daß drittens der Zusammenhang zwischen dieser Beschuldigung und dem vorliegenden ganz bestimmten Plan, *die Zusammensetzung der Iskra‘-Redaktion zu*

* Nach meiner Berechnung fällt das im Brief genannte Datum auf den Dienstag. Die Zusammenkunft fand am Dienstag abend statt, d. h. *nach* der 28. Sitzung des Parteitags. Dieser chronologische Hinweis ist sehr wichtig. Er *widerlegt dokumentarisch* die Meinung des Gen. Martow, daß es wegen der Organisation der Zentralstellen und nicht wegen ihrer personellen Zusammensetzung zum Bruch zwischen uns gekommen sei. Er *beweist dokumentarisch* die Richtigkeit meiner Darlegung auf der Ligakonferenz und im „Brief an die Redaktion“. *Nach* der 28. Sitzung des Parteitags reden die Genossen Martow und Starower fortwährend von der falschen Beschuldigung des Opportunismus und *erwähnen mit keinem Wort* die Differenzen hinsichtlich der Zusammensetzung des Rates oder der Kooptation in die Zentralstellen (worüber wir in der 25., 26. und 27. Sitzung gestritten hatten).

ändern, für uns völlig klar ist — betrachten wir die uns abgegebenen Erklärungen über die Gründe der Nichtzulassung zur Versammlung als unbefriedigend und sehen in der Weigerung, uns zur Versammlung zuzulassen, einen Beweis dafür, daß man uns nicht die Möglichkeit geben will, die obenerwähnten falschen Beschuldigungen zu zerstreuen.

Was die Möglichkeit einer Verständigung zwischen uns über eine gemeinsame Kandidatenliste für das ZK betrifft, so erklären wir, daß die einzige Liste, die wir als Grundlage einer Verständigung annehmen können, folgende ist: Popow, Trotzki und Glebow, wobei wir den Charakter dieser Liste als *Kompromißliste* betonen, da die Aufnahme des Gen. Glebow in die Liste nur die Bedeutung eines Zugeständnisses an die Wünsche der Mehrheit hat, denn nachdem uns die Rolle des Gen. Glebow auf dem Parteitag klar geworden ist, betrachten wir *Gen. Glebow nicht* als einen Mann, der den Anforderungen entspricht, die man an einen Kandidaten für das ZK stellen muß.

Gleichzeitig betonen wir, daß wir, wenn wir Verhandlungen über die Kandidaturen für das ZK aufnehmen, dies ohne jede Beziehung zur Zusammensetzung der Redaktion des ZO tun, da wir in keinerlei Verhandlungen über diese Frage (über die Zusammensetzung der Redaktion) einzutreten gewillt sind.

Im Auftrag der Genossen — Martow und Starower“

Dieser Brief, der genau die Stimmung der streitenden Seiten und den Stand des Streits wiedergibt, enthüllt uns mit einem Schlage den „innersten Kern“ der einsetzenden Spaltung und zeigt ihre wahren Hintergründe. Die Minderheit der „Iskra“-Organisation, die sich mit der Mehrheit nicht verständigen wollte und eine freie Agitation auf dem Parteitag vorzog (wozu sie natürlich das volle Recht hatte), möchte trotzdem von den „Delegierten“ der Mehrheit die Zulassung zu deren interner Zusammenkunft erzwingen! Selbstverständlich löste diese ergötzliche Forderung in unserer Versammlung (der Brief wurde in der Versammlung natürlich vorgelesen) nur Lächeln und Achselzucken aus, während das Geschrei über die „falschen Beschuldigungen des Opportunismus“, das schon in Hysterie überging, geradezu Lachen hervorrief. Doch betrachten wir zunächst Punkt für Punkt die bitteren Klagen Martows und Starowers.

Man habe ihnen fälschlicherweise die Liste zugeschrieben und ihre politische Stellung falsch charakterisiert. — Doch wie auch Martow selber zugibt (S. 64 der Ligaprotokolle), dachte ich gar nicht daran, die Wahrfähigkeit seiner Worte, daß nicht er der Verfasser der Liste sei, anzu-

zweifeln. Die Frage der Urheberschaft ist hier überhaupt gegenstandslos, und ob die Liste von einem Iskristen oder von einem Vertreter des „Zentrums“ usw. entworfen wurde – das hat nicht die geringste Bedeutung. Wichtig ist, daß diese Liste, die durchweg aus Mitgliedern der jetzigen Minderheit besteht, auf dem Parteitag zirkulierte, wenn auch nur als einfache Mutmaßung oder Annahme. Und das Wichtigste ist endlich, daß Gen. Martow *gezwungen war*, sich auf dem Parteitag mit Händen und Füßen gegen eine *solche* Liste zu sträuben, die er jetzt begeistert begrüßen müßte. Die Wankelmütigkeit in der Beurteilung von Menschen und Schattierungen läßt sich nicht deutlicher veranschaulichen als durch diesen innerhalb weniger Monate erfolgten Sprung von dem Gezeter über „ehrenrührige Gerüchte“ zu dem Bestreben, diese selben Kandidaten der angeblich ehrenrührigen Liste der Partei als Zentralstelle aufzudrängen!*

Diese Liste, sagte Gen. Martow auf der Ligakonferenz, „bedeutete politisch eine Koalition von uns und dem ‚Jushny Rabotschi‘ mit dem ‚Bund‘, eine Koalition im Sinne einer *direkten Vereinbarung*“ (S. 64). Das ist nicht wahr, denn erstens würde sich der „Bund“ nie auf eine „Vereinbarung“ über eine Liste einlassen, die keinen einzigen Bundisten enthält; zweitens war *und konnte* von einer direkten Vereinbarung (die Martow ehrenrührig erschien) *nicht die Rede sein*, weder mit dem „Bund“ noch mit der Gruppe „Jushny Rabotschi“. Es handelte sich eben nicht um eine Vereinbarung, sondern um eine Koalition, nicht darum, daß Gen. Martow eine Abmachung traf, sondern daß ihn jene antiiskristischen und schwankenden Elemente, die er während der ersten Hälfte des Parteitags bekämpft hatte und die sich seinen Fehler in § 1 des Statuts zunutze machten, *unweigerlich unterstützen mußten*. Der von mir angeführte Brief beweist unanfechtbar, daß die *Wurzel* der „Kränkung“ eben in der *offenen und noch dazu falschen Beschuldigung des Opportunismus* lag. Diese „Beschuldigungen“, um derentwillen die ganze Aufregung entstanden war und die Gen. Martow *jetzt* so sorgfältig umgeht, obwohl ich in meinem „Brief an die Redaktion“ daran erinnerte, waren *doppelter Art*:

* Diese Zeilen waren schon gesetzt, als wir von dem Vorfall zwischen Gen. Gussew und Gen. Deutsch Mitteilung erhielten. Wir werden uns damit in der *Beilage* besonders befassen (siehe Werke, Bd. 7, S. 421-430. *Die Red.*)

Erstens erklärte Plechanow während der Debatten über § 1 des Statuts unumwunden, die Frage des § 1 sei die Frage der „Trennung aller möglichen Vertreter des Opportunismus“ von uns, und da mein Entwurf einen Damm gegen das Eindringen der Opportunisten in die Partei aufrichte, „müssen schon allein aus diesem Grunde alle Gegner des Opportunismus für diesen Entwurf stimmen“ (S. 246 der Parteitagprotokolle). Diese energischen Worte riefen trotz der etwas mildereren Fassung, die ich ihnen gab (S. 250)*, eine Sensation hervor, die in den Reden der Genossen Russow (S. 247), Trotzki (S. 248) und Akimow (S. 253) deutlich zum Ausdruck kam. In den „Wandelgängen“ unseres „Parlaments“ wurde Plechanows These lebhaft kommentiert und in den endlosen Diskussionen über § 1 tausendfach variiert. Und siehe da, anstatt sich sachlich zu verteidigen, spielten unsere lieben Genossen komischerweise die Gekränkten und verstiegen sich sogar zu schriftlichen Beschwerden über die „falsche Beschuldigung des Opportunismus“.

Die Mentalität des Zirkelwesens und einer erstaunlichen Unreife in Parteidingen, die außerstande ist, den frischen Wind in aller Öffentlichkeit geführter Diskussionen zu ertragen, offenbarte sich hier anschaulich. Es ist das jene, dem Russen wohlbekannte Mentalität, die in dem alten Wort ihren Ausdruck findet: Und willst du nicht mein Bruder sein, so schlag ich dir den Schädel ein! Die Leute waren so gewöhnt an die Glasglocke einer abgeschlossenen und gemütlichen kleinen Gesellschaft, daß sie gleich in Ohnmacht fielen, als man das erstmal unter eigener Verantwortung auf offenem und freiem Kampfplatz auftrat. Des Opportunismus beschuldigen – und wen? Die Gruppe „Befreiung der Arbeit“, und noch dazu ihre Mehrheit – man stelle sich vor, wie schrecklich! Entweder die Parteispaltung wegen einer solchen nicht wieder gutzumachenden Beleidigung, oder man vertuscht diesen „Familienskandal“, indem man die „Kontinuität“ der Glasglocke wiederherstellt – dieses Dilemma tritt bereits ziemlich klar in dem angeführten Brief hervor. Die Mentalität des Intellektuellen-Individualismus und des Zirkelwesens kam in Widerstreit mit der Forderung des offenen Auftretens vor der Partei. Man stelle sich bloß vor, daß in der deutschen Partei ein solcher Unsinn, ein solches Gezänk möglich wäre wie die Beschwerde über eine „falsche Beschuldigung des Opportunismus“! Proletarische Organisation und Disziplin haben dort längst mit

* Siehe Werke, Bd. 6, S. 500/501. *Die Red.*

der intelligenten Waschlappigkeit Schluß gemacht. Niemand begegnet z. B. Liebknecht anders als mit größter Hochachtung, wie aber würde man dort lachen, wollte er sich *beschweren*, daß man ihn (und Bebel) auf dem Parteitag 1895 „offen des Opportunismus beschuldigte“, als er in der Agrarfrage in die schlechte Gesellschaft des notorischen Opportunisten Vollmar und seiner Freunde geraten war. Liebknechts Name ist natürlich mit der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung nicht deshalb untrennbar verknüpft, weil Liebknecht in einer verhältnismäßig unwichtigen Teilfrage in Opportunismus verfiel, sondern trotz dieser Tatsache. Und genauso zwingt, sagen wir, der Name des Genossen Axelrod – trotz aller Gereiztheit des Kampfes – jedem russischen Sozialdemokraten Achtung ab und wird ihm stets Achtung abzwängen, aber nicht deshalb, weil Gen. Axelrod auf unserem zweiten Parteitag eine kümmerliche opportunistische Idee verteidigte und auf der zweiten Ligakonferenz altes anarchistisches Gewächs auffrischte, sondern trotz dieser Tatsache. Nur das verknöchertste Zirkelwesen mit seiner Logik: Und willst du nicht mein Bruder sein, so schlag ich dir den Schädel ein, konnte wegen einer gegen die Mehrheit der Gruppe „Befreiung der Arbeit“ erhobenen „falschen Beschuldigung des Opportunismus“ zu Hysterie, Gezänk und Parteispaltung führen.

Eine andere Ursache dieser fürchterlichen Beschuldigung hängt mit der vorhergehenden aufs engste zusammen. (Gen. Martow war auf der Ligakonferenz ängstlich bemüht (S. 63), die *eine* Seite dieses Konflikts zu umgehen und zu vertuschen.) Sie betrifft eben jene *Koalition* der antiiskristischen und schwankenden Elemente mit Gen. Martow, die bei § 1 des Statuts *zum Vorschein kam*. Selbstverständlich wurde weder eine mittelbare noch eine unmittelbare Vereinbarung zwischen Gen. Martow und den Antiiskristen getroffen und konnte auch nicht getroffen werden, und niemand hat ihn dessen verdächtigt: aus purer Angst sah er Gespenster. Doch offenbarte sich sein Fehler *politisch* gerade darin, daß Leute, die zweifellos zum Opportunismus neigen, um ihn herum eine immer festere „kompakte“ Mehrheit zu bilden begannen (die jetzt *nur* dank dem Umstand, daß „zufällig“ sieben Delegierte den Parteitag verließen; zur Minderheit geworden ist). Auf diese „Koalition“ haben wir natürlich ebenfalls sofort nach der Erörterung des § 1 *offen* hingewiesen, sowohl auf dem Parteitag (siehe die bereits oben erwähnte Bemerkung des Gen. Pawlo-

witsch, S. 255 der Parteitageprotokolle) als auch in der „Iskra“-Organisation (ich erinnere mich, daß darauf besonders Plechanow hinwies). Das ist buchstäblich derselbe Vorwurf und derselbe Spott, die 1895 auch Bebel und Liebknecht trafen, als Clara Zetkin zu ihnen sagte: „Es tut mir in der Seele weh, daß ich dich in der Gesellschaft seh*“ (d. h. Bebel in der Gesellschaft von Vollmar und Co.). Es ist wirklich sonderbar, daß Bebel und Liebknecht damals nicht an Kautsky und Clara Zetkin ein hysterisches Schreiben wegen falscher Beschuldigung des Opportunismus gerichtet haben...

Was die Kandidatenliste für das ZK betrifft, so zeigt dieser Brief den Fehler des Gen. Martow, der in der Liga behauptete, die Weigerung, sich mit uns zu verständigen, sei noch nicht endgültig gewesen – ein weiteres Beispiel dafür, wie unvernünftig es im politischen Kampfe ist, *Gespräche* aus dem Gedächtnis wiedergeben zu wollen, anstatt sich auf Dokumente zu stützen. In Wirklichkeit war die „Minderheit“ so bescheiden, daß sie der „Mehrheit“ das Ultimatum stellte, zwei von der „Minderheit“ und einen (als Kompromiß und eigentlich *nur* als Zugeständnis!) von der „Mehrheit“ zu nehmen. Das ist ungeheuerlich, aber es ist eine Tatsache. Und diese Tatsache zeigt anschaulich, wie unsinnig das jetzige Gerüchte ist, die „Mehrheit“ habe durch die eine Hälfte des Parteitage die Vertreter nur der einen Hälfte wählen lassen. *Genau umgekehrt*: Die Martowleute haben uns lediglich als Zugeständnis einen von dreien vorgeschlagen und wollten demnach, falls wir auf dieses originelle „Zugeständnis“ nicht eingingen, die Wahl *aller* ihrer Leute durchsetzen! Wir lachten in unserer internen Sitzung weidlich über die Bescheidenheit der Martowleute und stellten folgende Liste auf: Glebow, Trawinski (der dann ins ZK gewählt wurde) und Popow. Letzterer wurde von uns (ebenfalls in der internen Sitzung der 24) durch Gen. Wassiljew (der dann ins ZK gewählt wurde), *nur deshalb* ersetzt, weil Gen. Popow es ablehnte, auf unserer Liste zu kandidieren, zunächst in einem Privatgespräch und dann auch offen auf dem Parteitage (S. 338).

So verhielt sich die Sache.

Die bescheidene „Minderheit“ hatte den bescheidenen Wunsch, in der Mehrheit zu sein. Als dieser bescheidene Wunsch nicht erfüllt wurde, geruhte die „Minderheit“, überhaupt zu verzichten und einen kleinen Skan-

* Von Lenin deutsch zitiert. *Der Übers.*

dal zu veranstalten. Jetzt aber finden sich Leute, die großspurig-herablassend von der „Unnachgiebigkeit“ der „Mehrheit“ faseln!

Die „Minderheit“ stellte ergötzliche Ultimativen an die „Mehrheit“, als sie für die freie Agitation auf dem Parteitag vom Leder zog. Nach erlittener Niederlage *brachen unsere Helden in Tränen aus und erhoben das Geschrei über den Belagerungszustand. Voilà tout**.

Die furchtbare Beschuldigung, daß wir beabsichtigen, die Zusammensetzung der Redaktion zu ändern, löste bei uns (interne Sitzung der 24) ebenfalls Heiterkeit aus: Alle kannten seit Beginn des Parteitags und noch vor dem Parteitag ausgezeichnet den Plan, die Redaktion durch die Wahl des ursprünglichen Dreierkollegiums zu *erneuern*. (Ausführlich werde ich davon sprechen, wenn von der Wahl der Redaktion auf dem Parteitag die Rede sein wird.) Daß die „Minderheit“ vor diesem Plan zurückschreckte, *nachdem* sie gesehen hatte, daß die Koalition der „Minderheit“ mit den Antiskristen seine Richtigkeit glänzend bestätigte, das wunderte uns nicht, das war durchaus natürlich. Wir konnten selbstverständlich den Vorschlag nicht ernst nehmen, uns freiwillig, vor dem Kampf auf dem Parteitag, in die Minderheit zu verwandeln, konnten den ganzen Brief nicht ernst nehmen, dessen Verfasser sich in eine so unglaubliche Gereiztheit hineinsteigerten, daß sie von „falschen Beschuldigungen des Opportunismus“ sprachen. Wir hofften fest, die Parteipflicht werde über den natürlichen Wunsch, „seinen Ärger auszulassen“, sehr bald die Oberhand gewinnen.

k) FORTSETZUNG DER DEBATTE ÜBER DAS STATUT DIE ZUSAMMENSETZUNG DES RATES

Die weiteren Punkte des Statuts riefen weit mehr Diskussionen über die Einzelheiten als über die Prinzipien der Organisation hervor. Die 24. Parteitagssitzung befaßte sich ausschließlich mit der Vertretung auf den Parteitagen, wobei einen entschiedenen und bestimmten Kampf gegen die allen Iskristen gemeinsamen Pläne wiederum nur die Bundisten (Goldblatt und Liber, S. 258/259) und Gen. Akimow führten, der mit lobenswerter Offenheit seine Rolle auf dem Parteitag zugab: „Ich spreche jedesmal in vollem Bewußtsein dessen, daß ich mit meinen Argumenten die

* Das ist alles. *Die Red.*

Genossen nicht beeinflussen, sondern im Gegenteil nur dem Punkt schaden werde, den ich verteidige." (S. 261.) Diese zutreffende Bemerkung war gleich nach § 1 des Statuts besonders angebracht; nicht ganz richtig ist hier nur der Ausdruck „im Gegenteil“ angewandt, denn Gen. Akimow verstand es, nicht nur bestimmten Punkten zu schaden, sondern zugleich und eben dadurch auch „Genossen zu beeinflussen“... Genossen aus dem Kreis der sehr inkonsequenten Iskristen, die zur opportunistischen Phrase neigen.

Kurz und gut, § 3 des Statuts, der die Bedingungen für die Vertretung auf dem Parteitag festlegt, wurde bei sieben Stimmenthaltungen (S. 263) – augenscheinlich von Antiiskristen – mit Mehrheit angenommen.

In der Diskussion über die Zusammensetzung des Rates, die den größeren Teil der 25. Parteitagssitzung in Anspruch nahm, trat eine außerordentliche Zersplitterung der Gruppierungen um eine riesige Zahl verschiedener Entwürfe zutage. Abramson und Zarjow lehnen den Plan eines Rates überhaupt ab. Panin möchte den Rat hartnäckig zu einem bloßen Schiedsgericht machen und schlägt daher durchaus folgerichtig vor, die Bestimmung zu streichen, daß der Rat die höchste Körperschaft ist und daß er von zwei beliebigen Mitgliedern des Rates einberufen werden kann.* Herz³ und Russow verfechten zwei verschiedene Verfahren, den Rat zusammzusetzen – in Ergänzung zu den drei Verfahren, die von den fünf Mitgliedern der Statutenkommission vorgeschlagen worden waren.

Die strittigen Fragen liefen vor allem auf die Festlegung der Aufgaben des Rates hinaus: Schiedsgericht oder höchste Parteikörperschaft? Folgerichtig trat für das Schiedsgericht, wie ich schon sagte, Gen. Panin ein. Er stand aber allein. Gen. Martow sprach sich entschieden dagegen aus: „Ich schlage vor, den Antrag auf Streichung der Worte ‚der Rat ist die höchste Körperschaft‘ abzulehnen: unsere Formulierung“ (d. h. die Formulierung der Aufgaben des Rates, auf die wir uns in der Statutenkommission geeinigt hatten) „läßt absichtlich die Möglichkeit offen, daß sich der Rat zur höchsten Parteikörperschaft entwickelt. Für uns ist der Rat nicht nur eine

* Gen. Starower neigte anscheinend ebenfalls zu den Ansichten des Gen. Panin, nur mit dem Unterschied, daß Panin wußte, was er wollte, und daraus folgerichtig Resolutionen einbrachte, die den Rat in eine rein schiedsgerichtliche, schlichtende Körperschaft verwandeln sollten, während Gen. Starower nicht wußte, was er wollte, als er sagte, daß der Rat gemäß dem Entwurf „nur auf Wunsch beider Seiten“ zusammentrete (S. 266). Das ist geradezu falsch.

Schlichtungskörperschaft.“ Indessen entsprach die Zusammensetzung des Rates, wie Martows Entwurf sie vorsah, vollständig und ausschließlich dem Charakter von „Schlichtungskörperschaften“ oder Schiedsgerichten: je zwei Mitglieder von den beiden Zentralstellen und ein fünftes Mitglied, das von diesen vier hinzugezogen wird. Nicht nur eine solche Zusammensetzung des Rates, sondern auch die vom Parteitag auf Antrag der Genossen Russow und Herz angenommene (das fünfte Mitglied wird vom Parteitag ernannt) entspricht ausschließlich dem Zweck der Schlichtung oder Vermittlung. Zwischen einer solchen Zusammensetzung des Rates und seiner Bestimmung, die höchste Parteikörperschaft zu werden, klappt ein unversöhnlicher Widerspruch. Die höchste Parteikörperschaft muß eine ständige Zusammensetzung haben und darf nicht von zufälligen Änderungen (manchmal infolge von Verhaftungen) in der Zusammensetzung der Zentralstellen abhängen. Die höchste Körperschaft muß in unmittelbarer Verbindung mit dem Parteitag stehen und muß von ihm ihre Vollmachten erhalten, nicht aber von zwei anderen, dem Parteitag untergeordneten Parteikörperschaften. Die höchste Körperschaft muß aus Personen bestehen, die dem Parteitag bekannt sind. Schließlich darf die *höchste* Körperschaft nicht so *organisiert* sein, daß *ihre Existenz selbst* vom Zufall abhängt: einigen sich die beiden Kollegien nicht über die Wahl des fünften Mitglieds, so bleibt die Partei ohne höchste Körperschaft! Dagegen wurde eingewandt: 1. daß sich auch eine ausweglose Lage ergeben kann, wenn eines der fünf Mitglieder sich der Stimme enthält und die übrigen vier sich in zwei Paare teilen (Jegorow). Dieser Einwand ist nicht stichhaltig, denn die Unmöglichkeit, *einen Beschluß zu fassen*, ist manchmal für *jedes* Kollegium unvermeidlich, aber das ist etwas ganz anderes als die Unmöglichkeit, ein Kollegium zu *bilden*. Der zweite Einwand: „Ist eine solche Körperschaft wie der Rat außerstande, das fünfte Mitglied zu wählen, so heißt das, daß die Körperschaft überhaupt arbeitsunfähig ist.“ (Sassulitsch.) Aber es handelt sich hier nicht darum, daß die *höchste* Körperschaft arbeitsunfähig ist, sondern daß sie nicht existiert, denn ohne das fünfte Mitglied *wird es* überhaupt keinen Rat, *keine* „Körperschaft“ *geben*, und von Arbeitsfähigkeit wird gar nicht die Rede sein können. Schließlich wäre dem Übel noch abzuhelpen, wenn es sich darum handeln würde, daß ein Parteikollegium, über dem ein anderes, höheres steht, nicht zustande kommt, denn dann könnte dieses höhere Kollegium in

dringenden Fällen die Lücke stets so oder anders ausfüllen. Über dem Rat aber *gibt es kein* anderes Kollegium als den Parteitag, und deshalb ist es offensichtlich unlogisch, wenn man im Statut die *Möglichkeit* offen läßt, daß der Rat *nicht einmal gebildet* werden kann.

Meine beiden kurzen Reden auf dem Parteitag zu dieser Frage waren der Untersuchung (S. 267 und 269) *nur dieser beiden* falschen Einwände gewidmet, mit denen Martow selber und andere Genossen den Martowschen Entwurf verteidigten. Die Frage dagegen, ob im Rat das ZO oder das ZK überwiegen solle, *habe ich nicht einmal gestreift*. Diese Frage streifte *zum erstenmal*, schon in der 14. Parteitagssitzung, Gen. Akimow, der auf die Gefahr des Übergewichts des ZO hinwies (S. 157), und *erst nach dem Parteitag* folgten den Spuren Akimows die Genossen Martow, Axelrod und andere, die das unsinnige und demagogische Märchen erfanden, die „Mehrheit“ wolle das ZK in ein Werkzeug der Redaktion verwandeln. Als Gen. Martow diese Frage in seinem „Belagerungszustand“ erwähnte, verschwieg er bescheiden ihren wahren Urheber!

Wer sich nicht auf einzelne, aus dem Zusammenhang gerissene Zitate beschränken, sondern sich die Mühe nehmen will, die *ganze* Frage des Übergewichts des ZO über das ZK, wie sie auf dem Parteitag gestellt worden ist, kennenzulernen, der wird unschwer sehen, wie Gen. Martow die Sache entstellt hat. Schon in der 14. Sitzung eröffnet *kein anderer als Gen. Popow* eine Polemik *gegen die Ansichten des Gen. Akimow*, der „in der obersten Parteinstanz die ‚strengste Zentralisation‘ verteidigen möchte, *um den Einfluß des ZO zu schwächen*“ (S. 154, hervorgehoben von mir), „worin eigentlich auch der ganze Sinn dieses (Akimowschen) Systems besteht“. „Eine solche Zentralisation verteidige ich keinesfalls“, fügt Gen. Popow hinzu, „sondern bin bereit, sie auf jede Art und Weise zu bekämpfen, denn sie ist *das Banner des Opportunismus*.“ Da liegt die *Wurzel* der berühmten Frage des Übergewichts des ZO über das ZK, und es ist kein Wunder, daß Gen. Martow jetzt *genötigt* ist, den wahren Ursprung der Frage zu verschweigen. *Sogar* Gen. Popow konnte nicht umhin, den *opportunistischen* Charakter dieser Akimowschen Redereien vom Übergewicht des ZO zu erkennen*, und um sich von Gen. Akimow

* Weder Gen. Popow noch Gen. Martow genierten sich, Gen. Akimow einen Opportunisten zu nennen; sie begannen erst dann, sich gekränkt zu fühlen und sich zu empören, als man *sie selber*, und ganz zu Recht, wegen ihrer Haltung

fein säuberlich abzugrenzen, erklärte Genosse Popow *kategorisch*: „Mag in dieser Zentralstelle (dem Rat) die Redaktion mit drei Mitgliedern, das ZK mit zwei Mitgliedern vertreten sein. *Das ist eine untergeordnete Frage*“ (hervorgehoben von mir), „wichtig aber ist, daß die Führung, die höchste Führung der Partei, aus einer Quelle hervorgeht.“ (S. 155.) Gen. Akimow erwidert darauf: „Nach dem Entwurf wird dem ZO das Übergewicht im Rat schon dadurch gesichert, daß die Zusammensetzung der Redaktion eine beständige, die des ZK dagegen eine veränderliche ist“ (S. 157) – ein Argument, das sich nur auf die „Beständigkeit“ der *prinzipiellen* Führung (eine normale und erwünschte Erscheinung) bezieht, keineswegs aber auf das „Übergewicht“ im Sinne einer Einnischung oder eines Anschlags auf die Selbständigkeit. Und Gen. Popow, der damals noch nicht zur „Minderheit“ gehörte, die ihre Unzufriedenheit mit der Zusammensetzung der Zentralstellen hinter dem Geklatsch über die Unselbständigkeit des ZK zu verbergen sucht, antwortet dem Gen. Akimow völlig vernünftig: „Ich schlage vor, ihn (den Rat) als die Zentralleitung der Partei zu betrachten, und somit ist die Frage ganz unwichtig, ob das ZO oder das ZK eine größere Zahl von Vertretern im Rat haben wird.“ (S. 157/158, hervorgehoben von mir.)

Als die Diskussion über die Zusammensetzung des Rates in der 25. Sitzung wieder aufgenommen wurde, sprach sich Gen. Pawlowitsch, die alten Debatten fortsetzend, „angesichts der Stabilität des ZO“ (264) für dessen Übergewicht über das ZK aus, wobei er gerade die *prinzipielle* Stabilität im Auge hatte, und so verstand ihn auch Gen. Martow, der gleich nach Gen. Pawlowitsch das Wort ergriff; Martow hielt es für überflüssig, „das Übergewicht einer Körperschaft über die andere festzulegen“, und

zur „Gleichberechtigung der Sprachen“ oder zu § 1 des Statuts mit diesem Namen belegte. Gen. Akimow, in dessen Fußtapfen Gen. Martow trat, hat allerdings auf dem Parteitag mehr Würde und Mut bewiesen als Gen. Martow und Co. auf der Ligakonferenz. „Man nennt mich hier einen Opportunisten“, sagte Gen. Akimow auf dem Parteitag. „Ich persönlich betrachte dieses Wort als ein beleidigendes Schimpfwort, und ich denke, daß ich es keineswegs verdient habe; aber ich protestiere nicht dagegen.“ (S. 296.) Vielleicht haben die Genossen Martow und Starower den Gen. Akimow aufgefordert, ihren Protest gegen die falsche Beschuldigung des Opportunismus zu unterzeichnen, Gen. Akimow aber hat es abgelehnt?

wies auf die Möglichkeit hin, daß sich ein Mitglied des ZK im Ausland aufhält: „dadurch wird bis zu einem gewissen Grade die prinzipielle Stabilität des ZK gewahrt bleiben“ (264). Hier findet sich noch keine Spur einer demagogischen *Vermengung* der *prinzipiellen* Stabilität und ihres Schutzes mit dem Schutze der Selbständigkeit und Unabhängigkeit des ZK. Diese Vermengung, die *nach dem Parteitag* fast zum Haupttrumpf des Gen. Martow wurde, führte auf dem Parteitag nur Gen. Akimow hartnäckig durch, der schon damals vom „Araktschejew-Geist* des Statuts“ (268) sprach und behauptete, daß „das ZK sich in einen einfachen *Willensvollstrecker der Redaktion verwandeln wird, wenn im Rat der Partei drei Mitglieder des ZO sitzen*“ (hervorgehoben von mir). „Drei Personen, die im Ausland leben, werden das Recht erhalten, über die Arbeit der gesamten (!!) Partei unbeschränkt (!!) zu verfügen. Ihre Sicherheit ist gewährleistet und ihre Macht daher lebenslänglich.“ (268.) Eben gegen diese völlig sinnlosen und demagogischen Phrasen, die an die Stelle der *ideologischen Führung die Einmischung in die Arbeit der Gesamtpartei* setzen (und die nach dem Parteitag dem Gen. Axelrod mit seinen Reden über „Theokratie“ eine sehr billige Losung lieferten) – *gegen sie* trat wieder Genosse Pawlowitsch auf, der betonte, er sei „für die Festigkeit und Reinheit jener Prinzipien, deren Vertreter die ‚Iskra‘ ist. Wenn ich der Redaktion des Zentralorgans das Übergewicht gebe, so festige ich damit diese Prinzipien.“

So steht in Wirklichkeit die Frage des berüchtigten Übergewichts des ZO über das ZK. Diese berühmte „prinzipielle Meinungsverschiedenheit“ der Genossen Axelrod und Martow ist nichts anderes als eine *Wiederholung der opportunistischen und demagogischen Phrasen des Genossen Akimow*, jener Phrasen, deren wahren Charakter sogar Genosse Popow klar sah, zu einer Zeit sah, als er in der Frage der Zusammensetzung der Zentralstellen noch keine Niederlage erlitten hatte!

*

Das Fazit aus den Debatten über die Zusammensetzung des Rates: Trotz den Versuchen des Gen. Martow, im „Belagerungszustand“ nachzuweisen, daß meine Darstellung im „Brief an die Redaktion“ wider-

* Araktschejew - reaktionärer Staatsmann im zaristischen Rußland Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts. Mit seinem Namen ist eine ganze Epoche unumschränkten Polizeidespotentums und brutaler Militärwillkür verbunden. *Der Übers.*

spruchsvoll und falsch sei, zeigen die Parteitagsprotokolle deutlich, daß diese Frage *im Vergleich* zu § 1 wirklich nur *eine Teilfrage* ist, daß die im Artikel „Unser Parteitag“ (Nr. 53 der „Iskra“) aufgestellte Behauptung, wir hätten uns „fast ausschließlich“ um die Organisation der zentralen Parteikörperschaften gestritten, eine *völlige Entstellung* ist. Diese Entstellung ist um so empörender, als der Verfasser des Artikels über die *Debatten um § 1 überhaupt mit Schweigen hinweggegangen* ist. Weiter bestätigen die Protokolle auch, daß es bezüglich der Zusammensetzung des Rates keine bestimmte Gruppierung der Iskristen gegeben hat: namentliche Abstimmungen finden nicht statt, Martow und Panin sind verschiedener Ansicht, ich und Popow vertreten den gleichen Standpunkt, Jegorow und Gussew haben eine besondere Meinung usw. Schließlich wird durch das Abschwenken der Genossen Martow und Axelrod zu Gen. Akimow auch in dieser Frage, das jetzt für alle sichtbar ist, meine letzte Behauptung (auf der Konferenz der Auslandsliga der russischen revolutionären Sozialdemokratie), daß sich die Koalition der Martowleute mit den Antiiskristen gefestigt hat, *gleichfalls bestätigt*.

D) DAS ENDE DER DEBATTEN ÜBER DAS STATUT
DIE KOOPTATION IN DIE ZENTRALSTELLEN
DIE DELEGIERTEN DER GRUPPE „RABOTSCHJE DELO“
VERLASSEN DEN PARTEITAG

Aus den weiteren Debatten über das Statut (26. Sitzung des Parteitags) ist nur der Punkt über die Beschränkung der Macht des Zentralkomitees erwähnenswert, der den Charakter der *jetzigen* Angriffe der Martowleute auf den Hyperzentralismus ins rechte Licht rückt. Die Genossen Jegorow und Popow strebten nach einer Beschränkung des Zentralismus mit etwas mehr Überzeugtheit, unabhängig von ihrer eigenen oder der von ihnen verteidigten Kandidatur. Sie hatten schon in der Statutenkommission beantragt, das Recht des ZK zur Auflösung von Lokalkomitees an die Zustimmung des Rates zu knüpfen und außerdem auf besonders angeführte Fälle (S. 272, Anm. 1) zu beschränken. Drei Mitglieder der Statutenkommission (Glebow, Martow und ich) wandten sich dagegen, und auf

dem Parteitag verteidigte Gen. Martow unsere Auffassung (S. 273), indem er Jegorow und Popow erwiderte, „das ZK wird sich ohnehin erst beraten, bevor es sich zu einem so ernsten Schritt wie der Auflösung einer Organisation entschließt“. Wie man sieht, blieb Gen. Martow *damals* noch taub gegen *alle* antizentralistischen Einflüsterungen, und der Parteitag lehnte den Antrag Jegorows und Popows ab – nur erfahren wir leider nicht aus den Protokollen, mit welcher Stimmenzahl.

Auf dem Parteitag war Gen. Martow auch „dagegen, das Wort ‚organisiert‘ (das ZK organisiert die Komitees usw. in § 6 des Parteistatuts) durch das Wort ‚bestätigt‘ zu ersetzen. Man muß das Recht geben, auch zu organisieren“, sagte *damals* Gen. Martow, der noch nicht auf die bemerkenswerte, erst auf der Ligakonferenz entdeckte Idee gekommen war, daß der Begriff „organisieren“ die Bestätigung nicht einschließe.

Außer diesen beiden Punkten bieten die weiteren, völlig belanglosen Debatten über Einzelheiten der Paragraphen 5–11 des Statuts (S. 273 bis 276 der Protokolle) wohl kaum Interesse. Paragraph 12 behandelt die Kooptation in alle Parteikollegien im allgemeinen und in die Zentralstellen im besonderen. Die Kommission schlägt vor, die qualifizierte Mehrheit, die für eine Kooptation notwendig ist, von zwei Drittel auf vier Fünftel zu erhöhen. Der Berichterstatter (Glebow) befürwortet die *einstimmige* Kooptation in das ZK. Gen. Jegorow, der *Reibungsflächen* für unerwünscht hält, ist für die einfache Mehrheit, wenn kein begründetes Veto* vorliegt. Gen. Popow ist weder mit der Kommission noch mit Gen. Jegorow einverstanden und fordert entweder einfache Mehrheit (ohne Vetorecht) oder Einstimmigkeit. Gen. Martow ist weder mit der Kommission noch mit Glebow, weder mit Jegorow noch mit Popow einverstanden, er ist gegen die Einstimmigkeit, gegen die Vierfünftel- (statt der Zweidrittel-) Mehrheit, *gegen die „beiderseitige Kooptation“, d. h. das Recht der Redaktion des ZO, gegen eine Kooptation ins ZK Einspruch zu erheben, und umgekehrt* (das „Recht der beiderseitigen Kontrolle über die Kooptation“).

Wie der Leser sieht, ist die Gruppierung kunterbunt, und die Meinungsverschiedenheiten zerfallen in nahezu „einstimmige“ Besonderheiten in den Ansichten jedes Delegierten!

Gen. Martow sagt: „Die psychologische Unmöglichkeit, mit unan-

* Verbot, Einspruch. *Die Red.*

genehmen Leuten zu arbeiten, erkenne ich an. Aber für uns ist auch wichtig, daß unsere Organisation lebens- und arbeitsfähig sei... Das Recht der beiderseitigen Kontrolle des ZK und der Redaktion des ZO bei der Kooptation ist unnötig. Ich bin nicht deshalb dagegen, weil ich etwa glaube, der eine wäre auf dem Gebiet des andern nicht kompetent. O nein! Die Redaktion des ZO könnte zum Beispiel dem ZK einen guten Rat geben, ob es angebracht ist, Herrn Nadeshdin ins ZK aufzunehmen. Ich sträube mich dagegen, weil ich kein beiderseitig aufreizendes bürokratisches Verfahren schaffen will.“

Ich widerspreche ihm: „Hier geht es um zwei Fragen. Die erste betrifft die qualifizierte Mehrheit, und ich bin gegen den Antrag, sie von vier Fünftel auf zwei Drittel herabzusetzen. Einen begründeten Protest einzuführen, ist nicht zweckmäßig, und ich bin dagegen. Unvergleichlich wichtiger ist die zweite Frage, nämlich die beiderseitige Kontrolle des ZK und des ZO über die Kooptation. Die Übereinstimmung der beiden Zentralstellen ist eine notwendige Bedingung der Harmonie. Es geht hier darum, einem Bruch zwischen den beiden Zentralstellen vorzubeugen. Wer keine Spaltung will, der muß dafür sorgen, daß Harmonie besteht. Aus dem Parteileben ist bekannt, daß es Leute gibt, die in die Partei Spaltung hineinragen. Es ist dies eine prinzipielle, eine wichtige Frage, von ihr kann das ganze künftige Schicksal der Partei abhängen.“ (S. 276/277.) Das ist der volle Wortlaut der auf dem Parteitag niedergeschriebenen Zusammenfassung meiner Rede, der Gen. Martow eine besonders ernste Bedeutung beilegt. Doch obgleich er ihr eine ernste Bedeutung beilegt, hat er sich leider nicht die Mühe gegeben, sie in Verbindung zu bringen mit der ganzen Debatte und mit der ganzen politischen Situation auf dem Parteitag zu der Zeit, als diese Rede gehalten wurde.

Vor allem drängt sich die Frage auf: Warum habe ich mich in meinem ursprünglichen Entwurf (siehe S. 394, § 11)* mit einer Zweidrittelmehrheit begnügt und keine beiderseitige Kontrolle über die Kooptation in die Zentralstellen gefordert? Gen. Trotzki, der nach mir sprach (S. 277), hat denn auch sofort diese Frage aufgeworfen.

Eine Antwort darauf geben meine Rede auf der Ligakonferenz und der Brief des Gen. Pawlowitsch über den II. Parteitag. Durch § 1 des Statuts „wurde das Gefäß zerschlagen“, und es mußte mit einem „doppelten

* Siehe Werke, Bd. 6, S. 476. *Die Red.*

Knoten" zusammengebunden werden, sagte ich auf der Ligakonferenz. Das bedeutete erstens, daß Martow sich in einer rein theoretischen Frage als Opportunist erwies und daß Liber und Akimow seinem Fehler *zum Sieg verhalfen*. Das bedeutete zweitens, daß die Koalition der Martowleute (d. h. der verschwindenden Minderheit der Iskristen) mit den Antiskristen ihnen bei der Entscheidung über die personelle Zusammensetzung der Zentralstellen die *Mehrheit auf dem Parteitag* verschaffte. Ich aber habe hier gerade von der *personellen Zusammensetzung* der Zentralstellen gesprochen, die Notwendigkeit der Harmonie betont und davor *gewarnt*, „daß es Leute gibt, die in die Partei Spaltung hineintragen“. Diese Warnung erhielt tatsächlich eine wichtige prinzipielle Bedeutung, denn die „Iskra“-Organisation (die zweifellos, da sie die ganze praktische Arbeit und alle Kandidaten am besten kannte, in der Frage der personellen Zusammensetzung der Zentralstellen am kompetentesten war) hatte ihre beratende Stimme zu dieser Frage bereits abgegeben und den uns bekannten Beschluß über die Kandidaturen gefaßt, die ihre Befürchtungen hervorriefen. Sowohl moralisch als auch im Interesse der Sache (d. h. im Hinblick auf die Kompetenz des Beschlußfassenden) mußte der „Iskra“-Organisation in dieser heiklen Frage entscheidende Bedeutung zukommen. Aber *formell* hatte Gen. Martow selbstverständlich das volle Recht, *gegen* die Mehrheit der „Iskra“-Organisation an die Liber und Akimow zu appellieren. Und Gen. Akimow hat in seiner glänzenden Rede über § 1 bemerkenswert klar und klug gesagt, daß er, wenn er bei den Iskristen eine Meinungsverschiedenheit über die Methoden zur Erreichung ihrer gemeinsamen iskristischen Ziele feststelle, stets bewußt und absichtlich für die *schlechteste Methode* stimme, denn seine, Akimows, Ziele seien den iskristischen diametral entgegengesetzt. Es konnte somit *keinem Zweifel* unterliegen, daß – sogar unabhängig vom Willen und Bewußtsein des Gen. Martow – gerade die *schlechteste Zusammensetzung der Zentralstellen* die Unterstützung der Liber und Akimow finden wird. Sie können und müssen (nicht nach ihren Worten, sondern nach ihren *Taten*, nach ihrem Votum bei § 1 zu urteilen) gerade für jene Liste *stimmen*, die in Aussicht stellen kann, daß es Leute sind, „die in die Partei Spaltung hineintragen“, sie werden so stimmen, *damit* „Spaltung hineingetragen“ wird. Ist es da verwunderlich, daß ich angesichts einer solchen Situation von einer wichtigen prinzipiellen Frage (der Harmonie der beiden Zen-

tralstellen) sprach, von der das ganze künftige Schicksal der Partei abhängen kann?

Kein einziger Sozialdemokrat, der mit den iskristischen Ideen und Plänen und mit der Geschichte der Bewegung einigermaßen vertraut ist, der sich zu diesen Ideen einigermaßen aufrichtig bekennt, konnte auch nur einen Augenblick daran zweifeln, daß es zwar formell richtig war, wenn in dem Streit innerhalb der „Iskra“-Organisation um die Zusammensetzung der Zentralstellen die Entscheidung den Liber und Akimow zufiel, daß das aber die *schlechtesten* der möglichen Ergebnisse sicherte. Gegen diese schlechtesten der möglichen Ergebnisse mußte man unbedingt kämpfen.

Es fragt sich nun: Wie kämpfen? Wir haben nicht mit hysterischem Geschrei und natürlich nicht mit Skandalchen gekämpft, sondern mit *durchaus loyalen und durchaus rechtmäßigen* Mitteln. Als wir merkten, daß wir in der Minderheit bleiben (ebenso wie bei § 1), *da plädierten wir vor dem Parteitag dafür, daß die Rechte der Minderheit geschützt werden.* Größere Strenge hinsichtlich der qualifizierten Mehrheit bei der Aufnahme von Mitgliedern (vier Fünftel anstatt zwei Drittel), Einstimmigkeit bei der Kooptation und beiderseitige Kontrolle über die Kooptation in die Zentralstellen – für all dies begannen wir uns einzusetzen, *als wir in der Frage der personellen Zusammensetzung der Zentralstellen in der Minderheit blieben.* Diese Tatsache wird von den Leutchen ständig ignoriert, die über den Parteitag nur allzugern leichtfertig reden und urteilen – nach ein paar Unterhaltungen im Freundeskreis, ohne ernstes Studium aller Protokolle und aller „Aussagen“ der Interessierten. Indessen wird jeder, der sich die Mühe nimmt, diese Protokolle und diese Aussagen gewissenhaft zu studieren, unvermeidlich auf die von mir festgestellte Tatsache stoßen: die *Wurzel* des Streits liegt zu diesem Zeitpunkt des Parteitags gerade in der Frage, *wie sich die Zentralstellen personell zusammensetzen sollen*, und strengere Kontrollbedingungen verlangten wir eben deshalb, weil wir in der Minderheit waren, weil wir das von Martow unter dem Jubel und der jubelnden Teilnahme der Liber und Akimow zerschlagene „Gefäß mit einem doppelten Knoten zusammenbinden“ wollten.

„Lügen die Dinge anders“, sagt Gen. Pawlowitsch über diesen Zeitpunkt des Parteitags, „so müßte man annehmen, daß wir uns, als wir

Einstimmigkeit bei der Kooptation verlangten, um unsere Gegner sorgen, denn für die in dieser oder jener Körperschaft überwiegende Partei ist Einstimmigkeit nicht nur unnötig, sondern sogar nachteilig.“ (S. 14 des „Briefes über den II. Parteitag“.) Heute wird aber die chronologische Reihenfolge der Ereignisse nur allzuoft vergessen, man vergißt, daß während einer ganzen Periode des Parteitags die jetzige Minderheit die Mehrheit war (dank der Teilnahme der Liber und Akimow) und daß gerade in diese Periode der Streit um die Kooptation in die Zentralstellen fällt, dessen Hintergrund die Meinungsverschiedenheit in der „Iskra“-Organisation über die personelle Zusammensetzung der Zentralstellen bildete. Wer sich diesen Umstand klarmacht, der wird auch die Leidenschaftlichkeit unserer Debatten verstehen, der wird sich auch nicht über den scheinbaren Widerspruch wundern, daß Meinungsverschiedenheiten in kleinen Teilfragen wirklich wichtige, prinzipielle Fragen aufrollen.

Gen. Deutsch, der in derselben Sitzung sprach (S. 277), hatte in hohem Maße recht, als er erklärte: „Zweifellos ist dieser Vorschlag für den gegebenen Zeitpunkt berechnet.“ In der Tat, nur wenn man den gegebenen Zeitpunkt in seiner ganzen Kompliziertheit begriffen hat, kann man die wahre Bedeutung des Streites verstehen. Und es ist äußerst wichtig, im Auge zu behalten, daß wir, als wir in der Minderheit waren, die Rechte der Minderheit mit Methoden verteidigten, die jeder europäische Sozialdemokrat als rechtmäßig und zulässig anerkennt, nämlich indem wir vor dem Parteitag für eine strengere Kontrolle der personellen Zusammensetzung der Zentralstellen plädierten. Ebenso hatte auch Gen. Jegorow in hohem Grade recht, als er, gleichfalls auf dem Parteitag, aber in einer anderen Sitzung, sagte: „Es wundert mich außerordentlich, in der Debatte wieder zu hören, daß man sich auf Prinzipien beruft...“ (Das wurde anlässlich der Wahlen zum ZK gesagt, in der 31. Sitzung des Parteitags, d. h., wenn ich nicht irre, am Donnerstag morgen, während die 26. Sitzung, von der hier die Rede ist, am Montag abend stattfand.) „... Es ist wohl allen klar, daß sich in den letzten Tagen die ganze Debatte nicht um diese oder jene prinzipielle Fragestellung drehte, sondern ausschließlich darum, wie man diesem oder jenem Genossen den Zugang zu den zentralen Körperschaften ermöglichen oder versperren kann. Geben wir zu, daß die Prinzipien auf diesem Parteitag längst abhanden gekommen sind, und nennen wir die Dinge bei ihrem richtigen Namen. (Allgemeine

Heiterkeit. Murawjow: „Ich bitte im Protokoll zu vermerken, daß Gen. Martow gelächelt hat.“ (S. 337.) Kein Wunder, daß Gen. Martow und wir alle über die wirklich lächerlichen Klagen des Gen. Jegorow herzlich lachten. Jawohl, „in den letzten Tagen“ drehte sich sehr, sehr vieles um die personelle Zusammensetzung der Zentralstellen. Das ist wahr. Das war tatsächlich auf dem Parteitag *allen klar* (und erst jetzt bemüht sich die Minderheit, diesen klaren Umstand zu *verdunkeln*). Wahr ist schließlich auch, daß man die Dinge bei ihrem richtigen Namen nennen muß. Aber um Himmels willen, was haben *damit* „abhanden gekommene Prinzipien“ zu tun?? Wir haben uns doch auf dem Parteitag versammelt (siehe S. 10, die Tagesordnung des Parteitags), *um in den ersten Tagen* über das Programm, die Taktik, das Statut zu sprechen und die einschlägigen Fragen zu entscheiden und *um in den letzten Tagen* (Punkt 18 und 19 der Tagesordnung) über die personelle Zusammensetzung der Zentralstellen zu sprechen und *diese* Fragen zu entscheiden. Wenn für den Kampf um den Dirigentenstab *die letzten Tage* von Parteitag benützt werden, so ist das eine natürliche und durchaus, durchaus gesetzmäßige Erscheinung. (Wenn man sich freilich *nach den Parteitag* um den Dirigentenstab rauft, dann ist das kleinliches Gezänk.) Wenn jemand *auf dem Parteitag* in der Frage der personellen Zusammensetzung der Zentralstellen eine Niederlage erlitten hat (wie Genosse Jegorow), so ist es *einfach lächerlich, nachher* von „abhanden gekommenen Prinzipien“ zu sprechen. Es ist daher verständlich, daß über Gen. Jegorow alle lachten. Verständlich ist auch, warum Gen. Murawjow hat, ins Protokoll aufzunehmen, daß Gen. Martow an dieser Heiterkeit teilnahm: *Gen. Martow hat, als er über Gen. Jegorow lachte, über sich selbst gelacht...*

In Ergänzung der ironischen Bemerkung Murawjows ist es vielleicht nicht überflüssig, folgende Tatsache mitzuteilen. *Nach dem Parteitag* versicherte Martow bekanntlich in allen Gassen, bei unseren Differenzen habe gerade die Kooptation in die Zentralstellen die Hauptrolle gespielt und „die Mehrheit der alten Redaktion“ sei strikt gegen die beiderseitige Kontrolle über die Kooptation in die Zentralstellen gewesen. *Vor dem Parteitag* hatte Gen. Martow mein Projekt, das die Wahl von zwei Dreierkollegien bei beiderseitiger Kooptation mit Zweidrittelmehrheit vorsah, gebilligt und *mir darüber geschrieben*: „Bei Annahme dieser Form der beiderseitigen Kooptation muß betont werden, daß nach dem

Parteitag die Ergänzung jedes Kollegiums auf einer etwas anderen Grundlage vor sich gehen wird (*ich würde so empfehlen*: jedes Kollegium kooptiert neue Mitglieder, wobei es dem anderen Kollegium von seiner Absicht Mitteilung macht; *letzteres kann Einspruch erheben, und dann entscheidet der Rat den Streit*. Damit keine Verschleppung eintritt, wird diese Prozedur *auf rechtzeitig in Aussicht genommene Kandidaten* angewandt – zum mindesten für das ZK –, aus deren Reihen dann die Ergänzung schon rascher erfolgen kann). Um zu betonen, daß die weitere Kooptation nach einer im Parteistatut vorgesehenen Ordnung vor sich geht, muß in § 22* hinzugefügt werden: „...der die gefaßten Beschlüsse auch bestätigt.“ (Hervorgehoben von mir.)

Kommentar überflüssig!

Nachdem wir die Bedeutung des Zeitpunkts erläutert haben, in welchem der Streit um die Kooptation in die Zentralstellen vor sich ging, müssen wir ein wenig auf die damit zusammenhängenden *Abstimmungen* eingehen – bei den *Debatten* zu verweilen ist überflüssig, denn auf die von mir angeführten Reden von Gen. Martow und mir folgten lediglich kurze Erwidern, an denen nur ganz wenige Delegierte teilnahmen (siehe S. 277–280 der Protokolle). Hinsichtlich der Abstimmungen behauptete Gen. Martow auf der Ligakonferenz, ich hätte mir in meiner Schilderung der Dinge eine „ungeheuerliche Entstellung“ zuschulden kommen lassen (S. 60 der Ligaprotokolle), „als ich den Kampf um das Statut herum...“ (Gen. Martow hat unfreiwillig eine große Wahrheit gesagt: nach Annahme von § 1 ging der ganze Streit wirklich *um* das Statut *herum*) „...als einen Kampf der ‚Iskra‘ gegen die Martowleute darstellte, die eine Koalition mit dem ‚Bund‘ eingegangen waren“.

Sehen wir uns diese interessante Frage der „ungeheuerlichen Entstellung“ näher an. Gen. Martow vereinigt die Abstimmungen über die Zusammensetzung des Rates mit den Abstimmungen über die Kooptation

* Es handelt sich um meinen ursprünglichen Entwurf der Tagesordnung des Parteitags und des Kommentars dazu, den alle Delegierten kannten. § 22 dieses Entwurfs sprach eben von der Wahl zweier Dreierkollegien in das ZO und das ZK, von der „beiderseitigen Kooptation“ seitens dieser sechs mit Zweidrittelmehrheit, von der Bestätigung dieser beiderseitigen Kooptation durch den Parteitag und der selbständigen weiteren Kooptation in das ZO und das ZK.

und führt *acht* Voten an: 1. die Wahl von je zwei Mitgliedern des ZO und des ZK in den Rat: dafür 27 (M), dagegen 16 (L), Stimmenthaltungen sieben.* (Nebenbei bemerkt ist auf S. 270 des Protokolls die Zahl der Stimmenthaltungen mit acht angegeben, aber das ist unwesentlich.) – 2. Die Wahl des fünften Mitglieds des Rates durch den Parteitag: dafür 23 (L), dagegen 18 (M), Stimmenthaltungen sieben. – 3. Die Ersetzung ausgeschiedener Mitglieder des Rates durch den Rat selbst: dagegen 23 (M), dafür 16 (L), Stimmenthaltungen zwölf. – 4. Einstimmigkeit bei der Kooptation ins ZK: dafür 25 (L), dagegen 19 (M), Stimmenthaltungen sieben. – 5. Die Forderung *eines* begründeten Protestes für die Ablehnung eines Mitglieds: dafür 21 (L), dagegen 19 (M), Stimmenthaltungen elf. – 6. Einstimmigkeit bei der Kooptation ins ZO: dafür 23 (L), dagegen 21 (M), Stimmenthaltungen sieben. – 7. Die Zulässigkeit der Abstimmung über das Recht des Rates, Beschlüsse des ZO und des ZK über die Ablehnung eines neuen Mitglieds aufzuheben: dafür 25 (M), dagegen 19 (L), Stimmenthaltungen sieben. – 8. Abstimmung über den Antrag selbst: dafür 24 (M), dagegen 23 (L), Stimmenthaltungen vier. „Hier“, schließt Gen. Martow (S. 61 der Ligaprotokolle), „*stimmte offensichtlich ein Delegierter des ‚Bund‘ für den Antrag, während sich die übrigen der Stimme enthielten.*“ (Hervorgehoben von mir.)

Es fragt sich, warum meint Gen. Martow, es sei *offensichtlich*, daß ein Bundist für ihn, Martow, gestimmt hat, wo die Abstimmung doch nicht namentlich war?

Weil er die *Zahl der Abstimmenden* in Rechnung stellt, und wenn diese Zahl erkennen läßt, daß der „Bund“ sich an der Abstimmung *beteiligt* hat, nicht daran zweifelt, daß *diese Beteiligung* zu seinen, Martows, Gunsten ausgefallen ist.

Wo ist denn hier die „ungeheuerliche Entstellung“ meinerseits?

Die Gesamtzahl der Stimmen betrug 51, ohne die Bundisten waren es 46, ohne die Vertreter des „Rabotscheje Dclo“ 43. An *sieben* Abstimmungen von den acht, die Gen. Martow anführt, beteiligten sich 43, 41, 39, 44, 40, 44 und 44 Delegierte, an *einer* Abstimmung – 47 Delegierte (richtiger: Stimmen), und hier gibt Gen. Martow selber zu, daß ihn ein Bundist unterstützt hat. Es zeigt sich also, daß das von Martow gezeichnete

* Die Buchstaben M und L in Klammern geben an, wie ich (L) und Martow (M) gestimmt haben.

(und wie wir gleich sehen werden, unvollständig gezeichnete) Bild *meine Schilderung des Kampfes nur bestätigt und verstärkt!* Es zeigt sich, daß in sehr vielen Fällen die Zahl der Stimmhaltungen *recht groß* war; das weist eben auf das *verhältnismäßig* geringe Interesse des gesamten Parteitags für gewisse Einzelheiten hin, auf das Fehlen einer eindeutig festgelegten Gruppierung der Iskristen in diesen Fragen. Martows Worte, daß die Bundisten „durch ihre Stimmhaltung offenkundig Lenin unterstützen“ (S. 62 der Ligaprotokolle), *kehren sich gerade gegen Martow*: ich konnte somit *nur*, wenn die Bundisten abwesend waren oder sich der Stimme enthielten, manchmal auf einen Sieg rechnen. Aber jedesmal, wenn die Bundisten es *für lobnend halten*, sich in den Kampf einzumischen, unterstützen sie Gen. Martow, und sie mischten sich *nicht nur* in dem obenerwähnten Fall ein, als 47 Delegierte an der Abstimmung teilnahmen. Wer die Mühe nicht scheut, die Parteitagsprotokolle heranzuziehen, der wird sehen, wie *merkwürdig unvollständig* das Bild ist, das Gen. Martow gibt. Gen. Martow hat *ganz einfach drei weitere Fälle unter den Tisch fallen lassen*, in denen sich der „Bund“ an den Abstimmungen *beteiligte*, wobei *in allen diesen Fällen* Gen. Martow sich *selbstverständlich* als Sieger erwies. Diese Fälle sind folgende: 1. Der Abänderungsantrag des Gen. Fomin, die qualifizierte Mehrheit von vier Fünftel auf zwei Drittel herabzusetzen, wird angenommen. Dafür 27, dagegen 21 (S. 278), folglich wurden 48 Stimmen abgegeben. 2. Der Antrag des Gen. Martow, die beiderseitige Kooptation zu verwerfen, wird angenommen. Dafür 26, dagegen 24 (S. 279), an der Abstimmung nahmen also 50 Stimmen teil. Und schließlich 3. mein Antrag, die Kooptation in das ZO und das ZK nur mit Zustimmung aller Mitglieder des Rates zuzulassen, wird abgelehnt (S. 280). Dagegen 27, dafür 22 (es gab sogar eine namentliche Abstimmung darüber, die aber leider im Protokoll nicht vermerkt ist), die Zahl der abgegebenen Stimmen betrug also 49.

Das Fazit: Hinsichtlich der Kooptation in die Zentralstellen haben die Bundisten *nur an vier Abstimmungen* teilgenommen (die *drei* eben von mir erwähnten mit 48, 50 und 49 Beteiligten und *eine*, die Gen. Martow anführt, mit 47 Beteiligten). *Bei allen diesen Abstimmungen* war Gen. Martow der Sieger. *Meine Darstellung erweist sich in allen Punkten als richtig*, sowohl in dem Hinweis auf die Koalition mit dem „Bund“ als auch in der Feststellung des verhältnismäßig nebensächlichen Charakters der

Fragen (zahlreiche Fälle mit vielen Stimmenthaltungen) und im Hinweis auf das Fehlen einer bestimmten Gruppierung der Iskristen (keine namentlichen Abstimmungen; äußerst wenig Diskussionsredner).

Der Versuch des Gen. Martow, in meiner Darstellung einen Widerspruch zu finden, ist demnach ein Versuch mit untauglichen Mitteln, denn Gen. Martow hat einzelne Worte aus dem Zusammenhang gerissen, ohne sich die Mühe zu nehmen, das Bild als Ganzes wiederherzustellen.

Der letzte Paragraph des Statuts, der die Frage der Auslandsorganisation behandelt, hat wiederum Debatten und Abstimmungen hervorgerufen, die vom Standpunkt der Parteitagsgruppierungen außerordentlich charakteristisch sind. Es handelte sich um die Anerkennung der Liga als Auslandsorganisation der Partei. Gen. Akimow erhob selbstverständlich sofort Einspruch; er erinnerte an den vom ersten Parteitag bestätigten Auslandsbund und wies auf die prinzipielle Bedeutung der Frage hin. „Vor allem will ich bemerken“, erklärte er, „daß ich dieser oder jener Lösung der Frage keine besondere praktische Bedeutung beimesse. Der ideologische Kampf, der bis jetzt in unserer Partei geführt wurde, ist zweifellos noch nicht abgeschlossen, aber er wird auf einer anderen Ebene und mit einer anderen Gruppierung der Kräfte fortgesetzt werden... In § 13 des Statuts hat die Tendenz, unsern Parteitag aus einer Partei- in eine Fraktionstagung zu verwandeln, noch einmal und sehr stark ihren Niederschlag gefunden. Anstatt alle Sozialdemokraten in Rußland zu zwingen, sich im Namen der Parteieinheit den Beschlüssen des Parteitags zu fügen, und alle Parteiorganisationen zusammenzufassen, wird dem Parteitag vorgeschlagen, die Organisation der Minderheit zu vernichten, die Minderheit zum Verschwinden zu zwingen.“ (281.) Wie der Leser sieht, war die „Kontinuität“, die Gen. Martow nach seiner Niederlage in der Frage der Zusammensetzung der Zentralstellen so teuer wurde, Gen. Akimow nicht minder teuer. Auf dem Parteitag aber wandten sich die Leute, die verschiedene Maßstäbe an sich und an andere anlegen, leidenschaftlich gegen Gen. Akimow. Trotz Annahme des Programms, Anerkennung der „Iskra“ und Annahme fast des gesamten Statuts wurde gerade jenes „Prinzip“ in den Vordergrund gerückt, das die Liga „prinzipiell“ vom Auslandsbund trennte. „Will Gen. Akimow die Frage auf einen prinzipiellen Boden stellen“, ruft Gen. Martow aus, „so haben wir nichts da-

gegen; insbesondere da Gen. Akimow von möglichen Kombinationen im Kampf gegen die zwei Strömungen sprach. Nicht in dem Sinne soll man *den Sieg einer Richtung sanktionieren*" (man beachte, daß das in der 27. Sitzung des Parteitags gesagt wird!), „daß man vor der ‚Iskra‘ wieder einmal eine Verbeugung macht, sondern in dem Sinne, daß man *von all den möglichen Kombinationen, von denen Gen. Akimow gesprochen hat, endgültig Abschied nimmt.*“ (282, hervorgehoben von mir.)

Welch ein Bild! Gen. Martow fährt *nach* Abschluß aller Programmdebatten auf dem Parteitag fort, von allen möglichen Kombinationen *endgültig Abschied zu nehmen*... solange er in der Frage der Zusammensetzung der Zentralstellen noch keine Niederlage erlitten hat! Gen. Martow „nimmt“ auf dem Parteitag „endgültig Abschied“ von der *möglichen „Kombination“*, die er *am Tage nach dem Parteitag* seelenruhig verwirklicht. Aber Gen. Akimow war *schon damals* viel scharfsichtiger als Gen. Martow; Gen. Akimow berief sich auf die fünfjährige Arbeit „der alten Parteiorganisation, die gemäß dem Willen des ersten Parteitags den Namen eines Komitees trägt“, und endete mit der höchst bissigen *prophetischen* Bemerkung: „Was aber die Meinung des Gen. Martow betrifft, daß meine Hoffnungen auf die Entstehung einer anderen Strömung in unserer Partei vergeblich seien, so muß ich sagen, daß *sogar er selbst mir die Hoffnung darauf gibt.*“ (S. 283.)

Ja, man muß zugeben, Gen. Martow hat die Hoffnungen des Gen. Akimow glänzend gerechtfertigt!

Gen. Martow folgte Gen. Akimow, als er sich davon überzeuete, daß dieser recht hatte, nachdem die „Kontinuität“ des alten Parteikollegiums, das drei Jahre lang als in Tätigkeit befindlich galt, verletzt worden war. Fürwahr, Gen. Akimow hat einen billigen Sieg errungen.

Auf dem Parteitag jedoch schlossen sich dem Gen. Akimow – und zwar konsequent – nur die Genossen Martynow, Brucker und die Bundisten (acht Stimmen) an. Gen. Jegorow, als echter Führer des „Zentrums“, wählt die goldene Mitte: er sei mit den Iskristen einverstanden, er „sympathisiere“ mit ihnen (S. 282), und diese Sympathie *beweist* er durch den *Antrag* (S. 283), der aufgeworfenen prinzipiellen Frage überhaupt auszuweichen, sowohl über die Liga wie auch über den Auslandsbund *mit Schweigen hinwegzugehen*. Der Antrag wird mit 27 gegen 15 Stimmen

abgelehnt. Offenbar stimmt außer den Antiiskristen (acht) fast das ganze „Zentrum“ (zehn) mit Gen. Jegorow (die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen betrug 42, so daß viele Delegierte sich der Stimme enthielten oder *abwesend* waren, wie es bei uninteressanten und vom Standpunkt des Ergebnisses *zweifelsfreien* Abstimmungen oft der Fall war). *Sobald* es sich um die *tatsächliche* Durchführung der *iskristischen Prinzipien* handelt, zeigt sich sofort, daß die „Sympathie“ des „Zentrums“ nur ein *Lippenbekenntnis* ist, und es werden nicht mehr als 30 oder etwas über 30 Stimmen für uns abgegeben. Die Debatten und Abstimmungen über den Antrag Russows (die Liga als die *einzig*e Auslandsorganisation anzuerkennen) zeigen das noch anschaulicher. Die Antiiskristen und der „Sumpf“ beziehen schon direkt einen *prinzipiellen* Standpunkt, wobei dieser Standpunkt von den Genossen Liber und Jegorow verteidigt wird, die erklären, Russows Antrag sei rechtswidrig, man dürfe nicht darüber abstimmen: „Das ist ein Mord an allen übrigen Auslandsorganisationen.“ (Jegorow.) Und der Redner, der den „Mord an einer Organisation“ nicht mitmachen will, weigert sich nicht nur, an der Abstimmung teilzunehmen, sondern verläßt sogar den Saal. Man muß jedoch dem Führer des „Zentrums“ Gerechtigkeit widerfahren lassen: Er hat zehnmal mehr Überzeugtheit (von seinen falschen Prinzipien) und politischen Mut an den Tag gelegt als Gen. Martow und Co., denn er trat für die „gemordete“ Organisation *nicht erst dann* ein, *als es sich um den eigenen Zirkel* handelte, der im offenen Kampf eine Niederlage erlitten hatte.

Der Antrag des Gen. Russow wird mit 27 gegen 15 Stimmen zur Abstimmung zugelassen und dann mit 25 gegen 17 Stimmen angenommen. Fügen wir zu diesen 17 Stimmen die des abwesenden Gen. Jegorow hinzu, so erhalten wir *die komplette Zahl (18) der Antiiskristen und des „Zentrums“*.

Der ganze § 13 des Statuts, der von der Auslandsorganisation handelt, wird mit nur 31 Stimmen gegen zwölf bei sechs Stimmenthaltungen angenommen. Auf diese Zahl 31, die uns die ungefähre Zahl der auf dem Parteitag anwesenden Iskristen zeigt, d. h. jener Leute, die die Auffassungen der „Iskra“ konsequent verfechten und *in der Tat* durchführen, stoßen wir bei der Analyse der Abstimmungen auf dem Parteitag schon mindestens zum *sechstenmal* (die Entscheidung, an welcher Stelle der Tagesordnung die Frage des „Bund“ behandelt werden soll, der Zwischenfall

mit dem OK, die Auflösung der Gruppe „Jushny Rabotschi“ und zwei Abstimmungen über das Agrarprogramm). Gen. Martow aber möchte uns allen Ernstes versichern, daß kein Grund vorhanden sei, eine so „enge“ Gruppe der Iskristen auszusondern!

Es muß auch vermerkt werden, daß die Annahme des § 13 des Statuts äußerst charakteristische Debatten zur Erklärung der Genossen Akimow und Martynow über die „Weigerung, sich an der Abstimmung zu beteiligen“, hervorrief (S. 288). Das Parteitagbüro erörterte diese Erklärung und kam – mit vollem Recht – zu dem Schluß, daß sogar die direkte Auflösung des Auslandsbundes seinen Delegierten keinerlei Recht gäbe, die Teilnahme an den Arbeiten des Parteitags zu verweigern. Die Weigerung, sich an Abstimmungen zu beteiligen, ist völlig anormal und unzulässig – das ist der Standpunkt, auf den sich, zusammen mit dem Büro, der ganze Parteitag stellte, eingeschlossen auch jene Iskristen der Minderheit, die in der 28. Sitzung *leidenschaftlich verurteilten, was sie in der 31. selber taten!* Als Gen. Martynow seine Erklärung zu verteidigen begann (S. 291), wandten sich Pawlowitsch und Trotzki, Karski und Martow gegen ihn. Gen. Martow war sich der Pflichten einer unzufriedenen Minderheit besonders klar bewußt (solange er nicht selber in der Minderheit blieb!) und hielt eine besonders belehrende Rede darüber. „Entweder sind Sie Parteitagsteilnehmer“, rief er den Genossen Akimow und Martynow zu, „und dann *müssen Sie an allen seinen Arbeiten teilnehmen*“ (hervorgehoben von mir; damals sah Gen. Martow in der Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit noch keinen Formalismus und Bürokratismus!), „oder Sie sind es nicht, und dann dürfen Sie auch nicht in der Sitzung bleiben... Durch ihre Erklärung zwingen mich die Delegierten des Auslandsbundes, zwei Fragen zu stellen: Sind sie Parteimitglieder und sind sie Parteitagsteilnehmer?“ (S. 292.)

Gen. Martow belehrt Gen. Akimow über die Pflichten eines Parteimitgliedes! Aber Gen. Akimow hat nicht umsonst gesagt, daß er einige Hoffnungen auf Gen. Martow setze... Diesen Hoffnungen war es jedoch erst *nach* der Niederlage Martows bei den Wahlen beschieden, verwirklicht zu werden. Als es sich nicht um ihn selber, sondern um andere handelte, blieb Gen. Martow sogar gegen das schreckliche Wort „Ausnahmegesetz“ taub, *das zum erstenmal (wenn ich nicht irre) von Gen. Martynow in Umlauf gesetzt worden ist.* „Die uns erteilte Aufklärung“, antwortete Gen. Mar-

tynow denen, die in ihn drangen, seine Erklärung zurückzunehmen, „hat nicht geklärt, ob der Beschluß ein prinzipieller war oder ob es sich um eine *Ausnahmemaßnahme* gegen den Auslandsbund handelte. In diesem Fall sind wir der Meinung, daß dem Auslandsbund eine Beleidigung zugefügt worden ist. Genosse Jegorow hat ebenso wie wir den Eindruck gewonnen, daß es sich um ein *Ausnahmegesetz*“ (hervorgehoben von mir) „gegen den Auslandsbund handelt, und hat darum sogar den Sitzungssaal verlassen.“ (S. 295.) Sowohl Gen. Martow als auch Gen. Trotzki wenden sich – zusammen mit Plechanow – energisch gegen den unsinnigen, *wirklich unsinnigen* Gedanken, das Votum des Parteitags als *Beleidigung* aufzufassen, und Gen. Trotzki, der die vom Parteitag auf seinen Antrag hin angenommene Resolution verteidigt (daß die Genossen Akimow und Martynow sich als durchaus befriedigt betrachten können), versichert: „Die Resolution hat einen prinzipiellen und nicht spießbürgerlichen Charakter, und es geht uns nichts an, wenn sich jemand durch sie beleidigt fühlt.“ (S. 296.) Sehr bald erwies sich jedoch, daß Zirkelwesen und Spießbürgerlichkeit in unserer Partei noch zu stark sind, und die von mir hervorgehobenen stolzen Worte stellten sich als leere tönende Phrasen heraus.

Die Genossen Akimow und Martynow weigerten sich, ihre Erklärung zurückzunehmen, und verließen den Parteitag, begleitet von allgemeinen Zurufen der Delegierten: „Ohne jeden Grund!“

m) DIE WAHLEN DAS ENDE DES PARTEITAGS

Nach Annahme des Statuts beschloß der Parteitag eine Resolution über die Bezirksorganisationen und eine Reihe von Resolutionen über einzelne Organisationen der Partei und ging dann nach der äußerst lehrreichen Debatte über die Gruppe „Jushny Rabotschi“, die ich oben analysiert habe, zu den Wahlen in die zentralen Parteikörperschaften über.

Wir wissen bereits, daß die „Iskra“-Organisation, von der der ganze Parteitag eine autoritative Empfehlung erwartete, sich in dieser Frage spaltete, denn die *Minderheit* der Organisation wollte auf dem Parteitag in offenem und freiem Kampf versuchen, ob es ihr nicht gelingen werde,

die *Mehrheit* zu erobern. Wir wissen auch, daß lange vor dem Parteitag und auf dem Parteitag allen Delegierten der Plan bekannt war, die Redaktion durch die Wahl von zwei Dreierkollegien in das ZO und das ZK zu *erneuern*. Wir wollen auf diesen Plan ausführlicher eingehen, um die Debatten auf dem Parteitag klarzumachen.

Hier der genaue Wortlaut meines Kommentars zum Entwurf der Tagesordnung des Parteitags, in dem dieser Plan auseinandergesetzt war.* „Der Parteitag wählt drei Genossen in die Redaktion des ZO und drei in das ZK. Diese sechs Genossen *zusammen* ergänzen, falls es notwendig ist, mit Zweidrittelmehrheit die Redaktion des ZO und das ZK durch Kooptation und erstatten hierüber dem Parteitag Bericht. Nachdem dieser Bericht vom Parteitag bestätigt worden ist, erfolgt die weitere Kooptation durch die Redaktion des ZO und durch das ZK getrennt.“

Aus diesem Wortlaut geht der Plan völlig klar und unzweideutig hervor: er bedeutet eine *Erneuerung* der Redaktion *unter Beteiligung* der einflußreichsten Leiter der praktischen Arbeit. Beide von mir vermerkten Züge dieses Plans werden sofort für jeden sichtbar, der sich die Mühe nimmt, den angeführten Wortlaut auch nur halbwegs aufmerksam durchzulesen. Aber heutzutage ist man ja genötigt, sogar die einfachsten Binsenwahrheiten zu erläutern. Der Plan bedeutet eben eine *Erneuerung* der Redaktion, nicht unbedingt eine Erweiterung und nicht unbedingt eine Verminderung der Zahl ihrer Mitglieder, sondern eben eine *Erneuerung*, denn die Frage einer möglichen Erweiterung oder Verminderung bleibt *offen*: Eine Kooptation ist nur dann vorgesehen, *wenn es notwendig sein sollte*. Unter den Mutmaßungen, die verschiedene Genossen über diese Erneuerung äußerten, gab es sowohl Pläne, die Zahl der Redaktionsmitglieder eventuell herabzusetzen, als auch Pläne, sie auf sieben zu erhöhen (ich persönlich fand sieben stets unvergleichlich zweckmäßiger als sechs), ja diese Zahl sogar auf elf zu erhöhen (ich hielt das für möglich im Falle einer friedlichen Einigung mit allen sozialdemokratischen Organisationen im allgemeinen und mit dem „Bund“ und der polnischen Sozialdemokratie im besonderen). Aber die Hauptsache, die meist von den Leuten außer acht gelassen wird, die vom „Dreierkollegium“ reden, ist die *Forderung*, daß die Mitglieder des ZK an der Entscheidung über die weitere Koop-

* Siehe meinen „Brief an die Redaktion der ‚Iskra‘“, S. 5, und die Ligaprotokolle, S. 53.

tation in das ZO teilnehmen. Kein einziger Genosse von sämtlichen Mitgliedern der Organisation und Parteitagsdelegierten der „Minderheit“, die diesen Plan kannten und ihn (entweder durch eine besondere Zustimmungserklärung oder durch ihr Schweigen) billigten, hat sich die Mühe genommen, die Bedeutung dieser Forderung auseinanderzusetzen. Warum wurde erstens als Ausgangspunkt für die Erneuerung der Redaktion ein Kollegium gerade aus drei und nur aus drei Mitgliedern vorgesehen? Das wäre offenkundig *völlig sinnlos* gewesen, wenn man *ausschließlich* oder auch nur hauptsächlich eine *Erweiterung* des Kollegiums ins Auge gefaßt, wenn man dieses Kollegium als wirklich „harmonisch“ betrachtet hätte. Es wäre merkwürdig, wollte man bei der Erweiterung eines „harmonischen“ Kollegiums nicht von diesem ganzen Kollegium, sondern nur von *einem Teil desselben ausgehen*. Offenkundig wurden *nicht alle* Mitglieder des Kollegiums für vollauf tauglich erachtet, die Frage der Erneuerung seines Bestandes, der Umwandlung des alten Redakteurzirkels in eine *Parteikörperschaft* zu erörtern und zu *entscheiden*. Offenkundig haben sogar diejenigen, die selber eine Erneuerung in der Form einer Erweiterung wünschten, die alte Zusammensetzung für unharmonisch, dem Ideal einer Parteikörperschaft nicht entsprechend gehalten, denn sonst wäre es unnötig gewesen, das Sechserkollegium zwecks seiner Erweiterung *zunächst auf drei Mitglieder* zu beschränken. Ich wiederhole: Das ist ohne weiteres klar, und nur die vorübergehende Verkleisterung der Frage mit „persönlichen Dingen“ konnte das vergessen lassen.

Zweitens ist aus dem oben angeführten Wortlaut ersichtlich, daß sogar *die Zustimmung aller drei Mitglieder des ZO* zur Erweiterung des Dreierkollegiums ungenügend wäre. Das wird ebenfalls immer außer acht gelassen. Für die Kooptation sind zwei Drittel von *sechs*, also *vier* Stimmen erforderlich; folglich brauchten nur die drei gewählten Mitglieder des ZK ihr „Veto“ einzulegen, und *jede Erweiterung des Dreierkollegiums wäre unmöglich*. Umgekehrt, auch wenn zwei von den drei Mitgliedern der Redaktion des ZO gegen eine weitere Kooptation wären, könnte die Kooptation doch zustande kommen, falls alle drei Mitglieder des ZK ihre Zustimmung dazu gäben. Es ist demnach klar, daß beabsichtigt war, bei der Umwandlung des alten Zirkels in eine Parteikörperschaft den vom Parteitag zu wählenden Leitern der praktischen Arbeit die *entscheidende* Stimme zu geben. Welche Genossen wir dabei ungefähr im Auge hatten,

ersieht man daraus, daß die Redaktion vor dem Parteitag einstimmig Gen. Pawlowitsch als siebentes Redaktionsmitglied für den Fall gewählt hatte, daß es notwendig sein sollte, auf dem Parteitag im Namen des Kollegiums aufzutreten; außer Gen. Pawlowitsch war als siebentes Redaktionsmitglied ein altes Mitglied der „Iskra“-Organisation und Mitglied des OK vorgeschlagen worden, *das später zum Mitglied des ZK gewählt wurde.*

Somit war der Plan, zwei Dreierkollegien zu wählen, offensichtlich darauf berechnet: 1. die Redaktion zu erneuern, 2. gewisse Züge des alten Zirkelwesens, das in einer Parteikörperschaft unstatthaft ist, zu beseitigen (wenn es nichts zu beseitigen gäbe, so hätte man auch das anfängliche Dreierkollegium nicht auszudenken brauchen!) und schließlich 3. die „theokratischen“ Züge des Literatenkollegiums zu beseitigen (und zwar durch die Heranziehung hervorragender Praktiker *zur Entscheidung* über die Erweiterung des Dreierkollegiums). Dieser Plan, den alle Redakteure kannten, stützte sich offensichtlich auf die *dreijährige Arbeitserfahrung* und entsprach *durchaus* folgerichtig den von uns durchgeführten Prinzipien der revolutionären Organisation: In der Epoche der *Zerfahrenheit*, als die „Iskra“ auf den Plan trat, bildeten sich die einzelnen Gruppen oft zufällig und spontan, krankten sie unvermeidlich an manchen schädlichen Auswirkungen des Zirkelwesens. Die Schaffung der Partei bedingte und erforderte die Beseitigung solcher Züge; dabei war die Teilnahme hervorragender Praktiker an dieser Beseitigung *notwendig*, denn einige Mitglieder der Redaktion befaßten sich *stets* mit organisatorischen Angelegenheiten, und zum System der Parteikörperschaften mußte nicht ein Kollegium von Nur-Literaten, sondern ein Kollegium von politischen Führern gehören. Auch vom Standpunkt der ständigen Politik der „Iskra“ war es natürlich, daß man dem Parteitag die Wahl des anfänglichen Dreierkollegiums überließ: Wir haben den Parteitag denkbar *vorsichtig* vorbereitet und die *vollständige* Klärung der prinzipiellen Streitfragen des Programms, der Taktik und der Organisation abgewartet; wir *zweifelten nicht*, daß der Parteitag im Sinne der Übereinstimmung der übergroßen Mehrheit in diesen Grundfragen *iskristisch* sein werde (davon zeugten auch zum Teil die Resolutionen über die Anerkennung der „Iskra“ als führendes Organ); wir *mußten* es daher den Genossen, die bei der Verbreitung der Ideen der „Iskra“ und bei der Vorbereitung ihrer Umwand-

lung zur Partei alle Last der Arbeit getragen hatten, *selber überlassen*, zu entscheiden, welche Kandidaten sie für die neue Parteikörperschaft am geeignetsten hielten. *Nur weil der Plan der zwei Dreierkollegien so natürlich war, nur weil er mit der gesamten Politik der „Iskra“ und mit all dem, was die der Sache einigermaßen Nahestehenden von der „Iskra“ wußten, vollständig übereinstimmte, läßt es sich überhaupt erklären, daß dieser Plan allgemein gebilligt wurde, daß es keinerlei Konkurrenzplan gab.*

Und nun schlug Gen. Russow auf dem Parteitag vor allem auch vor, zwei Dreierkollegien zu wählen. Die Anhänger Martows, *der uns von dem Zusammenhang dieses Plans mit der falschen Beschuldigung des Opportunismus schriftlich benachrichtigte, dachten indes nicht im Traum daran*, den Streit Sechser- oder Dreierkollegium auf die Frage zurückzuführen, ob diese Beschuldigung richtig oder falsch ist. *Keiner von ihnen hat das auch nur angedeutet! Keiner von ihnen hat es gewagt, auch nur ein Wort zu verlieren über den prinzipiellen Unterschied der Schattierungen, die mit der Frage Sechser- oder Dreierkollegium zusammenhängen.* Sie zogen ein bequemerer und billigeres Verfahren vor – an das *Mitleid* zu appellieren, sich auf eine *mögliche Kränkung* zu berufen, so zu tun, als sei durch die Bestimmung der „Iskra“ zum Zentralorgan *die Frage der Redaktion schon gelöst*. Dieses letzte Argument, das Gen. Kolzow gegen Genossen Russow ins Feld führte, ist *eine direkte Unwahrheit*. Auf der Tagesordnung des Parteitags standen – natürlich nicht zufällig – zwei besondere Punkte (siehe S. 10 der Protokolle): Punkt 4 – „Das ZO der Partei“ und Punkt 18 – „Wahl des ZK und der Redaktion des ZO“. Das erstens. Zweitens erklärten bei der Bestimmung des ZO *alle Delegierten kategorisch, daß damit nicht die Redaktion, sondern lediglich die Richtung bestätigt wird**, und gegen diese Erklärungen erfolgte *kein einziger Protest*.

* Siehe S. 140 der Protokolle, die Rede *Akimows*: „... man sagt mir, daß wir über die Wahlen ins ZO am Schluß sprechen werden“; die Rede *Murawjows* gegen *Akimow*, „der sich die Frage der künftigen Redaktion des ZO sehr zu Herzen nimmt“ (S. 141); die Rede *Pawlowitschs*, der sagt, daß wir mit der Bestimmung des Zentralorgans die „konkreten Unterlagen“ erhalten haben, „auf Grund deren wir die Operationen, um die Gen. *Akimow* so besorgt ist, vornehmen können“, und daß über die „Unterordnung“ der „Iskra“ unter die „Parteibeschlüsse“ keine Spur eines Zweifels bestehen könne (S. 142); die

Somit war die Behauptung, der Parteitag habe, als er ein bestimmtes Organ bestätigte, damit im Grunde auch die Redaktion bestätigt – eine Behauptung, die von den Anhängern der Minderheit (Kolzow, S. 321; Possadowski, ebenda; Popow, S. 322 und viele andere) oft wiederholt wurde –, eine direkte Entstellung der Tatsachen. Das war ein unverkennbares *Manöver*, das den Rückzug von einer Stellung decken sollte, die zu einer Zeit bezogen worden war, als zur Zusammensetzung der Zentralstellen alle eine noch *wirklich unparteiische* Haltung einnehmen konnten. Der Rückzug konnte weder mit prinzipiellen Motiven gerechtfertigt werden (denn es war für die Minderheit zu *unvorteilhaft, auf dem Parteitag die Frage der „falschen Beschuldigung des Opportunismus“ aufzuwerfen, und sie hat darüber auch kein Wort verloren*) noch mit dem Hinweis auf *faktische* Angaben über die wirkliche Arbeitsfähigkeit des Sechser- oder des Dreierkollegiums (denn die geringste Berührung mit diesen Angaben hätte eine Unmenge von Material gegen die Minderheit zutage gefördert). Man mußte sich mit *Phrasen* vom „*ebenmäßigen Ganzen*“, vom „*harmonischen Kollektiv*“, vom „*ebenmäßigen und kristallinen einheitlichen Ganzen*“ usw. behelfen. Kein Wunder, daß solche Argumente sofort beim richtigen Namen genannt wurden: „*erbärmliche Worte*“ (S. 328). Schon allein der Plan des Dreierkollegiums zeugt klar von einem Mangel an „*Harmonie*“, die Eindrücke aber, die von den Delegierten im Laufe der über einen Monat währenden gemeinsamen Arbeit gesammelt wurden, haben den Delegierten offenbar massenhaft Material für ein *selbständiges* Urteil geliefert. Als Gen. Possadowski auf dieses Material anspielte (von seinem Standpunkt aus unvorsichtig und unüberlegt; siehe S. 321 und 325 über die „*bedingte*“ Anwendung des Wortes „*Reibungsflächen*“ durch ihn), da erklärte Gen. Murawjow offen: „*Meines Erachtens sieht in diesem Augenblick die Mehrheit des Parteitags ganz klar, daß sol-*

Rede Trotzki's: „Da wir nicht die Redaktion bestätigen, was bestätigen wir in der ‚Iskra‘? ... Nicht den Namen, sondern die Richtung ... Nicht den Namen, sondern das Banner“ (S. 142); die Rede Martynow's: „Ich meine, wie auch viele andere Genossen, daß wir jetzt, bei der Diskussion über die Anerkennung der ‚Iskra‘, eines Blattes von bestimmter Richtung, als unser Zentralorgan nicht den Modus der Wahl oder Bestätigung ihrer Redaktion berühren sollen; davon wird später, bei dem entsprechenden Punkt der Tagesordnung, die Rede sein ...“ (S. 143.)

che* Reibungsflächen zweifellos vorhanden sind.“ (321.) Die Minderheit zog es vor, das Wort „Reibungsflächen“ (das von Possadowski, nicht von Murawjow in Umlauf gesetzt worden ist) ausschließlich im Sinne von etwas Persönlichem aufzufassen, denn sie wagte nicht, den von Gen. Murawjow hingeworfenen Fehdehandschuh aufzuheben, sie wagte es nicht, *auch nur ein sachliches* Argument zur Verteidigung des Sechserkollegiums vorzubringen. So entstand ein in seiner Fruchtlosigkeit höchst komischer Streit: Die Mehrheit erklärt (durch den Mund des Gen. Murawjow), daß sie die wirkliche Bedeutung der Streitfrage Sechser- oder Dreierkollegium *ganz klar sehe*, die Minderheit aber will davon hartnäckig nichts hören und versichert, daß „*wir nicht die Möglichkeit haben*, eine Untersuchung vorzunehmen“. Die Mehrheit hält das nicht nur für möglich, sie hat schon „eine Untersuchung vorgenommen“ und spricht von den für sie *ganz klaren* Ergebnissen dieser Untersuchung. Die Minderheit aber *fürchtet die Untersuchung* offenbar und verkriecht sich hinter „erbärmlichen Worten“. Die Mehrheit rät, „im Auge zu behalten, daß unser ZO nicht nur eine Gruppe von Literaten ist“, die Mehrheit „will, daß an der Spitze des ZO *ganz bestimmte, dem Parteitag bekannte Leute* stehen, *Leute, die den Anforderungen genügen*, von denen ich gesprochen habe“ (d. h. eben Anforderungen nicht nur literarischer Art, S. 327, die Rede des Gen. Lange). Die Minderheit wagt es wiederum nicht, den Fehdehandschuh aufzuheben, und sagt kein Wort darüber, wer sich nach ihrer Ansicht für ein Kollegium nicht nur literarischer Art eignet, wer eine „ganz bestimmte und dem Parteitag bekannte“ Größe ist. Die Minderheit versteckt sich nach wie vor hinter der berüchtigten „Harmonie“. Mehr als das. Die Minderheit bringt in ihre Beweisführung sogar Argumente hinein, die prinzipiell absolut falsch sind und daher mit Recht auf scharfen Widerstand stoßen. „Der Parteitag“, man höre, „hat weder das moralische noch

* Welche „Reibungsflächen“ Gen. Possadowski im Auge hatte, konnten wir auf dem Parteitag allerdings nicht erfahren. Gen. Murawjow aber bestritt in derselben Sitzung (S. 322) die Richtigkeit der Wiedergabe seines Gedankens und erklärte bei der Bestätigung der Protokolle direkt, er habe „von den Reibungsflächen gesprochen, die sich in den Debatten des Parteitags über verschiedene Fragen gezeigt haben, von Reibungsflächen prinzipieller Natur, deren Vorhandensein im gegenwärtigen Augenblick leider bereits eine Tatsache ist, die niemand leugnen wird“ (S. 353).

das politische Recht, die Redaktion umzumodeln“ (Trotzki, S. 326); „das ist eine allzu heikle (sic!) Frage“ (derselbe); „wie sollen sich die nicht-gewählten Mitglieder der Redaktion dazu verhalten, daß der Parteitag sie in der Redaktion nicht mehr sehen will?“ (Zarjow, S. 324.)*

Solche Argumente verschoben die Frage bereits völlig auf die Ebene des *Mitleids und der Kränkung*, was ein offenes Eingeständnis des Bankrotts auf dem Gebiet wirklich prinzipieller, wirklich politischer Argumente ist. Und die Mehrheit hat diese Fragestellung sofort mit dem *richtigen* Wort gekennzeichnet: *Spießbürgerlichkeit* (Gen. Russow). „Aus dem Munde von Revolutionären“, sagte Gen. Russow mit Recht, „ertönen hier merkwürdige Reden, die mit dem Begriff der Parteiarbeit, der Parteiethik schroff disharmonieren. Das Hauptargument, auf das sich die Gegner der Wahl von Dreierkollegien stützen, läuft auf eine *rein spießbürgerliche Auffassung von den Parteiangelegenheiten* hinaus“ (hervorgehoben überall von mir) ... „Stellen wir uns auf diesen *spießbürgerlichen*, nicht parteimäßigen Standpunkt, so werden wir bei jeder Wahl vor der Frage stehen: Wird Petrow es nicht übelnehmen, daß nicht er, sondern Iwanow gewählt worden ist, wird dieses oder jenes Mitglied des OK es nicht übelnehmen, daß nicht er, sondern ein anderer ins ZK gewählt worden ist? Wohin soll das führen, Genossen? Wenn wir uns hier versammelt haben, *nicht um uns gegenseitig Annehmlichkeiten zu sagen, nicht um spießbürgerliche Liebenswürdigkeiten auszutauschen*, sondern um die Partei zu schaffen, dann dürfen wir einem solchen Standpunkt keinesfalls beipflichten. Wir haben die Aufgabe, *Funktionäre zu wählen*, und dabei kann nicht die Frage stehen, ob man diesem oder jenem Nichtgewählten mißtraut, sondern *nur die Frage, ob man der Sache nützt und ob der Gewählte sich für das Amt eignet, für das er gewählt werden soll.*“ (S. 325.)

Wir raten allen, die sich in den Ursachen der Parteisplaltung selbständig zurechtfinden und ihre *Wurzeln* auf dem Parteitag aufdecken wollen, die Rede des Gen. Russow, dessen Argumente von der Minderheit nicht nur nicht widerlegt, sondern nicht einmal bestritten wurden, zu *lesen und zu studieren*. Man kann ja auch so elementare Binsenwahrheiten nicht be-

* Vgl. die Rede des Gen. Possadowski: „... Wenn Sie von den sechs Mitgliedern der alten Redaktion drei wählen, so erklären Sie damit die anderen drei für unnötig, für überflüssig. Dazu haben Sie aber weder das Recht noch einen Grund.“

streiten, die zu vergessen, wie schon Gen. Russow richtig auseinander-setzte, nur möglich ist, wenn man sich im Zustand „nervöser Erregung“ befindet. Und das ist wirklich die für die Minderheit am wenigsten peinliche Erklärung dessen, daß sie es fertigbrachten, vom Parteistandpunkt auf den Standpunkt der Spießbürgerlichkeit und des Zirkelwesens hinabzusteigen.*

Aber die Minderheit war dermaßen außerstande, vernünftige und sachliche Argumente gegen die Wahlen zu finden, daß sie sich, ganz abgesehen von der spießbürgerlichen Behandlung einer Parteiangelegenheit,

* In seinem „Belagerungszustand“ verhält sich Gen. Martow zu dieser Frage ebenso wie zu allen anderen von ihm angeschnittenen Fragen. Er nimmt sich nicht die Mühe, ein geschlossenes Bild der Auseinandersetzung zu geben. Bescheiden umgeht er die einzige wirklich *prinzipielle* Frage, die in dieser Diskussion aufgetaucht ist: spießbürgerliche Liebenswürdigkeiten oder Wahl von Funktionären? Parteistandpunkt oder Kränkung der Iwan Iwanowitschs? Gen. Martow beschränkt sich auch hier darauf, einzelne und zusammenhanglose Bruchstücke der Ereignisse herauszureißen und ihnen alle möglichen Beschimpfungen an meine Adresse hinzuzufügen. Das ist reichlich wenig, Gen. Martow!

Besonders setzt *mir* Gen. Martow mit der Frage zu, *warum* die Genossen Axelrod, Sassulitsch und Starower auf dem Parteitag nicht gewählt worden sind. Der spießbürgerliche Standpunkt, auf den er sich gestellt hat, hindert ihn, das *Unziemliche* dieser Frage zu sehen (warum fragt er nicht seinen Redaktionskollegen, Gen. Plechanow?). Er sieht einen Widerspruch darin, daß ich das Verhalten der Minderheit auf dem Parteitag in der Frage des Sechserkollegiums für „taktlos“ halte und gleichzeitig Parteiöffentlichkeit verlange. Es gibt hier keinen Widerspruch, wie Martow selber unschwer sähe, wenn er sich die Mühe nähme, eine zusammenhängende Darstellung *aller* Stadien der Frage und nicht nur Bruchstücke zu geben. Taktlos war es, die Frage vom spießbürgerlichen Standpunkt aus zu stellen, von Kränkung zu reden und ans Mitleid zu appellieren; die Interessen der Parteiöffentlichkeit hätten erfordert, die Vorzüge des Sechserkollegiums gegenüber dem Dreierkollegium *sachlich* zu prüfen, die Eignung der Kandidaten für ihr Amt zu prüfen und die Schattierungen zu beurteilen; *die Minderheit hat auf dem Parteitag kein Wort darüber verloren.*

Bei aufmerksamem Studium der Protokolle hätte Gen. Martow in den Reden der Delegierten *eine ganze Reihe* von Argumenten gegen das Sechserkollegium gefunden. Hier eine Auswahl aus diesen Reden: 1. im alten Sechserkollegium treten Reibungsflächen im Sinne prinzipieller Schattierungen klar zutage; 2. eine technische Vereinfachung der Redaktionsarbeit ist erwünscht; 3. der

zu geradezu *skandalösen Methoden* verstieg. In der Tat, wie soll man es anders nennen, wenn Gen. Popow Genossen Murawjow den Rat gibt, „keine heiklen *Aufträge* zu übernehmen“ (S. 322)? Was ist das anderes als ein „Hineinkriechen in fremde Seelen“, wie Gen. Sorokin treffend bemerkte (S. 328)? Was ist das anderes als ein Spekulieren auf „*persönliche Dinge*“ in Ermangelung *politischer* Argumente? Sagte Gen. Sorokin die Wahrheit oder die Unwahrheit, als er behauptete, daß „wir gegen solche Methoden stets protestiert haben“? „*Ist das Verhalten des Gen. Deutsch zulässig*, wenn er demonstrativ versucht, die Genossen, die mit ihm nicht einverstanden sind, an den Pranger zu stellen?“* (S. 328.)

Nutzen der Sache steht höher als spießbürgerliche Liebeshwürdigkeiten, nur eine Wahl wird gewährleisten, daß die gewählten Personen ihren Funktionen entsprechen; 4. die Freiheit der Wahl auf dem Parteitag darf nicht beschränkt werden; 5. die Partei braucht jetzt im ZO nicht nur eine Gruppe von Literaten, im ZO müssen nicht nur Literaten sein, sondern auch Administratoren; 6. im ZO müssen ganz bestimmte, dem *Parteitag* bekannte Leute sitzen; 7. ein Sechserkollegium ist oft arbeitsunfähig, seine Arbeit wurde *nicht dank* dem anormalen Statut, sondern *trotz* ihm geleistet; 8. die Leitung der Zeitung ist eine Angelegenheit der Partei (und nicht eines Zirkels) usw. Wenn Gen. Martow sich so sehr dafür interessiert, warum manche Leute nicht gewählt worden sind, dann soll er versuchen, sich in jede dieser Erwägungen *hineinzudenken* und *auch* nur eine von ihnen zu widerlegen.

* So faßte die Worte des Gen. Deutsch (vgl. S. 324 — „ein schroffes Zwiegespräch mit Orlow“) Gen. Sorokin *in derselben Sitzung* auf. Gen. Deutsch erklärt (S. 351), er habe „nichts Ähnliches gesagt“, gibt aber selber *gleich danach* zu, daß er etwas *sehr, sehr* „Ähnliches“ gesagt hat. „Ich habe nicht gesagt: Wer wird es wagen“, erklärt Gen. Deutsch, „ich habe gesagt: Es würde mich interessieren zu sehen, wer die Leute sind, die es wagen werden (sic! Gen. Deutsch gerät vom Regen in die Traufe!), einen so verbrecherischen (sic!) Vorschlag wie die Wahl von drei Mitgliedern zu unterstützen.“ (S. 351.) Gen. Deutsch hat die Worte des Gen. Sorokin nicht widerlegt, *sondern bestätigt*. Gen. Deutsch hat den Vorwurf des Gen. Sorokin bestätigt, daß „sich hier alle Begriffe verwirrt haben“ (in den Argumenten der Minderheit zugunsten des Sechserkollegiums). Gen. Deutsch hat bestätigt, daß Gen. Sorokin recht hatte, als er an die *Binsenwahrheit* erinnerte, daß „wir Parteimitglieder sind und uns in unseren Handlungen ausschließlich von politischen Erwägungen leiten lassen müssen“. Über *verbrecherische* Wahlen zu schreien, bedeutet nicht nur zur Spießbürgerlichkeit, sondern geradezu *zum kleinlichen Skandal* herabsinken!

Fassen wir das Ergebnis der Debatte über die Redaktion zusammen. Die Minderheit hat die zahlreichen Hinweise der Mehrheit, daß der Plan des Dreierkollegiums den *Delegierten* bei Beginn des Parteitags *und vor dem Parteitag* bekannt war, daß dieser Plan folglich von *Erwägungen und Gesichtspunkten* ausging, die von den *Vorgängen und den Debatten auf dem Parteitag unabhängig* waren, nicht widerlegt (und nicht zu widerlegen versucht). Die Minderheit hat, als sie das Sechserkollegium verteidigte, den *prinzipiell falschen und unzulässigen* Standpunkt *spießbürgerlicher* Erwägungen eingenommen. Die Minderheit hat demonstriert, daß sie den *Parteistandpunkt* zur Wahl von *Funktionären* völlig mißachtet, denn sie dachte gar nicht daran, jeden Kandidaten daraufhin zu *prüfen*, ob er sich für ein bestimmtes Amt eignet, ob er den Funktionen dieses Amtes entspricht oder nicht. Die Minderheit ist einer sachlichen Erörterung der Frage *ausgewichen*, sie berief sich statt dessen auf die berühmte Harmonie, „vergoß Tränen“ und „verfiel in Pathos“ (S. 327, Rede Langes), als ob man jemanden „umbringen wolle“. Die Minderheit ging sogar so weit, daß sie „*in fremde Seelen hineinkroch*“, über „*verbrecherische*“ Wahlen zeterte und – unter dem Einfluß einer „*nervösen Erregung*“ (S. 325) – zu ähnlichen *unerlaubten* Methoden griff.

Ein Kampf *der Spießbürgerlichkeit* gegen den *Parteistandpunkt*, „*persönlicher Dinge*“ schlimmster Art gegen *politische Erwägungen*, *kläglich*er Worte gegen die elementaren Begriffe der *revolutionären Pflicht* – das war der Kampf um das Sechser- oder das Dreierkollegium in der 30. Sitzung unseres Parteitags.

Auch in der 31. Sitzung, als der Parteitag mit einer Mehrheit von 19 gegen 17 Stimmen bei drei Stimmenthaltungen den Antrag *ablehnte*, die gesamte alte Redaktion zu bestätigen (siehe S. 330 und die *Druckfehlerberichtigung*), und als die *früheren Redakteure* in den Sitzungssaal zurückkehrten, bekundete Gen. Martow in seiner „*Erklärung im Namen der Mehrheit der früheren Redaktion*“ (S. 330/331) in noch höherem Maße dieselbe Wankelmütigkeit und Unbeständigkeit in der politischen Haltung und den *politischen Begriffen*. Untersuchen wir eingehender jeden Punkt der *kollektiven Erklärung* und meiner Antwort (S. 332/333) darauf.

„Von nun an“, sagte Gen. Martow, nachdem die alte Redaktion nicht bestätigt worden war, „besteht die alte ‚Iskra‘ nicht mehr, und es wäre konsequenter, ihren Namen zu ändern. Jedenfalls sehen wir in dem neuen

Beschluß des Parteitags eine wesentliche Einschränkung des Vertrauensvotums für die ‚Iskra‘, das in einer der ersten Sitzungen des Parteitags angenommen wurde.“

Gen. Martow und seine Freunde schneiden hier die wirklich interessante und in vieler Beziehung lehrreiche Frage der *politischen Konsequenz* an. Ich habe darauf schon geantwortet, als ich anführte, was *alle* bei der Bestätigung der „Iskra“ sagten (S. 349 der Protokolle, vgl. oben, S. 82*). Zweifellos haben wir es hier mit einem der himmelschreiendsten Fälle politischer Inkonsequenz zu tun, von wessen Seite – ob von seiten der Parteitagmehrheit oder von seiten der Mehrheit der alten Redaktion –, überlassen wir dem Urteil des Lesers. Dem Leser überlassen wir auch die Entscheidung über zwei andere, von Gen. Martow und seinen Freunden zur rechten Zeit aufgeworfene Fragen: 1. Ist es ein *spießbürgerlicher* oder ein *parteimäßiger* Standpunkt, wenn man in dem Beschluß des *Parteitags*, die *Funktionäre für die Redaktion des ZO durch Wahl* zu bestimmen, eine „Einschränkung des Vertrauensvotums für die ‚Iskra‘“ sehen möchte? 2. Von welchem Augenblick an *besteht die alte „Iskra“* tatsächlich *nicht mehr*: ab Nummer 46, von der an Plechanow und ich sie zu zweit leiteten, oder ab Nummer 53, von der an die Mehrheit der alten Redaktion sie zu leiten begann? Ist die erste Frage eine äußerst interessante *Prinzipienfrage*, so ist die zweite eine äußerst interessante *Tatsachenfrage*.

„Da jetzt beschlossen worden ist“, fährt Gen. Martow fort, „eine Redaktion aus drei Personen zu wählen, so erkläre ich in meinem und der drei anderen Genossen Namen, daß keiner von uns an dieser neuen Redaktion teilnehmen wird. Was mich persönlich betrifft, so möchte ich hinzufügen, daß ich, wenn es stimmt, daß einige Genossen mich als einen der Kandidaten für dieses ‚Dreierkollegium‘ vorschlagen wollten, darin eine Beleidigung erblicken muß, die ich nicht verdient habe (sic!). Das sage ich angesichts der Umstände, unter denen beschlossen wurde, die Redaktion zu ändern. Beschlossen wurde das unter Berufung auf irgendwelche ‚Reibungen‘** und auf die Arbeitsunfähigkeit der alten Redaktion, wobei der

* Siehe im vorliegenden Band S. 178 179. *Die Red.*

** Gen. Martow hat wahrscheinlich den Ausdruck des Gen. Possadowski „Reibungsflächen“ im Auge. Ich wiederhole, daß Gen. Possadowski dem Parteitag bis zuletzt nicht erklärte, was er damit meinte, Gen. Murawjow aber, der

Parteitag diese Frage in einem bestimmten Sinne löste, ohne die Redaktion über diese Reibungen zu befragen und ohne wenigstens eine Kommission zur Prüfung ihrer Arbeitsunfähigkeit einzusetzen . . ." (Merkwürdig, daß niemand von der Minderheit auf den Gedanken kam, dem Parteitag vorzuschlagen, „die Redaktion zu befragen“ oder eine Kommission einzusetzen! Rührt das vielleicht daher, daß es nach der Spaltung der „Iskra“-Organisation und nach dem Mißerfolg der Verhandlungen, von denen die Genossen Martow und Starower schrieben, nutzlos gewesen wäre?) . . . „Unter diesen Umständen muß ich die Annahme einiger Genossen, daß ich darauf eingehen werde, in einer derart reformierten Redaktion zu arbeiten, als eine Befleckung meines politischen Rufes betrachten . . .“ *

denselben Ausdruck gebrauchte, erklärte, er habe von Reibungsflächen *prinzipieller* Natur gesprochen, die *in den Parteitagsdebatten zum Ausdruck gekommen* seien. Die Leser werden sich erinnern, daß die *einzig* wirklich *prinzipielle* Debatte, an der vier Redakteure teilnahmen (Plechanow, Martow, Axelrod und ich), den § 1 des Statuts betraf, und daß die Genossen Martow und Starower sich *schriftlich* über die „falsche Beschuldigung des Opportunismus“ als eines der Argumente für die „Änderung“ der Redaktion bewerteten. Gen. Martow sah *in diesem Brief* einen *klaren* Zusammenhang zwischen dem „Opportunismus“ und dem Plan, die Redaktion zu verändern, *auf dem Parteitag* aber begnügte er sich mit der nebelhaften Anspielung auf „*irgendwelche Reibungen*“. Die „falsche Beschuldigung des Opportunismus“ war schon vergessen!

* Gen. Martow fügte noch hinzu: „Für eine solche Rolle wird sich allenfalls Rjasanow hergeben, nicht aber der Martow, den Sie, wie ich glaube, aus seiner Arbeit kennen.“ Insoweit das ein *persönlicher* Ausfall gegen Rjasanow war, nahm Martow diese Worte zurück. Aber Rjasanow figurierte auf dem Parteitag als Gattungsname durchaus nicht wegen dieser oder jener persönlichen Eigenschaften (von denen zu sprechen nicht angebracht wäre), sondern wegen des *politischen Gesichts* der Gruppe „Borba“, wegen ihrer *politischen Fehler*. Gen. Martow handelt sehr richtig, wenn er vermeintliche oder tatsächlich zugefügte persönliche Beleidigungen zurücknimmt, doch man darf darüber nicht die *politischen Fehler* vergessen, die *der Partei zur Lehre* dienen müssen. Die Gruppe „Borba“ wurde auf unserm Parteitag beschuldigt, ein „organisatorisches Chaos“ und „eine von keinerlei prinzipiellen Erwägungen hervorgerufene Zersplitterung“ in die Partei hineinzutragen (S. 38, Rede des Gen. Martow). Ein *solches* politisches Verhalten ist zweifellos nicht nur dann tadelnswert, wenn wir es bei einer kleinen Gruppe vor dem Parteitag in einer Zeit des *allgemeinen* Chaos

Ich habe diese Ausführungen absichtlich vollständig wiedergegeben, um dem Leser ein Muster und den Ursprung dessen zu zeigen, was *nach dem Parteitag* so üppige Blüten trieb und was man nicht anders nennen kann als *Gezänk*. Ich habe diesen Ausdruck bereits in meinem „Brief an die Redaktion der ‚Iskra‘“ gebraucht, und trotz dem Mißvergnügen der Redaktion bin ich gezwungen, ihn zu wiederholen, denn seine Richtigkeit ist unbestreitbar. Irrigerweise glaubt man, daß ein Gezänk „niedrige Beweggründe“ voraussetzt (wie die Redaktion der neuen „Iskra“ schlußfolgerte). Jeder Revolutionär, der unsere Verbannten- und Emigrantenkolonien einigermaßen kennt, hat sicherlich Dutzende Fälle von Gezänk erlebt, bei denen in der Atmosphäre „nervöser Erregung“ und anormaler muffiger Lebensbedingungen die unsinnigsten Anschuldigungen, Verdächtigungen, Selbstbeschuldigungen, „persönliche Dinge“ usw. vorgebracht und endlos wiedergekaut wurden. Kein vernünftiger Mensch wird unbedingt niedrige *Beweggründe* in diesem Gezänk suchen, *wie niedrig seine Erscheinungsformen auch sein mögen*. Und eben nur mit „nervöser Erregung“ kann man diesen verworrenen Knäuel von Ungereimtheiten, persönlichen Dingen, phantastischen Schreckbildern, Hineinkriechen in fremde Seelen, an den Haaren herbeigezogenen Kränkungen und Verunglimpfungen erklären, wie es der von mir wiedergegebene Absatz aus der Rede des Gen. Martow ist. Die muffigen Lebensbedingungen erzeugen bei uns solche Zänkereien zu Hunderten, und eine politische Partei verdiente keine Achtung, wenn sie nicht den Mut hätte, ihre Krankheit beim richtigen Namen zu nennen, rücksichtslos die Diagnose zu stellen und Heilmittel ausfindig zu machen.

Insoweit man aus diesem Knäuel etwas Prinzipielles aussondern kann, muß man *unbedingt* zu der Schlußfolgerung gelangen, daß „Wahlen nicht das geringste mit einer Befleckung des politischen Rufes zu tun haben“, daß man *Verwirrung* in die Frage hineinträgt, wenn man „das Recht des Parteitags auf Neuwahlen, auf jede Änderung im Funktionärstab, auf die Umbesetzung der von ihm bevollmächtigten Kollegien leugnet“, und daß „in den Anschauungen des Gen. Martow über die Zulässigkeit der Wahl eines Teils des früheren Kollegiums *eine erstaunliche politische Begriffsbeobachten*, sondern auch dann, wenn wir es *nach dem Parteitag*, in einer Zeit sehen, in der das Chaos beseitigt wird, sei es auch bei der „Mehrheit der ‚Iskra‘-Redaktion und bei der Mehrheit der Gruppe ‚Befreiung der Arbeit‘“.

verwirrung zum Ausdruck kommt“ (wie ich mich auf dem Parteitag ausdrückte, S. 332)*.

Ich überspringe eine „persönliche“ Bemerkung des Gen. Martow zu der Frage, von wem der Plan des Dreierkollegiums ausgeht, und komme zu seiner „politischen“ Charakteristik der Bedeutung, die der Nichtbestätigung der alten Redaktion zukommt... „Das jetzt Vorgefallene ist der letzte Akt eines Kampfes, der sich während der zweiten Hälfte des Parteitags abgespielt hat...“ (Richtig! Und diese zweite Hälfte beginnt in dem Augenblick, da Martow bei § 1 des Statuts in der festen Umarmung des Gen. Akimow gelandet ist.) „... Es ist für niemanden ein Geheimnis, daß es sich bei dieser Reform nicht um die ‚Arbeitsfähigkeit‘ handelt, sondern um den Kampf um den Einfluß auf das ZK...“ (Erstens ist es für niemanden ein Geheimnis, daß es sich hier *sowohl* um die Arbeitsfähigkeit *als auch* um die Meinungsverschiedenheiten über die *Zusammensetzung* des ZK handelte, denn der „Reform“plan entstand zu einer Zeit, als von der zweiten Meinungsverschiedenheit noch *nicht einmal die Rede sein konnte*, zu einer Zeit, als wir zusammen mit Gen. Martow den Gen. Pawlowitsch zum siebenten Mitglied des Redaktionskollegiums wählten! Zweitens haben wir bereits auf Grund *dokumentarischer* Unterlagen gezeigt, daß es sich um die *personelle Zusammensetzung* des ZK handelte, daß die Sache à la fin des fins** auf den Unterschied der Listen hinauslief: Glebow – Trawinski – Popow oder Glebow – Trotzki – Popow.) „... Die Mehrheit der Redaktion hat gezeigt, daß sie die Verwandlung des ZK in ein Werkzeug der Redaktion nicht wünscht...“ (Es beginnt das Akimow-sche Lied: Die Frage des Einflusses, um den jede Mehrheit auf jedem Parteitag stets und überall kämpft, um diesen Einfluß durch eine *Mehrheit* in den zentralen Körperschaften zu *verankern*, wird verschoben auf das Gebiet des *opportunistischen Klatsches* über ein „Werkzeug“ der Redaktion, über ein „einfaches Anhängsel“ der Redaktion, wie derselbe Gen. Martow etwas später sagte, S. 334.) „... Das war der Grund, weshalb man die Zahl der Redaktionsmitglieder vermindern wollte (!!). Und deshalb kann ich einer solchen Redaktion nicht beitreten...“ (Man betrachte sich dieses „deshalb“ genauer: Wie hätte die Redaktion das ZK in ein Anhängsel oder ein Werkzeug verwandeln können? Nur so und

* Siehe Werke, Bd. 6, S. 504. *Die Red.*

** letzten Endes. *Die Red.*

nur dann, wenn sie im Rat drei Stimmen gehabt und dieses Übergewicht *mißbraucht* hätte! Ist das nicht klar? Und ist es nicht auch klar, daß der als Dritter gewählte Gen. Martow stets die Möglichkeit gehabt hätte, jeden Mißbrauch zu verhindern und *allein durch seine Stimme* jedes Übergewicht der Redaktion im Rat zu beseitigen? Die Sache läuft also doch auf die personelle Zusammensetzung des ZK hinaus, und das Gerede von Werkzeug und Anhängsel erweist sich sofort als *Klatsch*.) „... Zusammen mit der Mehrheit der alten Redaktion glaubte ich, der Parteitag würde dem ‚Belagerungszustand‘ in der Partei ein Ende machen und normale Zustände in ihr herbeiführen. In Wirklichkeit ist der Belagerungszustand mit Ausnahmegesetzen gegen einzelne Gruppen fortgesetzt und sogar verschärft worden. Nur im vollen Bestand der alten Redaktion können wir die Gewähr bieten, daß die Rechte, die das Statut der Redaktion einräumt, der Partei nicht zum Schaden gereichen werden...“

Das ist der volle Wortlaut jener Stelle aus Martows Rede, in der er zum *erstenmal das berühmte Schlagwort vom „Belagerungszustand“ aufgebracht hat*. Und jetzt höre man meine Antwort darauf:

„...Mit meiner Richtigstellung der Erklärung Martows über den privaten Charakter des Plans, zwei Dreierkollegien zu bilden, beabsichtige ich jedoch keineswegs, die Feststellungen desselben Martow über die ‚politische Bedeutung‘ des Schrittes, den wir getan haben, als wir die alte Redaktion nicht bestätigten, anzutasten. Im Gegenteil, ich bin mit Gen. Martow vollständig und rückhaltlos darin einverstanden, daß dieser Schritt große politische Bedeutung hat — nur nicht jene, die Martow ihm zuschreibt. Er sagte, das sei ein Akt des Kampfes um den Einfluß auf das ZK in Rußland. Ich gehe weiter als Martow. Ein Kampf um den Einfluß war bisher die gesamte Tätigkeit der ‚Iskra‘, als einer nicht parteiamtlichen Gruppe, jetzt aber handelt es sich schon um mehr, nämlich um die organisatorische Verankerung des Einflusses, und nicht nur um den Kampf darum. Wie weit Gen. Martow und ich hier politisch auseinandergehen, ist daraus ersichtlich, daß er mir diesen Wunsch, auf das ZK einen Einfluß auszuüben, als Schuld anrechnet, während ich es mir als Verdienst anrechne, daß ich bestrebt war und bin, diesen Einfluß organisatorisch zu verankern. Es stellt sich heraus, daß wir sogar verschiedene Sprachen sprechen. Welchen Zweck hätte unsere ganze Arbeit, hätten alle unsere Anstrengungen, wenn ihre Krönung derselbe alte Kampf um den Einfluß und nicht die vollständige Eroberung und Festigung des Einflusses wäre? Ja, Gen. Martow hat ganz recht: Der getane Schritt ist zweifellos ein wichtiger politischer Schritt, der davon zeugt, daß von den

jetzt hervorgetretenen Richtungen die eine für die weitere Arbeit unserer Partei gewählt worden ist. *Und mich schrecken nicht im geringsten die furchtbaren Worte vom ‚Belagerungszustand in der Partei‘, von den ‚Ausnahmegesetzen gegen einzelne Personen und Gruppen‘ usw.* Wir können nicht nur, wir müssen gegen unbeständige und schwankende Elemente einen ‚Belagerungszustand‘ verhängen, und unser ganzes Parteistatut, unser ganzer jetzt vom Parteitag bestätigter Zentralismus ist nichts anderes als ein ‚Belagerungszustand‘ für die so zahlreichen Quellen der politischen Verschwommenheit. Gegen die Verschwommenheit brauchen wir eben Sonder-, ja sogar Ausnahmegesetze, und der vom Parteitag getane Schritt hat die politische Richtung richtig vorgezeichnet, indem er für solche Gesetze und solche Maßnahmen eine feste Grundlage schuf.“*

Ich habe in dieser Zusammenfassung meiner Rede auf dem Parteitag den Satz unterstrichen, den Gen. Martow in seinem „Belagerungszustand“ (S. 16) wegzulassen vorzog. Kein Wunder, daß ihm dieser Satz nicht gefiel und daß er seinen klaren Sinn nicht begreifen wollte.

Was bedeutet der Ausdruck „furchtbare Worte“, Gen. Martow?

Er bedeutet eine *Verspottung*, eine Verspottung desjenigen, der kleinen Dingen große Namen gibt, der eine einfache Frage durch dünkelfhafte Phrasendrescherei verwirrt.

Die kleine und einfache Tatsache, die *einzig und allein* den Anlaß zu der „nervösen Erregung“ des Gen. Martow geben konnte und gab, bestand *ausschließlich* darin, daß Gen. Martow in der Frage der *personellen Zusammensetzung der Zentralstellen auf dem Parteitag eine Niederlage* erlitt. Die politische Bedeutung dieser einfachen Tatsache bestand darin, daß die Mehrheit des Parteitags, nachdem sie gesiegt hatte, ihren Einfluß dadurch verankerte, daß sie auch in die Parteileitung Genossen der Mehrheit wählte, daß sie mit Hilfe des Statuts eine organisatorische Basis für ihren Kampf gegen alles schuf, was von dieser Mehrheit für wankelmütig, unbeständig und verschwommen gehalten wurde.** Aus diesem Anlaß mit schreckgeweiteten Augen von einem „Kampf um den Einfluß“ zu reden und sich über

* Siehe Werke, Bd. 6, S. 506/507. *Die Red.*

** Worin äußerte sich auf dem Parteitag die Unbeständigkeit, Wankelmütigkeit und Verschwommenheit der iskristischen Minderheit? Erstens in den opportunistischen Phrasen über § 1 des Statuts, zweitens in der Koalition mit den Genossen Akimow und Liber, die sich während der zweiten Hälfte des Parteitags rasch festigte, drittens darin, daß man es fertigbrachte, die Wahl der Funktionäre für das ZO herabzuwürdigen zu Spießbürgerlichkeit, jämmerlichen

einen „Belagerungszustand“ zu beschweren, war nichts weiter als *dünkelhafte Phrasendrescherei*, als ein Jonglieren mit furchtbaren Worten.

Gen. Martow ist damit nicht einverstanden? Nun, vielleicht versucht er, uns zu zeigen, daß es auf der Welt je einen Parteitag gegeben hat, daß überhaupt ein Parteitag denkbar ist, auf dem die Mehrheit den eroberten Einfluß nicht verankerte: 1. durch die Wahl von Anhängern der Mehrheit in die Zentralstellen, 2. durch die Übertragung der Macht an diese Mehrheit, um Wankelmütigkeit, Unbeständigkeit und Verschwommenheit zu paralysieren!

Vor den Wahlen hatte unser Parteitag folgende Frage zu lösen: Soll *ein Drittel* der Stimmen im ZO und im ZK der Parteimehrheit oder der Parteiminderheit eingeräumt werden? Das Sechserkollegium und die Liste des Gen. Martow bedeuteten, daß ein Drittel wir, zwei Drittel aber seine Anhänger erhalten sollten. Das Dreierkollegium für das ZO und unsere Liste bedeuteten, daß zwei Drittel wir und ein Drittel die Anhänger Martows erhalten sollten. Gen. Martow lehnte es ab, sich mit uns zu verständigen oder nachzugeben, und forderte uns *schriftlich* zu einem Kampf auf dem Parteitag heraus, als er aber auf dem Parteitag eine Niederlage erlitten hatte, begann er zu jammern und sich über einen „Belagerungszustand“ zu beschweren! Ist das etwa nicht Gezänk? Ist das etwa nicht eine neue Äußerung intelligenzlerischer Waschlappigkeit?

Bei dieser Gelegenheit sei an die glänzende sozialpsychologische Charakteristik dieser letzten Eigenschaft erinnert, die Karl Kautsky vor kurzem gegeben hat. Die sozialdemokratischen Parteien verschiedener Länder müssen jetzt oft die gleichen Krankheiten durchmachen, und es ist für uns sehr, sehr nützlich, von erfahreneren Genossen die richtige Diagnose und die richtige Heilmethode zu lernen. Die Charakteristik, die Kautsky gewissen Intellektuellen gibt, wird deshalb nur eine scheinbare Abweichung von unserm Thema sein.

Das Problem, „...das uns heute wieder so lebhaft beschäftigt, ist *der Gegensatz zwischen Literatentum* und Proletariat*. Meine Kollegen“ (Kautsky ist Worten, ja zum Hineinkriechen in fremde Seelen. Nach dem Parteitag aber sind alle diese lieblichen Eigenschaften aus Knospen zu Blüten und Früchten herangereift.

* Ich übersetze die deutschen Ausdrücke Literat und Literatentum mit Intellektueller und Intelligenz, weil damit nicht nur Schriftsteller gemeint sind, son-

selbst Intellektueller, Schriftsteller und Redakteur) „werden zumeist sehr ent-rüstet sein, daß ich diesen Gegensatz anerkenne, aber er besteht tatsächlich, und auch hier ist es die ungeeignetste Taktik, ihn dadurch überwinden zu wol-len, daß man ihn leugnet. Der Gegensatz ist ein sozialer, bezieht sich auf Klas-sen, nicht auf Individuen. Wie der individuelle Kapitalist, kann auch der individuelle Literat sich dem Klassenkampf des Proletariats einfügen. Wo er das tut, ändert er auch seinen Charakter. Im folgenden ist von *dieser Art Lite-raten*, die ja immer noch eine Ausnahme in ihrer Klasse bilden, zunächst nicht die Rede. Wo nicht ausdrücklich etwas anderes bemerkt ist, *verstehe ich* im folgenden *unter dem Literaten nur den gewöhnlichen, auf dem Boden der bür-gerlichen Gesellschaft stehenden*, der den Charakter der Literatenklasse be-stimmt. Und diese Klasse steht in einem gewissen *Gegensatz* zum Proletariat.

Dieser Gegensatz ist aber ein anderer, als der zwischen Arbeit und Kapital, der Literat ist ja kein Kapitalist. Er hat wohl eine bürgerliche Lebenshaltung und muß sie aufrecht halten können, soll er nicht verlumpen, aber er ist auf den Verkauf seines Arbeitsproduktes, oft seiner Arbeitskraft angewiesen und wird vielfach selbst von Kapitalisten ausgebeutet und degradiert. Der Literat steht also in keinem ökonomischen Gegensatz zum Proletariat. Aber seine Lebens-lage und seine Arbeitsbedingungen sind keine proletarischen und daraus er-wächst ein Gegensatz im Empfinden und Denken.

Der Proletarier ist nichts als isoliertes Individuum. Seine ganze Kraft, sein ganzes Fortschreiten, alle seine Erwartungen und Hoffnungen schöpft er aus der *Organisation*, aus dem planmäßigen Zusammenwirken mit seinen Genos-sen. Er fühlt sich groß und stark, wenn er den Teil eines großen und starken Organismus bildet. Dieser ist ihm die Hauptsache, das Individuum gilt dem-gegenüber sehr wenig. Er kämpft mit vollster Hingebung als Stück der anony-men Masse, ohne Aussicht auf persönlichen Gewinn oder persönlichen Ruhm, erfüllt seine Pflicht auf jedem Posten, auf den er gestellt wird, in freiwilliger Disziplin, die sein ganzes Fühlen und Denken erfüllt.

Ganz anders der Literat. Er kämpft nicht mit Machtmitteln, sondern mit Argumenten. Seine Waffen sind sein persönliches Wissen, sein persönliches Können, seine persönliche Überzeugung. Er kann nur zur Geltung kommen durch seine Persönlichkeit. Vollste Freiheit für sie erscheint ihm als die erste Vorbedingung gedeihlichen Wirkens. Nur schwer fügt er sich einem Ganzen als dienendes Glied ein, nur der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe. Die Notwendigkeit der Disziplin erkennt er nur für die Masse, nicht für aus-erlesene Geister an. Und zu diesen rechnet er sich natürlich auch...

.....
dern überhaupt alle Gebildeten, Vertreter freier Berufe, Kopfarbeiter (brain worker, wie die Engländer sagen) zum Unterschied von den Handarbeitern.

Nietzsches Philosophie mit ihrem Kultus der Über- oder Herrenmenschen, dem das Ausleben der eigenen Persönlichkeit alles ist und jede Unterordnung der Person unter einen großen gesellschaftlichen Zweck ebenso abgeschmackt wie erbärmlich erscheint, diese Philosophie ist die richtige Lebensanschauung des Literaten, sie macht aber völlig untauglich zur Einreihung in den Klassenkampf des Proletariats.

Neben Nietzsche der bedeutendste Vertreter einer auf das Empfinden des Literatentums aufgebauten Lebensanschauung ist wohl Ibsen, dessen Dr. Stockmann im ‚Volksfeind‘ nicht ein Sozialist ist, wie mancher geglaubt hat, sondern der Typus des Literaten, der in Konflikt geraten muß mit der proletarischen Bewegung, überhaupt mit einer Volksbewegung, sobald er versucht, in ihr zu wirken. Denn die Grundlage der proletarischen, wie jeder demokratischen* Bewegung, ist die Achtung vor der Majorität der Genossen. Der typische Literat à la Stockmann sieht in der ‚kompakten Majorität‘ ein Ungeheuer, das niederzuwerfen ist...

Das ideale Beispiel eines Literaten, der vollständig im Empfindungsleben des Proletariats aufging und, obwohl er ein glänzender Schriftsteller war, doch das besondere Literatenbewußtsein völlig verlor, unverdrossen in Reih und Glied marschierte, auf jedem Posten wirkte, auf den er hingestellt wurde, sich stets ganz unserer großen Sache unterordnete und jenes weichliche Gewinsel über Unterdrückung der eigenen Persönlichkeit verachtete, das der an Ibsen und Nietzsche gebildete Literat gern dann anstimmt, wenn er einmal in der Minorität bleibt — das ideale Beispiel eines Literaten, wie ihn die sozialistische Bewegung braucht, war Liebknecht. Auch Marx darf man hier nennen, der sich nie vordrängte und dessen Unterwerfung unter die Parteidisziplin in der Internationale, wo er gar manches Mal in der Minorität blieb, musterhaft war.“**

Eben solch weichliches Gewinsel eines in der Minderheit gebliebenen Intellektuellen und nichts weiter war die Ablehnung der Funktion durch Martow und seine Freunde, nur weil der alte Zirkel nicht bestätigt worden ist, waren die Klagen über den Belagerungszustand und die Aus-

* Es ist höchst charakteristisch für die Verwirrung, die unsere Martowleute in alle Organisationsfragen hineingetragen haben, daß sie sich Akimow und einem *unangebrachten* Demokratismus zugewandt haben, aber gleichzeitig *erbst sind über die demokratische Wahl der Redaktion*, über die Wahl auf dem *Parteitag*, die vorher von allen beabsichtigt gewesen war! Ist das vielleicht auch euer *Prinzip*, meine Herrschaften?

** Karl Kautsky, „Franz Mehring“, „Die Neue Zeit“, 1903, XXII, 1, Nr. 4, S. 99—101.

nahmegesetze „gegen einzelne Gruppen“, die Martow nicht am Herzen lagen, als man den „Jushny Rabotschi“ und das „Rabotscheje Delo“ auflöste, die ihm aber teuer wurden, als man sein Kollegium auflöste.

Eben solch weichliches Gewinsel eines in der Minderheit gebliebenen Intellektuellen waren alle diese endlosen Klagen, Vorwürfe, Anspielungen, Beschuldigungen, Klatschereien und Verdächtigungen hinsichtlich der „kompakten Mehrheit“, die sich auf unserem Parteitag* (und noch mehr nach dem Parteitag) dank Martow in breitem Strom über uns ergossen.

Bitter beklagte sich die Minderheit darüber, daß die kompakte Mehrheit ihre internen Besprechungen hatte; mußte doch die Minderheit irgendwie die für sie unangenehme Tatsache verdecken, daß die Delegierten, die sie zu ihren internen Besprechungen einlud, sich hinzugehen weigerten, während diejenigen, die gern hingegangen wären (die Jegorow, Machow und Brucker), von der Minderheit nach dem ganzen Kampf, der auf dem Parteitag zwischen ihr und diesen Leuten stattgefunden hatte, nicht eingeladen werden konnten.

Bitter beklagte man sich über die „falsche Beschuldigung des Opportunismus“; mußte doch irgendwie die unangenehme Tatsache verdeckt werden, daß gerade die Opportunisten, die meist den Antiiskristen folgten, und zum Teil auch diese Antiiskristen selber, eine kompakte Minderheit bildeten und sich mit beiden Händen an die Unterstützung des Zirkelwesens in den Körperschaften, des Opportunismus in den Gedankengängen, der Spießbürgerlichkeit in den Parteiangelegenheiten, der intelligenzlerischen Wankelmütigkeit und Waschlappigkeit klammerten.

Wir werden im nächsten Abschnitt zeigen, wie sich die höchst interessante politische Tatsache erklären läßt, daß am Schluß des Parteitags eine „kompakte Mehrheit“ entstanden ist, und warum die Minderheit trotz aller Herausforderungen die Ursachen und die Geschichte der Entstehung dieser Mehrheit mit so peinlicher Sorgfalt umgeht. Aber zuerst wollen wir die Analyse der Parteitagsdebatten zu Ende führen.

Bei den Wahlen zum ZK brachte Gen. Martow eine außerordentlich charakteristische Resolution ein (S. 336), deren drei Hauptmerkmale ich gelegentlich als „matt in drei Zügen“ bezeichnete. Diese Merkmale sind folgende: 1. Abgestimmt wird über Listen der Kandidaten für das ZK und nicht über einzelne Kandidaten; 2. nach Bekanntgabe der Listen werden

* Siehe S. 337, 338, 340, 352 u. a. der Parteitagsprotokolle.

zwei Sitzungen ausgelassen (offenbar für die Erörterung der Listen); 3. wird keine absolute Mehrheit erzielt, so gilt die zweite Abstimmung als endgültig. Diese Resolution ist eine wohlgedachte Strategie (man muß auch dem Gegner Gerechtigkeit widerfahren lassen!), mit der Gen. Jegorow nicht einverstanden ist (S. 337), die aber Martow *bestimmt* den vollen Sieg gesichert hätte, *wenn die sieben Delegierten des „Bund“ und des „Rabotscheje Delo“ den Parteitag nicht verlassen hätten*. Ihre Erklärung findet diese Strategie darin, daß die iskristische Minderheit eine „direkte Vereinbarung“ (wie sie bei der iskristischen Mehrheit bestand) weder mit dem „Bund“ und mit Brucker *noch mit den Genossen Jegorow und Machow getroffen hatte und auch nicht treffen konnte*.

Man erinnert sich, daß Gen. Martow auf der Ligakonferenz jammerte, die „falsche Beschuldigung des Opportunismus“ setze eine direkte Vereinbarung zwischen ihm und dem „Bund“ voraus. Ich wiederhole, Gen. Martow sah vor lauter Schrecken Gespenster, und *gerade der Umstand, daß Gen. Jegorow mit der Listenabstimmung nicht einverstanden war* (Gen. Jegorow waren „die Prinzipien noch nicht abhanden gekommen“, wahrscheinlich jene Prinzipien, die ihn veranlaßten, sich in der Beurteilung der absoluten Bedeutung der demokratischen Garantien mit Goldblatt zu vereinigen), *zeigt anschaulich die enorm wichtige Tatsache, daß von einer „direkten Vereinbarung“ sogar mit Jegorow nicht die Rede sein konnte*. Aber eine Koalition konnte es geben und gab es sowohl mit Jegorow als auch mit Brucker, eine Koalition in dem Sinne, daß ihre Unterstützung den Martowleuten jedesmal *gesichert war*, wenn diese in einen ernsten Konflikt mit uns gerieten und wenn Akimow und seine Freunde *das kleinere Übel* zu wählen hatten. Es unterlag und unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, *daß die Genossen Akimow und Liber als kleineres Übel, als etwas, das den iskristischen Zielen schlechter dient* (siehe Akimows Rede über § 1 und seine „Hoffnungen“ auf Martow), *unbedingt auch das Sechserkollegium in das ZO und die Martowsche Liste in das ZK gewählt hätten*. Die Listenabstimmung, das Auslassen von zwei Sitzungen und die Stichwahl verfolgten gerade den Zweck, dieses Ergebnis mit fast mechanischer Präzision ohne jede direkte Vereinbarung zu erzielen.

Da aber unsere kompakte Mehrheit eine kompakte Mehrheit blieb, bedeutete der Umweg des Gen. Martow nur eine Verschleppung, und wir mußten ihn ablehnen. Die Minderheit ergoß ihre Beschwerden darüber

schriftlich (in einer Erklärung, S. 341) und *weigerte sich, dem Beispiel Martynows und Akimows folgend, an den Abstimmungen und den Wahlen zum ZK teilzunehmen* – „angesichts der Bedingungen, unter denen sie vorgenommen wurden“. Nach dem Parteitag ergossen sich diese Beschwerden über die anormalen Bedingungen der Wahlen (siehe „Belagerungszustand“, S. 31) unterschiedslos vor Hunderten von Parteiklatschbasen. Worin aber bestand hier das *Anormale*? In der geheimen Abstimmung, die das Parteitagsreglement (§ 6, S. 11 der Protokolle) von vornherein vorgesehen hatte und in der „Heuchelei“ oder „Ungerechtigkeit“ zu sehen einfach lächerlich war? In der Bildung einer kompakten Mehrheit, dieses „Schreckgespenstes“ für waschlappige Intellektuelle? Oder in dem *anormalen* Wunsch dieser ehrenwerten Intellektuellen, das dem Parteitag gegebene *Wort zu brechen*, alle von ihm vorgenommenen Wahlen anzuerkennen (S. 380, § 18 des Parteitagsstatuts)?

Genosse Popow deutete diesen Wunsch *zart* an, als er auf dem Parteitag am Tage der Wahlen offen die Frage stellte: „Ist das Büro überzeugt, daß ein Parteitagsbeschuß gültig und rechtmäßig ist, wenn die Hälfte der Delegierten es abgelehnt hat, an der Abstimmung teilzunehmen?“ * Das Büro antwortete natürlich, daß es davon überzeugt sei, und erinnerte an den Zwischenfall mit den Genossen Akimow und Martynow. Gen. Martow schloß sich der Auffassung des Büros an und erklärte geradeheraus, Gen. Popow irre sich, „*die Parteitagsbeschlüsse sind rechts gültig*“ (S. 343). Wir überlassen dem Leser das Urteil über diese – vermutlich in hohem Maße normale – politische Konsequenz, die zutage tritt, wenn man *diese Erklärung vor der Partei* vergleicht mit dem Verhalten nach dem Parteitag und mit dem Satz im „Belagerungszustand“ über den „*Aufstand einer Hälfte der Partei, der schon auf dem Parteitag begonnen hat*“ (S. 20). Die von Gen. Akimow auf Gen. Martow gesetzten Hoffnungen haben über Martows eigene flüchtige gute Absichten die Oberhand gewonnen.

„*Du hast gesiegt*“, Genosse Akimow!

*

* S. 342. Es handelte sich um die Wahl des fünften Mitglieds in den Rat. Abgegeben wurden 24 Zettel (von insgesamt 44 Stimmen), darunter zwei weiße.

Um zu charakterisieren, in welchem hohem Maße die berüchtigte Phrase vom „Belagerungszustand“, die jetzt für alle Ewigkeit einen tragikomischen Sinn erhalten hat, nur ein „furchtbares Wort“ war, seien einige dem Anschein nach bedeutungslose, aber dem Wesen nach sehr wichtige Züge des *letzten* Teils des Parteitags, des Teils *nach* den Wahlen, erwähnt. Gen. Martow geht jetzt mit diesem tragikomischen „Belagerungszustand“ hausieren und redet sich selber und den Lesern allen Ernstes ein, daß dieses von ihm erfundene Schreckgespenst eine anormale Verfolgung, ein Zu-Tode-Hetzen und Erledigen der „Minderheit“ durch die „Mehrheit“ bedeutete. Wir werden gleich zeigen, wie sich die Sache *nach* dem Parteitag verhielt. Aber man betrachte sogar das Ende des Parteitags, und man wird sehen, daß die „kompakte Mehrheit“ *nach den Wahlen* weit davon entfernt ist, die unglücklichen, gehetzten, beleidigten und zur Hinrichtung geführten Martowleute zu verfolgen, sondern im Gegenteil ihnen *selbst* (durch den Mund Ljadows) *zwei von den drei Plätzen* in der Protokollkommission *anbietet* (S. 354). Nehmt die Resolutionen über die taktischen und anderen Fragen (S. 355 ff.) zur Hand, und ihr werdet eine rein sachliche Erörterung des Wesentlichen finden, wobei die Unterschriften der Genossen, die die Resolutionen eingebracht haben, häufig abwechselnd die Namen von Vertretern der ungeheuerlichen kompakten „Mehrheit“ und der Anhänger der „erniedrigten und beleidigten“ „Minderheit“ aufweisen (S. 355, 357, 363, 365 und 367 der Protokolle). Nicht wahr, das sieht einer „Entfernung von der Arbeit“ und einer „Erledigung“ jeder Art sehr ähnlich?

Die einzige interessante, aber leider zu kurze sachliche Auseinandersetzung entspannt sich um die Resolution Starowers über die Liberalen. Sie wurde, wie aus den Unterschriften zu ersehen ist (S. 357 und 358), vom Parteitag angenommen, weil drei Anhänger der „Mehrheit“ (Braun, Orlow und Ossipow⁴) sowohl *für diese* als auch für Plechanows Resolution stimmten, ohne zwischen den beiden Resolutionen einen unversöhnlichen Widerspruch zu sehen. Ein unversöhnlicher Widerspruch besteht auf den ersten Blick zwischen ihnen nicht, denn Plechanows Resolution legt das allgemeine Prinzip fest, bringt eine bestimmte prinzipielle und taktische Einstellung zum *bürgerlichen Liberalismus in Rußland* zum Ausdruck, während Starowers Resolution versucht, die *konkreten Bedingungen für die Zulässigkeit „zeitweiliger Abkommen“* mit „liberalen

oder liberal-demokratischen Strömungen“ festzulegen. Inhaltlich sind die beiden Resolutionen verschieden. Aber Starowers Resolution leidet eben an *politischer Verschwommenheit* und ist infolgedessen seicht und kleinlich. Sie definiert nicht den *Klasseninhalt des russischen Liberalismus*, sie weist nicht *bestimmte* politische Strömungen auf, die ihn zum Ausdruck bringen, sie setzt dem Proletariat nicht seine *grundlegenden* propagandistischen und agitatorischen Aufgaben hinsichtlich dieser bestimmten Strömungen auseinander, sie wirft (infolge ihrer Verschwommenheit) so verschiedene Dinge wie die Studentenbewegung und das „Oswoboshdenije“ in einen Topf, sie schreibt zu kleinlich, zu kasuistisch *drei* konkrete Bedingungen vor, unter denen „zeitweilige Abkommen“ zulässig sind. Die politische Verschwommenheit führt auch in diesem Falle wie so oft zur Kasuistik. Das Fehlen eines allgemeinen Prinzips und der Versuch, „Bedingungen“ aufzuzählen, führen zu einer kleinlichen und, strenggenommen, *falschen* Festlegung dieser Bedingungen. In der Tat, man betrachte diese drei Bedingungen Starowers: 1. Die „liberalen oder liberal-demokratischen Strömungen“ müssen „klar und unzweideutig erklären, daß sie sich in ihrem Kampf gegen die absolutistische Regierung entschlossen auf die Seite der russischen Sozialdemokratie stellen“. Worin besteht der Unterschied zwischen den liberalen und den liberal-demokratischen Strömungen? Die Resolution gibt keine Unterlagen für die Beantwortung dieser Frage. Besteht er vielleicht darin, daß die liberalen Strömungen die Stellung der politisch weniger fortschrittlichen Schichten der Bourgeoisie, die liberal-demokratischen hingegen die Stellung der fortschrittlicheren Schichten der Bourgeoisie und des Kleinbürgertums zum Ausdruck bringen? Wenn ja, hält es dann Gen. Starower wirklich für möglich, daß die weniger fortschrittlichen (aber immerhin fortschrittlichen, denn sonst könnte man nicht von Liberalismus reden) Schichten der Bourgeoisie „sich entschlossen auf die Seite der Sozialdemokratie stellen“?? Das ist absurd, und selbst wenn die Vertreter einer solchen Richtung das „klar und unzweideutig erklären“ würden (eine völlig abwegige Annahme), so wären wir, die Partei des Proletariats, *verpflichtet*, ihren Erklärungen *nicht zu glauben*. Ein Liberaler sein und sich entschlossen auf die Seite der Sozialdemokratie stellen – eins schließt das andere aus.

Weiter. Nehmen wir den Fall an, die „liberalen oder liberal-demokratischen Strömungen“ würden klar und unzweideutig erklären, daß sie

sich in ihrem Kampf gegen die Selbstherrschaft entschlossen auf die Seite der *Sozialrevolutionäre* stellen. Diese Annahme ist weit weniger unwahrscheinlich (im Hinblick auf das bürgerlich-demokratische Wesen der sozialrevolutionären Richtung) als die Annahme des Gen. Starower. Aus dem Sinn seiner Resolution ergibt sich wegen ihrer Verschwommenheit und Kasuistik, daß *in diesem Falle zeitweilige Abkommen* mit solchen Liberalen *unzulässig* sind. Aber diese zwangsläufige Schlußfolgerung aus der Resolution des Gen. Starower führt zu einer *direkt falschen* These. Zeitweilige Abkommen sind auch mit Sozialrevolutionären zulässig (siehe die Parteitagresolution hierüber) und *folglich* auch mit Liberalen, die sich auf die Seite der Sozialrevolutionäre stellen.

Die zweite Bedingung: wenn diese Strömungen „in ihren Programmen keine Forderungen aufstellen, die den Interessen der Arbeiterklasse und der Demokratie überhaupt zuwiderlaufen oder ihr Bewußtsein trüben“. Auch hier derselbe Fehler: Es gibt keine liberal-demokratischen Strömungen und kann keine geben, die in ihren Programmen nicht Forderungen aufstellen, die den Interessen der Arbeiterklasse zuwiderlaufen und ihr (der Arbeiterklasse) Bewußtsein trüben. Sogar eine der demokratischsten Fraktionen unserer liberal-demokratischen Strömung, die Fraktion der Sozialrevolutionäre, stellt in ihrem Programm, das ebenso verworren ist wie alle liberalen Programme, Forderungen auf, die den Interessen der Arbeiterklasse zuwiderlaufen und ihr Bewußtsein trüben. Aus dieser Tatsache muß die *Notwendigkeit* abgeleitet werden, „die Beschränktheit und Unzulänglichkeit der Freiheitsbewegung der Bourgeoisie zu entlarven“, keineswegs aber die Unzulässigkeit zeitweiliger Abkommen.

Schließlich ist auch die dritte „Bedingung“ des Gen. Starower (daß die Liberal-Demokraten das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht zu ihrer Kampflosung machen sollen) in der allgemeinen Form, in die sie gekleidet ist, *falsch*: *Es wäre unvernünftig*, zeitweilige und teilweise Abkommen mit liberal-demokratischen Strömungen, die die Losung einer Zensus-Verfassung, überhaupt einer „gestutzten“ Verfassung, aufstellen, für in keinem Falle zulässig zu erklären. Im Grunde gehört gerade hierher die „Strömung“ der Herren vom „Oswoboshdenije“, aber es wäre eine politische Kurzsichtigkeit, die mit den Prinzipien des Marxismus unvereinbar ist, wollte man sich die Hände binden und von vornherein „zeitweilige Abkommen“, sei es auch mit den zaghaftesten Liberalen, verbieten.

Ich fasse zusammen: Die Resolution des Gen. Starower, die auch die Unterschriften der Genossen Martow und Axelrod trägt, ist *irrig*, und der dritte Parteitag wird gut daran tun, sie zu widerrufen. Sie leidet an *politischer Verschwommenheit* der theoretischen und taktischen Stellungnahme, sie ist kasuistisch in den praktischen „Bedingungen“, die sie fordert. Sie *vermengt zwei Fragen*: 1. die Entlarvung der „gegenrevolutionären und antiproletarischen“ Züge *jeder* liberal-demokratischen Strömung und die Pflicht, diese Züge zu *bekämpfen*, und 2. die *Bedingung* für zeitweilige und teilweise *Abkommen* mit einer beliebigen von diesen Strömungen. Sie enthält nicht das, was notwendig wäre (eine Analyse des Klasseninhalts des Liberalismus), und enthält das, was überflüssig ist (das Vorschreiben von „Bedingungen“). Es ist überhaupt unsinnig, auf einem Parteitag konkrete „Bedingungen“ für zeitweilige Abkommen auszuarbeiten, da nicht einmal ein bestimmter Kontrahent – das Subjekt solcher möglichen Abkommen – vorhanden ist; ja selbst wenn ein solches „Subjekt“ vorhanden wäre, dürfte es hundertmal zweckmäßiger sein, die Festlegung der „Bedingungen“ für ein zeitweiliges Abkommen den zentralen Parteikörperschaften zu überlassen, wie es der Parteitag hinsichtlich der „Strömung“ der Herren Sozialrevolutionäre auch getan hat (siehe Plechanows Abänderung am Schluß von Axelrods Resolution, S. 362 und 15 der Protokolle).

Was die Einwände der „Minderheit“ gegen Plechanows Resolution anbelangt, so lautete das einzige Argument des Gen. Martow: Plechanows Resolution „endet mit der armseligen Schlußfolgerung, der eine Literat müsse entlarvt werden. Heißt das nicht mit Kanonen auf Spatzen schießen?“ (S. 358.) Dieses Argument, in dem der fehlende Gedanke ersetzt wird durch das starke Wort „armselige Schlußfolgerung“, liefert uns ein neues Musterbeispiel dünnlicher Phrasendrescherei. Erstens besagt Plechanows Resolution, daß man „die Beschränktheit und Unzulänglichkeit der Freiheitsbewegung der Bourgeoisie vor dem Proletariat entlarven muß, wo immer diese Beschränktheit und Unzulänglichkeit auch in Erscheinung treten sollte“. Darum ist die Behauptung des Gen. Martow (auf der Liga-konferenz, S. 88 der Protokolle), daß „alle Aufmerksamkeit nur auf den einen Struve, nur auf den einen Liberalen gerichtet sein soll“, reiner Unsinn. Zweitens, wer Herrn Struve mit einem „Spatzen“ vergleicht, wenn es sich um die Möglichkeit zeitweiliger Abkommen mit den russischen

Liberalen handelt, der bringt eine elementare politische Tatsache einem Witzwort zum Opfer. Nein, Herr Struve ist kein Spatz, sondern eine politische Größe, und er ist es, nicht weil er selbst eine überragende Persönlichkeit wäre. Die Bedeutung einer politischen Größe verleiht ihm seine Stellung, die Stellung des einzigen Vertreters des russischen Liberalismus, des einigermaßen aktionsfähigen und organisierten Liberalismus in einer illegalen Welt. Spricht man daher von den russischen Liberalen und vom Verhältnis unserer Partei zu ihnen und hat dabei nicht eben Herrn Struve, nicht eben das „Oswoboshdenije“ im Auge, so heißt das reden, um nichts zu sagen. Oder möchte Gen. Martow vielleicht versuchen, uns *auch nur eine einzige* „liberale oder liberal-demokratische Strömung“ in Rußland zu zeigen, die sich heute wenigstens annähernd mit der Richtung des „Oswoboshdenije“ vergleichen könnte? Es wäre interessant, sich einen solchen Versuch anzusehen!*

„Der Name Struve sagt den Arbeitern nichts“, unterstützte Gen. Kostrow den Gen. Martow. Das ist schon – ich bitte die Genossen Kostrow

* Auf der Ligakonferenz führte Gen. Martow noch folgendes Argument gegen die Resolution des Gen. Plechanow an: „Der Haupteinwand gegen diese Resolution, ihr Hauptmangel besteht darin, daß sie unsere Pflicht, im Kampfe gegen die Selbstherrschaft einem Bündnis mit den liberal-demokratischen Elementen nicht auszuweichen, völlig ignoriert. Gen. Lenin würde eine solche Tendenz eine Martynowsche nennen. In der neuen ‚Iskra‘ tritt diese Tendenz bereits zutage.“ (S. 88.)

Dieser Passus ist eine selten reichhaltige Sammlung von „Perlen“. 1. Eine tolle Konfusion verraten die Worte vom *Bündnis* mit den Liberalen. Niemand hat jemals von einem Bündnis gesprochen, Gen. Martow, es ist nur von zeitweiligen oder teilweisen Abkommen die Rede gewesen. Das ist ein großer Unterschied. 2. Wenn Plechanow in seiner Resolution das unglaubliche „Bündnis“ ignoriert und nur im allgemeinen von „Unterstützung“ spricht, so ist das kein Mangel, sondern ein Vorzug seiner Resolution. 3. Vielleicht nimmt sich Gen. Martow die Mühe, uns zu erklären, wodurch „Martynowsche Tendenzen“ überhaupt gekennzeichnet sind? Vielleicht erzählt er uns vom Verhältnis dieser Tendenzen zum Opportunismus? Vielleicht untersucht er das Verhältnis dieser Tendenzen zu Paragraph 1 des Statuts? 4. Ich brenne geradezu vor Ungeduld, von Gen. Martow zu erfahren, worin die „Martynowschen Tendenzen“ in der „neuen“ „Iskra“ zutage getreten sind? Bitte, erlösen Sie mich rasch von den Qualen des Wartens, Gen. Martow!

und Martow, mir nicht zu zürnen – ein Akimowsches Argument. Das erinnert bereits an das Proletariat im Genitiv.⁵

Welchen Arbeitern „sagt der Name Struve nichts“ (und der Name „Oswoboshdenije“, der in der Resolution des Gen. Plechanow neben dem Namen des Herrn Struve steht)? Solchen, die von den „liberalen und liberal-demokratischen Strömungen“ in Rußland nur ganz wenig oder gar nichts wissen. Es fragt sich nun, wie sich unser Parteitag solchen Arbeitern gegenüber zu verhalten hat: Soll er die Parteimitglieder beauftragen, diese Arbeiter mit der einzigen bestimmten liberalen Strömung in Rußland bekannt zu machen? Oder soll er den Namen, den die Arbeiter eigentlich wegen ihrer geringen Vertrautheit mit der Politik nur wenig kennen, *verschweigen*? Will Gen. Kostrow, nachdem er den ersten Schritt in den Spuren des Gen. Akimow getan hat, nicht auch den zweiten Schritt tun, so wird er diese Frage sicher im Sinne der ersten Lösung beantworten. Hat er sie aber in diesem Sinne beantwortet, so wird er sehen, wie haltlos sein Argument gewesen ist. *Jedenfalls können* die Worte „Struve“ und „Oswoboshdenije“ in Plechanows Resolution den Arbeitern sehr viel mehr *geben* als die Worte „liberale und liberal-demokratische Strömung“ in der Resolution Starowers.

Der russische Arbeiter kann die einigermaßen offen hervortretenden politischen Tendenzen unseres Liberalismus gegenwärtig nicht anders kennenlernen als aus dem „Oswoboshdenije“. Die legale liberale Literatur ist eben wegen ihrer Nebelhaftigkeit hierfür ungeeignet. Und wir müssen mit möglichst großem Eifer (und vor möglichst breiten Arbeitermassen) die Waffe unserer Kritik gegen die Anhänger des „Oswoboshdenije“ richten, damit das russische Proletariat im Augenblick der kommenden Revolution die unvermeidlichen Versuche der Herren vom „Oswoboshdenije“, den demokratischen Charakter des Umsturzes zu verwässern, durch die wirkliche Kritik der Waffe paralisieren kann.

Außer den oben von mir erwähnten „Bedenken“ des Gen. Jegorow hinsichtlich unserer „Unterstützung“ der oppositionellen und revolutionären Bewegung lieferte die Debatte über die Resolutionen kein interessantes Material, ja, es gab fast keine Debatte darüber.

Der Parteitag schloß mit der kurzen Mahnung des Vorsitzenden, daß die Parteitagsbeschlüsse für alle Mitglieder der Partei bindend sind.

Anhang 2

Die Paragraphen o) und p)

o) NACH DEM PARTEITAG
ZWEI KAMPFMETHODEN

Die Analyse der Debatten und Abstimmungen auf dem Parteitag, die wir nun abgeschlossen haben, erklärt eigentlich in nuce (im Keime) *alles, was sich nach dem Parteitag ereignete*, und wir können uns bei der Schilderung der weiteren Etappen unserer Parteikrise kurz fassen.

Die Mißachtung der Wahlen durch Martow und Popow trug in den Parteikampf der Parteischattierungen sofort eine *zänkische* Atmosphäre hinein. Gen. Glebow, der es für unwahrscheinlich hielt, daß die nichtgewählten Redakteure ernstlich beschlossen hätten, zu Akimow und Martynow *abzuschwenken*, und das Ganze vor allem auf ihre Gereiztheit zurückführte, schlug mir und Plechanow sogleich nach dem Parteitag vor,

Frieden zu schließen und alle vier unter der Bedingung zu „kooptieren“, daß die Vertretung der Redaktion im Rat gewährleistet werde (d. h., daß von den zwei Vertretern einer unbedingt der Mehrheit der Partei angehöre). Diese Bedingung erschien Plechanow und mir zweckmäßig, denn das Einverständnis damit bedeutete *die stillschweigende Anerkennung des Fehlers auf dem Parteitag*, den Willen zum Frieden und nicht zum Krieg, den Wunsch, Plechanow und mir näherzustehen als Akimow und Martynow, Jegorow und Machow. Das Zugeständnis der „Kooptation“ erhielt auf diese Weise *persönlichen* Charakter, die Sache war es wohl wert, ein persönliches Zugeständnis zu machen, das die Gereiztheit beseitigen und den Frieden wiederherstellen sollte. Deshalb gaben Plechanow und ich unsere Einwilligung. Die Mehrheit der Redaktion wies die Bedingung zurück. *Glebow reiste ab*. Wir harrten der kommenden Dinge: Wird Martow auf dem Boden der Loyalität bleiben, auf den er sich auf dem Parteitag (*gegen* den Vertreter des Zentrums, Gen. Popow) gestellt hatte, oder werden die wankelmütigen und zur Spaltung neigenden Elemente, denen er gefolgt war, die Oberhand gewinnen?

Wir standen vor dem Dilemma: Will Gen. Martow seine Parteitags-„Koalition“ als vereinzelt politische Tatsache betrachten (wie z. B. die Koalition Bebels mit Vollmar 1895 ein Einzelfall war – *si licet parva componere magnis**), oder will er diese Koalition festigen und alle Anstrengungen machen, um nachzuweisen, daß auf dem Parteitag *Plechanow und ich* einen Fehler begangen haben, wird er zum regelrechten Führer des opportunistischen Flügels unserer Partei werden? Mit anderen Worten ließ sich dieses Dilemma so formulieren: Gezänk oder politischer Parteikampf? Von uns dreien, die unmittelbar nach dem Parteitag die einzigen anwesenden Mitglieder der zentralen Körperschaften waren, neigte Glebow mehr zur ersten Lösung des Dilemmas und bemühte sich am meisten um die Aussöhnung der Kinder, die sich verzankt hatten. Zur zweiten Lösung neigte am meisten Gen. Plechanow, an den einfach nicht heranzukommen war. Ich stellte diesmal das „Zentrum“ oder den „Sumpf“ dar und versuchte, durch Überzeugung einzuwirken. Heute wäre es ein hoffnungslos-verworrenes Unternehmen, wollte ich meine mündlichen Überredungsversuche wiederholen, und ich möchte das schlechte Beispiel der Genossen Martow und Plechanow nicht nachahmen. Aber ich halte es für

* wenn man Kleines mit Großem vergleichen darf. *Die Red.*

notwendig, aus einem schriftlichen Überredungsversuch, den ich bei einem Iskristen der „Minderheit“ machte, einige Stellen anzuführen:

„... Die Tatsache, daß Martow sich weigert, der Redaktion anzugehören, daß er und andere Parteiliteraten sich weigern, mitzuarbeiten, daß eine ganze Reihe von Genossen sich weigern, für das ZK zu arbeiten, daß die Idee des Boykotts oder des passiven Widerstands propagiert wird — all dies wird unweigerlich, sogar gegen den Willen Martows und seiner Freunde, zu einer Spaltung der Partei führen. Selbst wenn Martow auf dem Boden der Loyalität bleiben sollte (auf den er sich auf dem Parteitag so entschieden gestellt hat), so werden die anderen es nicht tun — und das von mir vorausgesagte Ende wird unvermeidlich sein ...

... Und nun frage ich mich: Weswegen sollen wir uns eigentlich trennen?... Ich gehe in Gedanken alle Ereignisse und Eindrücke des Parteitags durch, ich gebe zu, daß ich oft in fürchterlicher Gereiztheit, in ‚Wut‘ aufgetreten und vorgegangen bin, ich will gern jedem gegenüber diese meine Schuld bekennen, wenn man als Schuld bezeichnen kann, was durch die Atmosphäre, als Reaktion, durch die Repliken, den Kampf etc. natürlicherweise hervorgerufen wurde. Aber betrachte ich jetzt ohne jede Wut die erreichten Resultate, das in wütendem Kampf Durchgesetzte, so kann ich in den Ergebnissen nichts, absolut nichts Schädliches für die Partei und absolut nichts Kränkendes oder Beleidigendes für die Minderheit erblicken.

Natürlich mußte schon allein die Tatsache kränkend sein, daß man in der Minderheit blieb, aber ich protestiere entschieden gegen die Unterstellung, daß wir jemandes Ruf ‚befleckt‘ hätten, daß wir jemanden beleidigen oder erniedrigen *wollten*. Mitnichten! Und es darf nicht zugelassen werden, daß politische Differenzen zu einer Auslegung der Ereignisse führen, die darauf hinausläuft, der Gegenseite Gewissenlosigkeit, Niedertracht, Intrigantentum und andere hübsche Dinge vorzuwerfen, von denen man in der Atmosphäre der heranahenden Spaltung immer häufiger zu hören bekommt. Das darf nicht zugelassen werden, denn das ist mindestens *nec plus ultra** unvernünftig.

Wir haben mit Martow politische (und organisatorische) Differenzen, wie wir sie schon dutzendmal gehabt haben. Besiegt bei § 1 des Statuts, konnte ich nicht umhin, mit aller Energie nach einer Revanche in den übrigen Fragen zu streben, die mir (und dem Parteitag) geblieben waren. Ich konnte nicht umhin, einerseits ein streng iskristisches ZK und andererseits ein Dreierkollegium in der Redaktion anzustreben... Ich halte dieses Dreierkollegium für das *einzig* geeignete, eine offizielle Körperschaft zu sein und nicht ein Kollegium, das sich auf Vetternwirtschaft und Nachlässigkeit gründet, für die

* im höchsten Grade. *Die Red.*

einzige wirkliche Zentralstelle, in der jeder stets seinen Parteistandpunkt vorbringen und vertreten könnte, um kein Haar mehr und irrespective* von allem Persönlichen, von allen Erwägungen über Kränkung, über Rücktritt u. dgl. m.

Nach den Vorkommnissen auf dem Parteitag legalisierte dieses Dreierkollegium zweifellos eine politische und organisatorische Linie, die sich in einer Hinsicht gegen Martow richtete. Zweifellos! Und deshalb soll man brechen? Deshalb soll man die Partei zerschlagen?? Waren denn in der Frage der Demonstrationen Martow und Plechanow nicht gegen mich? Waren denn in der Frage des Programms ich und Martow nicht gegen Plechanow? Richtet sich denn nicht jedes Dreierkollegium stets mit einer Seite gegen jeden Beteiligten? Wenn die Mehrheit der Iskristen sowohl in der ‚Iskra‘-Organisation als auch auf dem Parteitag eben diese besondere Schattierung der Martowschen Linie in organisatorischer und politischer Beziehung für falsch gehalten hat, sind dann die Versuche, dies durch eine ‚Schiebung‘ oder ‚Hetze‘ usw. zu erklären, nicht wirklich heller Wahnsinn? Wäre es nicht Wahnsinn, sich über diese Tatsache dadurch hinwegsetzen zu wollen, daß man die Mehrheit als ‚Pack‘ beschimpft?

Ich wiederhole: Ich bin, wie auch die Mehrheit der Iskristen auf dem Parteitag, zutiefst davon überzeugt, daß Martow einen falschen Kurs eingeschlagen hat und daß man ihn korrigieren mußte. Aus dieser Korrektur eine Kränkung zu konstruieren, hieraus eine Beleidigung etc. abzuleiten, ist unvernünftig. Wir haben niemandes Ruf auch nur im geringsten ‚befleckt‘, wir ‚beflecken‘ niemandes Ruf und entfernen niemanden *von der Arbeit*. Wegen der Entfernung *aus einer Zentralstelle* aber eine Spaltung hervorzurufen, das wäre für mich ein unfaßbarer Wahnsinn.“**

Ich hielt es für notwendig, diese meine schriftlichen Erklärungen hier anzuführen, weil sie *genau* das Streben der Mehrheit zeigen, *sofort* eine bestimmte Grenze zu ziehen zwischen möglichen (und im heißen Kampf unvermeidlichen) persönlichen Kränkungen und persönlicher Gereiztheit

* unabhängig. *Die Red.*

** Dieser Brief (Brief an A. N. Potressow vom 31. August [13. September] 1903. *Die Red.*) wurde schon *im September* (neuen Stils) geschrieben. Weggelassen ist nur, was meines Erachtens nicht zur Sache gehört. Ist der Adressat der Ansicht, daß gerade das Weggelassene wichtig ist, so wird er die Lücke leicht ausfüllen können. Übrigens benutze ich diese Gelegenheit, um allen meinen Opponenten ein für allemal zu erlauben, alle meine Privatbriefe zu veröffentlichen, wenn sie das als nützlich für die Sache betrachten.

infolge scharfer und „wütender“ Angriffe usw. einerseits, und einem bestimmten politischen Fehler, einer politischen Linie (Koalition mit dem rechten Flügel) anderseits.

Diese Erklärungen beweisen, daß der *passive Widerstand* der Minderheit *gleich nach dem Parteitag begann* und uns sofort zu der Warnung veranlaßte, daß dies ein *Schritt zur Spaltung der Partei* sei; daß dies den *Loyalitätserklärungen auf dem Parteitag* direkt widerspreche; daß dies eine Spaltung ausschließlich wegen der *Entfernung aus den zentralen Körperschaften* (d. h. wegen der Nichtwahl) sein werde, denn niemals hat jemand daran gedacht, ein Parteimitglied *von der Arbeit* zu entfernen; daß die politische Trennung zwischen uns (eine unvermeidliche Trennung, solange die Frage nicht geklärt und nicht entschieden ist, wer von uns, Martow oder wir, auf dem Parteitag eine irrige Linie verfolgt hat) *immer mehr in ein Gezänk* mit Schimpfereien, Verdächtigungen usw. usf. *auszuarten* beginne.

Die Warnungen haben nicht geholfen. Das Verhalten der Minderheit zeigte, daß die am wenigsten standhaften und *die am wenigsten parteitreuen* Elemente in ihr die Oberhand gewinnen. Das veranlaßte Plechanow und mich, unsere Zustimmung zu Glebows Vorschlag zurückzuziehen: In der Tat, wenn die Minderheit durch ihre *Taten* im Bereich nicht nur der Prinzipien, sondern auch der *elementaren Parteiloyalität* ihre politische Wankelmütigkeit bewies, welche Bedeutung konnten dann die *Worte* von der berühmten „Kontinuität“ haben? Niemand hat sich so witzig wie Plechanow über die ganze Sinnlosigkeit der Forderung lustig gemacht, eine Mehrheit von Leuten in die Parteiredaktion zu „kooptieren“, die offen von neuen und wachsenden Differenzen sprechen! Wo hat es das jemals auf der Welt gegeben, daß eine Parteimehrheit sich in den zentralen Körperschaften selber in die Minderheit verwandelt, *bevor die neuen Meinungsverschiedenheiten in der Presse, vor der Parteiöffentlichkeit geklärt* worden sind? Zuerst müssen die Meinungsverschiedenheiten dargelegt werden, muß die Partei ihre Tiefe und Bedeutung ermessen, muß die Partei ihren auf dem zweiten Parteitag begangenen Fehler selbst berichtigen, wenn dieser oder jener Fehler nachgewiesen werden sollte! Schon allein die Aufstellung einer solchen Forderung *im Namen* noch unbekannter Meinungsverschiedenheiten zeigte den völligen Mangel an Standhaftigkeit bei jenen, die das forderten, die völlige Überwucherung

der politischen Differenzen durch Gezänk, die völlige Mißachtung sowohl der ganzen Partei als auch der eigenen Überzeugungen. Es hat auf der Welt noch nie *prinzipiell überzeugte* Menschen gegeben – und wird sie auch nie geben –, die es abgelehnt hätten, erst zu *überzeugen*, ehe sie (*auf privatem Wege*) die Mehrheit in der Körperschaft erhalten, die sie überzeugen wollen.

Schließlich verkündet Gen. Plechanow am 4. Oktober, daß er einen letzten Versuch machen wolle, diesem Unsinn ein Ende zu setzen. Eine Sitzung aller sechs Mitglieder der alten Redaktion wird einberufen, in der das neue Mitglied des ZK anwesend ist.* Geschlagene drei Stunden sucht Gen. Plechanow die Unvernunft der Forderung nachzuweisen, zu zwei Mitgliedern der „Mehrheit“ vier der „Minderheit“ zu „kooptieren“. Er schlägt vor, *zwei zu kooptieren*, um einerseits alle Befürchtungen aus der Welt zu schaffen, als wollten wir jemanden „erledigen“, an die Wand drücken, in die Ecke treiben, hinrichten und begraben, und um anderseits die Rechte und die Stellung der Partei „mehrheit“ zu schützen. *Die Kooptation von zweien wird ebenfalls abgelehnt.*

Am 6. Oktober schreiben Plechanow und ich an alle alten Redakteure der „Iskra“ und an den Mitarbeiter, Gen. Trotzki, einen offiziellen Brief folgenden Inhalts:

„Werte Genossen! Die Redaktion des ZO betrachtet es als ihre Pflicht, offiziell ihr Bedauern darüber zum Ausdruck zu bringen, daß Sie die Mitarbeit an der ‚Iskra‘ und der ‚Sarja‘ aufgegeben haben. Trotz unseren vielfachen Aufforderungen zur Mitarbeit, die wir sofort nach dem zweiten Parteitag an Sie richteten und später mehrfach wiederholten, haben wir von Ihnen keinen einzigen Beitrag erhalten. Die Redaktion des ZO erklärt, daß sie der Meinung ist, Ihnen keinen Grund zur Einstellung der Mitarbeit gegeben zu haben. Persönliche Verärgerung darf natürlich kein Hindernis sein, am Zentralorgan der Partei mitzuarbeiten. Ist aber Ihr Fernbleiben durch diese oder jene Meinungsverschiedenheit zwischen Ihnen und uns hervorgerufen, so würden wir es als außerordentlich nützlich für die Partei erachten, diese Meinungsverschiedenheiten ausführlich darzulegen. Ja noch mehr, wir würden es für außerordentlich wünschenswert halten, die Natur und Tiefe dieser Meinungsver-

* Dieses Mitglied des ZK⁶ hielt außerdem eine Reihe privater und kollektiver Besprechungen mit der Minderheit ab, in denen er das unsinnige Gerede widerlegte und an die Parteipflicht appellierte.

schiedenheiten in den Spalten der von uns redigierten Publikationen vor der Gesamtpartei möglichst rasch zu klären.“*

Wie der Leser sieht, blieb es uns immer noch völlig unklar, was in den Handlungen der „Minderheit“ überwog – persönliche Verärgerung oder der Wunsch, im Presseorgan (und in der Partei) einen *neuen Kurs*, und zwar welchen und worin, zu steuern. Ich glaube, auch jetzt könnte man 70 Schriftgelehrte an die Arbeit setzen mit dem Auftrag, diese Frage auf Grund jeder beliebigen Publikation und jeder beliebigen Zeugenaussage zu klären, und sie würden sich nie und nimmer in diesem Wirrwarr zu-rechtfinden. Ein Gezänk kann wohl kaum entwirrt werden: man muß es entweder zerhauen oder sich von ihm fernhalten.**

Auf den Brief vom 6. Oktober antworteten uns Axelrod, Sassulitsch, Starower, Trotzki und Kolzow mit ein paar Zeilen des Inhalts, daß die Endesunterzeichneten an der Arbeit der „Iskra“, seitdem diese in die Hände der neuen Redaktion übergegangen ist, nicht teilnehmen. Gen. Martow war gesprächiger und beehrte uns mit folgender Antwort:

„An die Redaktion des ZO der SDAPR. Werte Genossen! In Beantwortung Ihres Briefes vom 6. Oktober erkläre ich folgendes: Ich betrachte alle unsere Aussprachen über eine gemeinsame Arbeit in *einem* Organ nach der Besprechung, die am 4. Oktober im Beisein eines Mitglieds des ZK stattgefunden hat, für beendet. In dieser Besprechung haben Sie es abgelehnt, auf die Frage zu antworten, welche Gründe Sie bewogen, den uns gemachten Vorschlag über den Eintritt von Axelrod, Sassulitsch, Starower und mir in die Redaktion unter der Bedingung, daß wir uns verpflichten, Gen. Lenin als unseren ‚Vertreter‘ in den Rat zu wählen, zurückzunehmen. Nachdem Sie in der erwähnten Besprechung einer Formulierung Ihrer eigenen, in Gegenwart von Zeugen abgegebenen Erklärungen mehrfach aus dem Wege gegangen sind, halte ich es nicht für notwendig, in meinem Brief an Sie auseinanderzusetzen, warum ich es ablehne,

* Der Brief an Gen. Martow enthielt noch eine Frage nach einer Broschüre und folgenden Satz: „Schließlich machen wir Sie im Interesse der Sache noch einmal darauf aufmerksam, daß wir nach wie vor bereit sind, Sie als Mitglied der Redaktion des ZO zu kooptieren und Ihnen dadurch die volle Möglichkeit zu geben, alle Ihre Auffassungen in der höchsten Körperschaft der Partei offiziell darzulegen und zu vertreten.“

** Gen. Plechanow hätte hier wahrscheinlich hinzugefügt: oder *alle Ansprüche* der Urheber des Gezänks restlos befriedigen. Wir werden sehen, warum das unmöglich war.

unter den jetzigen Umständen in der ‚Iskra‘ zu arbeiten. Erforderlichenfalls werde ich mich darüber ausführlich vor der gesamten Partei äußern, die zudem aus den Protokollen des zweiten Parteitags erfahren wird, warum ich den von Ihnen jetzt wiederholten Vorschlag, einen Sitz in der Redaktion und im Rat anzunehmen, abgelehnt habe...*

L. Martow“

Dieser Brief gibt zusammen mit den vorherigen Dokumenten eine unwiderlegliche Antwort auf jene Frage des Boykotts, der Desorganisation, der Anarchie und der Vorbereitung zur Spaltung, die Gen. Martow in seinem „Belagerungszustand“ (mit Hilfe von Ausrufungszeichen und Punkten) so eifrig umgeht – auf die Frage der loyalen und illoyalen Kampfmittel.

Gen. Martow und seinen Freunden wird *vorgeschlagen*, die Meinungsverschiedenheiten darzulegen; man *bittet sie*, offen zu sagen, worum es ihnen geht und welche Absichten sie haben; man *redet ihnen gut zu*, ihren Eigensinn aufzugeben und den Fehler wegen § 1 (der mit dem Fehler der Rechtsschwenkung untrennbar verbunden ist) ruhig zu analysieren – aber Gen. Martow und Co. *lehnen jedes Gespräch ab* und schreien: Wir werden an die Wand gedrückt, man erledigt uns! Der Spott über die „furchtbaren Worte“ hat den Eifer dieses komischen Geschreis nicht abgekühlt.

Wie kann man denn jemanden *an die Wand drücken*, der die *gemeinsame Arbeit ablehnt*? – fragten wir Gen. Martow. Wie kann man die Minderheit verunglimpfen, „erledigen“ und unterdrücken, wenn sie sich *weigert, in der Minderheit zu sein*?? Jedes Verbleiben in der Minderheit bedeutet ja unbedingt und unweigerlich gewisse Nachteile für den, der in der Minderheit geblieben ist. Diese Nachteile bestehen entweder darin, daß man einem Kollegium beitreten muß, in dem man bei bestimmten Fragen majorisiert wird, oder daß man gezwungen ist, außerhalb des Kollegiums zu stehen, es anzugreifen und folglich dem Feuer gut befestigter Batterien ausgesetzt zu sein.

Wollte Gen. Martow mit dem Geschrei über den „Belagerungszustand“ sagen, daß man sie, die in der Minderheit Gebliebenen, ungerecht und illoyal bekämpft oder leitet? Nur eine solche These hätte (in Martows Augen) wenigstens eine Spur von Sinn, denn, ich wiederhole, gewisse

* Die Antwort betreffend Martows Broschüre, die damals neu herausgegeben wurde, habe ich weggelassen.

Nachteile bringt das Verbleiben in der Minderheit unbedingt und unweigerlich mit sich. Aber das ist ja das Komische an der Sache, daß man Gen. Martow *überhaupt nicht bekämpfen* konnte, solange er jedes Gespräch ablehnte! daß man die Minderheit *überhaupt nicht leiten* konnte, solange sie sich weigerte, in der Minderheit zu sein!

Gen. Martow hat der Redaktion des ZO, als Plechanow und ich in der Redaktion saßen, *keinen einzigen Fall* nachweisen können, in dem wir unsere Machtbefugnisse überschritten oder mißbraucht hätten. Auch dem Zentralkomitee haben die Praktiker von der Minderheit *keinen einzigen solchen Fall* nachgewiesen. Wie sich Gen. Martow jetzt in seinem „Belagerungszustand“ auch drehen und wenden mag — es ist und bleibt unwiderlegbar, daß *das Gezeter über den Belagerungszustand nur ein „weichliches Gewinsel“ war und weiter nichts.*

Das völlige Fehlen *vernünftiger* Argumente gegen die vom Parteitag eingesetzte Redaktion bei Martow und Co. wird am besten durch das von ihnen selber geprägte Sprüchlein beleuchtet: „Wir sind keine Leibeigenen!“ („Belagerungszustand“, S. 34.) Die Mentalität des bürgerlichen Intellektuellen, der sich zu den „*ausgewählten Geistern*“ zählt, die über der Massenorganisation und der Massendisziplin stehen, tritt hier außerordentlich prägnant hervor. Die Weigerung, an der Parteiarbeit teilzunehmen, damit *erklären*, daß „wir keine Leibeigenen sind“, heißt *sich mit Haut und Haar verraten*, heißt das völlige Fehlen von Argumenten, die völlige Unfähigkeit zu einer Begründung, das völlige Fehlen vernünftiger Gründe für die Unzufriedenheit zugeben. Plechanow und ich erklären, daß wir der Meinung sind, die Weigerung durch nichts hervorgerufen zu haben, wir bitten, die Meinungsverschiedenheiten darzulegen, aber man antwortet uns: „Wir sind keine Leibeigenen“ (und fügt hinzu: Wir sind über die Kooptation noch nicht handelseinig geworden).

Dem Intellektuellen-Individualismus, der schon in den Debatten über § 1 zutage getreten ist und seine Neigung zum opportunistischen Denken und zur anarchistischen Phrase offenbart hat, erscheint *jede* proletarische Organisation und Disziplin als *Leibeigenschaft*. Die Leserwelt wird bald erfahren, daß diesen „Parteimitgliedern“ und Partei„funktionären“ auch der neue *Parteitag* als eine für „*ausgewählte Geister*“ schreckliche und unerträgliche Einrichtung der Leibeigenschaft erscheint... Diese „Einrichtung“ ist tatsächlich schrecklich für diejenigen, die den Titel eines Partei-

mitglieds gern in Anspruch nehmen, dabei aber die *Unvereinbarkeit* dieses Titels mit den Interessen der Partei und dem Willen der Partei fühlen.

Die Resolutionen der Komitees, die ich in meinem Brief an die Redaktion der neuen „Iskra“ aufgezählt habe und die Gen. Martow in seinem „Belagerungszustand“ veröffentlicht hat, beweisen tatsächlich, daß das Verhalten der Minderheit eine einzige *Mißachtung* der Parteitagebeschlüsse, eine *Desorganisation* der positiven praktischen Arbeit war. Die aus Opportunisten und Hassern der „Iskra“ bestehende Minderheit *riß die Partei in Stücke*, störte und desorganisierte die Arbeit, weil sie sich für ihre Niederlage auf dem Parteitag rächen wollte und fühlte, daß sie *nie-mals* instande sein werde, die auf dem zweiten Parteitag gegen sie erhobene Beschuldigung des Opportunismus und der intelligenzlerischen Wankelmütigkeit *mit ehrlichen und loyalen Mitteln* (Klärung der Fragen in der Presse oder auf einem Parteitag) zu widerlegen. Da diese Leute einsehen mußten, daß sie außerstande sind, die Partei zu *überzeugen*, griffen sie zu dem Mittel, die Partei zu *desorganisieren* und *jede Arbeit zu stören*. Es wurde ihnen vorgeworfen, sie hätten (durch ihre Konfusion auf dem Parteitag) einen Sprung in unserem Gefäß verursacht; sie beantworteten den Vorwurf damit, daß sie sich *aus Leibeskräften* bemühten, das gesprungene Gefäß *ganz zu zerschlagen*.

Die Begriffe verwirrten sich so sehr, daß Boykott und Fernbleiben von der Arbeit für ein „*ehrliches* Mittel*“ des Kampfes erklärt wurden. Gen. Martow dreht sich jetzt im Kreise um diese heikle Frage. Gen. Martow ist so „prinzipiell“, daß er den Boykott verteidigt... wenn er von der Minderheit ausgeht, den Boykott aber verurteilt, wenn er den in die Mehrheit geratenen Martow selbst bedroht!

Ich denke, es erübrigt sich, die Frage zu untersuchen, ob das ein Gezänk oder eine „prinzipielle Meinungsverschiedenheit“ über ehrliche Kampfmittel in einer sozialdemokratischen Arbeiterpartei ist.

Nach den mißlungenen Versuchen (4. und 6. Oktober), von den Genossen, die wegen der „Kooptation“ die ganze Geschichte angezettelt hatten, eine Erklärung zu erlangen, blieb den zentralen Körperschaften nur übrig abzuwarten, wie die von diesen Genossen in Worten versprochene

* Die Resolution des Berg- und Hüttenreviers (S. 38 des „Belagerungszustands“).

Loyalität des Kampfes in der Tat aussehen werde. Am 10. Oktober wendet sich das ZK mit einem Rundschreiben an die Liga (siehe die Ligaprotokolle, S. 3–5), in welchem es von dem Statut, das es ausarbeitet, Mitteilung macht und die Mitglieder der Liga zur Mitwirkung auffordert. Eine Konferenz der Liga einzuberufen, hatte ihr Vorstand damals abgelehnt (mit zwei Stimmen gegen eine, siehe ebenda, S. 20). Die Antworten der Anhänger der Minderheit auf dieses Rundschreiben zeigten sofort, daß die berühmte Loyalität und die Anerkennung der Parteitagbeschlüsse nur eine Phrase waren, daß die Minderheit in Wirklichkeit beschlossen hatte, sich den zentralen Parteikörperschaften *keinesfalls unterzuordnen*, und daß sie deren Appelle zu gemeinsamer Arbeit mit *nichtssagenden Schreiben* abtat, die von Sophismen und *anarchistischen* Phrasen strotzten. Auf den berühmten offenen Brief des Vorstandsmitglieds Deutsch (S. 10) antwortete ich zusammen mit Plechanow und anderen Anhängern der Mehrheit mit einem entschiedenen „Protest gegen die gröblichen Verletzungen der Parteidisziplin, mit deren Hilfe ein Funktionär der Liga sich erlaubt, die organisatorische Tätigkeit einer Parteikörperschaft zu hemmen, und andere Genossen zu einer ebensolchen Verletzung der Disziplin und des Statuts auffordert. Phrasen wie ‚ich halte mich nicht für berechtigt, an einer solchen Arbeit auf Einladung des ZK teilzunehmen‘ oder ‚Genossen! wir dürfen es ihm (dem ZK) auf keinen Fall überlassen, ein neues Statut für die Liga auszuarbeiten‘ usw., gehören zu jener Sorte von Agitationsmethoden, die bei jedem Menschen, der auch nur halbwegs versteht, was die Begriffe Partei, Organisation und Parteidisziplin bedeuten, nur Entrüstung hervorrufen können. Derartige Methoden sind um so empörender, als sie einer eben erst geschaffenen Parteikörperschaft gegenüber angewandt werden und somit zweifellos einen Versuch darstellen, das Vertrauen der Parteigenossen zu dieser Körperschaft zu untergraben, und überdies unter der Marke eines Vorstandsmitglieds der Liga und hinter dem Rücken des ZK in Umlauf gesetzt werden.“ (S. 17.)

Unter diesen Umständen versprach die Ligakonferenz ein glatter Skandal zu werden.

Gen. Martow setzte von Anfang an seine Parteitagstaktik des „Hineinkriechens in die Seele“ fort, diesmal in die Seele des Gen. Plechanow, und zwar durch entstellte Wiedergabe von Privatgesprächen. Gen. Plechanow

protestiert, und Gen. Martow ist genötigt, seine leichtfertigen oder gereizten Vorwürfe zurückzunehmen (S. 39 und 134 der Ligaprotokolle).

Die Reihe kommt an den Bericht. Der Delegierte der Liga auf dem Parteitag war ich. Ein flüchtiger Blick auf die kurze Niederschrift meines Berichts (S. 43 ff.)* wird dem Leser zeigen, daß ich im Rohentwurf dieselbe Analyse der Abstimmungen auf dem Parteitag gegeben habe, die in ausgearbeiteter Form den Inhalt der vorliegenden Broschüre bildet. Das ganze Schwergewicht des Berichts lag eben in dem Nachweis, daß Martow und Co. sich infolge der von ihnen begangenen Fehler auf dem opportunistischen Flügel unserer Partei erwiesen haben. Obgleich der Bericht vor einer Zuhörerschaft erstattet wurde, die in ihrer Mehrheit aus den erbittertsten Gegnern bestand, konnten diese darin doch nichts entdecken, was von den loyalen Methoden des Parteikampfes und der Polemik abgewichen wäre.

Martows Bericht war – abgesehen von kleinen und nebensächlichen „Korrekturen“ an meinem Bericht (das Irrige dieser Korrekturen haben wir weiter oben schon nachgewiesen) – umgekehrt... eine Art Produkt kranker Nerven.

Kein Wunder, daß die Mehrheit es ablehnte, in einer solchen Atmosphäre zu kämpfen. Gen. Plechanow protestierte gegen die veranstaltete „Szene“ (S. 68) – es war wirklich eine richtiggehende „Szene“! – und verließ die Konferenz, da er nicht wünschte, die von ihm bereits vorbereiteten sachlichen Einwände gegen den Bericht vorzubringen. Auch fast alle übrigen Anhänger der Mehrheit verließen die Konferenz, nachdem sie einen schriftlichen Protest gegen das „unwürdige Verhalten“ des Gen. Martow eingereicht hatten (S. 75 der Ligaprotokolle).

Die Kampfmethoden der Minderheit traten vor aller Augen anschaulich hervor. Wir beschuldigten die Minderheit eines politischen Fehlers auf dem Parteitag, des Abschwenkens zum Opportunismus, der Koalition mit den Bundisten, mit den Akimow, Brucker, Jegorow und Machow. Die Minderheit hatte auf dem Parteitag eine Niederlage erlitten und befaßte sich jetzt mit der „Ausarbeitung“ zweier Kampfmethoden, in denen die ganze endlose Mannigfaltigkeit einzelner Ausfälle, Angriffe, Überfälle usw. enthalten war.

Die erste Methode ist die Desorganisierung der gesamten Parteiarbeit,

* Siehe Werke, Bd. 7, S. 62-73. *Die Red.*

das Schädigen der Sache, das Bestreben, „ohne Angabe von Gründen“ immerfort alles zu hemmen.

Die zweite Methode ist die Veranstaltung von „Szenen“ usw. usf.*

Diese „zweite Kampfmethod“ wirkt sich auch in den berüchtigten „prinzipiellen“ Resolutionen der Liga aus, an deren Erörterung die „Mehrheit“ selbstverständlich nicht teilnahm. Sehen wir uns diese Resolutionen, die Gen. Martow jetzt in seinem „Belagerungszustand“ abgedruckt hat, näher an.

Die erste Resolution, die von den Genossen Trotzki, Fomin, Deutsch und anderen unterzeichnet ist, enthält zwei Thesen, die sich gegen die „Mehrheit“ des Parteitags richten: 1. „Die Liga bringt ihr tiefes Bedauern darüber zum Ausdruck, daß infolge der auf dem Parteitag aufgetretenen Tendenzen, die dem Wesen nach der früheren Politik der ‚Iskra‘ zuwiderlaufen, bei der Ausarbeitung des Parteistatuts nicht gebührend darauf geachtet worden ist, hinreichende Sicherungen zum Schutze der Unabhängigkeit und der Autorität des ZK zu schaffen.“ (S. 83 der Ligaprotokolle.)

Diese „prinzipielle“ These läuft, wie wir schon gesehen haben, auf die *Akimowsche* Phrase hinaus, deren *opportunistischen* Charakter auf dem Parteitag sogar Gen. Popow entlarvte! Die Behauptungen, daß die „Mehrheit“ nicht daran denke, die Unabhängigkeit und die Autorität des ZK zu schützen, sind im Grunde nie etwas anderes als *Klatsch* gewesen. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß das ZO, als Plechanow und ich in der Redaktion saßen, im Rat nicht das Übergewicht über das ZK hatte, daß hingegen, als die Martowleute in die Redaktion eintraten, das ZO im Rat die Oberhand über das ZK erhielt! Als wir in der Redaktion saßen, überwogen im Rat die russischen Praktiker über die ausländischen Literaten; bei den Martowleuten ist das Gegenteil der Fall. Als wir in der Redaktion saßen,

* Ich habe schon darauf hingewiesen, daß es unvernünftig wäre, selbst die niedrigsten Formen des in der Emigranten- und Verbanntenatmosphäre üblichen Gezänks auf niedrige Motive zurückzuführen. Das ist eine Art Krankheit, die sich in bestimmten anormalen Lebensverhältnissen, bei einer gewissen Zerrüttung der Nerven usw. epidemisch verbreitet. Ich war *gezwungen*, hier auf den wahren Charakter dieser Kampfmethoden zurückzukommen, denn Gen. Martow hat sie in seinem „Belagerungszustand“ wieder uneingeschränkt angewandt.

machte der Rat *kein einziges Mal* den Versuch, sich in irgendeine *praktische* Frage einzumischen; seit der einstimmigen Kooptation *hat eine solche Einmischung begonnen*, wie die Leser sehr bald ganz genau erfahren werden.

Die nächste These der von uns analysierten Resolution: „...Bei der Bildung der offiziellen zentralen Parteistellen ignorierte der Parteitag den kontinuierlichen Zusammenhang mit den faktisch schon bestehenden Zentralstellen...“

Diese These läuft ausschließlich auf die Frage nach der *personellen* Zusammensetzung der Zentralstellen hinaus. Die „Minderheit“ zog es vor, stillschweigend über die Tatsache hinwegzugehen, daß die alten Zentralstellen auf dem Parteitag ihre Untauglichkeit bewiesen und eine Reihe von Fehlern gemacht haben. Am komischsten aber wirkt die Berufung auf die „Kontinuität“ bezüglich des Organisationskomitees. Auf dem Parteitag verlor kein Mensch, wie wir gesehen haben, auch nur eine Silbe über die Bestätigung des OK in seinem Gesamtbestand. Auf dem Parteitag schrie Martow sogar außer sich vor Wut, eine Liste mit drei Mitgliedern des OK sei für ihn eine Schmach und Schande. Auf dem Parteitag schlug die „Minderheit“ auf ihrer *letzten* Liste nur *ein* Mitglied des OK vor (Popow, Glebow oder Fomin und Trotzki), während die „Mehrheit“ eine Liste mit *zwei* Mitgliedern des OK von drei durchsetzte (Trawinski, Wasiljew und Glebow). Es fragt sich, kann diese Berufung auf die „Kontinuität“ wirklich als „prinzipielle Meinungsverschiedenheit“ bezeichnet werden?

Gehen wir zur zweiten Resolution über, die von vier Mitgliedern der alten Redaktion mit Genossen Axelrod an der Spitze unterzeichnet ist. Hier finden wir alle Hauptbeschuldigungen gegen die „Mehrheit“, die später in der Presse mehrfach wiederholt wurden. Es wird am zweckmäßigsten sein, sie eben in der Formulierung der Mitglieder des Redaktionszirkels zu untersuchen. Die Beschuldigungen richten sich gegen das „System der selbstherrlich-bürokratischen Leitung der Partei“, gegen den „bürokratischen Zentralismus“, der zum Unterschied vom „echt-sozialdemokratischen Zentralismus“ folgendermaßen definiert wird: Er „stellt nicht die innere, sondern die äußerliche Vereinigung in den Vordergrund, die formale Einheit, die mit rein mechanischen Mitteln verwirklicht und geschützt wird – durch die systematische Unterdrückung der individuellen

Initiative und der öffentlichen Selbsttätigkeit“; er ist daher „seinem ur-eigenen Wesen nach unfähig, die Bestandteile der Gesellschaft organisch zu vereinigen“.

Welche „Gesellschaft“ Gen. Axelrod und Co. hier meinen, das weiß Allah allein. Gen. Axelrod hat anscheinend selber nicht recht gewußt, ob er eine Semstwobittschrift über wünschenswerte Verwaltungsreformen abfaßt oder die Beschwerden der „Minderheit“ vorbringt. Was kann das „Selbstherrschertum“ in der Partei *bedeuten*, von dem die unzufriedenen „Redakteure“ schreien? Selbstherrschertum ist oberste, unkontrollierte Macht eines einzelnen, der nicht gewählt wird und niemandem Rechenschaft schuldet. Aus der Literatur der „Minderheit“ ist sehr wohl bekannt, daß man *mich* und keinen andern für einen solchen Selbtherrscher hält. Als die betreffende Resolution verfaßt und angenommen wurde, saß ich zusammen mit Plechanow im ZO. Folglich bringen Gen. Axelrod und Co. die Überzeugung zum Ausdruck, daß sowohl Plechanow als auch sämtliche Mitglieder des ZK nicht gemäß ihren Ansichten zum Nutzen der Sache, sondern entsprechend *dem Willen* des Selbtherrschers Lenin „die Partei geleitet haben“. Die Beschuldigung der selbtherrlichen Leitung führt unbedingt und unvermeidlich dazu, daß man alle Mitglieder der Leitung außer dem Selbtherrscher als einfache Werkzeuge in fremden Händen, als Schachfiguren, als Vollstrecker eines fremden Willens betrachtet. Und wir fragen zum soundsovielten Male: Besteht tatsächlich darin die „prinzipielle Meinungsverschiedenheit“ des hochverehrten Gen. Axelrod?

Weiter. Von welcher äußerlichen, formalen Einheit sprechen hier unsere „Parteimitglieder“, die eben erst vom Parteitag zurückgekommen sind, dessen Beschlüsse sie feierlich als rechtsgültig anerkannt haben? Kennen sie etwa ein anderes Mittel als den Parteitag, um die Einheit einer auf halbwegs festen Grundlagen organisierten Partei zu erreichen? Wenn ja, warum haben sie dann nicht den Mut, offen zu sagen, daß sie den zweiten Parteitag nicht mehr als rechtsgültig anerkennen? Warum versuchen sie nicht, uns ihre neuen Gedanken und ihre neuen Methoden darzulegen, mittels deren sie die Einheit einer angeblich organisierten angeblichen Partei erreichen wollen?

Weiter. Von welcher „Unterdrückung der individuellen Initiative“ sprechen unsere individualistischen Intellektuellen, die das ZO der Partei

kurz vorher *gebeten hatte*, ihre Meinungsverschiedenheiten darzulegen, und die *statt dessen* um die „Kooptation“ feilschten? Wie konnten überhaupt Plechanow und ich oder das ZK die Initiative und die Selbsttätigkeit von Leuten unterdrücken, die *jede* gemeinsame „Tätigkeit“ mit uns verweigerten! Wie kann man jemanden in einer Körperschaft oder in einem Kollegium unterdrücken, in denen *mitzuarbeiten* der Unterdrückte *abgelehnt hat*? Wie können die nichtgewählten Redakteure sich über ein „System der Leitung“ beschweren, nachdem sie es abgelehnt haben, „*geleitet zu werden*“? *Wir konnten keinerlei Fehler bei der Leitung unserer Genossen begehen, aus dem einfachen Grunde, weil diese Genossen gar nicht unter unserer Leitung gearbeitet haben.*

Es ist wohl klar, daß das Geschrei über den vielgenannten Bürokratismus bloß ein Deckmantel für die Unzufriedenheit mit der personellen Zusammensetzung der Zentralstellen ist, ein Feigenblatt, das den Bruch des auf dem Parteitag feierlich gegebenen Wortes beschönigen soll. Du bist ein Bürokrat, denn der Parteitag hat dich nicht meinem Willen gemäß, sondern gegen meinen Willen bestimmt; du bist ein Formalist, denn du stützt dich auf formale Parteitagsbeschlüsse und nicht auf meine Zustimmung; du handelst grob mechanisch, denn du berufst dich auf die „mechanische“ Parteitagsmehrheit und nimmst keine Rücksicht auf meinen Wunsch, kooptiert zu werden; du bist ein Selbstherrscher, denn du willst die Macht nicht an die alte, traute Kumpanei abgeben, die ihre Zirkel-„Kontinuität“ um so energischer verteidigt, je unangenehmer ihr die offene Mißbilligung dieses Zirkelwesens durch den Parteitag ist.

Das Geschrei über den Bürokratismus hatte und hat keinen andern *realen* Inhalt als den von uns aufgezeigten.* Und eben diese Methode des Kampfes beweist nur wieder einmal die intelligenzlerische Wankelmütigkeit der Minderheit. Sie wollte die Partei von der unglücklichen Wahl der Zentralstellen überzeugen. Wodurch überzeugen? Durch die Kritik an der „Iskra“, die Plechanow und ich leiteten? Nein, dazu waren sie nicht imstande. Sie wollte dadurch überzeugen, daß sich ein Teil der Partei weigerte, unter der Leitung der verhaßten Zentralstellen zu arbeiten. Aber

* Es genügt, darauf hinzuweisen, daß Gen. Plechanow aufhörte, in den Augen der Minderheit ein Anhänger des „bürokratischen Zentralismus“ zu sein, nachdem er die wohlthuende Kooptation durchgeführt hatte.

keine einzige zentrale Körperschaft einer beliebigen Partei auf der Welt wird ihre Fähigkeit nachweisen können, Leute zu leiten, die sich der Leitung nicht unterordnen wollen. Die Weigerung, sich der Leitung der Zentralstellen unterzuordnen, ist gleichbedeutend mit der Weigerung, Mitglied der Partei zu sein, ist gleichbedeutend mit der Zerstörung der Partei, sie dient nicht der Überzeugung, sie bezweckt die *Vernichtung*. Und eben der Umstand, daß an die Stelle der Überzeugung die Vernichtung gesetzt wird, zeigt das Fehlen prinzipieller Standhaftigkeit, das Fehlen des Glaubens an die eigenen Ideen.

Man spricht von Bürokratismus. Das Wort Bürokratismus kann ins Russische übersetzt werden mit dem Wort: Rangstreit. Bürokratismus bedeutet: die Interessen der *Sache* den Interessen der *Karriere* unterordnen, hinter den *Posten* her sein und die Arbeit links liegenlassen, sich um die *Kooptation* balgen, anstatt für die *Idee* zu kämpfen. Ein solcher Bürokratismus ist tatsächlich nicht wünschenswert und unbedingt schädlich für die Partei, und ich überlasse es ruhig dem Leser, darüber zu urteilen, welches von den beiden in unserer Partei jetzt streitenden Lagern sich eines solchen Bürokratismus schuldig macht... Man spricht von grob mechanischen Methoden der Vereinigung. Selbstverständlich sind grob mechanische Methoden schädlich, aber ich überlasse es wiederum dem Leser, darüber zu urteilen, ob man sich eine gröbere und mechanischere Kampfweise der neuen Richtung gegen die alte vorstellen kann als die Einführung von Personen in die Parteikörperschaften, bevor man die Partei von der Richtigkeit der neuen Anschauungen überzeugt, bevor man der Partei diese Anschauungen dargelegt hat.

Aber vielleicht haben die bei der Minderheit so beliebten Sprüchlein auch eine gewisse prinzipielle Bedeutung, vielleicht bringen sie einen bestimmten Kreis besonderer Ideen zum Ausdruck, unabhängig von dem kleinen und nebensächlichen Anlaß, der zweifellos in diesem Fall als Ausgangspunkt der „Schwenkung“ gedient hat? Vielleicht erweist es sich, wenn man von der Balgerei um die „Kooptation“ absieht, daß diese Sprüchlein doch ein anderes System von Anschauungen widerspiegeln?

Betrachten wir die Frage von dieser Seite. Wir werden dabei vor allem vermerken müssen, daß mit einer solchen Untersuchung als erster Gen. Plechanow begonnen hat, der in der Liga auf die Schwenkung der Minderheit zum *Anarchismus* und *Opportunismus* hinwies, und daß gerade Gen.

Martow (der jetzt sehr gekränkt ist, weil nicht alle seine Stellung als eine prinzipielle* Stellung anerkennen wollen) es vorgezogen hat, diesen Vorfall in seinem „Belagerungszustand“ totzuschweigen.

Auf der Ligakonferenz wurde die allgemeine Frage aufgeworfen, ob ein von der Liga oder von einem Komitee für sich ausgearbeitetes Statut gültig ist, wenn das ZK dieses Statut nicht bestätigt hat oder wenn das ZK seine Bestätigung gar ablehnt. Man möchte meinen, diese Frage sei völlig klar: Das Statut ist der formelle Ausdruck der Organisiertheit, das Recht aber, Komitees zu organisieren, wird auf Grund des § 6 unseres Parteistatuts ausdrücklich dem ZK eingeräumt; das Statut legt die Grenzen der Autonomie des Komitees fest, die entscheidende Stimme bei der Festlegung dieser Grenzen aber hat die zentrale und nicht die lokale Parteikörperschaft. Das ist das *Abc*, und eine reine Kinderei war die tief-sinnige Überlegung, daß „organisieren“ nicht immer „das Statut bestätigen“ bedeute (als hätte die Liga nicht selbst von sich aus den Wunsch geäußert, eben auf Grund eines formellen Statuts organisiert zu sein). Aber Gen. Martow hat sogar (hoffentlich nur vorübergehend) das *Abc* der Sozialdemokratie vergessen. Seiner Ansicht nach bringt die Forderung der Bestätigung des Statuts nur zum Ausdruck, daß „der frühere revolutionäre iskristische Zentralismus durch einen bürokratischen ersetzt wird“ (S. 95 der Ligaprotokolle), wobei Gen. Martow in derselben Rede erklärt, daß er gerade darin die „prinzipielle Seite“ der Sache sehe

* Es gibt nichts Komischeres als dieses *Gekränktsein* der neuen „Iskra“ darüber, daß Lenin die prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten nicht sehen wolle oder sie bestreite. Je prinzipieller ihr euch zur Sache verhalten hättet, um so rascher würdet ihr meine wiederholten Hinweise auf die Schwenkung zum Opportunismus erkannt haben. Je prinzipieller eure Stellung wäre, um so weniger könntet ihr den ideologischen Kampf herabwürdigen zu Rangstreitigkeiten. Schlagt euch selber an die Brust, da ihr doch alles getan habt, um zu verhindern, daß man euch als Leute mit prinzipieller Einstellung betrachtet. Gen. Martow z. B. verschweigt in seinem „Belagerungszustand“, wo er von der Konferenz der Liga spricht, die Auseinandersetzung mit Plechanow über den Anarchismus, erzählt dafür aber, Lenin sei eine Überzentrale, Lenin brauche nur zu winken, und die Zentralstelle werde verfügen, daß das ZK auf weißem Rosse in die Liga einziehe usw. Ich bin weit davon entfernt, zu bezweifeln, daß Gen. Martow eben durch diese Themenwahl seine tiefe ideologische Klarheit und prinzipielle Einstellung bewiesen hat.

(S. 96) – eine prinzipielle Seite, die er in seinem „Belagerungszustand“ totzuschweigen vorgezogen hat!

Gen. Plechanow antwortet Martow sofort und ersucht ihn, sich solcher Ausdrücke wie Bürokratismus, Pompadourismus u. a., die „der Würde der Konferenz abträglich sind“, zu enthalten (S. 96). Es kommt zu einem Wortwechsel mit Gen. Martow, der in diesen Ausdrücken die „prinzipielle Charakteristik einer bestimmten Richtung“ sehen möchte. Gen. Plechanow betrachtete *damals*, wie alle Anhänger der Mehrheit, diese Ausdrücke in ihrer konkreten Bedeutung, denn er war sich klar darüber, daß ihnen nicht ein prinzipieller, sondern lediglich ein „Kooptations“sinn zukam, wenn man sich so ausdrücken darf. Er gibt aber dem Drängen der Martow und Deutsch nach (S. 96/97) und geht zur *prinzipiellen* Untersuchung der angeblich prinzipiellen Auffassungen über. „Wenn dem so wäre“, sagt er (d. h., wenn die Komitees bei der Gründung ihrer Organisation und bei der Ausarbeitung ihres Statuts autonom wären), „so wären sie im Verhältnis zum Ganzen, zur Partei, autonom. Das ist schon nicht mehr ein bundistischer, sondern geradezu ein anarchistischer Standpunkt. In der Tat, die Anarchisten urteilen so: Die Rechte der Individuen seien unbeschränkt; sie könnten miteinander zusammenstoßen; jedes Individuum bestimme selbst die Grenzen seiner Rechte. Die Grenzen der Autonomie sollen nicht von der Gruppe selbst festgelegt werden, sondern nur von jenem Ganzen, dessen Teil sie ist. Als anschauliches Beispiel für die Verletzung dieses Grundsatzes kann der ‚Bund‘ dienen. Die Grenzen der Autonomie bestimmt also entweder der Parteitag oder jene höchste Instanz, die der Parteitag eingesetzt hat. Die Macht der zentralen Körperschaft muß auf moralischer und geistiger Autorität beruhen. Damit bin ich natürlich einverstanden. Jeder Vertreter einer Organisation muß dafür Sorge tragen, daß die Körperschaft moralische Autorität besitzt. Daraus folgt aber nicht, daß da, wo Autorität nötig ist, Macht nicht nötig wäre... Der Autorität der Ideen die Autorität der Macht entgegenstellen – das ist eine anarchistische Phrase, für die hier kein Platz sein sollte.“ (98.) Es gibt nichts Elementareres als diese Feststellungen, das sind wirklich Axiome, über die abzustimmen sogar lächerlich war (S. 102) und die nur deshalb angezweifelt wurden, weil sich „gegenwärtig die Begriffe verwirrt haben“ (ebenda). Aber der Intellektuellen-Individualismus brachte die Minderheit zwangsläufig so weit, daß sie den Parteitag zunichte machen, sich

der Mehrheit nicht unterordnen wollte; dieses Bestreben konnte aber nicht anders gerechtfertigt werden als mit Hilfe einer *anarchistischen Phrase*. Es ist mehr als kurios, daß die Minderheit Plechanow mit nichts erwidern konnte als mit *Beschwerden* über den Gebrauch zu starker Ausdrücke wie Opportunismus, Anarchismus usw. Plechanow hat diese Beschwerden mit Recht verlacht und gefragt, warum man eigentlich „Jaurèsismus und Anarchismus nicht sagen darf, während lèse-majesté (Majestätsbeleidigung) und Pompadourentum gestattet sind“? Eine Antwort auf diese Frage ist nicht erfolgt. Dieses originelle *qui pro quo** unterläuft den Genossen Martow, Axelrod und Co. ständig: ihre neuen Sprüchlein tragen unverkennbar den Stempel des „Grolls“; weist man darauf hin, so sind sie beleidigt – wir sind doch Menschen mit Prinzipien; wenn ihr aber *prinzipiell* die Unterordnung des Teils unter das Ganze ablehnt, so seid ihr Anarchisten, sagt man ihnen. Wieder fühlen sie sich durch den starken Ausdruck gekränkt! Mit anderen Worten: Sie wollen mit Plechanow die Degen kreuzen, aber unter der Bedingung, daß er sie nicht ernstlich angreift!

Wie oft haben Martow und diverse andere „Menschewiki“ versucht, mich in ebenso kindischer Weise des folgenden „Widerspruchs“ zu überführen. Man nimmt eine Stelle aus „Was tun?“ oder aus dem „Brief an einen Genossen“, wo von ideologischer Einwirkung, vom Kampf um den Einfluß usw. die Rede ist, und stellt dem die „bürokratische“ Einwirkung mittels des Statuts, das „selbtherrliche“ Streben, sich auf die Macht zu stützen usw., entgegen. Naive Leute! Sie haben schon vergessen, daß unsere Partei *früher* kein formell organisiertes Ganzes, sondern nur die Summe vereinzelter Gruppen war, und darum konnte es auch keine anderen Beziehungen zwischen diesen Gruppen geben als die ideologische Einwirkung. Jetzt sind wir eine organisierte Partei geworden, das aber bedeutet, eine Macht zu schaffen, die Autorität der Ideen in eine Autorität der Macht zu verwandeln und die unteren Parteikörperschaften den höheren unterzuordnen. Wirklich, es ist sogar etwas peinlich, seinen alten Genossen eine solche Binsenwahrheit vorkauen zu müssen, besonders wenn man spürt, daß die ganze Sache nur auf das Widerstreben der Minderheit hinausläuft, sich hinsichtlich der Wahlen der Mehrheit unterzuordnen! Aber *prinzipiell* laufen alle diese endlosen Versuche, mich des Widerspruchs zu überführen, *ausschließlich* auf anarchistische Phrasen hinaus. Die neue „Iskra“ hat nichts

* Mißverständnis. *Die Red.*

dagegen, den Titel und die Rechte einer Parteikörperschaft in Anspruch zu nehmen, aber sich der Parteimehrheit unterordnen möchte sie nicht.

Wenn den Phrasen über Bürokratismus ein Prinzip zugrunde liegt, wenn das keine anarchistische Verneinung der Pflicht eines Teils ist, sich dem Ganzen unterzuordnen, so haben wir vor uns das *Prinzip des Opportunismus*, der die Verantwortlichkeit einzelner Intellektueller vor der Partei des Proletariats herabmindern, den Einfluß der zentralen Körperschaften schwächen, die Autonomie der am wenigsten gefestigten Parteelemente stärken und die organisatorischen Beziehungen auf ihre rein platonische Anerkennung in Worten beschränken will. Wir haben das auf dem Parteitag gesehen, wo die Akimow und Liber ganz genau dieselben Reden über den „ungeheuerlichen“ Zentralismus hielten, wie wir sie auf der Ligakonferenz aus dem Munde Martows und Co. hörten. Daß der Opportunismus nicht zufällig, sondern seinem ganzen Wesen nach, und nicht nur in Rußland, sondern in der ganzen Welt zu den Martowschen und Axelrod'schen organisatorischen „Ansichten“ führt, werden wir weiter unten sehen, wenn wir den Artikel des Gen. Axelrod in der neuen „Iskra“ analysieren.

p) KLEINE UNANNEHMLICHKEITEN DÜRFEN EIN GROSSES VERGNÜGEN NICHT STÖREN

Daß die Liga die Resolution, wonach ihr Statut vom ZK bestätigt werden muß, ablehnte (S. 105 der Ligaprotokolle), bedeutete „eine krasse Verletzung des Parteistatuts“, wie die ganze Mehrheit des Parteitags sofort feststellte. Diese Verletzung war, betrachtet als eine Handlung von Menschen mit Prinzipien, der reinste Anarchismus, und angesichts des Kampfes nach dem Parteitag erweckte sie unweigerlich den Eindruck, daß die Parteiminderheit mit der Parteimehrheit „abrechnen“ wollte (S. 112 der Ligaprotokolle), demonstrierte sie den Unwillen, sich der Partei unterzuordnen und in der Partei zu sein. Die Weigerung der Liga, eine Resolution zur Erklärung des ZK, daß das Statut abgeändert werden müsse, anzunehmen (S. 124/125), zog zwangsläufig nach sich, daß die Versammlung, die als Versammlung einer Parteiorganisation gelten, sich aber zugleich der zentralen Parteikörperschaft nicht unterordnen wollte, für *rechtswidrig* erklärt wurde. Die Anhänger der Parteimehrheit verließen

denn auch sofort diese Quasi-Parteiversammlung, um nicht an einer unwürdigen Komödie teilzunehmen.

Der Intellektuellen-Individualismus mit seiner platonischen Anerkennung der organisatorischen Beziehungen, der sich in der Wankelmütigkeit bei § 1 des Statuts offenbart hatte, erreichte so in der Praxis sein logisches, von mir schon im September, d. h. anderthalb Monate vorher, vorausgesagtes Ende – die *Zerstörung* der Parteiorganisation. Und in diesem Augenblick, am Abend desselben Tages, an dem die Ligakonferenz zu Ende ging, erklärte Gen. Plechanow seinen Kollegen aus den beiden zentralen Parteikörperschaften, er bringe es nicht über sich, „auf die eigenen Leute zu schießen“, „besser eine Kugel durch den Kopf als die Spaltung“, man müsse, um ein größeres Übel zu vermeiden, maximale persönliche Zugeständnisse machen, derentwegen ja im Grunde (viel mehr als wegen der Prinzipien, die in der falschen Stellung zu § 1 zum Vorschein gekommen seien) dieser Vernichtungskampf geführt werde. Um diese Schwenkung des Gen. Plechanow, die für die gesamte Partei eine gewisse Bedeutung erlangt hat, genauer zu kennzeichnen, halte ich es für zweckmäßiger, mich nicht auf Privatgespräche und nicht auf Privatbriefe zu stützen (das ist eine Zuflucht für äußerste Fälle), sondern auf die Darstellung, die Plechanow selber vor der ganzen Partei gab, auf seinen Artikel „Was man nicht tun darf“ in Nr. 52 der „Iskra“, der gleich nach der Konferenz der Liga, nach meinem Austritt aus der Redaktion des ZO (1. November 1903) und vor der Kooptation der Martowleute (26. November 1903) geschrieben wurde.

Der Grundgedanke des Artikels „Was man nicht tun darf“ besteht darin, daß man in der Politik nicht rücksichtslos sein dürfe, nicht unangebracht schroff und nicht unangebracht unnachgiebig, daß es manchmal notwendig sei, um eine Spaltung zu vermeiden, auch den (sich uns nähernden oder inkonsequenten) Revisionisten und anarchistischen Individualisten Zugeständnisse zu machen. Es ist ganz natürlich, daß diese abstrakten allgemeinen Feststellungen bei den „Iskra“-Lesern überall Befremden erregten. Man kann nicht ohne Lachen die erhabenen und stolzen Erklärungen des Gen. Plechanow (in den folgenden Artikeln) lesen, man habe ihn nicht verstanden, weil seine Gedanken ganz neu seien, weil man die Dialektik nicht kenne. In der Tat konnten den Artikel „Was man nicht tun darf“ zu der Zeit, als er geschrieben wurde, nur knapp zehn Menschen in zwei Genfer Vororten mit zwei gleichen An-

fangsbuchstaben verstehen. Das Mißgeschick des Gen. Plechanow bestand darin, daß er vor zehntausend Lesern eine Anzahl von Andeutungen, Vorwürfen, algebraischen Zeichen und Rätseln in Umlauf setzte, die nur an diese zehn Menschen gerichtet waren, die den Kampf gegen die Minderheit nach dem Parteitag in allen seinen Etappen mitgemacht hatten. Gen. Plechanow ist von diesem Mißgeschick betroffen worden, weil er den Hauptgrundsatz der von ihm so unglücklich erwähnten Dialektik verletzt hat: eine abstrakte Wahrheit gibt es nicht, die Wahrheit ist immer konkret. Eben darum war es auch unangebracht, den sehr konkreten Gedanken eines Zugeständnisses an die Martowleute nach der Ligakonferenz in abstrakte Form zu kleiden.

Die Nachgiebigkeit, die Gen. Plechanow als neues Schlagwort verkündet, ist in zwei Fällen berechtigt und notwendig: entweder wenn der Nachgebende sich überzeugt hat, daß diejenigen, die das Zugeständnis verlangen, recht haben (ehrliche Politiker geben in diesem Falle ihren Fehler direkt und offen zu), oder wenn mit dem Zugeständnis einer unvernünftigen und für die Sache schädlichen Forderung nachgekommen wird, um ein größeres Übel zu verhüten. Aus dem untersuchten Artikel geht ganz klar hervor, daß der Verfasser den zweiten Fall im Auge hat: er spricht direkt von einem Zugeständnis an die Revisionisten und anarchistischen Individualisten (d. h. an die Martowleute, wie jetzt alle Parteimitglieder aus den Ligaprotokollen wissen), von einem Zugeständnis, das zur Verhütung einer Spaltung unerläßlich sei. Wie man sieht, läuft der angeblich neue Gedanke des Gen. Plechanow vollständig auf die nicht sehr neue Lebensweisheit hinaus: Kleine Unannehmlichkeiten dürfen ein großes Vergnügen nicht stören, eine kleine opportunistische Dummheit und eine kleine anarchistische Phrase sind besser als eine große Parteispaltung. Gen. Plechanow hat, als er diesen Artikel schrieb, klar gesehen, daß die Minderheit den opportunistischen Flügel unserer Partei darstellt und daß sie mit anarchistischen Waffen kämpft. Gen. Plechanow ist mit dem Plan hervorgetreten, diese Minderheit mittels persönlicher Zugeständnisse zu bekämpfen, ebenso wie (wiederum *si licet parva componere magnis*) die deutsche Sozialdemokratie Bernstein bekämpft hat. Bebel erklärte auf den Kongressen seiner Partei öffentlich, daß er keinen Menschen kenne, der sich so sehr durch seine Umgebung beeinflussen lasse wie Genosse Bernstein (nicht Herr Bernstein, wie sich früher Genosse Plechanow auszu-

drücken pflegte, sondern Genosse Bernstein): Wir werden ihn in unseren Kreis aufnehmen, wir werden ihn zum Reichstagsabgeordneten machen, wir werden gegen den Revisionismus kämpfen, ohne mit unangebrachter Schärfe (à la Sobakewitsch-Parvus) gegen den Revisionisten zu kämpfen – wir werden diesen Revisionisten „durch Milde töten“ (kill with kindness), wie diese Methode, wenn ich nicht irre, Gen. Max Beer in einer englischen sozialdemokratischen Versammlung kennzeichnete, als er die deutsche Nachgiebigkeit, Friedfertigkeit, Milde, Elastizität und Umsicht gegen die Angriffe Hyndmans, des englischen Sobakewitsch, verteidigte. Ganz genauso wollte auch Gen. Plechanow den kleinen Anarchismus und den kleinen Opportunismus der Genossen Axelrod und Martow „durch Milde töten“. Allerdings hat sich Gen. Plechanow, neben ganz klaren Anspielungen auf die „anarchistischen Individualisten“, absichtlich unklar über die Revisionisten ausgedrückt, und zwar so, als hätte er Leute vom „Rabotscheje Delo“ im Auge, die vom Opportunismus zur Orthodoxie abschwanken, und nicht Axelrod und Martow, die begonnen haben, von der *Orthodoxie zum Revisionismus* abzusinken. Aber das war eine unschuldige Kriegslist*, das war eine schlecht befestigte Stellung, die dem Artilleriefeld der Parteiöffentlichkeit nicht standhalten konnte.

Und wer sich nun mit der konkreten Konjunktur des geschilderten poli-

* Von Zugeständnissen an die Genossen Martynow, Akimow und Brucker war auch nach dem Parteitag keine Rede. Ich habe nicht gehört, daß sie ebenfalls eine „Kooptation“ gefordert hätten. Ich bezweifle sogar, daß Gen. Starower oder Gen. Martow sich mit Gen. Brucker beraten haben, als sie uns ihre Schreiben und „Noten“ im Namen der „Hälfte der Partei“ schickten... Auf der Ligakonferenz wies Gen. Martow mit der tiefen Empörung eines unbeugsamen politischen Kämpfers den bloßen Gedanken einer „Vereinigung mit Rjasanow oder Martynow“, die Möglichkeit einer „Abmachung“ mit ihnen oder auch nur einer gemeinsamen Arbeit „im Dienst der Partei“ (als Redakteur) zurück (S. 53 der Ligaprotokolle). Gen. Martow verurteilte auf der Ligakonferenz die „Martynowschen Tendenzen“ aufs schärfste (S. 88), und als Gen. Orthodox⁷ zart andeutete, daß Axelrod und Martow wohl „auch den Genossen Akimow, Martynow und anderen das Recht einräumen, zusammenzukommen, ein Statut für sich auszuarbeiten und nach diesem zu handeln, wie es ihnen beliebt“ (S. 99), da begannen die Martowleute das zu verleugnen wie Petrus den Jesus Christus (S. 100, „die Befürchtungen des Gen. Orthodox“ „hinsichtlich der Akimow, Martynow usw.“ „sind unbegründet“).

tischen Augenblicks vertraut macht, wer in die Mentalität des Gen. Plechanow eindringt, der wird verstehen, daß ich damals nicht anders handeln konnte, als ich gehandelt habe. Ich sage das jenen Anhängern der Mehrheit, die mir Vorwürfe machten, weil ich die Redaktion aus der Hand gegeben habe. Als Gen. Plechanow nach der Ligakonferenz abschwenkte und aus einem Anhänger der Mehrheit zu einem Anhänger der Versöhnung um jeden Preis wurde, da war ich verpflichtet, diese Schwenkung im besten Sinne auszulegen. Vielleicht wollte Gen. Plechanow in seinem Artikel das Programm eines gütlichen und ehrlichen Friedens geben? Jedes derartige Programm läuft auf die ehrliche Anerkennung der Fehler seitens beider streitenden Lager hinaus. Von was für einem Fehler der Mehrheit sprach Gen. Plechanow? – Von der unangebrachten, eines Sobakewitsch würdigen Schroffheit gegenüber den Revisionisten. Ich weiß nicht, was Gen. Plechanow dabei im Auge hatte: seinen Witz über die Esel oder die – in Gegenwart Axelrods – höchst unvorsichtige Erwähnung des Anarchismus und Opportunismus; Gen. Plechanow zog es vor, sich „abstrakt“ auszudrücken und mit dem Finger auf andere zu zeigen. Das ist natürlich Geschmackssache. Ich habe aber doch meine persönliche Schroffheit sowohl in dem Brief an einen Iskristen als auch auf der Ligakonferenz offen zugegeben; wie konnte ich also diesen „Fehler“ der Mehrheit abstreiten? Was die Minderheit anbelangt, so hat Gen. Plechanow auf ihren Fehler klar hingewiesen: Revisionismus (vgl. seine Bemerkungen über den Opportunismus auf dem Parteitag und den Jaurèsismus auf der Ligakonferenz) und Anarchismus, der zur Spaltung geführt hat. Konnte ich den Versuch stören, durch persönliche Zugeständnisse und überhaupt durch „kindness“ (Güte, Milde usw.) jeder Art das Eingeständnis dieser Fehler und die Paralisierung ihrer schädlichen Auswirkung zu erzielen? Konnte ich einen solchen Versuch stören, wo doch Gen. Plechanow im Artikel „Was man nicht tun darf“ direkt dazu aufforderte, die „Gegner“ aus der Zahl der Revisionisten, die „nur infolge einer gewissen Inkonsequenz“ Revisionisten sind, „zu schonen“? Und wenn ich an diesen Versuch nicht glaubte, konnte ich dann etwas anderes tun, als in der Frage des ZO ein persönliches Zugeständnis zu machen und zur Verteidigung der Stellung der Mehrheit ins ZK zu übersiedeln?*

* Gen. Martow hat diesbezüglich sehr treffend bemerkt, ich sei avec armes et bagages [mit Geschütz und Troß. *Die Red.*] übersiedelt. Gen. Martow

absolut bestreiten und die Verantwortung für die drohende Spaltung allein übernehmen konnte ich schon deshalb nicht, weil ich selber geneigt war, im Brief vom 6. Oktober den Zank auf „persönliche Verärgerung“ zurückzuführen. Die Stellung der Mehrheit zu verteidigen, betrachtete und betrachte ich aber als meine politische Pflicht. Es war schwer und gewagt, sich in dieser Hinsicht auf Gen. Plechanow zu verlassen, denn aus allem ging hervor, daß er bereit war, seinen Satz „ein Führer des Proletariats hat kein Recht, seinen kriegerischen Neigungen nachzugeben, wenn diese der politischen Zweckmäßigkeit widersprechen“ in dem Sinne dialektisch auszulegen, daß es, wenn man schon schießen müsse, zweckmäßiger sei (angesichts des Genfer Wetters im November), auf die Mehrheit zu schießen... Es war notwendig, die Stellung der Mehrheit zu verteidigen, weil Gen. Plechanow – der Dialektik zum Hohn, die eine konkrete und allseitige Untersuchung erfordert – zwar vom guten (?) Willen des Revolutionärs sprach, aber bescheiden hinwegging über die Frage des *Vertrauens zum Revolutionär*, des Glaubens an einen „Führer des Proletariats“, der Führer eines bestimmten Flügels der Partei war. Als Gen. Plechanow vom anarchistischen Individualismus sprach und empfahl, „hin und wieder“ vor einem Disziplinbruch die Augen zu verschließen, „manchmal“ der intelligenzlerischen Disziplinlosigkeit nachzugeben, die „in einem Gefühl wurzelt, das mit der Ergebenheit für die revolutionäre Idee nichts zu tun hat“, vergaß er anscheinend, daß man auch den guten

gebraucht gern militärische Vergleiche: der Feldzug gegen die Liga, die Schlacht, unheilbare Wunden usw. usf. Offen gesagt, hege auch ich eine große Schwäche für militärische Vergleiche, besonders jetzt, da man mit angehaltenem Atem die Nachrichten vom Stillen Ozean verfolgt. Um aber militärisch zu sprechen, Gen. Martow, so verhielt sich die Sache wie folgt: Wir haben auf dem Parteitag zwei Forts erobert. Ihr habt sie auf der Ligakonferenz angegriffen. Nach dem ersten leichten Scharmützel öffnet mein Kollege, der Kommandant der einen Festung, dem Feind die Tore. Ich sammle selbstverständlich meine leichte Artillerie und gehe in das zweite, fast unbefestigte Fort, um mich gegen den zahlenmäßig weit überlegenen Feind zu „verschanzen“. Ich schlage sogar Frieden vor: wie soll ich gegen zwei Mächte Krieg führen? Aber die neuen Verbündeten beantworten den Friedensvorschlag damit, daß sie das mir „verbliebene“ Fort bombardieren. Ich schieße zurück – da ruft mein früherer Kollege, der Kommandant, mit erhabener Empörung aus: Seht nur, gute Leute, wie wenig friedfertig dieser Chamberlain ist!

Willen der Parteimehrheit in Rechnung stellen, daß man die Festsetzung des *Maßes* der Zugeständnisse an die anarchistischen Individualisten *eben den Praktikern* überlassen muß. So leicht der literarische Kampf gegen den kindischen anarchistischen Unsinn ist, so schwer ist die praktische Arbeit mit einem anarchistischen Individualisten in ein und derselben Organisation. Ein Literat, der es übernehmen wollte, das Maß der Zugeständnisse festzusetzen, die an den Anarchismus in der Praxis gemacht werden können, würde dadurch nur seinen übermäßigen, wahrhaft doktrinären Literatendünkel offenbaren. Gen. Plechanow bemerkte pathetisch (um der Wichtigkeit halber, wie Basarow⁸ zu sagen pflegte), daß im Falle einer neuen Spaltung die Arbeiter aufhören würden, uns zu verstehen, gleichzeitig aber machte er in der neuen „Iskra“ selbst den Anfang mit einer endlosen Reihe von Artikeln, die in ihrer wirklichen, konkreten Bedeutung nicht nur den Arbeitern, sondern überhaupt aller Welt unverständlich bleiben mußten. Kein Wunder, daß ein Mitglied des ZK, das den Artikel „Was man nicht tun darf“ im Korrekturabzug gelesen hatte, Gen. Plechanow warnte, daß sein Plan, einige Veröffentlichungen (die Protokolle des Parteitags und der Ligakonferenz) etwas zu kürzen, eben an diesem Artikel scheitere, der die Neugierde wecke, etwas Pikantes und zugleich völlig Unklares dem Urteil der Straße unterbreite* und unvermeidlich befremdete Fragen auslöse: „Was ist geschehen?“ Kein Wunder, daß gerade dieser Artikel des Gen. Plechanow infolge der Abstraktheit seiner Ausführungen und der Unklarheit seiner Anspielungen in den Reihen der Feinde der Sozialdemokratie Frohlocken hervorgerufen hat: einen Cancan in den Spalten der „Rewoluzionnaja Rossija“ und begeisterte

* Wir haben in einem geschlossenen Raum hitzig und leidenschaftlich diskutiert. Plötzlich springt einer von uns auf, reißt das auf die Straße hinausgehende Fenster auf und fängt an, gegen die Sobakewitsche, die anarchistischen Individualisten, die Revisionisten usw. zu wettern. Natürlich sammelt sich auf der Straße ein Haufen müßiger Gaffer, und unsere Feinde reiben sich schadenfroh die Hände. Andere Diskussionsteilnehmer gehen ebenfalls ans Fenster und äußern den Wunsch, den Streitfall von Anfang an vernünftig zu erklären, ohne auf Dinge anzuspielen, die niemand kennt. Da wird das Fenster zugeschlagen: man solle doch nicht über *Gezänk* reden („Iskra“ Nr. 53, S. 8, Spalte 2, Zeile 24 von unten). Man hätte in der „Iskra“ nicht eine Auseinandersetzung über „Gezänk“ *beginnen* sollen, Gen. Plechanow⁹ — so müßte es richtig heißen!

Lobeshymnen der konsequenten Revisionisten vom „Oswoboshdenije“. Die Quelle all dieser ergötzlichen und traurigen Mißverständnisse, aus denen sich dann Gen. Plechanow so ergötzlich und so traurig herauszuwinden versuchte, lag eben in der Verletzung des dialektischen Grundsatzes: Konkrete Fragen müssen in ihrer ganzen Konkretheit untersucht werden. Insbesondere war der Jubel des Herrn Struve durchaus verständlich: Er kümmerte sich nicht um die „guten“ Ziele (kill with kindness), die Gen. Plechanow verfolgte (aber nicht unbedingt zu erreichen brauchte); Herr Struve begrüßte, und anders konnte es gar nicht sein, *jene Schwenkung zum opportunistischen Flügel unserer Partei*, die in der neuen „Iskra“ eingesetzt hat, wie jetzt jedermann sieht. Nicht allein die russischen bürgerlichen Demokraten begrüßen jede, auch die kleinste und flüchtigste Schwenkung zum Opportunismus in allen sozialdemokratischen Parteien. Das Urteil eines klugen Feindes baut sich höchst selten auf einem völligen Mißverständnis auf. Sage mir, wer dich lobt, und ich sage dir, worin dein Fehler besteht! Und umsonst rechnet Gen. Plechanow auf die Unaufmerksamkeit der Leser, wenn er die Sache so hinstellen möchte, als habe sich die Mehrheit unbedingt gegen ein persönliches Zugeständnis in der Frage der Kooptation gewandt und nicht gegen den Übergang vom linken Flügel der Partei auf den rechten. Der springende Punkt ist gar nicht, daß Gen. Plechanow, um eine Spaltung zu vermeiden, ein persönliches Zugeständnis machte (das wäre durchaus lobenswert), sondern daß er, obgleich er die Notwendigkeit, gegen die inkonsequenten Revisionisten und die anarchistischen Individualisten *aufzutreten*, völlig einsah, es doch vorzog, gegen die Mehrheit aufzutreten, mit der er nur darin uneins war, *wie weit man in den praktischen Zugeständnissen an den Anarchismus gehen könne*. Der springende Punkt ist gar nicht, daß Genosse Plechanow die personelle Zusammensetzung der Redaktion änderte, sondern daß er seiner Kampfstellung gegen den Revisionismus und den Anarchismus untreu wurde, daß er aufhörte, diese Stellung im ZO der Partei zu verteidigen.

Was das ZK anbelangt, das *damals* als einziger organisierter Vertreter der Mehrheit auftrat, so war sich Gen. Plechanow mit ihm (dem ZK) *damals ausschließlich* darin uneins, *wie weit man in den praktischen Zugeständnissen an den Anarchismus gehen könne*. Seit dem 1. November, dem Tage, an dem ich durch meinen Austritt die Bahn frei machte für die

Politik „kill with kindness“, war fast ein Monat vergangen. Gen. Plechanow hatte die volle Möglichkeit, durch jede Art Fühlungnahme die Tauglichkeit dieser Politik zu prüfen. Gen. Plechanow veröffentlichte um diese Zeit seinen Artikel „Was man nicht tun darf“, der sozusagen die einzige Eintrittskarte der Martowleute in die Redaktion war *und bleibt*. Die Lösungen: Revisionismus (gegen den man, unter Schonung des Gegners, auftreten muß) und anarchistischer Individualismus (den man umschmeicheln und durch Milde töten muß) sind auf dieser Karte durch Fettdruck hervorgehoben. Treten Sie bitte ein, meine Herren, ich werde Sie durch Milde töten – das ist es, was Gen. Plechanow mit dieser Einladungskarte seinen neuen Redaktionskollegen sagt. Natürlich blieb dem ZK nur übrig, sein letztes Wort (und ein Ultimatum ist eben das letzte Wort über einen möglichen Frieden) darüber zu sagen, wie weit man, von seinem Standpunkt aus gesehen, in den praktischen Zugeständnissen an den anarchistischen Individualismus gehen dürfe. Entweder ihr wollt den Frieden – dann bekommt ihr eine bestimmte Anzahl von Posten, die unsere Milde, Friedfertigkeit, Nachgiebigkeit etc. beweisen (mehr können wir nicht geben, wenn wir den Frieden in der Partei sichern wollen, einen Frieden nicht in dem Sinne, daß es keinen Meinungsstreit mehr geben wird, sondern im Sinne eines Schutzes der Partei vor der Zerstörung durch den anarchistischen Individualismus), nehmt diese Posten an und schwenkt allmählich wieder von Akimow zu Plechanow um. Oder ihr wollt euren Standpunkt verteidigen und entwickeln, wollt endgültig (wenn auch nur in Organisationsfragen) zu Akimow umschwenken und die Partei davon überzeugen, daß ihr gegen Plechanow im Recht seid – dann nehmt euch die Literatengruppe, erhaltet eine Vertretung auf dem Parteitag und beginnt durch ehrlichen Kampf, durch offene Polemik die Mehrheit zu erobern. Diese Alternative, vor die das Ultimatum des Zentralkomitees vom 25. November 1903 die Martowleute klipp und klar gestellt hat (siehe „Belagerungszustand“ und „Kommentare zu den Ligaprotokollen“*), entspricht vollkommen dem Brief vom 6. Oktober 1903, den

* Ich werde mich selbstverständlich nicht damit befassen, das Durcheinander zu entwirren, das Martow im „Belagerungszustand“ durch seine Hinweise auf Privatgespräche etc. um dieses Ultimatum des ZK geschaffen hat. Das ist die von mir im vorigen Abschnitt gekennzeichnete „zweite Kampfmethode“, die nur ein Neuropathologe mit Aussicht auf Erfolg untersuchen könnte. Es ge-

Plechanow und ich an die früheren Redakteure geschrieben haben: entweder persönliche Verärgerung (und dann kann man *schlimmstenfalls* auch „kooptieren“) oder prinzipielle Meinungsverschiedenheit (und dann muß man die Partei *zuerst* überzeugen, erst danach kann man von einer Änderung in der personellen Zusammensetzung der Zentralstellen sprechen). Das ZK konnte die Entscheidung dieses heiklen Dilemmas um so mehr den Martowleuten selbst überlassen, als Gen. Martow gerade zu jener Zeit in seiner profession de foi* („Noch einmal in der Minderheit“) folgende Zeilen schrieb:

„Die Minderheit erhebt Anspruch auf die eine Ehre – in der Geschichte unserer Partei das erste Beispiel zu geben, daß man, wenn man ‚besiegt‘ ist, keine neue Partei zu gründen braucht. Diese Einstellung der Minderheit ergibt sich aus allen ihren Auffassungen von der organisatorischen Entwicklung der Partei, sie ergibt sich aus dem Bewußtsein ihrer festen Verbindung mit der vorhergegangenen Parteiarbeit. Die Minderheit

nügt zu sagen, daß Gen. Martow darin auf einer Vereinbarung mit dem ZK über die Geheimhaltung der Verhandlungen besteht, einer Vereinbarung, die trotz allem Suchen bisher nicht aufgefunden werden konnte. Gen. Trawinski, der die Verhandlungen im Auftrage des ZK führte, teilte mir schriftlich mit, daß ich seiner Meinung nach das Recht hätte, meinen Brief an die Redaktion außerhalb der „Iskra“ zu veröffentlichen.

Nur eine Redewendung des Gen. Martow hat mir besonders gefallen, die Wendung „Bonapartismus schlimmster Sorte“. Ich finde, daß Gen. Martow diese Kategorie zur rechten Zeit in die Debatte geworfen hat. Betrachten wir unvoreingenommen, was dieser Begriff bedeutet. Meines Erachtens bedeutet er die Eroberung der Macht auf *formal* rechtmäßigem Wege, aber *dem Wesen der Sache nach* gegen den Willen des Volkes (oder der Partei). Ist dem nicht so, Gen. Martow? Wenn dem aber so ist, so überlasse ich es ruhig der Öffentlichkeit, darüber zu urteilen, von wessen Seite ein „Bonapartismus schlimmster Sorte“ zu beobachten war – von seiten Lenins und Y-s¹⁰, die von ihrem *formalen* Recht, die Martowleute nicht zuzulassen, Gebrauch machen und sich dabei auf den Willen des II. Parteitags stützen konnten, von diesem Recht aber *keinen Gebrauch machten*, oder von seiten jener, die *formal rechtmäßig* die Redaktion besetzten („einstimmige Kooptation“), obgleich sie wußten, daß das *dem Willen des II. Parteitags nicht entspricht*, und die eine Überprüfung dieses Willens durch einen III. Parteitag fürchten?

* Glaubensbekenntnis. *Die Red.*

glaubt nicht an die mystische Kraft ‚papierener Revolutionen‘, sie sieht in der Tatsache, daß ihre Bestrebungen tief im Leben begründet sind, die Gewähr dafür, daß sie durch die rein ideologische Propaganda innerhalb der Partei den Triumph ihrer organisatorischen Prinzipien erkämpfen wird.“ (Hervorgehoben von mir.)

Welch schöne, stolze Worte! Und wie bitter war es, durch die Erfahrung belehrt zu werden, daß es – nur Worte sind... Nichts für ungut, Gen. Martow, aber jetzt erhebe ich im Namen der Mehrheit Anspruch auf diese „Ehre“, die Sie nicht verdient haben. Das wird wirklich eine große Ehre sein, um die zu kämpfen sich lohnt, denn die Traditionen des Zirkelwesens haben uns als Erbe außergewöhnlich leichte Spaltungen und eine außergewöhnlich eifrige Befolgung der Regel hinterlassen: Und willst du nicht mein Bruder sein, so schlag’ ich dir den Schädel ein.

Das große Vergnügen (eine einheitliche Partei zu haben) mußte die kleinen Unannehmlichkeiten (das Gezänk um die Kooptation) überwiegen und überwog sie auch. Ich trat aus dem ZO aus, Gen. Y (den ich und Plechanow von der Redaktion des ZO in den Rat der Partei delegiert hatten) trat aus dem Rat aus. Die Martowleute antworteten auf das letzte Wort des ZK, das den Frieden anbot, mit einem Brief (siehe die angeführten Schriften), der einer Kriegserklärung gleichkam. Dann und erst dann schreibe ich den Brief an die Redaktion (Nr. 53 der „Iskra“) mit der Forderung nach Öffentlichkeit.* Wenn wir schon von Revisionismus reden, über Inkonsequenz und anarchistischen Individualismus, über die Niederlage verschiedener Führer diskutieren, dann, meine Herren, laßt uns alles erzählen, ohne etwas zu verheimlichen, alles, wie es war – das ist der Inhalt dieses Briefes. Die Redaktion antwortet darauf mit einem wüsten Geschimpfe und mit der erbaulichen Mahnung: Wage nicht, von dem „kleinlichen Gezänk des Zirkellebens“ zu reden (Nr. 53 der „Iskra“). Ach so, denke ich im stillen: das „kleinliche Gezänk des Zirkellebens“ ... es ist mir recht**, meine Herren, damit bin ich einverstanden. Denn das bedeutet doch, daß ihr das Hin und Her um die „Kooptation“ unmittelbar zum Zirkelgezänk rechnet. Das ist richtig. Was ist das aber für ein Mißton, wenn dieselbe (angeblich dieselbe) Redaktion im Leitartikel der-

* Siehe Werke, Bd. 7, S. 105-109. *Die Red.*

** „es ist mir recht“ bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

selben Nr. 53 von Bürokratismus, Formalismus u. dgl. m. redet?* Du darfst nicht vom Kampf um die Kooptation in das ZO reden, denn das wäre Gezänk. Wir aber werden von der Kooptation in das ZK reden und das nicht ein Gezänk nennen, sondern eine prinzipielle Meinungsverschiedenheit über „Formalismus“. — Nein, wer te Genossen, denke ich, gestattet, daß ich euch das nicht gestatte. Ihr wollt mein Fort beschießen, von mir aber verlangt ihr, euch die Artillerie auszuliefern. Das könnte euch so passen! Und ich schreibe und drucke unabhängig von der „Iskra“ den „Brief an die Redaktion“ („Warum bin ich aus der Redaktion der ‚Iskra‘ ausgetreten?“)**, erzähle dort kurz, wie sich die Sache verhalten hat, und frage wieder und immer wieder, ob ein Friede auf der Grundlage folgender Verteilung möglich sei: euch das Zentralorgan, uns das Zentralkomitee. Niemand wird sich in seiner Partei „fremd“ fühlen, und wir werden über die Schwenkung zum Opportunismus diskutieren, zunächst in der Parteiliteratur und dann vielleicht auch auf dem dritten Parteitag.

Als Antwort auf die Erwähnung des Friedens wurde aus sämtlichen feindlichen Batterien — den Rat mit inbegriffen — das Feuer eröffnet. Ein Hagel von Geschossen! Selbstherrscher, Schweitzer, Bürokrat, Formalist, Überzentrale, einseitig, rücksichtslos, eigensinnig, engstirnig, mißtrauisch, unverträglich . . . Sehr gut, meine Freunde! Seid ihr fertig? Habt ihr weiter nichts in Reserve? Mit eurer Munition ist es nicht weit her . . .

Jetzt habe ich das Wort. Betrachten wir den *Inhalt* der neuen organisatorischen Auffassungen der neuen „Iskra“ und das Verhältnis dieser Auffassungen zu jener Teilung unserer Partei in eine „Mehrheit“ und eine „Minderheit“, deren wahren Charakter wir in der Analyse der Debatten und Abstimmungen auf dem zweiten Parteitag enthüllt haben.

* Wie sich später herausstellte, erklärte sich der „Mißton“ ganz einfach aus einem Mißton in der Zusammensetzung der Redaktion des ZO. Über das „Gezänk“ schrieb Plechanow (siehe sein Bekenntnis in dem „Traurigen Mißverständnis“, Nr. 57), den Leitartikel „Unser Parteitag“ aber schrieb Martow („Der Belagerungszustand“, S. 84). Der eine sagt hü, der andere hott.

** Siehe Werke, Bd. 7, S. 110-117. *Die Red.*

Anmerkungen zum Anhang

¹ Auf dem II. Parteitag der SDAPR waren 16 Mitglieder der „Iskra“-Organisation anwesend, davon neun Anhänger der Mehrheit, an ihrer Spitze Lenin, und sieben Anhänger der Minderheit, an ihrer Spitze Martow. 144

² *Sablina* – Pseudonym N. K. Krupskajas. 148

³ *Herz* – Pseudonym D. I. Uljanows. 155

⁴ *Ossipow* – Pseudonym der Bolschewikin R. S. Semljatschka, Mitglied des ZK der SDAPR. 197

⁵ Lenin meint die Rede des „Ökonomen“ Akimow auf dem II. Parteitag der SDAPR, der seine Ablehnung des von der „Iskra“ vorgeschlagenen Parteiprogramms unter anderem damit begründete, dass das Wort „Proletariat“ im Programm nicht Subjekt, sondern Objekt sei. 202

⁶ *Neues Mitglied des ZK* – F. W. Lengnik. 209

⁷ *Orthodox* – Pseudonym der Menschewikin L. I. Axelrod. 227

⁸ *Basarow* – Hauptgestalt in I. S. Turgenjews Roman „Väter und Söhne“. 230

⁹ In Nr. 53 der „Iskra“ vom 25. November 1903 wurde gleichzeitig mit Lenins „Brief an die Redaktion der ‚Iskra‘“ die von Plechanow verfasste Antwort der Redaktion veröffentlicht. Lenin schlug in dem Brief vor, die prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten der Bolschewiki und Menschewiki in den Spalten der Zeitung zu erörtern. Plechanow lehnte dies ab und bezeichnete die Meinungsverschiedenheiten als „Gezänk im Zirkelleben“. 230

¹⁰ *Y* – Pseudonym des Versöhnlers L. J. Galperin, Mitglied des ZK. 233

INHALT

<i>Zur vorliegenden Ausgabe</i>	5
Vorwort	17
Vorwort zur Ausgabe von 1907	21
a) Die Vorbereitung des Parteitags	23
b) Die Bedeutung der Gruppierungen auf dem Parteitag	23
c) Beginn des Parteitags • Konflikt mit dem Organisationskomitee	25
d) Die Auflösung der Gruppe „Jushny Rabotschi“	30
e) Der Konflikt wegen der Gleichberechtigung der Sprachen	33
f) Das Agrarprogramm	38
g) Das Parteistatut	47
h) Die Debatten über den Zentralismus vor der Spaltung bei den „Iskra“- Leuten	48
i) Der Paragraph I des Statuts	51
n) Das allgemeine Bild des Kampfes auf dem Parteitag • Der revolutionäre und der opportunistische Flügel der Partei	78
q) Die neue „Iskra“ • Der Opportunismus in organisatorischen Fragen	91
r) Einiges über Dialektik • Zwei Umwälzungen	126
<i>Anmerkungen</i>	133
<i>Fremdwörterklärung</i>	139
<i>Anhang 1:</i>	
j) Die unschuldigen Opfer der falschen Beschuldigung des Opportunismus	143
k) Fortsetzung der Debatte über das Statut • Die Zusammensetzung des Rates	154
l) Das Ende der Debatten über das Statut • Die Kooptation in die Zentral-stellen • Die Delegierten der Gruppe „Rabotscheje Delo“ verlassen den Parteitag	160
m) Die Wahlen • Das Ende des Parteitags	174
<i>Anhang 2:</i>	
o) Nach dem Parteitag • Zwei Kampfmethoden	204
p) Kleine Unannehmlichkeiten dürfen ein großes Vergnügen nicht stören	224
<i>Anmerkungen zum Anhang</i>	236

Verlag Olga Benario und Herbert Baum

Der **Verlag Olga Benario und Herbert Baum** wurde gegründet, um eine Lücke zu schließen, die in den letzten Jahren immer deutlicher wurde.

Es geht darum, einen Verlag zu schaffen, der parteiisch ist, sich bewußt **auf die Seite der Verdammten dieser Erde stellt** und deshalb sein Verlagsprogramm **internationalistisch** gestaltet, als einen ersten Schritt für die solidarische Auswertung und die Propagierung der Erfahrungen der internationalen revolutionären Kämpfe.

Es geht darum, durch die Gestaltung des Verlagsprogramms ganz bewußt und **solidarisch an die wirklichen kommunistischen Traditionen anzuknüpfen**, an die wirklich revolutionäre internationale kommunistische Bewegung zur Zeit von Marx und Engels, Lenin und Stalin, an die positiven Erfahrungen der antirevisionistischen Kämpfe gegen den Chruschtschow- und Breschnew-Revisionismus.

Es geht darum, gegen die bürgerliche Wissenschaft **die Tradition des wissenschaftlichen Kommunismus zu propagieren**. Deshalb ist der Nachdruck der grundlegenden Schriften des wissenschaftlichen Kommunismus in verschiedenen Sprachen ein Schwerpunkt des Verlages.

Mit der Gründung und der Arbeit des Verlags Olga Benario und Herbert Baum soll ein Beitrag geleistet werden, um im Kampf gegen den Imperialismus überhaupt und den deutschen Imperialismus insbesondere der Verwirklichung des Mottos von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht näher zu kommen: **„Nichts vergessen, alles lernen!“**



Olga Benario, geboren am 12.2.1908, kämpfte als Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands (KJVD), der Jugendorganisation der KPD, in der Weimarer Republik gegen den aufkommenden Nazismus und gegen die regierende reaktionäre Sozialdemokratie, gegen den deutschen Imperialismus. Im April 1928 war sie führend an einer erfolgreichen bewaffneten Aktion zur Befreiung eines bis zu seiner Verhaftung illegal lebenden KPD-Genossen aus dem Berliner Polizeipräsidium beteiligt.

Olga Benario flüchtete vor dem deutschen Polizeiapparat in die Sowjetunion, wo sie zu einer wichtigen Mitarbeiterin der Kommunistischen Internationale wurde. In deren Auftrag ging sie 1935 nach Brasilien, um den Aufbau der KP Brasiliens zu unterstützen.

1936 wurde Olga Benario in Brasilien verhaftet, an die Nazis ausgeliefert und ins KZ Ravensbrück verschleppt, wo sie den „gelben Stern“ tragen mußte. Trotz Folter und Kerkerhaft hat sie keinerlei Aussagen gemacht – weder bei der

Polizei des reaktionären brasilianischen Regimes noch bei der Gestapo. Olga Benario kämpfte als „Blockälteste“ im KZ Ravensbrück für die Verbesserung der Überlebenschancen der Häftlinge und gegen die Demoralisierung. Im April 1942 wurde Olga Benario in der Gaskammer von Bernburg von den Nazis ermordet.

Der Name Olga Benario steht

- ★ für den militanten und bewaffneten Kampf der kommunistischen Kräfte, für den Kampf um die proletarische Revolution;
- ★ für den praktizierten proletarischen Internationalismus;
- ★ für den konsequenten antinazistischen Kampf, der auch unter den schlimmsten Bedingungen, selbst in einem Nazi-KZ möglich ist.

Herbert Baum, geboren am 10.2.1912, war Mitglied des KJVD und gründete 1936 mit anderen Antinazisten eine Widerstandsgruppe, die später als Herbert-Baum-Gruppe bekannt geworden ist. Die Herbert-Baum-Gruppe nahm mit jüdischen Widerstandsgruppen und Gruppen von Zwangsarbeiterinnen und -arbeitern aus anderen Ländern Kontakt auf und führte mit ihnen gemeinsam einen illegalen Kampf gegen die Nazis.

Die Herbert-Baum-Gruppe organisierte Maßnahmen, um jüdische Menschen vor der Deportation und Ermordung in Nazi-Vernichtungslagern zu retten.

Die militante Aktion der Herbert-Baum-Gruppe gegen die antikommunistische Nazi-Ausstellung „Das Sowjetparadies“ am 13. Mai 1942 in Berlin, bei der ein Teil der Ausstellung durch Brandsätze zerstört wurde, fand weltweit Beachtung.

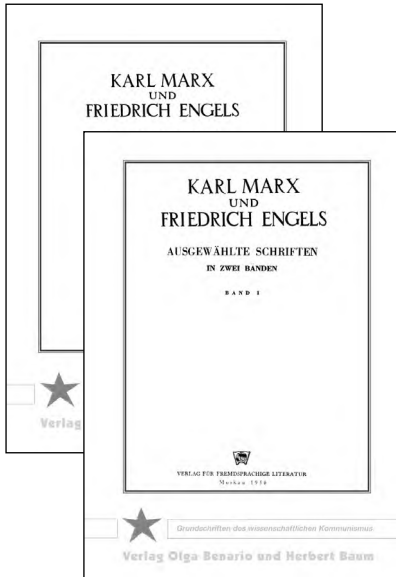
Einige Wochen später wurde Herbert Baum und fast alle anderen Mitglieder der Widerstandsgruppe aufgrund Verrats verhaftet. Herbert Baum wurde am 11. Juni 1942 von den Nazis durch bestialische Folter ermordet, ohne etwas an die Gestapo preisgegeben zu haben.

Der Name Herbert Baum steht

- ★ für die Organisierung einer internationalistischen antinazistischen Front in Deutschland;
- ★ für den Kampf gegen den nazistischen Antisemitismus und gegen den industriellen Völkermord der Nazis an 6 Millionen Juden und Jüdinnen;
- ★ für den Kampf gegen den Antikommunismus und für die Solidarität mit der sozialistischen Sowjetunion zur Zeit Stalins.

Die Namen Olga Benario und Herbert Baum stehen für die Tradition des antifaschistischen und revolutionären Kampfes der wirklich kommunistischen Kräfte.

Grundschriften des wissenschaftlichen Kommunismus



Karl Marx / Friedrich Engels

Ausgewählte Werke in zwei Bänden

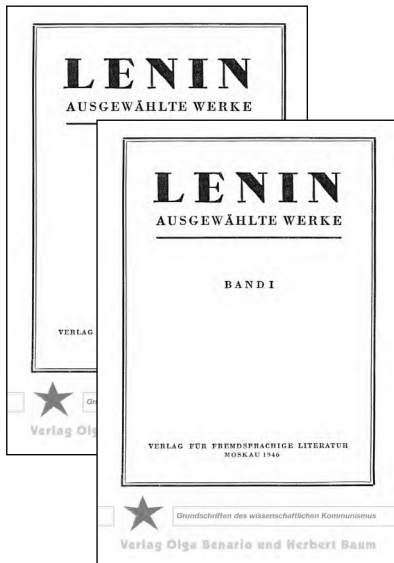
Diese Ausgabe entspricht in ihrer Zusammenstellung der 1950 erschienenen Ausgabe des Moskauer Verlags für fremdsprachige Literatur.

Band I: 1848 – 1874

650 Seiten, Offenbach 2004
25 €, ISBN 3-86589-001-6

Band II: 1875 – 1894

504 Seiten, Offenbach 2204
25 €, ISBN 3-86589-002-4



W. I. Lenin

Ausgewählte Werke in zwei Bänden

Diese Ausgabe entspricht in ihrer Zusammenstellung der 1946/47 erschienenen Ausgabe des Moskauer Verlags für fremdsprachige Literatur.

Band I: 1884 – 1917

916 Seiten, Offenbach 2004
30 €, ISBN 3-932636-93-7

Band II: 1917 – 1923

1037 Seiten, Offenbach 2004
30 €, ISBN 3-932636-94-5

Grundschriften des wissenschaftlichen Kommunismus

Karl Marx/Friedrich Engels

Manifest der Kommunistischen Partei (1848)

92 Seiten, Offenbach 1997, 4 €, ISBN 3-932636-00-7

Karl Marx

Kritik des Gothaer Programms (1875)

96 Seiten, Offenbach 1997, 4 €, ISBN 3-932636-01-5

W. I. Lenin

Staat und Revolution (1917)

159 Seiten, Offenbach 1997, 8 €, ISBN 3-932636-02-3

J. W. Stalin

Über die Grundlagen des Leninismus (1924)

137 Seiten, Offenbach 1997, 8 €, ISBN 3-932636-03-1

W. I. Lenin

Was tun? (1902)

276 Seiten, Offenbach 1997, 10 €, ISBN 3-932636-04-X

J. W. Stalin

Über dialektischen und historischen Materialismus (1938)

45 Seiten, Offenbach 1997, 2 €, ISBN 3-932636-05-8

W. I. Lenin

Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus (1916)

Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus (1916)

185 Seiten, Offenbach 1999, 8 €, ISBN 3-932636-36-8

Karl Marx/Friedrich Engels: **Ausgewählte Werke in zwei Bänden**

Band I: 1848 – 1874

650 Seiten, 25 €, Offenbach 2004, ISBN 3-86589-001-6

Band II: 1875 – 1894

504 Seiten, 25 €, Offenbach 2004, ISBN 3-86589-002-4

W. I. Lenin: **Ausgewählte Werke in zwei Bänden**

Band I: 1884 – 1917

916 Seiten, 30 €, Offenbach 2004, ISBN 3-932636-93-7

Band II: 1917 – 1923

1037 Seiten, 30 €, Offenbach 2004, ISBN 3-932636-94-5

Grundschriften des wissenschaftlichen Kommunismus in anderen Sprachen

Karl Marx/Friedrich Engels

Manifest der Kommunistischen Partei (1848)

Türkisch:

Karl Marx/Friedrich Engels

Komünist Partisi Manifestosu

82 Seiten, Offenbach 1997, 4 €, ISBN 3-932636-06-6

Englisch:

Karl Marx/Frederick Engels

Manifesto of the Communist Party

83 Seiten, Offenbach 1997, 4 €, ISBN 3-932636-07-4

Französisch:

Karl Marx/Friedrich Engels

Manifeste du Parti Communiste

82 Seiten, Offenbach 1997, 4 €, ISBN 3-932636-08-2

Spanisch:

Carlos Marx/Federico Engels

Manifesto del Partido Comunista

87 Seiten, Offenbach 1997, 4 €, ISBN 3-932636-09-0

Farsi:

کارل مارکس فریدریش انگلس

مانیفست حزب کمونیست

97 Seiten, Offenbach 1999, 4 €, ISBN 3-932636-10-4

Russisch:

К. Маркс и Ф. Энгельс

Манифест Коммунистической Партии

80 Seiten, Offenbach 2004, 4 €, ISBN 3-932636-91-0

Russisch / Deutsch:

150 Seiten, Offenbach 2004, 8 €, ISBN 3-932636-95-3

Serbokroatisch:

Karl Marx/Friedrich Engels

Manifest Komunističke Partije

168 Seiten, Offenbach 2004, 8 €, ISBN 3-86589-000-8

Schriften und Texte des wissenschaftlichen Kommunismus

Marx, Engels, Lenin, Stalin

Über den Partisanenkampf

188 Seiten, Offenbach 1997, 8 €, ISBN 3-932636-11-2

Programm der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki) – 1919

Programm der Kommunistischen Internationale – 1928

241 Seiten, Offenbach 2002, 10 €, ISBN 3-932636-19-8

Marx, Engels, Lenin, Stalin, Kl, Zetkin

Die kommunistische Revolution und die Befreiung der Frauen

164 Seiten, Offenbach 1997, 8 €, ISBN 3-932636-18-X

Autorenkollektiv: **Lehrbuch der politischen Ökonomie** (1954)

J. W. Stalin: **Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR** (1952)

515 Seiten, Offenbach 1997, 20 €, ISBN 3-932636-21-X

Autorenkollektiv

W. I. Lenin – Ein kurzer Abriß seines Lebens und Wirkens (1947)

415 Seiten, Offenbach 1999, 15 €, ISBN 3-932636-35-X

W. I. Lenin/J. W. Stalin

Hauptmerkmale der Partei neuen Typs

143 Seiten, Offenbach 2000, 5 €, ISBN 3-932636-22-8

W. I. Lenin/J. W. Stalin

Über die Arbeiteraristokratie

115 Seiten, Offenbach 2001, 5 €, ISBN 3-932636-23-6

Marx, Engels, Lenin, Stalin

Grundlegende Merkmale der kommunistischen Gesellschaft

96 Seiten, Offenbach 2004, 8 €, ISBN 3-932636-67-8

Autorenkollektiv

J. W. Stalin – Ein kurzer Abriß seines Lebens und Wirkens

409 Seiten, Offenbach 2003, 15 €, ISBN 3-932636-65-1

Stalin Werke Band 1 bis 13

sowie die vorhandenen Schriften 1934–1952, inklusive der Geschichte der KPdSU(B) – Kurzer Lehrgang

CD-ROM, Offenbach 2003, 10 €, ISBN 3-932636-72-4

Stalin-Biographie inklusive Werke-CD: 22 €, ISBN 3-932636-73-2

M. Glasser/A. Primakowski/B. Jakowlew

Studieren – Propagieren – Organisieren (1948 / 1951)

Drei Texte zu den Arbeitsmethoden von Marx, Engels, Lenin und Stalin

170 Seiten, Offenbach 2001, 8 €, ISBN 3-932636-20-1

Béla Fogarasi

Dialektische Logik – mit einer Darstellung erkenntnistheoretischer Grundbegriffe (1953)

430 Seiten, Offenbach 1997, 15 €, ISBN 3-932636-12-0

Texte internationaler revolutionärer Erfahrungen

Unter der Redaktion von Gorki, Kirow, Molotow, Shdanow, Stalin, Woroschilow

Geschichte des Bürgerkrieges in Rußland (1937/1949)

Band 1: Die Vorbereitung der proletarischen Revolution

(Vom Beginn des Krieges 1914 bis Anfang Oktober 1917)

540 Seiten, Offenbach 1999, 20 €, ISBN 3-932636-15-5

Band 2: Die Durchführung der proletarischen Revolution

(Oktober 1917 bis November 1917)

750 Seiten, Offenbach 1999, 25 €, ISBN 3-932636-16-3

Autorenkollektiv

Mao Tse-tung – seine Verdienste, seine Fehler

Band 1: 1926 – 1949

400 Seiten, Offenbach 1997, 18 €, ISBN 3-932636-14-7

Band 2: 1950 – 1976

220 Seiten, Offenbach 2005, 13 €, ISBN 3-86589-036-9

Autorenkollektiv

Zur „Polemik“ – Die revisionistische Linie des XX. Parteitags der KPdSU (1956)

und die grundlegenden Fehler der berechtigten Kritik der KP Chinas (1963)

630 Seiten, Offenbach 2003, 30 €, ISBN 3-932636-70-8

Die Selbstkritik der KP Indonesiens im Kampf gegen den „friedlichen Weg“ der modernen Revisionisten

Fünf wichtige Dokumente des Politbüros des ZK der KP Indonesiens (PKI) von 1966/67

148 Seiten, Offenbach 2005, 8 €, ISBN 3-86589-037-7

Autorenkollektiv

Kritik des Buches von Enver Hoxha „Imperialismus und Revolution“

264 Seiten, Offenbach 2005, 15 €, ISBN 3-86589-012-1

Texte internationaler revolutionärer Erfahrungen in anderen Sprachen

Autorenkollektiv

Der XX. Parteitag der KPdSU 1956 – ein revisionistisches und konterrevolutionäres Programm (Materialien und Diskussionsbeiträge) und „Programmatische Erklärung der Revolutionären Kommunisten der Sowetunion (Bolschewiki)“ von 1966 (Auszug)

in russischer Sprache: 106 Seiten, Offenbach 2002, 6 €, ISBN 3-932636-47-3

in türkischer Sprache: 120 Seiten, Offenbach 2004, 8 €, ISBN 3-932636-75-9

in französischer Sprache: 176 Seiten, Offenbach 2005, 8 €, ISBN 3-86589-005-9

Dokumente und Analysen

Zur Geschichte Afghanistans – Ein Land im Würgegriff des Imperialismus

Über die Kriegspolitik des deutschen Imperialismus in Afghanistan

289 Seiten, Offenbach 2002, 15 €, ISBN 3-932636-48-1

Der UN-Teilungsplan für Palästina und die Gründung des Staates Israel (1947/48)

Anhang: PLO-Charta von 1968 mit kritischen Anmerkungen

120 Seiten, Offenbach 2002, 8 €, ISBN 3-932636-52-X

Texte zu Deutschland und dem deutschen Imperialismus

Die Rote Fahne – Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands
(Sektion der Kommunistischen Internationale)

Begründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Reprint 1929 – Februar 1933, Hardcover-Bände im Format DIN A3

Januar – März 1929, 1080 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 3-86589-018-0

April – Juni 1929, 534 Seiten, Offenbach 2005, 70 €, ISBN 3-86589-019-9

Juli – September 1929, 1054 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 3-86589-020-2

Oktober – Dezember 1929, 1054 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 3-86589-021-0

Januar – Februar 1933, 452 Seiten, Offenbach 2005, 70 €, ISBN 3-86589-034-2

Autorenkollektiv

Die Verbrechen des deutschen Imperialismus im Ersten Weltkrieg

150 Seiten, Offenbach 2004, 8 €, ISBN 3-932636-92-9

Autorenkollektiv

**Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und
das revolutionäre Programm der KPD (1918)**

200 Seiten, Offenbach 2004, 10 €, ISBN 3-932636-74-0

Georgi Dimitroff

Gegen den Nazifaschismus

371 Seiten, Offenbach 2002, 20 €, ISBN 3-932636-25-2

Autorenkollektiv

1418 Tage – Der Krieg des deutschen Nazifaschismus gegen die Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion (22. Juni 1941 – 8. Mai 1945)

220 Seiten, Offenbach 2005, 13 €, ISBN 3-86589-035-0

Autorenkollektiv: **Marx und Engels über das reaktionäre Preußentum** (1943)

Alfred Klahr: **Gegen den deutschen Chauvinismus** (1944)

130 Seiten, Offenbach 1997, 5 €, ISBN 3-932636-13-9

Autorenkollektiv

Über den Widerstand in den KZs und Vernichtungslagern des Nazifaschismus

204 Seiten, Offenbach 1998, 13 €, ISBN 3-932636-34-1

Gudrun Fischer

„Unser Land spie uns aus“

Jüdische Frauen auf der Flucht vor dem Naziterror nach Brasilien

220 Seiten, Offenbach 1998, 13 €, ISBN 3-932636-33-3

Freies Deutschland – Illustrierte Zeitschrift der antifaschistischen Emigration erschienen in Mexiko von November 1941 bis Juni 1946

Band 1: Nov. 1941 – Okt. 1942, 440 Seiten, 30 €, ISBN 3-932636-96-1

Band 2: Nov. 1942 – Nov. 1943, 460 Seiten, 30 €, ISBN 3-932636-97-X

Band 3: Dez. 1943 – Nov. 1944, 480 Seiten, 30 €, ISBN 3-932636-98-8

Band 4: Dez. 1944 – Juni 1946, 660 Seiten, 35 €, ISBN 3-932636-99-6

Internationale Hefte der Widerstandsbewegung (1959 – 1963)

Analysen und Dokumente über den internationalen Widerstand gegen den Nazifaschismus

Band 1: Heft 1 – 4 (1959 – 60), 560 Seiten, Offenbach 2002, 35 €, ISBN 3-932636-49-X

Band 2: Heft 5 – 10 (1961 – 63), 528 Seiten, Offenbach 2002, 35 €, ISBN 3-932636-50-3

Bd. 1 & 2 in einem Band (Hardcover): 1084 Seiten, Offenbach 2002, 80 €, ISBN 3-932636-51-1

Das Potsdamer Abkommen (1945)

Anhang: Die Dokumente von Teheran und Jalta

83 Seiten, Offenbach 2001, 5 €, ISBN 3-932636-24-4

Bericht des internationalen Lagerkomitees des KZ Buchenwald (1949)

237 Seiten, 2. Auflage, Offenbach 2004, 10 €, ISBN 3-932636-26-0

Autorenkollektiv

Die Gründung der SED und ihre Vorgeschichte (1945 – 1946)

702 Seiten, Offenbach 2000, 33 €, ISBN 3-932636-38-4

Autorenkollektiv

10 Jahre „Deutsche Einheit“: **Nazi-Terror von Hoyerswerda bis Düsseldorf**

Nazis, Staat und Medien – ein Braunbuch

222 Seiten, Offenbach 2000, 13 €, ISBN 3-932636-37-6

Romane zur Geschichte der Revolutionen und Befreiungskämpfe

A. Schapowalow

Auf dem Weg zum Marxismus

Erinnerungen eines Arbeiterrevolutionärs

337 Seiten, Offenbach 1997, 15 €, ISBN 3-932636-29-5

S. Mstislawski

Die Krähe ist ein Frühlingsvogel

404 Seiten, Offenbach 1997, 15 €, ISBN 3-932636-17-1

I. Popow

Als die Nacht verging

593 Seiten, Offenbach 1997, 20 €, ISBN 3-932636-30-9

Materialien

(Spiralbindung, DIN A4)

Leninismus – Lesehefte für Schulungen und Selbstunterricht

500 Seiten, Offenbach 2004, 30 €, ISBN 3-932636-90-2

Die Kommunistische Internationale in Resolutionen und Beschlüssen

Band 1: 1919 – 1924

416 Seiten, Offenbach 1998, 30 €, ISBN 3-932636-27-9

Hardcover: Offenbach 1998, 55 €, ISBN 3-932636-60-0

Band 2: 1925 – 1943

452 Seiten, Offenbach 1998, 35 €, ISBN 3-932636-28-7

Hardcover: Offenbach 1998, 60 €, ISBN 3-932636-61-9

Die Kommunistische Partei der Sowjetunion in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Konferenzen und Plenen des ZK

Teil 1: 1898 – 1917

282 Seiten, Offenbach 2004, 22 €, ISBN 3-932636-76-7

Hardcover: Offenbach 2004, 47 €, ISBN 3-932636-77-5

Teil 2: 1917 – 1924

290 Seiten, Offenbach 2004, 22 €, ISBN 3-932636-82-1

Hardcover: Offenbach 2004, 47 €, ISBN 3-932636-83-X

Teil 3: 1924 – 1927

300 Seiten, Offenbach 2004, 22 €, ISBN 3-932636-84-8

Hardcover: Offenbach 2004, 47 €, ISBN 3-932636-85-6

Teil 4: 1927 – 1932

300 Seiten, Offenbach 2004, 22 €, ISBN 3-932636-86-4

Hardcover: Offenbach 2004, 47 €, ISBN 3-932636-87-2

Teil 5: 1932 – 1953

340 Seiten, Offenbach 2004, 22 €, ISBN 3-932636-88-0

Hardcover: Offenbach 2004, 47 €, ISBN 3-932636-89-9

Zur internationalen Lage 1919 – 1952

359 Seiten, Offenbach 2003, 25 €, ISBN 3-932636-71-6

Hardcover: Offenbach 2003, 50 €, ISBN 3-932636-78-3

Dokumente der Internationalen Roten Hilfe und der Roten Hilfe Deutschlands

593 Seiten, Offenbach 2003, 35 €, ISBN 3-932636-66-X

Hardcover: Offenbach 2003, 60 €, ISBN 3-932636-81-3

Dokumente zum Studium der Palästina-Frage (1922 – 1948)

180 Seiten, Offenbach 1997, 10 €, ISBN 3-932636-32-5

Hardcover: Offenbach 1997, 35 €, ISBN 3-932636-59-7

Dokumente zum Studium des Spanischen Bürgerkriegs (1936 – 1939)

680 Seiten, Offenbach 1997, 30 €, ISBN 3-932636-31-7

Hardcover: Offenbach 1997, 55 €, ISBN 3-932636-58-9

Indien und die Revolution in Indien

262 Seiten, Offenbach 2005, 20 €, ISBN 3-86589-039-3

Hardcover: Offenbach 2005, 45 €, ISBN 3-86589-040-7

Dokumente des Kampfes der Kommunistischen Partei Chinas gegen den modernen Revisionismus 1956 – 1966**Teil I: 1956 – 1963**

346 Seiten, Offenbach 2002, 28 €, ISBN 3-932636-44-9

Hardcover: Offenbach 2002, 53 €, ISBN 3-932636-62-7

Teil II: Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung (1963)

330 Seiten, Offenbach 2002, 28 €, ISBN 3-932636-45-7

Hardcover: Offenbach 2002, 53 €, ISBN 3-932636-63-5

Teil III: 1963 – 1966

320 Seiten, Offenbach 2002, 25 €, ISBN 3-932636-46-5

Hardcover: Offenbach 2002, 50 €, ISBN 3-932636-64-3

**Dokumente des Kampfes der Partei der Arbeit Albanien
gegen den modernen Revisionismus 1955 – 1966**

Teil I: 1955 – 1962

418 Seiten, Offenbach 2003, 30 €, ISBN 3-932636-68-6

Hardcover: Offenbach 2003, 55 €, ISBN 3-932636-79-1

Teil II: 1963 – 1966

422 Seiten, Offenbach 2003, 30 €, ISBN 3-932636-69-4

Hardcover: Offenbach 2003, 55 €, ISBN 3-932636-80-1

Dokumente des ZK der KPD 1933 – 1945

505 Seiten, Offenbach 2001, 35 €, ISBN 3-932636-41-4

Hardcover: Offenbach 2001, 50 €, ISBN 3-932636-57-0

Materialien zur Gründung der SED (1945/46)

Band 1: Berichte und Protokolle

Die Parteitage der KPD, SPD und SED im April 1946

319 Seiten, Offenbach 2001, 25 €, ISBN 3-932636-40-6

Hardcover: Offenbach 2001, 50 €, ISBN 3-932636-53-8

Band 2: Vortragsdispositionen (1945 – 1946)

Materialien für politische Schulungstage, herausgegeben vom ZK der KPD

250 Seiten, Offenbach 2001, 20 €, ISBN 3-932636-39-2

Hardcover: Offenbach 2001, 45 €, ISBN 3-932636-54-6

Band 3: Einheit (1946)

Einheit – Monatsschrift zur Vorbereitung der sozialistischen Einheitspartei,

Einheit – Theoretische Monatsschrift für Sozialismus

380 Seiten, Offenbach 2002, 28 €, ISBN 3-932636-42-2

Hardcover: Offenbach 2002, 53 €, ISBN 3-932636-55-4

Band 4:

Alexander Abusch: **Der Irrweg einer Nation** (1946)

Georg Rehberg: **Hitler und die NSDAP in Wort und Tat** (1946)

Walter Ulbricht: **Die Legende vom „deutschen Sozialismus“** (1945)

Paul Merker: **Das dritte Reich und sein Ende** (1945)

540 Seiten, Offenbach 2002, 35 €, ISBN 3-932636-43-0

Hardcover: Offenbach 2002, 60 €, ISBN 3-932636-56-2

Band 5: Parteikonferenz der KPD am 2. und 3. März 1946

160 Seiten, Offenbach 2004, 10 €, ISBN 3-86589-003-2

Hardcover: Offenbach 2004, 35 €, ISBN 3-86589-008-3